

Schwarz = Roth = Gold.

Vereinsblatt der Deutschen in Oesterreich.

Motto: „Deutschland, Deutschland über Alles,
Ueber Alles in der Welt.“

Dienstag,

N^o 1.

den 11. Juli 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig 2mal in der Woche, Dienstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse Nr. 1103, 1. Stock, links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Was wir führen, was wir glauben, was wir wollen! — Die deutschen Städte Böhmens an die Hauptstadt Prag. — Oesterreichs kommerzielle Stellung zu Deutschland. — Wien. — Korrespondenz des Vereins. (Öblicher Verein der deutschen Oesterreicher zur Aufrechthaltung ihrer Nationalität.)

Was wir führen, was wir glauben, was wir wollen!

R. Z. Schwarz-Roth-Gold, die Farben der Nacht, der Freude und des Lichts, sind die Farben, die wir führen. Aus der Nacht durch die Freude zum Licht, ist ihre Deutung! Aus der Nacht der zerfahrenen Zersplitterung und Vereinzelnung aller Kräfte und Interessen durch das freudige Bewußtsein der nationalen Einheit zu dem Lichte der geistigen Einigung aller Völker und Stämme, die Mitteleuropa umschließt, zu gelangen, unsere Aufgabe. Dieses Ziel allein erkennen wir des deutschen Namens würdig und im frohen Hinblick darauf sprechen wir mit Stolz diesen Namen an.

Unser politisches Glaubensbekenntnis ist einfach, wie das erbahene der Kirche. Wir glauben an den heiligen Geist der Humanität, der Herr ist und Leben ertheilt allen Völkern der Erde, welches Namens und Stammes sie sein mögen, und dessen Reich währt ewiglich. Wir glauben, daß dieser Geist Mensch geworden ist im deutschen Volk, dessen Hauch Hauch ist von seinem Hauch, damit zu wecken alle Völker, die Lebenden wie die Todten, die Wachenden wie die Schlafenden, damit sie groß werden und es ihnen wohl gehe auf Erde! Welches gelitten hat unter dreißig Fürsten, sich versenkt hat in einsamer Betrachtung in alle Tiefen und Schachte des Wissens und Schaffens, am Tage des Märzens glänzend auferstanden ist von den Todten! Welches sich erhoben hat zu den Höhen der Freiheit, von wannen es zu sich beruft alle Männer seines Volkes und aller Völker, zu ordnen das Gegenwärtige und das Künftige. Wir glauben an die Auferstehung des deutschen Volkes in der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt, an die Gemeinschaft aller Deutschen und an ihr festes brüderliches Zusammenhalten in Ewigkeit. Amen.

Schlicht und offen ist, was wir wollen. Wir wollen ein einiges Deutschland, ein deutsches Oesterreich, nicht auf- noch untergehend in jenem, sondern mit ihm und durch Deutschland bestehend. Wir wollen, daß Oesterreich mit Deutschland Hand in Hand gehe, hervorragend unter den Bruderslammern nicht durch die alte Krone Karls des Großen, sondern durch die freiwillige Achtung, die es sich erwirbt und

erwerben wird, wenn es im Sinne der Freiheit und der Humanität handelt und wirkt. Unser Deutchthum ruht nicht nur auf der Scholle der Geburt und dem Klang des Lauts, sondern auf dem Adel des Thuns und der Würdigkeit der Gesinnung. Wir kennen keinen Gegner der Nationalität, sondern nur der Bildung, keine Reaktion dem Stande, sondern nur der Richtung nach, keinen Feind nach der Person, sondern nach der Sache.

Darum unser höchstes Gebot: Du sollst die Humanität lieben über Alles, Deutschland um ihret- und Oesterreich um Deutschlands willen! Ich hab's gewagt.

Die deutschen Städte Böhmens an die Hauptstadt Prag.

Geehrte Frau Mama!

Wir haben Deine Zuschrift vom 28. Juni mit der Pragerzeitung vom 4. Juli richtig empfangen, und wüßten wir nicht ganz bestimmt, daß Vater Rothan anderweitig beschäftigt ist, so hätten wir diesen für Deinen Sekretär gehalten.

Du zürnst uns also theure Mutter, daß wir müde der stiefmütterlichen Behandlung beim deutschen Bruder Schutz und Freundschaft suchen, und daß wir das Mißlingen Deiner Pläne nicht beweinen. Zürne immerhin. Wir gestehen mit Stolz, daß wir die treue Bruderhand des biedern Sachsen geschüttelt, daß wir getrennt von den deutschen Brüdern in Oesterreich bei unsern Freunden in Deutschland Schutz vor dem fanatischen Treiben Deiner Söhne gesucht. Deinem Schicksale das Dich heimsuchte, sahen wir seit Wochen mit dem Gefühle eines Kranken entgegen, der von dem Ausbrechen eines Geschwürs wohl Schmerzen fürchtet, aber Heilung erwartet. Es schmerzt daher Dein Zorn uns weniger als die Heuchelei mit der Du fest zu behaupten wagst Du habest alle Deine Söhne mit gleicher Liebe umfaßt. Es geschah gewiß aus Liebe, daß während Deine czechischen Söhne und Töchter gleich Faschings-Narren vom Kopf bis zum Fuß in die Farben des Panславismus gekleidet waren, Deine deutschen Stiefkinder auch nicht ein kleines Bändchen zu ihrem Schmucke tragen durften. Aus purer Liebe duldest Du es, daß diese Stiefkinder aus ihrem Versammlungshause getrieben und beschimpft wurden, und nichts als Liebe war es, als man die Deutschen durch Hohn zum Austritt aus dem berühmten Nationalausschuß zwang; wie könnte man endlich verkennen daß Czechen und Deutsche Deine gleich geliebten Kinder sind, wenn man sieht wie Du der letzteren Rechte durch ein schamloses Wahlgesetz mit Füßen treten läßt. Herab also mit der Larve der Heuchler, nicht Deine scheinheiligen Reden werden nun uns irre führen. Wir kennen die Bedeutung des Kampfes, der in Deinen Mauern gewüthet.

Wiedereinsetzung der vom Kaiser und Minister nicht anerkannten provisorischen Regierung, jener Regierung, die durch ihre Zusammensetzung und Entstehung uns die längsten Besorgnisse um unsere heiligsten Interessen einflößte, war der Preis des Sieges.

Von Deiner fanatischen Swornost hervorgerufen, war dieser Kampf eine würdige Schlusszene der Komödie, die in Deinen Mauern gespielt und wozu Du die bunt kostumirten Akteure aus dem weiten Süden und Osten herbeigerufen.

Du zeihst uns des Verraths, wenn wir unserm tausendjährigen Freund und Bruder die Hand reichen, wenige Tage nachdem Du die Völker von der Weichsel und dem Don, von der Save und dem Balkan zu Dir geladen, um mit ihnen über die Verwirklichung eines Traumes zu berathen zu dessen Realisirung Du erst die Welt in Flammen setzen mußt.

An demselben Tage, an welchem der erlauchte Prinz, der als Stellvertreter Deines Kaisers Dich regiert, zum Oberhaupte der deutschen Nation gewählt ist, nennst Du den Bund mit dem deutschen Bruder Verrath, jenen Bund, dessen Festigung die Lebensaufgabe dieses Prinzen war und sein wird.

Glaubst Du, durch Deine wahnsinnigen Vorwürfe das Treiben Deiner fanatischen Partheien, Deines treulosen Patronen, des Grafen Leo Thun zu verdecken, die täglich Verrath üben, indem sie Trennung von Oestreich, Trennung von Deutschland predigen, und über Mittel und Wege brüten, wie dieses recht bald zu bewerkstelligen wäre.

Es ist wahrlich nicht das Verdienst jener Männer, die seit dem 11. März in Deinem Weichsbilde das große Wort führen, wenn Du uns zurufen kannst: „Noch ist Oestreich nicht verloren.“ Wäre es jenen Männern nach ihrem Willen gegangen, längst wäre die Felix Austria in eine Menge Länder und Ländchen zerstückelt, damit nur ja recht viele dieser edlen Männer als Statthalter, Minister und weiß Gott was, regieren könnten.

Und Du, alte Praga, duldest dieses Treiben in Deinen Mauern, unterstützt es sogar! Wir müssen fast glauben, die Erinnerung an Deine einstige Schönheit als Königsstadt habe in Dir die Sehnsucht erweckt, es in Deinen alten Tagen nochmals damit zu versuchen, wobei es Dir gleichgültig zu sein scheint, ob auf Deinem Throne ein Sprößling des angestammten Herrscherhauses sitzt, oder ob ihn ein Fäster oder Villani einnimmt.

Entzückt waren wir über die Frechheit, mit der Du dich mit fremden Federn schmückst. Also Dir, nicht den edlen Söhnen Wiens haben wir das Sprengen unserer Fesseln zu danken. Wir bewunderten bisher die Aufopferung der edlen Kaiserstadt, die nicht an ihren Glanz, an ihre Zukunft dachte, als sie allen Ländern in den Tagen des März die Freiheit errang, in den Tagen des Mai das Errungene zu verteidigen wußte, müssen aber bekennen, daß uns Deine Zuschrift eines Bessern belehrte.

Deine Petition of right vom 11. März war es, die uns statt dem Recht Rechte, statt der Freiheit Freiheiten verschaffte. Du mußt um jeden Preis Hauptstadt eines Reiches werden, ob dieses Reich groß oder klein, ob es vom Götterhauch der Freiheit durchweht oder ob darin der Samum des Fanatismus und des Nationalhasses stürmte, das galt Dir gleich.

Wie gleisnerisch klingt endlich Deine Mahnung, den Bürgerkrieg zu meiden. Nachdem durch das hirnlose Treiben Deiner Partheien jedes Fünkchen Nationalhaß, das in der Brust unserer czechischen Brüder zurückgeblieben, zur Flamme angeblasen, nachdem nur an dem Indifferentismus der deutschen Bevölkerung der Plan dieser Partheien gescheitert, mahnst Du uns Deutsche zum Frieden. Spare Dir diese Mahnung, wir kennen unsere Pflicht gegen den czechischen

Bruder. Zum Glück sind noch nicht viele von ihnen durch das Gift angesteckt, das aus Deinen Mauern strömte. Nur wenige theilen den Deutschenhaß und den Fanatismus Deiner Factionen.

Laß ab von Deinem Aufstacheln des Nationalhasses, und nie wird Bürgerkrieg Böhmens Fluren mit Blut düngen. Der Deutsche wahr sein Recht, wird aber auch nie dem anders sprechenden Bruder das Seine rauben.

Und nun lebe wohl, und halte ein andermal Deine Strafpredigten jenen, die sie verdienen.

Gegeben auf dem Boden der Freiheit, den 8. Juli, im Jahre des Heils 1848, unserer Freiheit im ersten Jahre.

Eduard Straßer,
aus Rumburg.

Oestreichs kommerzielle Stellung zu Deutschland.

Die deutsche Bevölkerung Oestreichs ist fast ohne Ausnahme von der dringenden Nothwendigkeit eines innigen politischen Anschlusses an Deutschland überzeugt; weniger einig ist sie über die Vortheile, die ein kommerzieller Verband Oestreichs Industrie und Handel bieten dürfte. In dieser Beziehung herrscht noch Zweifel und Besorgniß unter einem großen Theil unserer Fabrikbevölkerung, so daß ich es für meine Pflicht halte, meine Ansichten darüber, insoweit ich in die Verhältnisse eingeweiht bin, mitzutheilen.

Als sich im Jahre 1833 der große deutsche Zollverein bildete, wurde mannigfach die Frage erörtert, ob es für Oesterreich vortheilhaft sei, sich diesem anzuschließen. Allgemein war man darüber einig, daß unsere Natur- und land wirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland reichlichen Absatz finden würden, da in Oestreich in der Regel die Preise der meisten billiger sind, als in den Zollvereinsstaaten.

Die Industriellen dagegen waren in ihrer Meinung über die Zweckmäßigkeit des Anschlusses getheilt.

Jene, deren Erzeugnisse schon seit langen einen vortheilhaften Absatz im Auslande fanden, mußten den Anschluß wünschen, da sie dadurch von den drückenden Abgaben befreit wurden, die ihre Fabrikate beim Eingang in die Vereinslande zu zahlen hatten. Hierher gehören: viele Metallwaaren, das Holz- und Tafelglas, die herrlichen Krystallgläser und die Glasperlen und Schmelzarbeiten Böhmens, Thonwaaren; mehrere Gattungen Papiere, eine große Zahl von Schafwollzeugnisse, wie die Schwale Wiens, die Luche von Reichenberg, Brünn und Jglau u. s. w., Leinen- und Seidenzwirn, nebst vielen anderen Leinen- und Seidenwaaren und einigen Baumwollstoffen, wie Baumwollsammt, Manchester und Gingang. Die Ausfuhr von Hüten, Holzwaaren, Drechsler und Galanteriewaaren, musikalischen Instrumenten, dann von einigen Gattungen Leder ist auch nicht unbedeutend.

Ein anderer Theil der Industriellen, die zwar die Concurrnz der Zollvereinsstaaten sowohl in Betreff der Qualität, als des Erzeugungspreises ihrer Waaren nicht zu scheuen hatte, waren gegen den Anschluß, da sie für ihre Fabrikate einen lohnenden Markt im Inlande fanden und nicht geneigt waren, diesen sicheren Besitz gegen problematische Vortheile zu vertauschen. In diese Kategorie dürften die meisten Baumwollwaarenherzeuger, Cottonfabriken, Baumwollgarnspinnereien, viele Schafwollwaarenfabrikanten gehören.

Wieder Andere sahen sich durch Schutzzölle so begünstigt, daß ihnen, sehr zum Nachtheil der Verbraucher, die Forderung hoher Verkaufspreise möglich wurde, daher ihnen ein Zollsystem mit niederen Schutzzöllen nicht angenehm sein konnte. Als Beispiele führe ich Run-

Keltrübenzuckerfabriken, Zuckerraffinerien, Eichorienfabriken, viele Metallwaarenherzeuger und chemische Fabriken an.

Weiter gab es Industriezweige, die ein wahres Treibhausleben führten, die aller natürlichen Vortheile baar, bloß durch Verbote erhalten wurden. Größtentheils wurden sie von Leuten getrieben, welche diese Fabrikation als Deckmantel eines systematisch eingeleiteten Schmuggelhandels benützten. Ich vermeide es durch Nennung einiger derartiger Fabrikationszweige, diese an den Pranger zu stellen. Sie wollten von einem Zollanschlusse durchaus nichts wissen.

Es gelang den letzten 3 Kategorien von Industriellen, die Regierung von der Schädlichkeit des Zollanschlusses zu überzeugen, und dieser unterblieb trotz der großen finanziellen und politischen Vortheile, die er bot.

Seitdem sind 15 Jahre verflossen. Oesterreichs Industrie war in diesen Jahren nicht müßig; „Vorwärts“ war ihr Wahlspruch, und vorwärts schritt sie auf der Bahn zu jenem Ziele, wo sie keine Konkurrenz der Welt zu scheuen hat, wo sie begünstigt durch die Vortheile, die ihr Oesterreichs natürlicher Reichthum bietet, kühn den Kampf mit ihren älteren Schwestern in anderen Ländern aufnehmen kann.

Schon seit mehreren Jahren befreunden sich frühere Gegner mit dem Gedanken eines Zollanschlusses an Deutschland, wo man früher in der Konkurrenz Unterdrückung sah, erblickt man gegenwärtig höchstens einen Sporn zu kräftigeren Exportstreben.

An den Grenzen fand man, daß eigene Industrie einen nachhaltigeren Lohn gewähre, als das gefahrvolle demoralisirende Schmuggeln; daß, indem man die Waare im Lande erzeuge, nicht allein die Schmuggelpläne, sondern auch der Nutzen der ausländischen Fabrikanten gewonnen werde. Wir müssen gestehen, ein großer Theil unserer Industrie hat diesen Ursprung, und aus Schwärzerverbänden wurde eine kräftige und industrielle Bevölkerung. Die Belästigung, die unsere Industrie durch eine nöthig gewordene strenge Kontrolle erlitt, trug das Ihrige bei, ein Fallen der Zollgrenzen für viele Industrielle wünschenswerth zu machen.

So war Oesterreichs Stellung gegenüber des Zollverbandes, als das folgenschwere ereignisreiche Jahr 1848 erschien. Das alte morsche Oesterreich widerstand dem Freiheitssturme, der aus Süden und Westen andrang, nicht. Seine Völker, seither durch das Band eines eisernen Willens aneinander gehalten, zerfielen, als dieses Band zerriß; National-Antipathien, von dem früheren Despotismus gehegt und als Mittel benützt, Freiheitsbestrebungen niederzuhalten, zerfleischen das Land. Statt einig den Bau eines neuen, durch Freiheit beglückten Oesterreichs zu beginnen, trennte sich Ungarn, riß sich Italien los, will Polen selbstständig sein.

Oesterreichs politische Stellung ist dadurch eine unhaltbare geworden; nicht weniger ward es seine industrielle und kommerzielle. Die Länder, welche zeither unsere größten Abnehmer waren, sie sind theils verloren für unsere Industrie, theils ist ihr Verlust zu fürchten. Ungarn beginnt bereits mit Zollerhöhungen auf Oesterreichs Industrieerzeugnisse, in Italien ist kein Handelstractat im Stande, das frühere für unsere Industrie so günstige Verhältniß wieder herzustellen, und wie lange wird es dauern, so wird Polen seine blutigen Anstrengungen, sich seiner Fesseln zu entledigen, erneuen.

Was erübrigt nach dem Abfalle dieser drei Provinzen unseren Industriellen als Markt? Statt 36 Millionen Konsumenten, von denen $\frac{1}{4}$ Theil Ackerbauer waren, bleiben 11 Millionen, von denen sich die Hälfte mit Gewerben beschäftigt. Ein solcher Zustand könnte nur mit der Vernichtung unserer blühenden Industrie, mit

dem Hungertode von Millionen Arbeitern enden. Es müssen daher neue Absatzwege eröffnet, neue Verbindungen angeknüpft werden, um unsere gewerthätige Bevölkerung zu retten. Wo aber sollen wir diese suchen? Etwa, wie uns panslavistische Wähler vorspiegeln, in den geträumten Kaiserreich Slavonien, unter Horden, die ihre Glieder mit einigen selbstgewobenen Lappen verhüllen? Täuschen wir uns nicht, unsere Industrie braucht einen Markt unter gebildeten Nationen, und dieses ist nur in Deutschland und mit Deutschland zu finden.

Deutschland hat eine Bevölkerung von 45 Millionen; umschlingt erst alle das Bruderband, so wird es seiner Gewerthätigkeit den mächtigsten Schutz gewähren. Der deutsche Markt wird der deutschen Industrie gesichert bleiben, und dieser ist so ausgedehnt, daß er derselben die freieste Bewegung gestattet.

Deutschland wird aber nicht dabei stehen bleiben, seiner Industrie den heimischen Markt zu sichern, es wird Ungarn den Schutz, den es in Deutschland vor den Uebergriffen der Slaven sucht, mit einem Zollverband, es wird Polen seine Rekonstitution mit einem Handelsvertrag bezahlen lassen.

Deutschland wird den Colonien durch Differentialzölle begreiflich machen, daß es nur von Jenen Colonialprodukte zu kaufen geneigt ist, welche die Einfuhr seiner Industrieerzeugnisse begünstigen. Deutschland wird sich innig mit den nordamerikanischen Freistaaten verbinden, um vereint Englands maritime und kommerzielle Uebermacht zu bekämpfen. Deutschland wird als erste Weltmacht nicht um Handelstractate betteln, es wird sie diktiren.

Es erübrigt mir noch die Art und Weise darzulegen, wie der Anschluß erfolgen soll, ohne die nachtheiligen Wirkungen, die ein zu schneller Systemwechsel für unsere Industrie und unsern Handel haben müßte, hervorzubringen.

Unsere Märkte sind durch die Calamitäten der letzten Zeit mit Waaren überschwemmt, die durch hohe Eingangszölle von Rohstoffen vertheuert sind. Es wird also nothwendig seyn, diese erst wenigstens theilweise an Mann zu bringen. Inzwischen wäre unter Zuziehung von Sachverständigen ein Vereinstarif zu berathen, der der inländischen Industrie den nöthigen Schutz gewährt, ohne in Prohibition auszuarten. Drei Monate nach Feststellung dieses Tarifs wäre dieser sowohl an den Grenzen des zeitherigen Zollvereins, als an den österreichischen einzuführen.

Dagegen müßten die Industrieerzeugnisse Deutschlands und Oesterreichs gegenseitig beim Eingang auf der zwischen ihnen liegenden Gränze gegen ein Drittheil des auf ausländische Erzeugnisse festgesetzten Zolles zugelassen, der kleinere Gränzverkehr aber gänzlich freigegeben werden. Es würde dadurch eine allmähliche Regelung des neuen Verkehrs angebahnt, und eine für die Finanzen des Staats gewiß ersprießliche Reduzirung der Gränzbewachung möglich.

Damit diese Reduktion nicht zu einem Schmuggeln von Transitwaaren benützt werden könnte, müssen unversteuerte Waaren statt wie bisher an die Gränze, bis an das nächste Zollamt begleitet, von diesem empfangen und eine Uebernambsbescheinigung ausgefertigt werden. Eine derartige Controlle macht diese Art Schmuggel, der zeither sehr zum Nachtheil unserer Industrie auszuübt wurde, unmöglich.

Genannter Uebergangszustand müßte wenigstens ein Jahr dauern, während dieser Zeit können die noch hoch verzollten Rohstoffe verarbeitet, und die daraus gefertigten Waaren verkauft seyn. Jene Industriezweige, die wirklich hinter den Anforderungen der Zeit zurückgeblieben sind, können einstweilen durch Aufstellung verbesserter Maschinen, durch Einführung eines zweckmäßigeren Manipulationsverfahrens ihren Erzeug-

nissen jenen Grad der Vollendung geben, der ihnen ein Concurriren mit denen des Vereins möglich macht.

Nach Verlauf dieses Jahres wäre die Zwischenzolllinie aufzuheben, und hätte der freie Verkehr in den weiten Gauen des Vaterlandes einzutreten. Ich behalte mir vor, in einer späteren Darstellung speciell auf die einzelnen Industriezweige einzugehen, und meine Ansichten über einzelne Zollsätze des festzusetzenden Tarifs darzulegen, glaube aber in vorliegenden den Umriss mancher Befürchtungen und den Nutzen, ja die Nothwendigkeit eines kommerziellen Anschlusses an Deutschland darzulegen zu haben. Er wird segensreich auf unsere Industrie, auf unsern Handel wirken; er wird so manche Plage, die unserm Verkehr auf den Flüssen, Straßen und Eisenbahnen belästigten, entfernen.

Und sollte dieser Anschluß auch dem Einzelnen kleine Opfer kosten, er scheue sie nicht, er bedenke, daß ihn der Bund mit seinen Brüdern in Deutschland vor unendlich größern Uebeln zu schützen vermag, daß er dem Gesamtvaterlande Kraft und Macht nach Außen, Ruhe und Sicherheit nach Innen gibt; darum ein Hoch unserm einigen Deutschland!*)

Strache.

Wien.

M. K. Nach einem 42jährigen traurigen Interregnum hat Deutschland wieder ein Haupt, ein sichtbares Symbol von deutscher Einheit und deutscher Macht. Einst nach einer 30jährigen schecklichen Zeit war es auch ein Habsburg, der die Hunderte von Fürstlein und Gräfslein zertrat, welche die Herrn des deutschen Volkes zu spielen wagten, der ihre Burgen gebrochen und dem Faustrecht, das ist, dem Prinzip: in der Macht ist das Recht, durch das Schwert und das Gesetz begegnete. Was der Ahnherr that, das selbe und noch ein mehreres hoffen und verlangen wir vom neuen Reichsverweser. Das deutsche Volk will nicht mehr in 34 Domainen getheilt sein, und sein Oberhaupt wird diesem Willen Achtung zu verschaffen wissen. Das deutsche Volk hat sich seinen Befreiungsbrief mit seinem Herzblute geschrieben, der Reichsverweser wird jeden Buchstaben hüten und schirmen. Wir aber, die wir bedroht an den Ostmarken wohnen, hoffen von ihm, daß er mit starker Hand jedes Trennungsgelüste kräftig darniederhalten wird, in der Erinnerung, daß er nicht als ungarischer und nicht als böhmischer Prinz, sondern als deutscher Fürst gewählt worden ist. Dies Alles erwarten wir, können aber uns inmitten des allgemeinen Jubels nicht banger Gefühle erwehren. Wir können nicht die Siegeshymne anstimmen, bevor der Kampf ausgekämpft ist, so lange noch ein Gegner trotzig das Feld behauptet.

Schon nach der ersten That des einigen Deutschlands, nach der Wahl eines Reichsverwesers, da schlichen die alten Cabinetspolitiker aus ihren Schlupfwinkeln und die großen wie die Duodezfürstlein machen ihre Hauspolitik geltend. Daß sie es nur wagen, ist ein übles Zeichen.

Oldenburg und Hannover sollen gegen den Wahlmodus Protest eingelegt haben, und Preußen, das noch vor drei Monaten in Deutschland aufgehen wollte, erklärt sich die Wahl wohl gefallen zu lassen, aber unter solchen Verlausulirungen, daß man an die weiland Capitulationen erinnert wird. Preußen behält sich: die Zustimmung zu Krieg und Frieden in jedem Falle vor, und dies in einem Augenblicke, wo der Russe in die Moldau eingedrungen ist, und an den Grenzen Deutschlands große Heeresmassen sich anhäufen. Es behält sich vor, im Falle eines Krieges neutral zu bleiben, wie im schönen Jahre 1805, dem das Jahr 1806 folgte, um mit oder gegen Deutschland zu kämpfen. So nur können wir einen solchen Vorbehalt verstehen. Erhebt sich nicht ganz Deutschland mit dem preussischen Volke an der Spitze gegen einen Versuch des Verrathes, so werden wir bald die seligen Zeiten des Bundes zurückwünschen, unter dem wenigstens kein Staat einem Bundesbeschlusse sich entziehen durfte.

Doch wozu in der Weite suchen, wie die Regierungen in unfeliger Verblendung das Geschick über sich herein rufen, da

wir in aller nächster Nähe die schönsten Beispiele anführen können.

Vor einigen Tagen soll der deutsche Minister Billersdorf in einem Wahlbezirke der Leopoldstadt folgende Aufklärung über seine deutsche Gesinnung gegeben haben.

„Der Anschluß an Deutschland ist eine Nothwendigkeit; aber nimmermehr kann ich meine Zustimmung geben, wenn die Souveränität Oesterreichs dadurch behoben werden sollte. Selbst mit Waffengewalt müßte man eine solche Zumuthung zurückweisen.“*)

So weise und verballhornt wie alle Erklärungen des Ministers: Der Anschluß ist eine Nothwendigkeit, aber die Souveränität darf nicht darunter leiden. Die Sache ist zu ernst, sonst müßte man wahrhaftig darüber lachen. Was heißt ohne Beeinträchtigung der Souveränität? Alles das, was die Machtvollkommenheit der Herrn Minister beeinträchtigt! —

Und eine solche Erklärung wird abgegeben in dem Augenblicke, wo die Abgesandten des Frankfurter Parlamentes die Botschaft der Erwählung Johanns brachten, in derselben Zeit, wo ein drohendes Wort des Parlamentes die Aufhebung der Blockade Triests bewirkte.

Fortsetzung folgt.

Korrespondenz des Vereins.

Vöblicher Verein der deutschen Oestreicher zur Aufrechthaltung ihrer Nationalität.

Eure sehr verehrte Zuschrift vom 12. d. hat mich freudig überrascht. Sie soll mir stets als ein Band dienen, welches mich mit Euch, deutsche Brüder! enge verknüpft, sie soll meinen Nachkommen als ein theures Andenken aufbewahrt werden; denn noch mehr als Auszeichnung der Regierung ehrt die Anerkennung und das Vertrauen patriotischer Mitbürger.

Darum Dank Euch, innigen Dank und die Versicherung, daß ich nie wanken werde auf dem Pfade des geseglichen Fortschrittes, in der Vertheidigung unserer, durch die Konstitution gewährleisteten Volksrechte und im rastlosen Fortschreiten der Verbesserung der Volkszustände.

Offen, wahr und furchtlos zu sein, galt mir von jeher als heiligste Pflicht.

Daher erlaubt mir die Versicherung, daß ich die mir durch Euch gewordene Anerkennung, so lieb und theuer sie mir ist, schon deshalb nicht in diesem Maße verdient zu haben glaube, weil ich der Ueberzeugung bin, daß unter uns deutschen Böhmen es Hunderte von Männern giebt, die bereitwillig ebenso geandelt haben würden, als ich, daß es Tausende sind, die mir an patriotischer Gesinnungstüchtigkeit nicht nachstehen, und daß besonders diesem Umstande es zuzuschreiben ist, daß sich der Landes-Präsident in der Absicht uns deutsche Böhmen in unseren Gesinnungen für die Aufrechthaltung unseres freien Oestreichs und treuen Anhänglichkeit an unseren geliebten Monarchen durch Beziehung eines derselben in den provisorischen Regierungsrath, wankend zu machen, bewogen fand, mich hierzu zu erkiesen.

Darum gebührt Euch allen, liebe deutsche Brüder! der Dank, den Ihr mir widmet, und es wird uns dies Ereigniß stets als Beweis dienen, daß unerschütterliches Festhalten an den konstitutionellen Prinzipien, uns stets auf dem Wege der Gesetzmäßigkeit, der öffentlichen Ordnung erhalten wird, und daß wir niemals der Gefahr ausgesetzt sein werden, Opfer verbrecherischer Umtriebe zu werden wie die, welche zwar von uns lange vorausgesehen, die Revolution in Prag an's Tageslicht gebracht hat.

Genehmigt, verehrte Brüder! die Versicherung der aufrichtigsten Hochachtung und unwandelbaren deutschen Gesinnung, mit welcher verharret Euer

Reichenberg, den 20. Juni 1848

Karl Herzig.

*) Dieses Ministerium wird fortan dem deutschen Reiche nicht mehr schaden. Während dieses geschrieben wurde erhielten wir die freudige Nachricht seines Sturzes. A. d. R.

Verantwortlicher Herausgeber im Namen des Vereines: **Dr. v. Löbner.**

Redaktions-Comité: Dr. Kuh, J. Rant, Schopf, F. Uhl, Dr. Nob. Zimmermann.

Schwarz = Roth = Gold.

Vereinsblatt der Deutschen in Oestreich.

Freitag,

N^o 2.

den 14. Juli 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig 2mal in der Woche, Dienstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse Nr. 1103, 1. Stock, links, mit 4 fl ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Die Erbschaft des alten Ministeriums. — Vereinsangelegenheiten (Plenarversammlung am 11. Juli 1848. Ausschuss-Sitzung am 12. Juli. Adresse des Vereins der deutschen Oesterreicher an den Erzherzog Johann.) — Korrespondenz des Vereins. (Brünn, Leitmeritz, Leipzig, Budweis.) — Weltbegebenheiten. — Nachrichten von dem Wiener Reichstage. — Briefkasten der Redaktion.

Die Erbschaft des alten Ministeriums.

M. K. Das Schaukelministerium hat endlich das Gleichgewicht verloren und ist gestürzt. Haben wir von unserm Standpunkte aus es zu beklagen? Wohl versicherte uns Billersdorf mündlich, daß er ein deutscher Mann sei, daß wir ihm vertrauen können, er werde nie die deutsche Sache verrathen; aber seit der Berufung Palachy's in's Ministerium, der wir mit ganzer Kraft entgegen treten mußten, seit dem unseligen Ratificationsvorbehalte in deutschen Reichsangelegenheiten war unser Vertrauen tief erschüttert, und seine süßen Worte und sein gewinnendes Betragen konnten es nicht aufrecht erhalten.

Vor allem andern mußte uns sein Verhalten in den Prager Angelegenheiten höchst verdächtig erscheinen: wir können diesen passiven Muth bei dem sonst so nachgiebigen Manne, mit dem er den Wünschen der gesammten Bevölkerung entgegen trat, und einen nothorisch incriminirten Mann, wie den Leo Thun, an der Spitze der Verwaltung ließ, nur auf zweifache Weise erklärlich finden. Es war entweder bei ihm eingewurzelte Scheu vor jedem energischen Auftreten, es waren noch die süßen Erinnerungen aus seiner Kanzlerszeit, wo ein jeder Beamter factisch unverleßlich und in seiner Person von Wünschen, die auf das verantwortliche Ministerium nie Einfluß gewinnen dürfen. Billersdorf ist abgetreten, aber alle Fragen, die er dem neuen Ministerium zur Lösung hinterlassen, sind durch sein Zögern und Hintanhalten vielfach verzwickelter geworden. Hätte er den Leo Thun gleich bei der Errichtung der provisorischen Regierung, statt nur zu drohen, wirklich 'abgesetzt', Böhmen wäre vielleicht jetzt beruhigt, die Monarchie in ihren Grundfesten nicht erschüttert, und Blut vielleicht nicht vergossen worden. Leo Thun herrscht jetzt in Böhmen, und Windischgrätz erklärt sich für untrennlich von ihm, und macht sich so zu seinem Mitschuldigen; ja er wagt es, in dem Augenblicke, wo der Reichstag sich versammelt, mit der Berufung an die ihm ergebenen Truppen zu drohen. Wohl nimmt er auch das Land zum Zeugen, da es ihm in zahlreichen Adressen seinen Dank ausgesprochen. Nimmermehr hätte die deutsche Bevölke-

rung, das können wir mit Zuversicht aussprechen, dem Manne seine Anerkennung gebracht, der einem Thun sich zugesellt, und durch diese einzige That allen Dank verwirkte, den er vielleicht um das Land verdient hat, denn dasselbe Volk verlangte in zahlreichen Petitionen die Absetzung und Anklage des Leo Thun.

Die deutsche Sache aber ist in Böhmen jetzt gefährdeter als je: Leo Thun hat nimmer die czechische Sache verlassen, für die er seit Jahren gewirkt, er opferte bloß die demokratische Fraktion der Czechen, um auf dem früheren Wege die provinzielle Trennung und die Loslösung von Deutschland um so sicherer zu bewirken. Das entspricht seinen innersten Neigungen, das entspricht dem Instincte eines großen Theils des Adels, der jetzt mit demselben Haffe Deutschland haßt, als seine Ahnen im Jahre 1793 Frankreich haßten. Das beweist eine Verbindung mit Windischgrätz und das Liebäugeln mit der übrigen Czechenpartei. So droht uns eine doppelte Gefahr: für unsere Freiheit, wie für unsere Nationalität.

Vereinsangelegenheiten.

Plenar-Versammlung am 11. Juli 1848.

Prof. Schrötter, provisorischer Obmann, meldet, daß mehrere Mitglieder des Vereins zum Wiener Reichstag gewählt wären, und daß noch mehrere Wahlen in Aussicht stünden. (Die Gewählten werden weiter unten namhaft gemacht.) Er dankt der Versammlung für das dem Ausschusse bisher gegebene Vertrauen und bittet nun die neue Ausschussswahl vorzunehmen.

Mehrere Redner sprechen dagegen, da die Versammlung des schlechten Wetters wegen nicht zahlreich besucht ist.

Herr Lackenbacher schlägt vor, durch ein Plakat die Mitglieder aufzufordern, am 21. d. M. zur Wahl des Ausschusses zahlreich zu erscheinen.

Wird angenommen.

Dr. Nadler stellt den Antrag, alle Nationalgarden der deutsch-österreichischen Provinzen mögen die deutsche Hofarde neben der Provinz-Hofarde tragen.

Fried. Uhl meint, daß man höchstens dazu freundschaftlich einladen könne — bei den Czechen sehe er nicht ein, wie dies zu bewerkstelligen wäre.

Dr. Schmidt: Es wären bloß die deutschen Bezirke einzuladen.

Mehrere Redner sprechen noch für und gegen.

Dr. Flögel modificirt den Antrag dahin, daß man erst dem Verwaltungsrath Wiens dazu auffordere.

Dr. Nadler meint, daß slavische Völker, welche Deutschlands Schutz genießen, auch als Anerkennung dafür das deutsche Band

tragen mögen; er schließt damit, daß man bei den Nationalgardens-Oberkommando's den Befehl dazu auswirke.

Dr. Flögel: Das ist Sache der Gesinnung, nicht des Befehles.

Obmann Prof. Schrötter: Will die Versammlung, daß in dieser Angelegenheit Etwas geschehe? —

Die Versammlung beschließt, den Gegenstand fallen zu lassen.

Ausschuß-Sitzung am 12. Juli.

Die Wiener Zeitung erbietet sich in einem Briefe, die Verhandlungen des Vereins abzdrukken.

Es wird mit Dank angenommen.

H. Morath übernimmt die Beantwortung des Briefes. Hr. Wolf die Berichterstattung an die Wiener Zeitung.

Adresse des Vereins der deutschen Oestreicher an Erzherzog Johann.

Auf die Nachricht, daß Se. k. k. Hoheit, Erzherzog Johann, zum deutschen Reichsverweser gewählt sei, überreichte eine Deputation des Vereins folgende Adresse:

Durchlauchtigster Erzherzog! Ein neuer Tag ist für Deutschland angebrochen. In der ersten konstituierenden Nationalversammlung des deutschen Volkes in Frankfurt erblickt jeder Deutsche mit Stolz die Vertreter des gesammten Vaterlandes, von ihr erwartet er eine frohere Zukunft, ihr überläßt er vertrauensvoll die Wahl Derjenigen, der an die Spitze des Volkes durch das Volk gestellt, der Vermittler werden soll zwischen Fürsten und Völkern. Und dieses Vertrauen hat Keinen getäuscht. Die Wahl der deutschen Nationalversammlung ist auf Denjenigen gefallen, den jedes Herz längst schon als den Würdigsten bezeichnete, und welcher, der beste Bürger unter den Fürsten und darum auch der beste Fürst unter den Bürgern vor Jahren schon das Wort aussprach: „Kein Preußen und kein Oestreich mehr; ein einiges Deutschland!“

Ev. k. Hoheit werden dem Rufe folgen! Es ist ja Ihr eigenes Volk, dem Sie dem Blut, dem Sie der Gesinnung nach angehören, das nach langen unseligen Verwickelungen in einem glücklichen Augenblick zum Bewußtsein seiner Macht und Einheit gelangt, in Ihnen, der den Fürsten und den Bürgern gleich nahe steht, den Mann seiner Zukunft erkannt hat. Ihre Wahl wird die Fürsten mit den Wünschen der Völker versöhnen, die nicht auf Trennung, sondern auf die wechselseitige Wohlfahrt fördernde Einigung beider gerichtet sind und unser kaum erwachtes Vaterland vor unzähligen Stürmen bewahren, die aus der Wahl eines Einzelnen aus dem Volke, der den Herrscherhäusern fern und fremd entgegenstände, hervorgehen könnten.

Auch die schwere Pflicht, welche Ev. k. Hoheit so eben als Stellvertreter unseres gütigen Monarchen im gesammten Kaiserstaat übernommen haben, darf, kann Sie nicht zurückhalten!

Mit dem erhabendsten Gefühle haben wir Sie als Solchen begrüßt, denn in Ihnen, der dem Throne so nahe geboren es seiner würdiger fand, ein schlichter Bürger zu sein, sahen wir den sichersten Bürgen für die allgemeine Freiheit.

Aber uns, die Deutschen in Oestreich, treibt ein noch heiligeres Gefühl, die Pflicht gegen unser gemeinsames Stammland. In dem Augenblick, da fremde Nationalitäten den Bau des Reiches unterwählen, um den Verband aller Provinzen des Kaiserstaates lockerer zu machen, in diesem wichtigen Augenblick erscheint uns die Berufung Ev. k. Hoheit durch die einstimmige, aus dem Herzen kommende Wahl des Volkes zum deutschen Reichsverweser als ein neuer göttlicher Ein-

gerzeig, daß Oestreich mit Deutschland gehen, daß Oestreich durch Deutschland, Deutschland durch Oestreich groß und mächtig werden soll. Durch Ihre Person, das geliebte Glied des Herrscherhauses, an welchem alle Nationen Oestreichs mit gleicher Liebe hängen, als gemeinsamen Reichsverweser an Deutschland gewiesen, werden auch der östreichische Slave, der Ungar, der Italiener sogar in dem deutschen Bruder diesseits und jenseits der Grenzen des Kaiserstaates keinen Feind mehr sehen und sich an den Gedanken gewöhnen, daß die Völker Deutschlands und Oestreichs nur ein großer Völkerbund seien, durch die gemeinsamen Bande der freiesten Verfassung und der höchsten literarischen und kulturhistorischen Entwicklung.

Dies aber, durchlauchtigster Herr, sofern es Einzelner vermag, vermögen Sie und Sie allein! Sie, durchlauchtigster Herr, bei dem es Niemanden gelüsten wird, verborgene Absichten zu vermuthen, dürfen die deutsche Nationalversammlung zu einem Schritte auffordern, den die einsichtsvollsten Freunde Oestreichs und Deutschlands bereits in ihrer Mitte vorgeschlagen haben. Fordern Sie sie auf, ihren Sitz nach Wien zu verlegen, in die Kaiserstadt, die sich der Freiheit und des deutschen Namens so würdig gezeigt hat, wie keine zweite. Lassen Sie uns hoffen, daß die Sendung des deutschen Volkes Träger und Bringer der Bildung dem Laufe seiner Flüsse entlang bis an die Küsten des schwarzen und adriatischen Meeres zu sein, durch die Hand Ev. k. Hoheit sich erfüllen und das Banner der Humanität von deutschen Händen getragen, auf den gesegneten Fluren der Magyaren und dem empfänglichen Boden slavischer Völkerschaften erblühen mögen. Schützen Sie die deutsche Bildung, durchlauchtigster Herr, wie Sie sie schätzen und um ihretwillen das deutsche Volk! Folgen Sie dem ehrenvollen Rufe, der nicht an den gebornen Fürsten, der an den erwählten Mann des Volkes mit ungetheilte Hingebung ergeht, und lassen Sie uns bald und freudig empfinden, daß die Deutschen in Oestreich sich in dem deutschen Vater Johann niemals getäuscht haben.

(Folgen die Unterschriften.)

Korrespondenz des Vereins.

Der Verein forderte die Industriellen in Böhmen, Mähren und Schlesien auf, ihre Ansichten in Bezug auf den Anschluß Oestreichs an den deutschen Zollverein kund zu geben. In Folge dessen liefen bereits mehre sehr beachtenswerthe Zuschriften ein, deren eine bereits in der allgemeinen österreichischen Zeitung veröffentlicht wurde. Hier folgt eine zweite; die andern werden von Zeit zu Zeit mitgetheilt werden.

Prünn, den 18. Juni 1848.

Hochgeschätzte deutsche Brüder!

Deutsch und bieder, erwiedern wir Ihren Gruß und Händedruck, und ergreifen sehr gerne die Gelegenheit, Ihrer geehrten Zuschrift gemäß, die Frage zu beantworten, in wie ferne, von unserm Standpunkte aus, ein fester Anschluß an Deutschland und der Beitritt zu dessen Zollverband wünschenswerth wäre. Weil als unbestritten angenommen werden muß „daß Handelsverbindungen das durchgreifendste und geeignetste Mittel sind, Nationen inniger, fester und dauernder zu verschmelzen, und die Aufrechthaltung und Erhaltung der deutschen Nationalität jedem Denkenden, als die höchste, durch die gegenwärtigen Verhältnisse gebothene Wichtigkeit erscheint, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß selbst ein Opfer, diesen heiligen Interessen gerne und willig gebracht werden sollte.

Die ausgesprochenen czechischen Besorgnisse, wegen Gefährdung des materiellen Wohlstandes, der Vernichtung der Manufaktur

und Fabrikation bedarf wohl einer nähern Beleuchtung, und kann um so weniger aus den Gesamtwillen hervorgehen, weil dort schon längst der Mittelstand zernichtet, und die gesammte Industrie nur noch allein in den Händen einzelner Geldmenschchen sich befindet welchen der Zolltarif günstig — die Nähe der Grenzen ihrem wohlorganisirten Schmuggelsystem sehr einträglich ist.

Wir erlauben uns, zu bemerken, daß wir unter materiellem Wohlstand nur einen kräftigen Mittelstand verstehen, und sehen auf der andern Seite nicht ein, worin die Vernichtung der Manufaktur und Fabrikation bestehen könne (Böhmen und seine sächsischen Konkurrenten, sind unmittelbare Nachbarn — klimatische Ursachen können daher nicht vorhanden sein, denn Böhmen besitzt eben so billige Arbeitskräfte, hat dieselben Bezugsquellen ihrer Rohstoffe zc.) wir nennen daher das Kind bei seinem rechten Namen, es heißt „engherzige Selbstsucht.“

Unbelangend die hierortige Schafwollwaaren-Manufaktur ist hauptsächlich zu bemerken: daß selbe zum bei weitem größerem Theile vom Mittelstande als ein bürgerliches Gewerbe ausgeübt wird, seit zehn Jahren an Ausdehnung ungeheuer zugenommen, durch diese Konkurrenz, sich auf eine Höhe geschwungen hat, von der aus wir ganz Deutschland zuversichtlich die Spitze bieten können. Zum Beweise dient der Umstand, daß bis zum großen Umschwunge der Dinge in diesem Jahre, ohngeachtet des sehr bedeutenden Eingangszolles in unsere deutschen Nachbarstaaten, häufige Waarensendungen statt gefunden haben. — Ein Anschluß an den deutschen Zollverband, könnte und würde uns daher, sowohl von politischen als auch kommerziellen Standpunkte aus sehr erwünscht und willkommen sein. — Wir glauben schon diesen Gegenstand Ihrer Anforderung zufolge erörtert zu haben, und wünschen nur daß Ihr patriotisches Wirken von besten Erfolg sein möge. Wir erwidern Ihre Freundschaftsbezeugungen vom Herzen.

Folgen 73 Unterschriften von Bürgern und Innungsvorstehern.

Löblicher Central-Verein!

Leitmeritz, am 3. Juli 1848.

Wir bringen zur Kenntniß, daß die Vereine zu Karlsbad und Eger für den Elbogner Kreis, zu Saaz für den Saazer Kreis, zu Leitmeritz und Rumburg für den Leitmeritzer Kreis, zu Reichenberg für den Bunzlauer Kreis als Mittelpunkte bestehe, namentlich in der Beziehung, daß sie die von Wien und Prag erhaltenen Mittheilungen weiter befördern.

Die Einleitungen zu den Reichstagswahlen werden hier, sowie überhaupt in Böhmen, mit einer bemerkenswerthen Langsamkeit betrieben werden. Noch sind die Urwahlen nicht eingeleitet.

Der hiesige Kreis-Kommissär Hergert verfaßte den beiliegenden Gesinnungsausdruck der Stadt Leitmeritz und verbreitete ihn unter der Firma des hiesigen, zu jener Zeit aus 6 Mitgliedern zusammengesetzten Verwaltungsrathe der Nationalgarde. Unser Verein setzte diesem zweideutigen Aufsatze einen anderen entgegen, der — wir können es mit gutem Gewissen behaupten — die hiesige Gesinnung mit weit größerem Rechte vertritt, als der obige.

Der erste Aufsatz wurde vom hiesigen Kreisamt dem Ministerium eingeschendet, ob es nöthig sei, auch die Entgegnung zur Berichtigung irriger Ansichten dahin gelangen zu lassen, stellen wir vertrauensvoll der Würdigung eines löbl. Central-Vereins anheim.

Wir wollen uns bei jeder wichtigen Angelegenheit an Einen löbl. Central-Verein wenden, und bitten selben dringendst, uns mit Rathschlägen zu Hülfe zu kommen. Wir werden die Schreiben eines löblichen

Central-Vereins durch das hiesige Lokalblatt veröffentlichen, und bitten, falls die Veröffentlichung für den einen oder andern Fall nicht eintreten sollte, dies hierbei ausdrücklich zu bemerken.

Insbefondere bitten wir auch um die Auskunft, ob wir uns in vorkommenden Fällen direkt an das Ministerium oder mittelst eines löbl. Vereins dahin wenden sollen: im letzten Falle würden wir den Central-Verein als unsere permanente Deputation beim Ministerium betrachten.

Schließlich können wir nicht umhin, zu bemerken, daß bei der vom hiesigen Kreisamt getroffenen Eintheilung der Wahlbezirke mit gänzlicher Außerachtlassung der Arrondirung sämmtliche czechische Dominien dem Wahlbezirke Lobositz einverleibt wurden, in welchem sie die Majorität behaupten dürften.

Vom konstitutionellen Verein:

Dr. F. Strabal,

Obmann.

F. A. Leo.

Leipzig.

Deutsche Brüder! Aus dem gemeinsamen Vaterlande ergeht an Euch ein herzlich Gruß deutscher Männer, die unter anderen Verhältnissen als Ihr, aber in gleicher Gesinnung zu ernstem und unablässigem Wirken für Deutschlands Wohl und für die Bewahrung und Entwicklung gesetzmäßiger Freiheit sich vereinigt haben. Mit inniger Freude hatten wir es vernommen, daß Ihr zusammengetreten wäret zum Schutze Eures angestammten Volksthum, mit banger Sorge erfüllte uns die Gefahr, die aus heimtückischem Hinterhalte verrätherisch auf Euch eindrang, mit Euch athmen wir freier, seitdem die drohendste Macht dieser Gefahr gebrochen ist. Aber noch immer gilt es, wachsam zu sein, noch immer gilt es, daß die Genossen des deutschen Stammes in Böhmen sich zu festem Verbands vereinigen, daß die Vereinigten ausharren in mannhafte Muth und unermüdeten Thätigkeit. Wir rufen Euch nicht auf zur Feindseligkeit gegen Eure slavischen Landesgenossen, mit denen Ihr wie Eure Altvordern in friedlicher Eintracht gelebt, mit denen Ihr Leid und Freude getheilt habt, die düstere Nacht der Unfreiheit und die Morgensonne der Freiheit. Ein solcher Aufruf liegt nicht in unserer Gesinnung, er würde von der Euren zurückgewiesen werden; denn Gerechtigkeit gegen jeden Volksstamm ist eine deutsche Tugend. Aber zu festem Muth, und, wenn die Noth es fordert, zu starker Wehr rufen wir Euch auf gegen eine noch nicht völlig besiegte volksverrätherische Partei, die nicht nur Euch, sondern auch Eure slavischen Brüder von der lichten Bahn der Freiheit in das wüste Irthum blutiger Anarchie stürzen möchte, gegen Aufwieglar und Sendboten, die das herrliche Böhmenland polnischer Adels Tyrannie oder der russischen Knute zu überliefern trachten. Ohne Haß gegen die Tschechen bietet Deutschland Euch Deutschen in Böhmen seine reine und treue Hand, die Hand, die stark genug ist, Unheil und Verderben von Euch abzuwehren.

Die deutschen Vereine

zu Leipzig, Oschatz, Horbürg, Dessau, Königstein, Riesa, Gottscheuba, Pirna, Lauenstein, Meissen, Dresden, Gröbern, Dölig, Naunhof, Cythra, Falkenhain, Chemnitz, Grimma, Kieritzsch, Magdeborn, Büchau, Dederan, Mückern, Waldheim, Röttha, Slogau, Wurzen, Kiel.

Budweis, den 4. Juli

Auf Verlangen der hiesigen Bürger mußten sich die Patres Krejci und Schneider wegen ihres Ultraczechismus von der hiesigen Seelsorge entfernen und kamen auf Lokalien. Der Letztere wurde auch dort von den Bauern weggejagt und hielt sich seitdem hier verborgen, als ein Befehl von Prag vom Bischof die Einlieferung beider Herren zur Untersuchung nach Prag verlangte. Dem Befehl wurde Folge geleistet, es sollen aber noch Andere aus dem Beamten- und Bürgerstande, als der Verschwörung verdächtig, eingezogen werden.

Weltbegebenheiten.

Kroatien. In der Landtags-Sitzung vom 9. Juli wurde der Beschluß gefaßt die Herrn Ljudevit Lukotnovich und Joseph Zwich als Ablegaten an den österreichischen Reichstag abzusenden.

Georgevich fragte, ob es recht und billig sei, daß auf dem Reichstage in Wien deutsch gesprochen werde, da doch in der österreichischen Monarchie 17 Millionen Slaven gegen 7 Millionen Deutsche leben. Wir (nämlich die Kroaten) verlangen, daß man auf dem österreichischen Landtage auch slavisch spreche. Der Vorschlag wurde mit allgemeinem Jubel angenommen und zu diesem Behufe so gleich eine Proklamation an alle slavischen Brüder Oesterreichs verfaßt und erlassen.

Den Ablegaten selbst wird es aber freigestellt, vorderhand nach ihrem Gutachten sich was immer für einer Sprache zu bedienen, da es noch unbestimmt sei, ob die Abgesandten das Stimmrecht erhalten oder ihnen bloß ein Ehrensitz eingeräumt werde.

In derselben Sitzung ward die brüderliche Gesinnung der loyalen Kroaten dadurch kundgegeben, daß die allgemeine Stimme des Landtages sich dahin aussprach nicht einen Heller der Staatsschuld übernehmen zu wollen.

Ungarn. So wie früher auf österreichische raffinierte Zucker, wurde jetzt auch auf Tabackfabrikate eine erhöhte Einfuhrsteuer von 15 fl. bestimmt.

In Marburg in Untersteiermark hat sich ein Verein gebildet, der es sich zur Aufgabe macht, die politische Bildung des Volkes zu fördern, und seinen Freiheits Sinn zu wecken. Slovenen und Deutsche nehmen an dem Vereine Theil.

Folgende Petition, unter dem Namen Unterschriftsbogen für den slovenischen Bund, erhielt von Slovenen zahlreiche Unterschriften.

Eure k. k. Majestät!

Durch Patent vom 25. April l. J. wird allen Volksstämmen der österreichischen Monarchie die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache gewährleistet. Da nun wir unterzeichnete Slovenen überzeugt sind, daß die Entwicklung unserer Nationalität und Sprache nicht möglich ist, wenn der slovenische Volksstamm im Zustande der Zerstückung und die slovenische Sprache von Schule und Amt ausgeschlossen bleibt; da wir ferner überzeugt sind, daß die Einverleibung der slovenischen Gebietstheile in den deutschen Bund nicht nur unsere Nationalität gefährdet, sondern auch die ganze Monarchie schwächen würde, so wagen wir es an den Stufen des erhabenen Thrones Eurer k. k. Majestät folgende Bitte niederzulegen:

- 1) Daß der politisch zerstückelte Stamm der Slovenen in den Gubernien Laibach, Görz und Triest zu einer Provinz (Königreich) „Slovenien“ mit einem besonderen Provinzial-Landtag vereinigt
- 2) daß die slovenische Sprache in Schule und Amt eingeführt
- 3) daß die Slovenen dem deutschen Bund nicht einverleibt werden.

Prag. Hier fielen die Wahlen auf 2 Ultraquehen: Paczky und Nieger, auf einen gemäßigten Strobach und einen Utraquisten (Zweiächsler) Borrosch.

— Leo Thun läßt sich folgendes Ehrlichkeitszeugniß ausstellen:

„Die in mehren Blättern sich wiederholenden Verdächtigungen der Denkwürdigkeit und Gesinnungen des Gubernial-Präsidenten Grafen Leo Thun fordern mich auf, gegen diese unbegründeten Angriffe offene Einsprache zu thun, indem ich keinen bessern Beweis meines vollen Vertrauens und meiner Hochachtung für seinen biedern Cha-

rakter geben kann, als daß ich in einer Epoche die Regierungsgeschäfte freiwillig und gern mit ihm theile, in welcher der Belagerungszustand dieselben ausschließlich in meine Hände legt.

Prag, am 8. July 1848.

Fürst Windischgrätz,
Kommand. General.

Wien. Ueber die Fortdauer des Belagerungszustandes hat der Minister Doblhoff eine Zuschrift des General Windischgrätz dem Wohlfahrts-Ausschusse in Wien mitgetheilt, an deren Schlusse es heißt: Er (Windischgrätz) müsse jedoch dringend er-suchen, wenn man einen günstigen Erfolg erwarten und großes Verderben vermeiden will, weder seine, noch die Handlungsweise des Hrn. Gubernialpräsidenten zu stören, widrigens er gezwungen wäre, seine Stellung abzugeben und hierbei nicht unterlassen konnte, sowohl der Armee, als dem ganzen Lande, welche ihm ihre Anhänglichkeit auf eine so rührende Weise bethätigten, die Ursachen seines Abtretens kund zu geben.

Wir trauten kaum unseren Augen, als wir dieses lasen. Sind wir schon so weit gekommen, daß die einzelnen Paschas der Provinzen drohen, wenn die Regierung etwa ihnen entgegen treten wollte?

— Folgende Mitglieder unseres Vereines, wurden bereits für den Reichstag gewählt.

Dr. L. v. Löhner, Obmann des Vereines, in Saaz.

Dr. Nader, in Raaden.

Herr Paul, in Gabel.

Herr Fleischer in Schluckenau.

Dr. Brestel, in Wien.

Herr Laßel, in Weidenau.

Herr Weiß, in Olbersdorf.

Nachrichten von dem Wiener Reichstage.

Seit dem 10. und 11. Juli versammeln sich bereits die in Wien anwesenden Abgeordneten des Reichstages zur Vornahme der einleitenden Geschäfte und zur Besprechung einer provisorischen Geschäftsordnung. Nachdem die erste und zweite Sitzung ohne wesentliches Interesse vorübergegangen, fand man in der dritten Sitzung Anlaß, über die Geschäftssprache zu debattiren. Mayer, Küster, Neuwall, Brestl und Smreker sprachen entschieden und feurig dafür, daß die deutsche Sprache ein für alle Male als die Geschäftssprache gesetzlich bestimmt werde. Hätte der Präsident mit parlamentarischem Takte die Verhandlung geleitet, so wäre der Beschluß ohne Schwierigkeit durchgegangen; wegen Nichtbenützung des gehörigen Momentes aber schleppte sich die Verhandlung nutzlos weiter, und man ging zur Tagesordnung über ohne definitive Beschlüsse — weil sich von selbst versteht, daß deutsch verhandelt werden müsse.

Briefkasten der Redaktion.

Leschen. S. Wird besorgt werden — das weitere brieflich.

Prag. Konstitutioneller Verein. Wird nächstens beantwortet.

Briefe gehen ab an die Centralvereine Eger, Karlsbad, Leitmeritz, Reichenberg, Rumburg, Saaz.

Verantwortlicher Herausgeber im Namen des Vereines: Dr. L. v. Löhner.

Redaktions-Comité: Dr. Kub, J. Rauf, Dd. A. W. Schopf, F. Uhl.

Schwarz-Roth-Gold.

Vereinsblatt der Deutschen in Oestreich.

Dienstag,

N^o 3.

den 18. Juli 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig 2mal in der Woche, Dienstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse Nr. 1103 1. Stock, links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Oestreichs Provinzialverfassung. — Grundzüge der neuen Politik der Slavven. — Grundzüge der Verbindung der slavischen Völker. — Innere Verfassung der slavischen Völker. — Vereinsangelegenheiten (Plenarversammlung am 14. Juli. Statuten des Vereines der Deutschen in Oestreich. — Korrespondenz des Vereines. (Oestr. Schlesien.) — Wien. — Weltbegebenheiten.

Oestreichs Provinzialverfassung.

E. St. Ein großes Hinderniß, an dem Oestreichs zeitgemäße Constituirung scheitern kann, und ohne dessen Beseitigung seine Verfassung ein Flickwerk werden muß, ist seine Eintheilung in Provinzen mit ihrem Gefolge von Gouverneuren, Provinzialständen und Privilegien.

Die Eintheilung in Provinzen beruht nicht auf Natur- oder Nationalitätsgränzen, nicht auf Gleichheit der Interessen, sondern ist ein historisches Denkmal einstig bestandener Königreiche, Herzogthümer u. s. w. Keine einzige Provinz wird von nur einem Volksstamme bewohnt, in jeder stehen sich die verschiedenartigsten Interessen auf's schroffste gegenüber. Dagegen kettet ein sich seit fast einem Jahrhundert frei bewegender Verkehr die fernsten innig aneinander; das Band der materiellen Vortheile macht sie zu einem untrennbaren Ganzen.

Zum Zweck der Verwaltung erscheint die Eintheilung in wenige große Provinzen unpraktisch, da sie eine doppelte Gliederung der Administration fordert, die eben so kostspielig ist, als sie hemmend auf den Gang der Regierungsgeschäfte wirkt.

Stellt sich die Eintheilung in Provinzen schon als un Zweckmäßig heraus, so haben die Ereignisse der jüngsten Zeit bewiesen, daß die Beibehaltung der Gouverneure mit dem constitutionellen Leben unvereinbar ist. Was wird aus der ministeriellen Verantwortlichkeit werden, wenn Paschas, wie die Grafen Leo Thun, Brandis und Laschansky die Ministerialbefehle verhöhnern, und sich mit anerkannten Feinden des neuen Staatslebens verbinden.

Endlich wäre eine Verfassung, deren Basis die Gleichberechtigung aller Stände und die Abschaffung aller Privilegien ist, ein Unding, wenn man Institute wie die Provinzialstände bestehen ließe, deren Existenz auf Privilegien und deren Organisation auf Verschiedenheit der Standesrechte beruht. Die letzten Verhandlungen und Beschlüsse der Stände von Tyrol die Adressen der Stände von Steyermark, Mähren und Kärnten an den Kaiser nach Innsbruck, die versuchte Eröffnung eines Landtages in Prag zu dem ausgesprochenen Zwecke,

Böhmen eine selbstständige Verfassung zu geben, zeigen im Voraus, zu welchen Konflikten der Fortbestand dieser Einrichtungen führen müßte, einem Reichstage gegenüber, dem das alleinige Steuerbewilligungs- und Gesetzgebungsrecht zustiehe.

Wien hat durch seine ewig denkwürdige Erhebung am 13. März den österreichischen Völkern das Recht errungen, sich eine Verfassung zu geben. Wien wußte in den Tagen des 15. und 26. Mai dieses Recht zu wahren, und allen Hindernissen zum Trotz stift die constituirende Versammlung in seinen Mauern, den Grund zu einem neuen Staatsgebäude zu legen. Soll sie sich durch den Schutt des zusammengestürzten alten Baues hindern lassen, ein harmonisches Ganze zu schaffen, soll sie zum Neubau Materiale verwenden, das sich als alt und morisch erweist?

Wir beschwören sie, es nicht zu thun, wenn je, so ist es jetzt an der Zeit, die alte an verjährte Zwiste erinnernde Eintheilung in Provinzen aufzuheben. Was Oestreichs Herrscher an der Länge seiner Titel verliert, reichlich gewinnt es das Land an Einheit, vermehrter Kraft und wahrer Vaterlandsliebe seiner Bürger.

Die constituirende Versammlung beschliesse die Eintheilung Oestreichs in Kreise, bei deren Begränzung auf Sprache und gemeinsame Interessen Rücksicht genommen wird. Das Ministerium rufe die Paschas aus den Provinzen zurück, und stelle Hauptleute an die Spitze der Kreisverwaltung, die sein Vertrauen besitzen, die Organe seines Willens, Executoren seiner Befehle sind.

Statt der Provinzialstände wähle die Bevölkerung eines jeden Kreises Kreisräthe, denen die Wahrung der speziellen Kreisinteressen, die Ueberwachung der Gemeindeangelegenheiten, die Unterrichtsanstalten, die Kreispolizei, endlich alle auf Kreiskosten auszuführenden öffentlichen Arbeiten als Wirkungskreis zugewiesen sind.

Die Realisirung dieser Idee muß vortheilhaft auf alle Zweige des öffentlichen Lebens wirken: die directe Verbindung des Ministeriums mit den Kreishauptleuten sichert demselben schnelle Befolgung seiner Befehle in seinem Sinne, Zeit und eine Anzahl von Beamten werden erspart; die wohlthätige Controlle der Kreisräthe garantiert den lebhaften, ordnungsgemäßen Gang der Regierungsmaschine, und die gute Wirkung, welche dieses Institut auf Hebung aller materiellen Interessen und auf Ausbitdung des constitutionellen Sinnes in den unteren Schichten haben muß, ist außer allen Zweifel.

Endlich dürfte nur auf diesem Wege die größte Calamität des österreichischen Kaiserstaates, die Verschiedenheit von Nationalitäten, die alle nach einer selbstständigen, unbehinderten Entwicklung streben, eine naturgemäße Erledigung finden. — Würde bei Bestimmung der Kreise auf Sprachgränzen Rücksicht genommen, dann verwaltet sich jede Nationalität selbst und

sorgt durch Schulen für eine zeitgemäße Entwicklung und Ausbildung.

Spanien mit seinen Bürgerkriegen, England mit seiner ewig blutenden Wunde Irland und endlich unser Bruderland Ungarn, dem von seinen Provinzen aus Vernichtung droht, sind abschreckende Beispiele, wohin ein erstorbene aber nicht ausgerottetes Föderativsystem führt.

Vertreter des Landes, versäümet den vielleicht nimmer wiederkehrenden Augenblick nicht. Macht Oestreich einig, macht Oestreich stark, Ihr seid dafür der Mit-, der Nachwelt verantwortlich.

Wir übergeben unsern Lesern ein wichtiges Dokument, welches ein Russe, einer der vorzüglichsten Theilnehmer des Prager Slavencongresses, der sich in Folge der letzten dortigen Ereignisse flüchtete, in Breslau Jemandem mittheilte, der es uns übermittelte. Wir behalten uns für das nächste Blatt unsere Bemerkungen vor.

Grundzüge der neuen Politik der Slaven.

Nachdem die Slaven Jahrhunderte lang Sklaverei, peinliche Kämpfe und Leiden als unselige Folgen ihrer Zwietracht getragen, vereinen sie sich und stellen folgende Grundsätze auf:

I. Sie sind im Gange der europäischen Civilisation die Letzten geblieben, und glauben sich nun, geprüft und gebildet durch die Zeiten des Unglücks, berufen, das was die andern Völker begonnen, zu vollenden durch seine weitere Entwicklung und Fortbildung zu dem, was man heut zu Tage als das Endziel des menschlichen Strebens bezeichnet, d. h. zur Größe, Freiheit und dem Glück Aller, begründet auf einer heiligen brüderlichen Gemeinschaft von Individuen wie Nationen.

II. Zu lange sind sie selbst die Opfer fremder Unterdrückung gewesen, zu gut haben sie die unseligen Folgen, die Entfittlichung und Desorganisation gesehen, die daraus nicht bloß dem Unterdrückten, sondern auch, ja noch viel mehr dem Unterdrücker erwachsen, zu glühend haben sie selbst das fremde Joch gehaßt, als daß sie je versuchen sollten, das ihrige einem fremden Volke aufdringen zu wollen. Achtung und Liebe für die Freiheit der Andern ist in ihren Augen die erste Bedingung der eignen Freiheit.

III. Zu lange waren sie Opfer von Lügen und Gewaltthaten, als daß sie ihre neue Existenz, wie ihre neue Kraft aus andern Quellen schöpfen wollten, als aus der reinen und heiligen Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit, ohne Einschränkung, ohne Hinterhalt. Darum verbannen sie für immer aus ihrer wie äußern so innern Politik die Diplomazie und die Eroberung, Alles was zum Zwecke hätte, künstlich oder mechanisch eine Centralgewalt auf Kosten der Freiheit von Individuen und Nationen zu schaffen. Die neue Politik des slavischen Stammes ist keine Politik der Staaten, sie ist die Politik der Nationen, eine Politik von freien unabhängigen Völkern.

IV. Sie werden ihre neue Macht auf einer unlöslichen Verbindung aller Völker gründen, welche dem slavischen Stamme angehören, sie werden keine andere Centralisirung anstreben, als die der tiefinnigsten Föderirung aller slavischen Nationen. Wären sie stets vereint gewesen, wären sie unbezwingbar, doch sie trennten sich, die Einen ließen sich zum brudermörderischen Kriege hinreißen, die Andern vergaßen sich so weit, einem fremden Stamme, einer antislavischen Politik zum Werkzeug zu dienen zur Unterdrückung ihrer Brüder. Und Gott, um sie zu strafen, ließ sie unter das Joch der Deutschen fallen, Eines nach dem Andern, ohne selbst jene zu schonen, welche wenigstens den Schein einer nationalen Existenz und Unabhängig-

keit retteten. Und gerade diese sind es, die die Geißel ihrer Brüder geworden, die verbrecherischen und zugleich unglücklichen Vollstrecker eines deutschen Gedankens.

Doch die Zeit der Prüfungen hat geendet. —

Grundzüge der Verbindung der slavischen Völker.

I. Die Unabhängigkeit aller Völker slavischen Stammes ist anerkannt.

II. Aber alle Völker sind solidarisch mit einander verbunden. Diese Solidarität ist dahin zu verstehen, daß das Glück wie Unglück des einen Volkes es auch für das andere sei, daß keines sich frei dünken könne, es seien es denn auch die andern, daß endlich die Unterdrückung des Einen auch Unterdrückung Aller sei.

III. Die allgemeine Bundesversammlung aller slavischen Völker ist der Ausdruck jener Solidarität. Sie repräsentirt ganz Slavien, und führt den Namen Concile Slave.

IV. Das Slavikoncilium steht über allen slavischen Völkern als höchste Autorität und oberster Gerichtshof. Alle slavischen Völker müssen sich ihm fügen, und seine Beschlüsse vollziehen.

V. Jeder Versuch, im Schoße des Bundes einen Sonderbund zu bilden, oder ein slavisches Volk zu unterjochen, um einen Staat zu bilden, der dem Bunde ein Gegengewicht zu geben, oder ihn zu beschränken fähig wäre, jeder Versuch einer Hegemonie ist als Hochverrath an Slavien erklärt. — Die Kraft muß in den Händen des Konzils konzentriert bleiben. —

VI. Das Slaven-Konzil erklärt fremden Mächten den Krieg. Ohne Bewilligung Aller darf kein Einzelkrieg begonnen werden.

VII. Der innere Krieg zwischen slavischen Völkern ist als Verbrechen und Brudermord erklärt. Im Falle eines Zwiespalts zwischen den einzelnen slavischen Völkerschaften ist das Konzil Richter. —

VIII. Ist ein Volk von einem fremden oder einem rebellischen Slavenvolke unversehens angegriffen worden, ohne Hilfswilligung des Konzils eingeholt haben zu können, so haben alle benachbarten Völker ihm schleunige Hilfe zu leisten. Als Landesverrätherisch wird sodann jedes slavische Volk erklärt, das gegen ein anderes die Waffen trägt — jedes slavische Volk, das im Falle eines Angriffs dem angegriffenen Nachbarvolke nicht zu Hilfe eilt. Seinen Bruder verteidigen ist die erste Pflicht.

IX. Kein Volk darf ohne Bewilligung des Konziliums Verträge schließen. Kein slavisches Volk darf seine Truppen zur Verfügung einer fremden Macht stellen. —

Innere Verfassung der slavischen Völker.

Die Autonomie jedes Staates in Beziehung auf seine Sitten und Gebräuche, so wie auf die seinen Interessen zuzuhelfenden Einrichtungen der inneren Verwaltung ist garantirt. — Doch mögen folgende Grundzüge als leitende gelten:

I. Freiheit und Gleichheit Aller, allgemeine Brüderliche. — Keine Sklaverei weder des Rechts noch der That, keine Ungleichheit als jene, welche die Natur geschaffen, keine Kasten; dort wo eine Aristokratie, als privilegierte Kaste existirt, soll sie ihr Privilegium und ihre Ehre in der Größe ihrer Brüderliebe und ihrer Aufopferung suchen. —

II. Auf der ungeheuren und gesegneten Boden-Fläche, den die slavischen Völkerstämme bewohnen, ist Platz genug für Jedermann, und Jedem soll sein Theil werden am Eigenthume der Nation und am Wohlstande der Gesammtheit.

III. Jedes Individuum, das Einem slavischen Volke angehört, genießt bei allen Andern das Bürgerrecht.

IV. Das Konzil hat das Recht und die Pflicht auf sich, über Beobachtung aller dieser Punkte zu wachen.

Jedes Volk, das sich verlegt glaubt, kann an das Konzil appelliren, welches Recht auch jedem Individuum slavischen Stammes freisteht, das sich durch einen Entscheid seiner eigenen Sonderregierung verlegt hält.

Vereinsangelegenheiten.

Plenarversammlung am 14. Juli
unter Vorsitz des provisorischen Obmanns Prof. Schrötter.

Hr. Hier erstattet Bericht über seine Reise zum Wartburg-Feste und theilt unter andern mit in einigen Gegenden Deutschlands, besonders in Schlessien sei die irrige Meinung verbreitet, in Böhmen wäre die deutsche und Rückschrittspartei im Bunde. Auch über die günstige Stimmung die in den deutschen Kreisen in Böhmen für Windischgrätz herrscht, referirt er.

Hr. A. d. Wittelschöfer jun. aus Prag meldet den deutschen Gruß des constitutionellen Vereins in Prag, und schließt an das von seinen Vorgänger in Betreff des Fürsten Windischgrätz Gesagte die Bemerkung, daß ihm die erbitterte Stimmung Wiens gegen diesen Mann befremdet habe. Prag und die deutsche Bevölkerung Böhmens betrachte Windischgrätz als ihren Retter, und er beschwört den Verein, ja nichts zu thun, was eine Absezung dieses für die Ruhe Prags so nothwendigen Mannes zu Folge haben kann.

Obmann. Ohne Zweifel habe Windischgrätz der deutschen Sache genügt, daher der Verein schon früher beschlossen habe, nichts gegen ihn zu thun.

Dr. Schmidl erklärt, daß er von Fürsten Windischgrätz persönlich beleidigt sei; er aber nichts destoweniger sich mit seinem Benehmen einverstanden erklären müsse. Die Furcht vor Reaction sei ein trauriger Beweis von Schwäche; Reaction ist unmöglich der heutige Morgen habe den Beweis geliefert.

Dr. Kuh. Der Verein habe nicht nur nichts gegen Windischgrätz gethan, sondern in den ersten Tagen der Prager Revolution, nachdem der Minister Billersdorf der Prager Deputatation seine Abberufung zugestanden, durch sein energisches Auftreten diese Abberufung hintertrieben. Jetzt aber, wo sich Windischgrätz offen mit dem Feinde der deutschen Parthei den Grafen Leo Thun verbunden, sähe er in seinem Bleiben Gefahr für die Freiheit, Gefahr für die deutsche Sache. Leo Thun sei ein aristokratischer Czeche, er habe die unlenksame demokratische Czechenparthei verrathen, um desto sicherer seinen Plan eines aristokratischen slavischen Oesterreichs realisiren zu können. Leo Thun müsse abtreten (die ganze Versammlung ruft „Fort mit Leo Thun“) erkläre nun Windischgrätz er werde nicht ohne Thun bleiben, so möge er mit ihm abtreten.

Auf Antrag des Obmanns beschließt die Versammlung der Verein habe sich neutral zu verhalten, und nur auf die Absezung Leo Thuns zu dringen. Der Obmann brachte sodann in einem bereiten Vortrage die Sprachfrage am Reichstage in Anregung, es entspann sich darüber eine sehr interessante Discussion, deren Referat wir uns aber um so mehr vorbehalten müssen, als eine neuerliche Debatte mit diesfälligen bestimmten Anträgen für die nächste Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt, und der Ausschuss mit der Formulirung dieser Anträge beauftragt wurde.

Statuten des Vereines der Deutschen in Oestreich.

§. 1. Zweck des Vereines ist die Wahrung unserer Nationalität gegen Uebergriffe anderer Nationalitäten. Er beschäftigt sich daher mit politischen Gegenständen nur insofern, als sie von der nationalen Frage unzertrennlich sind.

§. 2. Mitglieder. Mitglied kann jeder Deutschgesinnte in Oestreich Lebende werden.

§. 3. Obmann, Weimänner, Säckelmeister. Die Mitglieder wählen aus ihrer Mitte durch Stimmenmehrheit auf drei Monate einen Obmann, zwei Weimänner und zwei Säckelmeister. Der Obmann und die Weimänner sind Gleiche unter Gleichen und haben nur die Leitung der Geschäfte. Sie sind für sich allein nicht beschlußfähig und für alle Handlungen dem Vereine verantwortlich.

§. 4. Ausschuss. Der Ausschuss besteht aus 21 Mitgliedern, wird von diesen mit Rücksicht auf die verschiedenen Provinzen gewählt. Jeden Monat tritt ein Drittel aus und es findet eine neue Wahl statt. Das am 1. August und 1. September l. J. austretende Drittel wird durchs Loos bestimmt; später tritt immer das älteste Drittel aus.

§. 5. Aufgabe des Ausschusses. Der Ausschuss hat die vorkommenden Anträge und Geschäfte nach Stimmenmehrheit unter sich für die Plenarversammlungen vorzubereiten und ist derselben für alle seine Handlungen verantwortlich. Er ernennt nach Bedürfnis einen oder zwei Schriftführer. Ohne Zustimmung der Plenarversammlung kann er bloß in dringenden Fällen vergehen, worüber aber in der nächsten Plenarversammlung sogleich berichtet werden muß. Zur Schlußfassung muß wenigstens ein Drittel anwesend sein. Für die verschiedenen Geschäfte bestimmt er aus sich Deputationen und Kommissionen.

§. 6. Wirksamkeit des Vereines. Der Verein hält wöchentlich zwei Plenarversammlungen und tägliche Ausschusssitzungen. In beiden können Anträge gemacht und Beschlüsse gefaßt werden. — Er tritt mit schon bestehenden ähnlichen Vereinen und einzelnen deutschgesinnten Männern zur Förderung seines Zweckes in Verbindung. Er gibt eine Zeitschrift zur Vertretung des deutschen Elementes heraus und verbreitet in diesem Sinne Flugchriften.

§. 7. Rechte und Verbindlichkeiten der Mitglieder. Jedes Mitglied ist berechtigt an allen Versammlungen des Vereines mit Stimmfähigkeit bei allen Geschäften Theil zu nehmen. Es kann auch zur Berathung in den Ausschusssitzungen erscheinen, woselbst es aber nicht stimmfähig ist. Es erhält die Zeitung um drei Viertel des Preises, und ein Exemplar von jeder andern Druckchrift unentgeltlich. Es verbindet sich die deutschen Farben zu tragen und monatlich wenigstens 20 kr. CM. zur Bestreitung der Vereinsauslagen zu erleuchten. (Mitglieder der akademischen Legion zahlen nur die Hälfte).

§. 8. Verbindlichkeit der Säckelmeister. Sie theilen die Eintrittskarten aus, kassiren die Gelder ein, besorgen die Druckereien und legen monatlich dem Ausschuss und vierteljährig der Plenarversammlung eine genaue Rechnung.

§. 9. Austritt der Mitglieder. Jedes Mitglied, welches drei Monate seinen Beitrag nicht entrichtet hat, wird als ausgeschieden betrachtet und kann nur wieder aufgenommen werden, wennes die Rückstände nachbezahlt. Desgleichen kann auch jedes Mitglied, welches sich einer einem Deutschen unwürdigen Handlung schuldig macht, durch Plenarbeschluß zum Austritte gezwungen werden.

§. 10. Der Verein kann nur durch Beschlußfassung der Plenarversammlung aufgelöst werden, wozu aber die Mitglieder öffentlich eingeladen werden müssen.

Korrespondenz des Vereins.

Oesterreichisch-Schlesien.

Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß ein Spanier in Preussisch-Schlesien für 160,000 Thaler Leinwanden gekauft; diesem zu Folge wurde hier feines Garn zur Ausfuhr gesucht. Seit Preußen die Königin Isabella anerkannt und ein spanischer Gesandter in Berlin residirt, bemühen sich dortige und Breslauer Kaufleute, für schlesische Leinwaaren Absatz in Spanien zu suchen. Gott gebe dem Unternehmen Gedeihen. Spanien könnte mit einer Bevölkerung von 12 Millionen, mit seinem warmen Klima viel feine Leinwanden brauchen. Ich höre, daß Hausierer für Spanien Leinwanden in Wien kaufen, und sie auf Schmuggelwegen hineinschaffen; wie hoch müssen sich da Fracht, Spesen und Gewinn belaufen. Könnte nicht Oestreich mit Deutschland vereint für wenigstens vier Millionen Thaler Leinwanden dort absetzen, und so viele Tausende von hungernden Arbeitern Beschäftigung finden? — Wie glänzend war dieser Handel vor 1790; leider gerieth er während der Kriege mit Frankreich ins Stocken; seitdem aber hat die östreichische Regierung ihr Möglichstes gethan, um eine Wiederaufnahme zu verhindern, und so England das Feld allein zu überlassen. Warum wird mit der Anerkennung Isabellens gezögert und so die Schließung eines Handelsvertrags hinausgeschoben, der auch östreichischen Industrie- Erzeugnissen den Eintritt in Spanien möglich macht?

W i e n.

E. St. Den 17. Juli. Die Geburtswehen des Ministerium Doblhof dauern lang. Nicht die Abwesenheit des Reichsverwesers allein erschwert seine Bildung, uns fehlen Männer des Vertrauens. Inzwischen verdächtigt unsere felle Gassenliteratur, in der sich die Rückschrittspartei und anarchische Freiheitschwinder kräftig in die Hände arbeiten, Alles, was sich über den Strom der Mittelmäßigkeit erhebt; um nur ja eine Festigung der neuen Zustände unmöglich zu machen. Ein heftiges Gewitter und das Verbrüderungsfest der Nationalgarde und des Militärs kühlten die physisch und moralisch schwüle Luft in etwas ab; eine Deputation die von der italienischen Armee die volle Zustimmung zu den Errungenschaften des Mars überbrachte, wirkte auch beruhigend auf die schwachen Gemüther, die in jedem Licht am Stephansthurm ein Signal für Windischgrätz sehen.

Der Reichstag liefert noch keine Resultate von Belang; die Abtheilungen sind mit der Prüfung der Wahlen beschäftigt. Die böhmischen befrieden in so fern, als sie uns intelligente Männer bringen, woran bisher in der Kammer kein Ueberfluß war. Dort wurden die Fahnenträger der Deutschen und Czechenpartei gewählt, das dürfte dem Reichstag Lebendigkeit sichern.

Morgen ist dem Vernehmen nach Präsidentenwahl, heute beginnen die Parteien sich zu organisiren; wir zweifeln nicht, daß die Schlagwörter „deutsch, östreichisch oder slavisch“ sein werden. Eine Theilung in Liberale und Conservative dürfte gegenüber der sich so stark aussprechenden nationalen Frage im Hintergrunde bleiben, umsomehr als fast alle Candidaten auf die liberalsten Glaubensbekenntnisse hin gewählt wurden.

Weltbegebenheiten.

Ungarn. In der Sitzung des Unterhauses vom 8. Juli sprach der Deputirte Murgu von den Sympathien der Wallachen zu Ungarn, und erklärte, daß die wallachischen Fürstenthümer sogleich bereit wären, mit Ungarn ein Schutz und Trogbündniß einzugehen.

Von der Grenze Deutschlands bis zum schwarzen Meere längst dem Laufe der Donau drängen die 2 einzigen nicht slavischen Völker, die Magyaren und Romanen wie ein mächtiger Keil ein, und halten die Slaven der südlichen Bergländer von denen der nördlichen Steppenländer auseinander. Gelänge es diese beiden Völker zu einem mächtigen Staatenbunde zu vereinen, so wären sie immer im Stande, den Osten Europas vor einer gänzlichen slavischen Ueberfluthung zu schützen.

Zum Reichstag wurden ferner folgende Mitglieder und Correspondenten unseres Vereines gewählt:

Ritter Albert v. Neuwall in Wien.
 Prof. Hönl in Außen in Mähren.
 Ed. Pokorny in Brünn.
 Dr. Zimmer, in Tetschen.
 Oberamtmann Fried. Thiemann, in Rumburg.
 Dr. Wolaczek in Gablonz.
 Carl Herzig, in Reichenberg.

Die Erklärung des Königs von Hannover, daß er falls durch die Beschlüsse der Nationalversammlung in Frankfurt die Rechte seiner Krone über eine gewisse Gränze hinaus, die er sich gestellt, beeinträchtigt würden, das Land verlassen wolle, wurde von den Ständen in der Art beantwortet, daß sie in ein dreimaliges stürmisches Lebehoch für den Reichsverweser ausbrachen.

Verantwortlicher Herausgeber im Namen des Vereines: Dr. L. v. Löhner.

Redaktions-Comité: Dr. Kuh, J. Hanf, Dd. A. W. Schopf, F. Uhl.

Schnellpressendruck von Josef Stöckholzer von Hirschfeld.

Schwarz - Roth - Gold.

Bereitsblatt der Deutschen in Oestreich.

Freitag,

Nro. 4.

den 21. Juli 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig zwei Mal in der Woche, Dienstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse N^o 1103, im ersten Stock links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. E. M. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Um unsern Lesern reichlicheren Stoff und diesen in einer gefälligeren Form bieten zu können, haben wir uns entschlossen, unsere Zeitschrift fortan in dieser Gestalt erscheinen zu lassen.

Inhalt:

Unsere Aufgabe im Osten. — Plenarversammlung am 18. Juli. — Adresse der f. Stadt Raaden ans Ministerium. — Brief aus Eger. — Weltbegebenheiten. — Wiener Ereignisse.

Unsere Aufgabe im Osten.

M. K. Unser geliebtes schönes Oestreich hat seit kurzer Zeit das traurige Vorrecht erlangt, daß es im Kleinen ein Spiegelbild des gesammten Europa's geworden ist. Volksherrschaft und Adels herrschaft schlagen hier ihre vorletzte Schlacht, hier wird es entschieden, ob Europa für lange Zeit frei oder geknechtet sein soll; unser Boden ist dazu auserlesen, daß auf ihm alle Hauptstämme des Continents zur Mündigkeit und politischen Unabhängigkeit sich durchkämpfen müssen. Die romanischen, deutschen und slavischen Stämme fanden ihre edelsten Glieder durch die eisernen Reize, die den alten Polizeistaat zusammenhielten, wie unterbunden, mit den Gliedern erkrankten nothwendig die großen Körper dieser Nationen selbst, sie konnten weder zur Macht noch zur Freiheit gelangen. Jetzt, da sie endlich den ihnen allen gemeinsamen Feind besiegt, kehren sie in unseliger Verblendung die Waffen gegen sich selbst.

Mehr noch gilt dies Alles von den untern Donauländern. Da tummeln sich zahlreiche plötzlich frei gewordene Völker herum, keines allein so stark, daß es herrschen könnte, und keines so schwach, daß es gehorchen müßte. In das große Thal zwischen den Karpathen und dem Balkan eingebettet, sind sie seit Jahrhunderten innig mit einander verwachsen, und unentwirrbar vermischt: sie sind slavische Brüder, die das sonderbare Schauspiel darbieten, daß sie sich blutig von einander losreißen wollen; und doch wäre der erste Augenblick ihrer Trennung, der letzte ihres gemeinsamen Lebens. Bildet sich in diesem Chaos von streitenden Kräften nicht ein Centrum, um den die einzelnen Völker kreisen, es heiße dieser Mittelpunkt Pesth oder Belgrad, so werden sie von den großen Körpern im Osten oder Westen nach natürlichen Gesetzen angezogen werden, sie hören auf ein Eigenleben zu führen, sie werden deutsch oder russisch.

Beides könnte aber nur in Folge langwieriger blutiger Kriege geschehen. Ja es ist geringe Hoffnung vorhanden, daß diese Völker, deren größter Theil uns abgeneigt ist, für die Dauer in den deutschen Wirkungskreis hineingezogen werden könnten. Vielmehr steht zu befürchten, daß sie die Beute ihres mächtigen Nachbarn werden, mit dem viele durch Religion, theilweise durch Abstammung und Sprache verbunden sind. Gelänge dies je dem Moscoviten, so würde ihm der Weg nach Konstantinopel offen stehen, und die fernen Staaten des Westens könnten es nicht hindern, daß er durch den Besitz Konstantinopels zur Herrschaft über das südliche Binnenmeer gelange,

wie er die des Nördlichen schon gewonnen hat, und Europa wäre von seinen Riesenarmen umfaßt, dann erfüllte sich auch die alte Prophezeiung der Edda, daß am Ende der Tage die große Schlange des Nordens Alles umschlingen, und dann zwischen ihren mächtigen Gliedern die deutsche Welt erdrücken werde.

Wir müssen daher mit allen Kräften dahin wirken, daß sich in diesen Ländern ein eigenes Leben entwickle, das stark genug ist den Anziehungskräften von Außen zu widerstehen und die innern aus einander treibenden Elemente zusammenzuhalten.

Unter den vielen Stämmen sind es die Magyaren, bei denen wir schon die größte politische Bildung, das lebhafteste Selbstgefühl und eine Geschichte vorfinden, die sie vor allem andern befähigt, den Kern eines Staatenpunktes zu bilden, dessen Aufgabe es wäre die Ostgränzen Europas zu wahren.

Wenn ich auch weiß, daß viele von uns es den Magyaren nicht vergeben können, daß sie die Schwäche Oesterreichs in den Märztagen benützten, um sich beinahe gänzlich loszureißen, so kann ich mich doch bei der Wahl unserer Allirten nicht nach Sympathien allein bestimmen, sondern ich suche da unsere Verbündeten, wo ich am meisten Garantien einer dauernden und vortheilhaften Freundschaft finde. Der Magyare steht mitten unter feindlichen Völkern ganz verwaist, und ist gezwungen in jedem großen Kampfe die Hülfe des Deutschen zu suchen.

Ein ihm ähnliches Volk bilden die Wallachen. Sie die Abkömmlinge der alten Römer sind endlich in dem großen Völkerfrühling mit auferstanden, und wundern sich selbst, daß sie Rumuni heißen und Selaven sind. Mit männlicher Entschlossenheit wagen sie es, das Netz zu zerreißen, mit dem sie Rußland vom Vertrage von Hunkiar-Skelessi bis zu dem von Adrianopel umspinnen hatte. Sie haben sich freie Institutionen gegeben, haben die Söldlinge der Russen verjagt und strecken hilflos ihre Hände gegen Deutschland aus; denn über sie geht zuerst der zermalmende Trit der russischen Weltmacht. Auch alle geographischen Bedingungen finden sich vor, daß die Magyaren im Bunde mit den Wallachen den Kern eines großen Föderativstaates an der untern Donau bilden können. Von der Leitha und den Karpathen längs den Marschländern der Donau, durch Siebenbürgen bis zum schwarzen Meere hin bilden sie fast eine zusammenhängende Masse von 15 Millionen theils Wallachen theils Magyaren *). Sie könnten, von Deutschland gehörig unterstützt, ein starkes Bollwerk werden gegen die Eroberungsgelüste des Russen; durch einen solchen magyarowallachischen Staat wäre für immer ein Riegel vorgeschoben, daß der Russe den Balkan nicht überschreite; die freien kriegerischen Slaven des Südens wären von denen der weiten Steppen Rußlands für immer getrennt, und das endlich, was wir uns in Zeiten unserer Schmach und unserer Bevormundung rauben ließen, wäre für immer wiedergewonnen — eine freie Donau.

*) Denen die siebenbürger Sachsen sich immer anschließen werden.

Vereinsangelegenheiten.

Plenarversammlung am 18. Juli.

Der Vorsitzende liest einen aus Frankfurt a. M. eingelaufenen Brief, in welchem die Abgeordneten Hr. Dr. Köhler aus Saaz, Makowiska aus Komotau, Groß aus Nimes und Kengger aus Böhmisches-Kamnitz den Verein ersuchen: er möge die Kandidatur des Herrn Fabrikanten Buhl aus Deidesheim in einem der noch unvertretenen böhmischen oder mährischen Wahlbezirke unterstützen. — Die Tüchtigkeit und die deutsche Gesinnung des Bewerbers sind durch das beigelegte Zeugniß von Männern, wie Gager, Mohl, Coiron, Raveaux u. s. w., außer allen Zweifel gestellt; der Verein beschließt deshalb, Herrn Buhl in seine Kandidatenliste aufzunehmen und die mitgesandten Wahlmanifeste an die Filialvereine jener Orte zu senden, die in Frankfurt noch nicht vertreten sind.

Es wird ferner eine Zuschrift des deutschen Vereines in Leipzig vorgelegt, in welcher unter Anderem zur Erlassung einer Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt aufgefordert wird, deren Formular mitfolgt und dem Verein vorgelesen wird.

Dr. Kuh erklärt sich mit der Fassung der Leipziger Adresse nicht einverstanden, sondern beantragt eine andere, des Inhalts: Der Verein anerkennt die vollkommene Souverainität der deutschen Nationalversammlung und fordert dieselbe zu energischen Schritten gegen die abweichenden Erklärungen der Regierungen von Berlin und Hannover auf.

S. Deutsch sieht in einer solchen Adresse ein Vertrauensvotum, zu welchem der Verein um so weniger seine Zustimmung ertheilen soll, als er sich dadurch mit Dingen einverstanden erkläre, die er vielleicht später mißbilligen würde. Er für seine Person müsse gegen die Adresse stimmen, weil er schon jetzt mit einzelnen Beschlüssen des Parlaments unzufrieden sei.

H. Uhl vertheidigt die Handlungsweise des Frankfurter Parlaments als durch die Nothwendigkeit bedingt. Er wäre gewiß so freisinnig, wie irgend einer, sähe aber ein, daß man mit dem Kopf nicht durch die Wand könne. Er stimme für die Adresse und wünsche sogar, daß man ein Vertrauensvotum wirklich darin aufnehme.

Die Versammlung beschließt mit Majorität, Dr. Kuh's Antrag anzunehmen und den Ausschuß mit der Abfassung einer solchen Adresse zu beauftragen. Hr. S. Deutsch will seinen Protest zu Protokoll geben, dies wird ihm aber auf die Bemerkung des Hrn. Strahe, daß solche Proteste nur Sinn haben, wenn sie von einem Mandatar zur Manifestirung seiner Ansicht gegenüber seiner Mandanten gemacht würden, verweigert.

Die Versammlung wird von den Vorsitzenden aufgefordert, eine Deputation zum Minister Doblhoff zu ernennen, welche ihm die Wiederaus-schreibung der noch fehlenden Wahlen für Frankfurt dringend empfehlen soll; Herr Dr. Kuh und Dr. Müller werden dazu bestimmt.

Der Ausschuß übergibt durch den Vorsitzenden die Formulirung der in der letzten Versammlung angeregten Fragen, betreffs der Sprachen- und Nationalitätsangelegenheit am Reichstage, und zwar:

1. Frage: Soll eine Petition an den Reichstag gesandt werden, worin derselbe aufgefordert wird, die deutsche Sprache als Verhandlungssprache der Reichsversammlung zu erklären?

Die Herren Doktoren Schäffer, Jünger, Müller und Rapp sprechen gegen diesen Antrag, weil eine solche Petition nur aufregend wirken und das eigentliche Uebel, die Eifersucht der Nationalitäten, nur vermehren würde. Die deutsche Sprache wird jetzt als Reichstags-sprache gebraucht, Dolmetscher sind verworfen worden und die deutsche Sprache erscheint als ein notwendiges Verständigungsmittel nicht allein der Slawen mit den Deutschen, sondern der Slawen unter sich, wie der große Slawen-Congress in Prag beweise. Es wäre schlechte Politik, wenn man einen faktischen Besitz in Frage stellt; die Vertheidigung dieses Besitzes sei erst dann an der Zeit, wenn ein Angriff auf denselben gemacht wird.

Die Versammlung beschließt, keine derartige Petition zu erlassen.

2. Frage. Soll die Möglichkeit einer Collision mit dem Frankfurter Parlamente im Reichstage durch Ausscheidung der Abgeordneten aller nicht zum deutschen Bunde gehörenden Länder, wie Galizien und Dalmatien, vermieden und sollen die Deputirten dieser Länder aufgefordert werden, sich selbstständig innerhalb gewisser, von dem gesammten Reichstage zu bestimmender Gränzen zu konstituiren und dadurch in ein Föderativ-verhältniß mit den andern österreichischen Provinzen zu treten?

Dieser Antrag war bereits in der Versammlung am 14. Juli gründlich debattirt worden. Hr. Dr. Kuh wiederholt in Kürze die Gründe, die damals für und gegen ausgesprochen wurden.

Galizien sendet hundert Abgeordnete, fast durchaus Slawen, darunter nur wenige, die der deutschen Sprache kundig sind. Es ist zu fürchten, daß der größte Theil dieser Abgeordneten das Werkzeug einzelner Parteien werden. Sichern wir ihnen aber die Erfüllung des lang gehegten Wunsches, so verliert die czechische Partei an ihnen Stimmmaschinen, die Partei der Polen, deren Streben auf die Verhinderung der Constituirung der Gesamtmonarchie gerichtet sein muß, wird, so lange sie noch auf dem Reichstage sitzt, der deutschen Sache, die ihm das Panier der Freiheit vorträgt, seine Unterstützung gewähren. Wir üben einen Akt der Gerechtigkeit; wir erfüllen die Verträge von 1815, auf deren Erhaltung England und Frankreich stets dringen werden. Preußen war dazu genöthigt, es mußte Posen reorganisiren; ahmen wir sein Betspiel nach. Zudem müßte die deutsche Partei, wollte sie Polen an sich fesseln, in ein unentwirrbares Dilemma verfallen. Die deutschen Provinzen sind in ihrer Gesetzgebung nicht souverain, sie müssen sich den Beschlüssen des Frankfurter Parlaments fügen, was den Polen, als nicht zum deutschen Bunde gehörig, nicht zugemuthet werden kann. Hingegen darf sie nie erlauben, daß polnische und Dalmatiner Deputirte über rein deutsche Fragen mitstimmen.

Als Gegengründe sind aufgestellt worden, daß die ruthenischen Bauern nie für eine Trennung von Oestreich stimmen, ja lieber ihre Edelleute erschlagen würden; daß es unklug wäre, Oestreichs Kraft, die schon durch Ungarns Separirung gelitten hat, noch mehr zu schwächen, indem man Galizien in eine ähnliche unhaltbare Lage brächte, wie sie gegenwärtig die ungarischen Länder einnehmen.

Die Debatte, die sich entspann, bewegte sich innerhalb einer Widerlegung und Vertheidigung der bereits erwähnten Motive, nur betreffs Dalmatiens stimmten alle Redner darin überein, daß es wünschenswerth sei, wenn Dalmatien dem deutschen Bunde einverleibt würde, da nur so eine deutsche Flotte im Mittelmeer zu schaffen sei. Die Versammlung beschließt mit bedeutender Majorität, den Ausschuß mit einer Adresse an die Reichsversammlung zu beauftragen, in welcher die Reorganisation Galiziens, mit Ausnahme der Bukowina, verlangt, welche erst später von der Türkei abgetreten und Oestreich einverleibt wurde, welchem Lande eine selbstständige Verfassung zu geben wäre.

Adresse der k. Stadt Raaden ans Ministerium.

Wir sagten in Nr. 2 unserer Zeitschrift, daß die deutsche Bevölkerung Böhmens die Ablegung des böhmischen Gubernialpräsidenten Grafen Leo Thun verlangt habe. Es sind uns zahlreiche Adressen zur Uebermittlung ans Ministerium in dieser Beziehung zugesandt worden, von denen vorläufig die von der k. Stadt Raaden hier folgen möge.

Euer Excellenz!

Die traurigen Hergänge in unserer Hauptstadt Prag haben uns mit tiefer Betrübniß erfüllt, und einen neuen unwiderlegbaren Beweis geliefert, wie eine mehr und mehr wachsende Partei sich rücksichtslos jedes Mittels bediene, ihre separatistischen, dem Gesamtwohle Oestreichs feindlichen Anschläge und Pläne zu verwirklichen.

Die Besorgnisse über ein so finsternes Getriebe, das die glückliche Entwicklung der von unserm gütigen Monarchen gnädigst verliehenen Constitu-

tion, das Gedeihen Oesterreichs zu Einheit und Kraft in seinen Grundfesten zu erschüttern droht, und die unbegreifliche Art und Weise, wie alle von da ausgehenden Prinzipien und Tendenzen unangefochten, ja in ihren Konsequenzen alle Beschlüsse durch ein befangenes und ohnmächtiges Landespräsidium der Sanction unterzogen werden, wachsen von Tag zu Tage. Die maßlosen Uebergrieffe dieser ultraczechischen Partei, unter denen eine stets treue und friedliche deutsche Bevölkerung lange vergeblich seufzte, der gränzenlose Uebermuth, mit dem sie sich der Zügel der Regierung auf alle Weise zu bemächtigen suchte, die Dreistigkeit, mit der sie die Executivgewalt in ihrer Wirksamkeit beirrte und lähmte, müssen nun enden. Längere Duldsamkeit wäre unwürdig, wäre Verrath an der deutschen Sache, Verrath an unserer Dynastie.

Die glühende Liebe zu unserm gütigen Kaiser, die dankbare Anerkennung der uns verliehenen Freiheit, deutsche Treue und Biederkeit, deutsche Gesittung und Bildung sind mächtige Stützen des Thrones; wohl fester als das in seinen Zwecken verwerfliche und in sich selbst zerfallende Gewebe einer Partei der Leidenschaft und des Hasses.

In dem Bewußtsein, daß ein Gebot der Nothwendigkeit es geworden, mit aller Kraft das herbeizuführen, was der Augenblick erfordert, wagen die ehrfurchtsvoll Gefertigten, in Treu erglühend für ihr Erlauchtes Kaiserhaus die ergebenste Vorstellung und Bitte:

Euer Excellenz wollen:

1. Schnelligst eine neuerliche Besetzung des Präsidiums in Prag veranlassen durch einen Mann, der im Besitze von Erfahrung, Intelligenz und Charakterfestigkeit über jede Partei erhaben steht.

2. Oeffentliche Auskünfte ertheilen über den Umstand der Zurückhaltung des Ministerialbefehls vom 5. Juni, zur Ausschreibung der Reichstagswahlen, von Seite des Landespräsidiums in Böhmen.

3. Die allgoleiche Einleitung der Wahlen zum Wiener Reichstage treffen *) durch direkten Befehl und unmittelbar durch die Kreisämter, ohne irgend eine Einmischung des Präsidiums durch Absendung von Wahlkommissären, wie es bei den Landtagswahlen versucht wurde, damit durch zu gedrängte Zeit die Wahl nicht überstürzt und durch Wahlumtriebe und Einflüsse reaktionärer Parteien die wahre Volksvertretung nicht illusorisch werde.

4. Erheischt es die Nothwendigkeit, den böhmischen Landtag außerhalb Prag zu constituiren, da den deutschen Deputirten in Prag die nöthige Sicherheit ihrer Person und ihrer Verhandlungen, die nöthige Ruhe nicht durch genügende Bürgschaften gewährt werden könnte.

Möge Gott Euer Excellenz segnen, daß fortan der Engel des Friedens in unserer Heimath weile, und es frei von den Bergen im Herzen Oesterreichs wiederklingt.

Hoch! ein einiges Oesterreich!

Hoch! ein einiges Deutschland!

Hoch! unser constitutioneller Kaiser!

Königl. Stadt Raaden in Böhmen 20. Juni 1848.

(Ueberreicht am 30. Juni 1848.)

Korrespondenz des Vereins.

Eger, 11. Juli.

Auch hier hat sich ein deutscher Verein gebildet. Seine Wirksamkeit erstreckte sich bis daher auf Correspondenzen, Flugschriften, Adressen. Jetzt brechen wir uns im Böhmerwalde Bahn und wünschen, die Kette bis Budweis zu schließen. Mit dem Fichtelgebirge stehen wir besonders in guter

Freundschaft. Die Bürger von Eger und Bunsiedel machen sich gegenseitig Visiten in Masse mit deutschem Banner und deutscher Gesinnung.

Die Ernennung des Erzherzogs Johann hat hier die freudigste Sensation erregt; es war ein allgemeiner Jubel. Das Vertrauen für Frankfurt wurde wieder erstarkt. Bisher erregen die Verhandlungen über die Grundrechte des deutschen Volkes allgemeine Sympathien, und man fängt an, zu überlegen, in welchem Verhältniß der Wiener Reichstag zum Parlament stehen solle.

Die böhmischen Wahlkommissäre wurden hier verjagt; eine Untersuchung soll darüber Statt finden. Eine solche Untersuchung würde eine kleine Revolution hervorrufen. Leo Thun wird als Landesverräter allgemein bezeichnet; wir senden eine Adresse nach der andern gegen ihn zum Ministerium, aber der Mann ist mit Papier und Worten nicht umzublasen und erläßt Verordnungen, welche unsere ruhigen Bürger immer mehr in Aufregung bringen. Ein Circular vom 25. v. M. befiehlt: „Man hat die Ansicht fest zu halten und weiter zu verbreiten, daß bei der Prager Bewegung Czechen und Deutsche theilhaftig waren und daß dieselbe vorzüglich durch Söldlinge der Wiener Studentenschaft angeregt wurde.“ So wörtlich. — Der Kampf war aber gewiß ein nationaler und ein von den Führern der Swornost, Clawia und des Congresses verabredeter. Darüber ist nur eine Stimme in Prag. Um eine wahre Anschauung zu erhalten, reiste ich am 20. Juni selbst nach Prag und blieb dort einige Tage. Die Physiognomie der Stadt war eine ganz andere geworden.

Ob die Untersuchung beachtenswerthe Resultate liefert, steht in weitem Feld. Windischgrätz hat für diesmal Prag für Oesterreich erhalten; die österreichische Sache war hier die deutsche, also kann man auch sagen, für Deutschland erhalten. Übrigens liegt ihm Deutschland sehr wenig am Herzen — das wissen wir Alle — und wenn der Kaiser es fordert, so zieht er gegen Deutschland. Aber er ist ein Mann mit römischem Charakter, durch und durch achtenswerth, und wir dürften ihn noch sehr brauchen. Leo Thun taugt gar nicht; er ist fertig in der öffentlichen Meinung, aber er fungirt fort. Seine Circularien tragen alle Einen Stempel, ganz nach dem alten Stempelgesetz seiner Handlung und Gesinnung. Da ist ein Circulare: „wo allen Nationalgarden das Tragen der Waffen außer Dienst und den Studenten überhaupt untersagt ist. Den Studenten haben die Behörden die Waffen abzunehmen.“ — Ein anderes Circulare schränkt die zeitliche Befreiung der Studirenden, wie sie nach dem Conscriptioenspatent besteht, ein und stellt sie auf den Assentplatz. — Die wenigsten Studirenden haben Prüfungen gemacht; die Frequentationszeugnisse wollen die Kreisämter nicht annehmen. Von Eger sind mehrere Studenten geflüchtet. Keiner will sich stellen, so lange nicht die „allgemeine Wehrpflicht in der Constitution“ ausgesprochen und praktisch wirksam wird. Wir haben nun eine zweite Rekrutirung, nach vierzehn Tagen eine dritte. Es ist eine allgemeine Aufregung am Lande. Ich denke, man will die Heere komplett machen noch vor dem Reichstage, damit die jungen Herren vom Adel für diesmal verschont bleiben. — Auch die Bürger-Comité's sollen unterlagt werden. Wir gehen einen guten Weg. Die Frankfurter gestatten jedem freien Manne die Waffe, hier nimmt man sie; dort werden die Grundrechte aufgerichtet, für's deutsche Volk beginnt ein grünes Frühlingsleben. Die Sonne der Freiheit durchglüht alle Herzen, hier reißt man die Blüthen des März herunter und wirft morsche Bretter über die herrliche Pflanzung! Und Leo Thun fungirt noch!! Liebe Brüder, wenn Ihr etwas thun könnt, so handelt rasch und energisch, wie Ihr immer gewohnt ward.

Die Egerer gehen mit den Wienern Hand in Hand. Ihre Anhänglichkeit für Wien wird stets dieselbe bleiben, so lange Wien die Stadt der Freiheit und das Centrum der deutsch-österreichischen Interessen bleibt. Sie sind vor allem deutsch, und wenden sich wegen der Trennung vom böhmischen Landtage unmittelbar an die Nationalversammlung. Wir wollen hoffen, daß in Deutschland alle engen Provinzialinteressen an Einem Tage fallen und alle Land- und Reichstage bloße Reflexe der gesetzgebenden Gewalt Einer Nationalversammlung werden. Gott segne Deutschland! Geht

*) Dieser Wunsch ist, wie bekannt, mittlerweile in Erfüllung gegangen.

alles so vorwärts, wie jetzt, dann haben wir errungen, was wir seit den Hohenstaufen verloren hatten, deutsche Macht, deutsche Größe. Manchmal ist mir Wien unbegreiflich, namentlich in seinen letzten Aeußerungen zu Deutschland, welche mit den Adressen nach Frankfurt nicht übereinstimmen. Die Deputation wird wieder neues Licht gebracht haben. Der 18. Juli, wenn Johann bis dorthin zurückkehrt, scheint uns ein wichtiger Tag.

In Falkenau fanden schändliche Umtriebe für die Wahl des Dr. Brauner statt.

Unsere Bauern halten sich prächtig; ich hoffe, sie noch ganz als eine Art Landwehr organisiren zu können; angefangen ist bereits. Es ist ein bekanntes Lied: Geh ich in meinem Schlendrian — da haben die Leute noch eine Strophe hinzugesetzt: »Und wenn auf unserer Brust die deutschen Farben schimmern, so hat sich doch kein Czech', kein Czech' darum zu kümmern.« —

Deutschen Gruß dem Ausschusse und allen Vereinsmitgliedern.

Weltbegebenheiten.

Dr. L. v. Böhner, Obmann des Vereines, wurde in Rumburg bei der neuerlich vorgenommenen Wahl für die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt zum Abgeordneten, J. U. Dr. Rapp, ebenfalls Mitglied unseres Vereines, zu seinem ersten, Hr. Palme aus Warnsdorf zu seinem zweiten Ersatzmanne gewählt.

Bei einem der letzten Kämpfe zwischen den Magyaren und Serben in Südungarn erbeuteten die ersteren eine Fahne, welche so eingerichtet war, daß man sie beliebig in eine serbische oder kaiserlich-österreichische verwandeln konnte. — Wie klug! Unsere Slawen machten sich's einfacher: sie ließen ein einiges Oesterreich leben, dachten sich's aber gleich als Slavenreich.

Als in der vorgestrigen Sitzung des hiesigen Ausschusses der Bürger, Nationalgarden und Studenten ein Mitglied im Flusse der Rede äußerte: — „wenn der Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu Stande kömmt,“ — brach über diese in Form eines Zweifels ausgesprochenen Worte allgemeiner Unwille der Versammlung aus.

Die Nationalversammlung in Frankfurt beschloß am 14. Juli: „Die Centralgewalt möge die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes darüber von der Staatsregierung von Hannover fordern.“

Die Verkündung dieses Beschlusses wurde mit stürmischem und andauerndem Jubel aufgenommen.

Kuranda kam aus Frankfurt hier an! Bei seinem Aufenthalte in Prag stellte er den Grafen Leo Thun zur Rede, warum den böhmischen Abgeordneten in Frankfurt die Diäten nicht ausgezahlt würden. Thun gab ausweichende Antworten und fügte hinzu: „Uebrigens muß ich Ihnen sagen, daß ich das Frankfurter Parlament nicht liebe.“ — Darauf erwiderte Kuranda: Das kümmert das Parlament sehr wenig; die böhmischen Abgeordneten verlangen aber die ihnen gebührenden Diäten. — So wagte dieser Thun noch in einem Augenblicke zu sprechen, wo er auf seine Absehung jeden Augenblick gefaßt sein mußte.

Graf Friedrich Deym zu Hohenelbe in Böhmen, gewählt zum Abgeordneten für Frankfurt, war von Leo Thun nicht davon verständigt worden. Als Deym später in der Zeitung von seiner Wahl las, beschwerte er sich öffentlich über Thun, welcher aber erklärte, ihn verständigt zu haben.

Darüber wird nun Thun durch Deym öffentlich Lügen gestraft. — Solche Kunstgriffe benutzte Thun, um die Beschickung des Frankfurter Parlaments von Böhmen aus zu hindern!

Wien.

E. St. 20. Juli. Das Ministerium Doblhof-Wessenberg ist ernannt. Wir haben in unserm letzten Bericht die Schwierigkeiten kurz erwähnt, die seiner Bildung entgegenstanden, sie mögen Ursache sein, daß es als kein homogenes Ganze erscheint. Sein erstes Auftreten in der Kammer war insofern bezeichnend, als der Justizminister Dr. Bach in der Debatte über die Heiligkeit und Unerleßlichkeit der Deputirten *) die Erklärung einflocht »Die Majestät des Volkes und die Majestät des Thrones stehen auf gleichem Standpunkte.« In der Reichsversammlung gab es noch keine Gelegenheit zu einer größern Schlacht, in welcher sich die Parteien klar herausstellen und messen konnten. Wahlgeplänkel und einige Scharmügel wegen Vornahme oder Vertagung der Präsidendenwahl zeigten eine ziemlich gereizte Stimmung. Wie wir schon früher vermutheten, theilen sich die Parteien in Slaven, Oesterreicher und Deutsche. Zu den ersteren gehören alle Czechen, ein Theil der Mährer, die Illyrier und die eigentlichen Pohlen. Als ihre Anführer zeigten sich zither Kieger, Strobach und Lubomirski.

Die Oesterreichische Partei besteht aus den Ruthenischen Bauern unter Anführung des Grafen Stadion, einigen gemäßigten Slaven und jenen Abgeordneten deutscher Provinzen, die ein starkes selbstständiges Oestreich für möglich halten. Leopold Neumann dürfte ihr Repräsentant genannt werden. Viele dieser Fraktion werden, wenn ihnen erst alle Verhältnisse klar geworden, der deutschen Partei zufallen.

Diese stellt den innigen Anschluß an Deutschland als leitenden Grundsatz hin, weil sie in Deutschland den Träger der Humanität sieht, weil sie nur dort Garantien für die errungene Freiheit und Schutz vor den Uebergriffen des immer mächtiger werdenden slavischen Elementes findet.

Dr. Böhner, Fischhof, Goldmark und Brestl sind ihre Stimmführer.

Durch Compromiß der Parteien fielen die heutigen Wahlen auf folgende Abgeordnete.

Präsident Dr. Schmitt mit 259 Stimmen

1. Vicepräsident Dr. Strobach mit 239 Stimmen

2. = Herr Hagenauer mit 234 Stimmen.

Sicherem Vernehmen nach sind heute von dem Ministerium die Grafen Leo Thun und Brandis von ihren resp. Posten abgerufen, und der Verlagerungszustand von Prag aufgehoben worden.

L. J. Eppinger, J. U. Dr. widmet das Lied »vom alten Popf für eine Singstimme mit Begleitung des Pianoforte« zum Vortheil unbemittelter Juristen. Den Absatz haben die Herren Diabelli, Bizendorf und Müller bereitwilligst übernommen.

*) Veranlassung war Folgendes: Als Dr. Kieger am 18. Juli aus der Reichstagsitzung, in welcher die Präsidentenwahl auf Antrag desselben verschoben worden war, kam, wurde er von einem vor dem Gebäude stehenden Haufen als Verzögerer des Reichstags mit Worten insultirt, durch das Dazwischentreten des Dr. Goldmark aber vor weiterer Beleidigung geschützt. Wir bedauern dieses Ereigniß sehr; weil die Person des Abgeordneten unerleßlich ist; weil solche, welche Wiens Bevölkerung nicht kennen, veranlaßt werden könnten, ein unrichtiges Urtheil über die Einwohnerschaft überhaupt zu fällen; und weil endlich denjenigen, welche Wien übel wollen, eine Waffe in die Hand gegeben wird.

Verantwortlicher Herausgeber im Namen des Vereines: **Dr. L. v. Böhner.**

Redaktions-Comité: **Dr. Kuh, J. Hank, Ad. A. W. Schopf, J. Uhl.**

Schwarz - Roth - Gold.

Vereinsblatt der Deutschen in Oestreich.

Dinstag,

Nro. 5.

den 25. Juli 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig zwei Mal in der Woche, Dinstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse N^o 1103, im ersten Stock links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. C. M. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Adresse an die deutsche Nationalversammlung. — Kleine politische Standrede. — Plenarversammlung am 21. Juli. — Petition der Stadt Leitmeritz an Se. Majestät. — Von der Grenze Galiziens. — Gablonz. — Reichstagsöffnung. — Notizen.

Folgende Adresse wird vom Vereine an die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt abgesendet.

Hohe, verfassunggebende National-Versammlung des deutschen Volks!

Eine große Gefahr bedroht die kaum gegründete Einheit und Souveränität des deutschen Volks! Zwei der mächtigsten Fürsten des Reichs: der König, der zuerst die Sache des deutschen Volks zu seiner eigenen machte, und derjenige, der sich bisher von der Theilnahme an allen gemeinsamen Interessen des Vaterlandes am beharrlichsten ausschloß, tasten durch Clausel und Vorbehalt die Allgemeingiltigkeit der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung und des unverantwortlichen Reichsverwesers an. Eine neue Spaltung will das kaum geknüppte Band zerreißen, Deutschlands Erbfeind, der Sondergeist, hebt wieder sein verderbennährendes Haupt!

Der Verein der Deutschen in Oestreich, auf's tiefste durchdrungen von der Ueberzeugung, daß nur durch die unbeschränkste Anerkennung der souveränen Nationalversammlung und des von ihr erwählten Reichsverwesers die Freiheit und Einheit des gemeinsamen Vaterlandes begründet und gewahrt werden könne, ergreift diese Gelegenheit, im Namen aller Deutschen und Deutschgesinnten im Kaiserstaate den Unwillen auszusprechen, mit welchem dies vaterlands- und einheitsfeindliche Verfahren ihn erfüllt. — Auch ein österreichisches Ministerium hat einmal einen solchen Vorbehalt versucht — dies Ministerium ist nicht mehr! Der Versuch, eine Staatsouveränität aufrecht zu erhalten, die mit jener des deutschen Volkes unvereinbar ist, ist an dem gesunden Sinn des österreichischen Volkes gescheitert. Es hat seine Vertreter nach Frankfurt gesandt aus eigener Machtvollkommenheit, ohne Rück- und Vorbehalt, um sich jedem Ausspruch der Gesamtheit zu unterwerfen, den die konstituierende Versammlung des deutschen Volks über die staatlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse Deutschlands fällen wird. Diese allein erkennt es als die rechtmäßigen Vertreter der Volkssouveränität, und wie ein alter deutscher Kaiser ruft es aus: Dies Wort soll man nicht dreh'n noch deuteln!

Der Verein der Deutschen in Oestreich ist der Hüter und Träger dieser Gesinnung. Wir Alle erkennen innerhalb der Grenzen des deutschen Bundes keine andere Souveränität, als die der deutschen Nationalversammlung und die jedes einzelnen, zum Bunde gehörigen Staates nur insofern an, als sie mit der erstern verträglich ist. Mit dem vollsten Vertrauen wenden wir uns an die hohe Versammlung und an den deutschen Mann, dem sie rechtmäßigerweise die Centralgewalt übertragen hat, — daß sie im Stande und Willens sein wird, die Rechte des Volks und die ihren auf's Kräftigste zu wahren und zu vertreten. Von den Regierungen erwarten wir es, daß sie einsichtig

genug sein werden, den glorreichen Bau der Einheit und Freiheit, den sie selbst mit gründen geholfen, nicht durch eigenen Starrsinn und Ungehorsam zu zerstören. Wir Alle sind eines Bluts, eines Volks, einer Gesinnung, und wenn jemals, der Himmel verhüte es, eine Stunde käme, wo sei es in unserem, sei es in jedem anderen Staate des Bundes, sich sonderbündlerische Umtriebe zwischen die deutschen Stämme und ihren geistigen und politischen Mittelpunkt, die deutsche Nationalversammlung, stellen wollten, — dann, deutsche Brüder, hoffen wir, daß Ihr der Worte Euch erinnert, die der deutsche Mann, den Ihr aus unserer Mitte an Eure Spitze berufen habt, im entscheidenden Augenblick zu Euch sprach: »Da sind wir, wir gehören zu Euch!«

Kleine politische Standrede.

(F. U.) Als in den Tagen des März die Eiskruste, die über das weite deutsche Land gezogen war, zu springen begann, ein jeder Deutscher muthbevollt in allgemeiner Vereinigung die Freiheit zu erkämpfen sich bemühte, da sahen wir nicht mit scheelem Auge, wir die Söhne des März, auf unsere Nachbarn im Osten und Westen. Wir errangen für alle Völker Oestreichs gleiche Freiheit. Sie galt als höchstes Gut, jubelselig sanken sich die verschiedenen Oestreich bewohnenden Nationen in die Arme, und lagen nun darnieder geschmettert von der Fülle der Sonnenstrahlen der Freiheit und beteten laut zu ihr.

Wir waren erwacht; altes Unrecht, dreißigjähriger Stillstand, eine schreckliche, dreißigjährige, im dumpfen Schlafe dahingebachte Zeit mußte ausgefüllt werden. Sie war es in drei Tagen. Aber der deutsche Mann, das deutsche Wien stand nicht still. Vorwärts, vorwärts hieß die Losung. Der höchste Gipfel der Freiheit, der sonnenumglänzte, mußte erreicht werden. Zu spät gewahrten wir, daß nicht alle Nationen Oestreichs denselben Ziele zugeeilt waren. Ein Theil der Tschechen kehrte aber zu dem Abend des Kampfes zurück. Nicht »vorwärts« hieß es, »rückwärts«, hin zu dem weißen Berge, wo die gebleichten Gebeine unserer Väter liegen, dorthin laßt uns ziehen, um unsere Schmach an den Deutschen zu rächen.« Die Deutschen jagten dem Freiheitsmorgen nach, die Tschechen kehrten zurück zu dem blutigen Abend des Fanatismus. Eine neue Zeit der Hussiten schien aufblühen zu wollen. Wäre es nicht so traurig, man würde die ganze Bewegung für eine Karrikatur halten, die in unsere neue Zeit, aus der alten Geschichte herausgeschnitten, geworfen wird. Aber die Deutschen verkennen ihre Stellung, verkennen die tschechische Bewegung. Die Deutschen ringen auf der Spitze des Berges um die höchste Freiheit, während die Tschechen im dumpfen Thale lauernd warten, ihnen den Boden unter den Füßen wegziehen und rücklings den Freiheitsbegeisterten die Sehnen am Fuße zerschneiden. Der Kampf muß ausgekämpft werden, erst muß der alte Feind, der uns herausfordert, besiegt sein, bevor man sich gegen den neuen wendet, will man nicht zwei Feuern zur Beute werden. Deswegen rede man mir nicht ewig von deutscher Humanität und Kosmopolitismus, denn ich verachte das Volk, wie den Mann, der einer Herausforderung gegenüber den moralisch-philosophischen Satz hinstellt: Das Duell ist meinen moralischen Begriffen nach nicht erlaubt.

Vereinsangelegenheiten.

Plenarversammlung am 21. Juli.

Unter Vorsitz des provisorischen Obmanns Hrn. Prof. Schrötter. Die für den heutigen Abend bestimmte Wahl des Vereinsvorstandes wurde vorgenommen und es wurde gewählt:

zum Obmann Hr. Dr. L. v. Löhrner; zu Beimännern Hr. Prof. Schrötter und Prof. Brestl; zum Beimanns-Stellvertreter Hr. Dd. Schopf; zu Schriftführern Hr. Ant. Schmalfuß und J. Koffer; zu Säckelmeistern Hr. Zawadil und Klupak; zu Ausschusmitgliedern die Herren Prof. Suttner, Dr. Kuh, Dr. Zimmermann, Kuranda, Dr. Nadler, G. Klier, Wolf, Ed. Strache, Dr. Schickh, Fritsch, Brunner, Höchsmann, Dr. Finger, Dr. Müller, Friedrich Uhl, Kalluschke, Dr. Heinrich, Dr. Schnaubelt, Dr. Felder, Dr. Max Neumann, Dr. Harum und Morath.

Die in letzter Versammlung beschlossene Adresse an die deutsche Nationalversammlung wurde vom Verfasser Dr. Zimmermann vorgelesen und mit kleinen Abänderungen angenommen.

Hr. Dr. Müller machte die Anzeige, daß sich in Ofen ein deutscher Verein gebildet und fordert auf, sich mit diesem in Verbindung zu setzen.

Ueber diesen Antrag entspann sich eine kleine Debatte, in welcher manches in dem Benehmen der Ungarn gegenüber den Deutschen gerügt wurde. Die Ungarn seien wohl die natürlichen Bundesgenossen der Deutschen, da beide denselben Feind zu bekämpfen haben, es wäre aber zu wünschen, daß die Ungarn zu der Einsicht gelangten, daß sie des deutschen Schutzes mehr bedürftig sind, als Deutschland des ungarischen Bündnisses. Es wurde von der Versammlung beschlossen den deutschen Verein in Ofen freundlich um Mittheilung seiner Statuten zu ersuchen, und für den Fall, daß beide gleiche Zwecke verfolgen, mit ihm in dauernde Verbindung zu treten.

Folgende Petition wurde uns von der Stadt Leitmeritz mit zahlreichen Unterschriften zur Uebermittlung ans Ministerium zugeschiekt.

Eure Majestät!

Als in den ersten Tagen des Monats April eine Deputation, aus Prager Bürgern bestehend, Eurer Majestät die wiederholte Bitte unterlegte, Allerhöchstdieselben mögen geruhen, der Provinz Böhmen vom Wiener Gesamtministerium unabhängige, verantwortliche Centralstellen, eigene Ministerien, einen konstituierenden Landtag und noch manches Andere zu bewilligen; glaubten Eure Majestät die Wünsche aller getreuen Unterthanen im Königreiche Böhmen zu erfüllen, indem Eure Majestät mehrere dieser Bitten gnädigst erhörten und dem Lande verantwortliche Centralstellen gaben, dann in die Einberufung eines aus dem Bürger- und Bauernstande verstärkten Landtages willigten. Es ergab sich aber bald, daß diese Petition keineswegs die Wünsche der gesammten Bevölkerung Böhmens enthielt, daß Protestationen aus allen Gegenden Böhmens einliefen, welche diese Bitten als den Ausdruck der Separationsgelüste einer Partei bezeichneten.

Schon damals glaubten sich viele Bewohner der deutschen Bezirke zu der Erklärung bemüßigt, den Bewilligungen vom 8. April könne nur zum Theile Folge gegeben werden, da sie:

1. Mit einer durch das kaiserliche Wort vom 15. März zugesicherten Constitution der Gesamtmonarchie im Widerspruche ständen.
2. Mit der Einsetzung verantwortlicher Minister nicht vereinbar sind.
3. Nicht dem Wunsche der Mehrheit des Volkes entsprechen, ja geradezu die Rechte des deutsch sprechenden Theils beeinträchtigen.
4. Bei konsequenter Durchführung zu einer Lostrennung Böhmens von der Gesamtmonarchie führen, in welche die deutsche Bevölkerung nie einwilligen wird.

Obwohl Eure Majestät nicht geruhen, diese Protestationen der deutschen Bevölkerung direkt zu erledigen, so ersah dieselbe aus der am 25. April

ertheilten Constitution zu ihrer Beruhigung in dieser Angelegenheit, daß Eure Majestät auf ihre Bitten Rücksicht genommen, da Eure Majestät im §. 2 die Giltigkeit der Verfassung für alle erbländischen Provinzen festgesetzt, im §. 34 dem Reichstage das Gesetz übertragen, dann im §. 55 ausdrücklich bestimmten, daß die Prüfung der Aenderung in der Verfassung der Provinzialstände dem Reichstage zustehen soll.

Die Bewohner der deutschen Bezirke erachteten nun die ihnen mißlichen Bestimmungen des k. Patentens vom 8. April für beseitigt, und behelligten Eure Majestät mit keinem weiterem Bittgesuche.

Da erlaubte sich der Gubernial-Präsident am 18. Mai ohne Autorisation von Eurer Majestät, ohne Bewilligung des verantwortlichen Ministeriums in Wien, die Wahlen zum böhmischen Landtag auszuschreiben, und diesen, den er zugleich für einen konstituierenden erklärte, auf den 7. Juni einzuberufen.

Derselbe wurde dann auf den 24. Juni verschoben. Die traurigen Ereignisse vom 12. Juni brachten aber den Herrn Gubernialpräsidenten zur Besinnung, und er stellte mit Erlaß vom 24. Juni dem Wiener Ministerium die Bestimmung der Eröffnungszeit anheim.

Wir Endesgefertigten halten es für unsere Pflicht, gegen jede Berufung dieses Landtages hiemit aufs feierlichste zu protestiren, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Es wird diesem böhmischen Landtage, wie das Programm oder der Verfassungsentwurf des vom Grafen Leo Thun präsidirten Nationalauschusses, so wie das Einberufungsschreiben beweist, konstituierende, gesetzgebende Macht zugemuthet, eine Befugniß, die nach den k. Dekreten vom 15. März und 26. Mai nur dem konstituierenden Reichstage in Wien zusteht.

2. Weil, wenn dieser Landtag während der Dauer des konstituierenden Reichstages zusammenberufen würde, dieß zu traurigen Kompetenzstreitigkeiten und Konflikten zwischen diesen beiden Gewalten Anlaß geben müßte.

3. Weil, nachdem die Gesetzgebung dem konstituierenden Reichstage zugewiesen wurde, die Berufung dieses Landtages in Prag zwecklos wäre, man warte also erst die vom Reichstage zu erlassenden Gesetze, über die Befugnisse, Zusammensetzung und Wahl der Provinziallandtage ab, dann werden diese Institute ihre Wirksamkeit gewiß segensreicher beginnen, als jetzt, wo sie nur Zwietracht und Bürgerkrieg säen würden.

4. Weil die Berufung der nach dem Wahlmodus des Dekrets vom 8. April gewählten Deputirten eine Ungerechtigkeit wäre, da sattsam dargethan ist, daß dieser Wahlmodus die Rechte der deutschen Bevölkerung aufs ärgste beeinträchtigt. Es wird die Richtigkeit dieser Thatsache selbst von der Gegenpartei zugestanden, auch erklären Euer Majestät in ihrer am 8. Juni nachträglich gegebenen Zustimmung zu der Einberufung dieses Landtages, daß der Wahlmodus nur wegen der Kürze der Zeit beibehalten werden solle; ein Grund der jetzt wegfällt, da der Landtag auf unbestimmte Zeit verschoben ist.

5. Weil während der Wahlen von den, durch Seine Excellenz den Grafen Thun größtentheils aus den Mitgliedern des berücktigten Nationalauschusses gewählten Wahlkommissären die schmachlichsten Wahlumtriebe verübt wurden, und geradezu Verhöhnungen des guten Rechtes der Wähler vorkamen, wie aus den Wahlprotokollen zu ersehen ist.

6. Weil zu diesem böhmischen Landtage viele Wahlbezirke gar nicht gewählt, in andern sich sehr viele wahlberechtigte Staatsbürger der Wahl enthalten haben, da sie die Ausschreibung eines Landtages ohne Wissen Eurer Majestät, ohne Bewilligung des verantwortlichen Ministeriums für ungesetzlich hielten.

In Anbetracht der Gerechtigkeit, der hier gegen die Berufung und Geltung des Landtages in Prag für die Provinz Böhmen vorgebrachten Gründe, erlauben wir Gefertigte Eure Majestät zu bitten:

1. Daß von der Regierung Eurer Majestät die in Folge des Gubernialerlasses vom 18. Mai in Böhmen vorgenommenen Wahlen zum Landtage in Prag für ungültig erklärt werden.

2. Daß dem Reichstage ein Gesetzentwurf über den Umfang der Befugnisse und die Zusammensetzung der Provinzialstände unterbreitet werde.

3. Daß die Wahlen zu diesem Landtage nach einem vom Reichstage zu erlassenden Wahlgesetz vorgenommen werden.

4. Daß die Provinziallandtage erst nach Schluß des Reichstages einberufen werden.

Von der Gnade und Gerechtigkeitsliebe Eurer Majestät erwarten wir in Ehrfurcht die Gewährung unserer gerechten Bitte, und versichern Eure Majestät, daß wir mit Gut und Blut bereit sind den konstitutionellen Thron Eurer Majestät zu schützen.

Leitmeritz, den 16. Juli 1848.

(Folgen die Unterschriften.)

Korrespondenz des Vereins.

S. Von der Grenze Galiziens.

Täglich kommen aus russ. Polen Flüchtlinge nach Galizien, die von der furchtbaren Strenge der äußeren Militärherrschaft erzählen. Halte man es ja nicht für Uebertreibung, wenn ich sage, daß im Warschau'schen eine Verordnung ergangen ist, daß von den größeren Messern die Spitzen abgebrochen werden müssen. Und trotz der Grenzsperrre, Bewachung, den schärfsten Strafen geht es von Ohr zu Ohre, wie überall die Freiheit entstanden, das knechtische Joch abgeschüttelt worden ist, und gerade das Geheimnißvolle dieser Nachrichten bewirkt einen außerordentlichen Eindruck; die russischen Behörden nehmen dieses auch wahr und machen auf alle jungen und waffenfähigen Männer im Königreiche eine förmliche Jagd, um sie zum Militärdienste abzustellen, wo sie aber in die fernsten Provinzen verlegt werden. Jene jungen Leute, denen es glückt über die Grenze zu gelangen, senden die Vereine der galizischen Edelleute nach den ungarischen Karpathen, wo nächst der Babio-Guva und Dukla, dann Neumark ganze Lager errichtet worden, da man sich in Galizien wieder ernstlich mit dem unglückseligen Gedanken herumträgt, loszuschlagen. Hülfe erwartet man von den slavischen nördlich gelegenen Comitaten Ungarns, wo der bekannte Panslavist Ludwig Stur mit seinem Anhang herumzieht und Vernichtung den Ungarn und Deutschen predigt. — In Krakau gab es zwischen Militär und Handelsleuten dann Viktualienhändlern blutige Händel, weil Letztere keine Banknoten annehmen wollen. Die ehemalige französische Republik verschaffte den Assignaten durch Todesstrafe Credit, aber der Militärkommandant Graf Schlik erließ in Krakau scharfe Befehle wegen Annahme der Banknoten. Der Mangel an Silbergeld rührt daher, weil die Leute in Krakau, Galizien und Schlesien ein besonderes Geschäft daraus machen, dasselbe nach Preußen zu führen, wo man es mit einem Gewinn von 10 bis 12 pr. Ct. umsetzt, da wäre wohl ein wachsameres und kräftiges Einschreiten der Finanzwache an der Grenze äußerst nothwendig.

Wir theilen eine weitere Zuschrift hinsichtlich des Anschlusses an den Zollverein mit.

Sablitz a. d. N. in Böhmen, 4. Juli 1848.

Von Reichenberg wurde uns Ihre gefällige Anfrage mitgetheilt, ob und unter welchen Bedingungen der feste Verband und die Zollvereinigung mit Deutschland von dem Standpunkte unserer Industrie wünschenswerth sei.

Wir beehren uns, zu erwidern, daß der Anschluß an einen deutschen Zollverein (ohne Preußens Dominirung) nach Regulirung und Erfüllung der schon oft in dem in Augsburg erscheinenden Zollvereinsblatte von dem großen Todten Dr. Friedrich List (jetzt von Dr. Tögel redigirt) ausgesprochenen Bedürfnisse der süddeutschen Länder, mit hinreichender Schutz- und Repressalien-Anwendung gegen die englische oder jede andere merkantilische Uebermacht unserer Manufaktur wohl keine Gefahrde,

sondern nur eine ersprießliche Beförderung bringen würde, welches wir vom Standpunkte unserer Existenz besser zu beurtheilen wissen müssen, als die Agrikulturisten oder die Ultraczechen, die nicht vom Fache sind.

Die uralte Glasmanufaktur mit ihren Unterabtheilungen der sogenannten Hausindustrie, Quincaillerie und Gürtlerwaaren, welche ohnedem schon in der ganzen Welt konkurriren, könnte nur durch vermehrten Absatz gewinnen, sobald die hohen preussischen Steuerfäße auf diese vielfältigen Artikel wegfallen.

Mit unserer Schafwoll- und Baumwollindustrie, die auch ziemlich vorgeschritten, hätte es ebenfalls keine Noth, wenn, wie gesagt, ein angemessenes Schutz- und Unterstützungs-System deutscher Arbeit gegen jede fremdländische Uebermacht als erste Bedingung aufgestellt wäre; selbst die fast eingeschlafene Leinenindustrie dürfte dann noch nicht ganz verloren sein und allmählig wieder aufkommen können.

Ohne Maschinen und deren immerwährende Verbesserung geht es aber bei den großen Fortschritten des Zeitgeistes, der Technik, Chemie durchaus nicht mehr. Gewicht, Maß und Münzen ließen sich leicht und allgemein nach dem Dezimalsystem reguliren.

Ueberseeische Verbindungen und Handelsverträge, die Vortheil bieten, sollten zur direkten Zufuhr der nöthigen Rohstoffe bei billigster, wo nicht zollfreier Eintrittsbehandlung, und zur Abfuhr unserer Fabrikate angeknüpft, die Schifffahrt aber zugleich durch eine Achtung und Sicherheit gewährende deutsche Flotte geschützt werden, wozu noch die Gründung allgemein deutscher Central-Konsulate gehört.

Die Rhederei würde sich dabei von selbst auch heben; unsere Freihäfen, nach dem jetzigen System hauptsächlich zum Schmuggel englischer und ausländischer Waaren eingerichtet, taugen aber dazu nicht.

Bei Aufstellung gediegener Handelskammern aus industriellen, kommerziellen und finanziellen Capacitäten müßten alle laufenden Bedürfnisse zeitgemäß verhandelt, praktisch geregelt und so stets nach Umständen gründlich festgestellt werden, ohne selbe von hohlen Theorien eines fremdartigen Beamtenthums bevormunden zu lassen, da Böhmen überhaupt mehr Bedeutung in seiner Industrie, als in der Agrikultur hat, wiewohl beide, kräftig unterstützt und befördert, immer Hand in Hand gehen sollen.

Durch solche gesunde Einrichtungen würde die Grenzaufsicht ic. mit ihrer kostspieligen Unzweckmäßigkeit und sonstiger Plackerei ganz überflüssig. Industrie und Handel können nur in richtiger Bahn, Ruhe und Frieden gedeihen.

Es versteht sich von selbst, daß alle zum Verkehr fehlenden Kommunikationen, Chausséen und Eisenbahnen hergestellt, die im Argen gebliebenen Flüsse korrigirt und die Binnen-Schifffahrt von den drückenden Wasserzöllen, welche gewöhnlich weit mehr als die Fracht betragen, befreit werden müßte.

Zu allem dem kann das lebendige Beispiel des großen, handelsmächtigen England — nicht aber seine falschen Theorie-Predigten eines Freihandels zu unserer Schwächung und Ausfaugung — oder der commercieell noch schneller, emporgekommenen nordamerikanischen Freistaaten, bei uns zweckmäßig angewendet, zur besten Richtschnur dienen.

Wir haben die Ehre, mit Hochachtung zu sein
im Namen des konstitutionellen Vereins:
(Folgen die Unterschriften.)

Wien.

Feierliche Eröffnung des konstituierenden ersten österreichischen Reichstages am 22. Juli.

E. St. Wir haben ihn erlebt, den von Manchem bang gefürchteten, von uns heiß ersehnten Tag, der uns ein neues Oestreich schaffen, der es den konstitutionellen Staaten Europas als ebenbürtiges Glied anreihen soll.

Es Andern überlassend, diesen ewig denkwürdigen Moment in der Geschichte Europas treu und würdig darzustellen und die Reden wiederzugeben,

auf deren Wortlaut ein Continent mit Spannung horcht; sei es mir nur gegönnt, den Eindruck zu schildern, den die einfache, aber erhabene Feierlichkeit auf mich gemacht.

Der Versammlungsfaal war auch für dieses Fest ohne Prunk decorirt. An der Stelle des Präsidentensitzes befand sich unter einem geschmackvollen Baldachin auf einer Erhöhung, zu der mehrere Stufen führten, der Thron. Die Abgeordneten waren zahlreich versammelt; wenige Minuten nach 12 Uhr kündeten uns bedeutungsvoll die Klänge von Arndt's deutschem Liede das Nahen des Festzuges.

Unter dem Vortritt der durch das Loos gewählten Empfangsdeputation und der Minister und gefolgt von einem zahlreichen Stabe hoher Militär- und Nationalgarde-Offiziere erschien, von Tausenden von Lebehochs empfangen, des Kaisers greiser Stellvertreter, der Erzherzog Johann. — Vor dem Throne stehend, an seiner Seite sämmtliche Minister, las er mit seiner bekannten kräftigen und treuherzigen Stimme die Thronrede. Die meisten Phrasen derselben wurden mit Jubel begrüßt; einstimmig war dieser bei der Versicherung, dem Herzen des Kaisers wären alle Nationalitäten gleich nahe und das Heil Oesterreichs könne nur auf eine Gleichberechtigung Aller sich gründen. Der weitere Satz, der dieses Heil auch von einem in nigen Anschlusse an Deutschland abhängig macht, erfreute sich keines so ungetheilten Beifalls; die Rechte, in der die Czechen ihr Lager aufgeschlagen, gab ihre Nichtbestimmung durch Schweigen zu erkennen. Auch der Gruß aus der Ferne, den uns der Kaiser sandte, erregte keinen Enthusiasmus. Wien zeigte auch hier, daß es des Kaisers Anwesenheit ungern entbehre.

Die Thronrede wurde zufolge eines Beschlusses der hohen Reichsversammlung sogleich von dem Präsidenten in einer allgemein gehaltenen Rede erwiedert und von demselben unter Beifallrufen ein Hoch dem konstitutionellen Throne und dem Kaiserhause ausgebracht. Unbeschreiblich groß war aber der Enthusiasmus, als dem allgeliebten Erzherzog Johann und der hohen Frau, die ihn durch ihre Liebe beglückt, ein Lebehoch zugerufen wurde. Der Jubel drohte die Schranken der parlamentarischen Sitte zu überschreiten.

Der Abgang des Erzherzog-Stellvertreters fand in derselben Weise wie die Ankunft Statt, und so endete die hehre Weihe von Oesterreichs konstitutionellem Sein.

Wie aber keine Schönheit ohne Makel ist, so war auch die Freude dieses Tages keine ungetrübte. Die stumme Protestation der Czechen gegen den innigen Verband mit Deutschland ist eine Demonstration, die sich entschuldigen läßt; von der größten Indignation war aber Alles erfüllt, als dasselbe Häuflein Czechen das Hoch, das der Präsident dem deutschen Fürsten, unserem geliebten Erzherzog Johann ausbrachte, ein Hoch, das in der Brust eines jeden Biedermannes wiederhallt, das begeisternd die Menge zu einem nicht enden wollenden Jubel hinriß, mit düsterem Schweigen erwiederte. Zu dieser Höhe also ist Euer Nationalhaß gestiegen, daß Ihr dem deutschen Volke nicht den biedern Fürsten gönnt und dem Fürsten grollt, daß er ein Volk beglücken will, an dessen Wohl und Wehe er sein Leben lang durch Wort und That theilgenommen. Oder war Euer Schweigen eine Protestation gegen den Präsidenten, der Hrn. Vorrösch's Wunsch zuwider sich „über die Sphäre des Gemüthes erhob“ und einem Mann ein Lebehoch brachte, vor dessen Gesinnungstüchtigkeit und Geistesgröße sich ganz Europa beugt?

Es war dies Schweigen ein häßlicher Schatten auf dem lichtprangenden Gemälde des heutigen Tages, der Schatten der kommenden Tage. Eine Lüge war der 20. Juli, eine Feigheit die Einstimmigkeit der Wahlen an diesem Tage, Selbstblendung der Ausspruch, sie wären ein gutes Omen für die glückliche Lösung der großen Aufgabe, die dem Reichstage gestellt.

Der Nationalhaß mag sich nicht gedulden, bis zu dem Tage, an welchem die Schlacht zu kämpfen ist, ob in Oestreich deutsche Gesittung, ob slavischer Uebermuth herrschen soll. Hohn heißt die Waffe, mit der uns das feindliche Heerlager jetzt bekriegt, verschantzt hinter der Heiligkeit und Unverletzlichkeit, die einem Abgeordneten gebührt.

Ein lebendiger Beweis, wie viel den Czechen an dem Erringen der Sympathien ihrer deutschen Brüder liegt, war Held Trojan, der den Muth hatte, die in Prag als hochverrätherisch verpönte Tracht der S v o r n o s t hier zur Schau zu tragen. Gewiß wollte er einen Beweis von dem Vertrauen ablegen, das er in die Bevölkerung Wiens betreffs der Unverletzlichkeit eines Abgeordneten setzt, und wollte zeigen, daß er auf Wiener Boden die Befehle seines Genossen Thun nicht höher anschlägt, als er dies in Prag zu thun gewohnt war.

Notizen.

Der Reichsminister des Auswärtigen, v. Schmerling, hat sich mit den früher bei der Bundesversammlung beglaubigten Gesandten in amtliche Verbindung gesetzt.

Der Reichsminister des Kriegs, General Peucker, hat an die Kriegsminister der einzelnen deutschen Länder den Befehl ergehen lassen, die Truppen am 6. August l. J. in Parade auszurücken und denselben das Manifest des Reichsverwesers vorlesen zu lassen, wobei und von wo an die Truppen die deutsche Cocarde und an den Fahnen deutsche Bänder zu tragen haben.

Liest man das Namensverzeichnis der Mitglieder des deutschen Parlamentes, so muß man erstaunen über die große Anzahl berühmter Männer. Die meisten, die Deutschland durch dreißig Jahre mit Hochachtung zu nennen gewohnt war, die Jahre lang verfolgt, flüchtig oder auch für ihre Liebe zum Vaterland eingekerkert waren, nehmen an den Berathungen Theil. Kein Parlament der Welt vereinigte in sich eine solche Kraft des Geistes; und in der That kann auch das deutsche Volk mit den Resultaten seiner bisherigen Wirksamkeit zufrieden sein. In den Hauptfragen vereinigten sich alle Parteien, und zeigten, daß sie nur Ein Ziel vor Augen haben: die Einheit und Größe Deutschlands. Die Souveränitätserklärung des Parlamentes, die Wahl des Reichsverwesers bloß durch das Volk, die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes, das kräftige Einschreiten gegen den hannoverschen König bestätigen dies, und geben uns die Hoffnung, daß in demselben Geiste der Bau der Verfassung vollendet werde.

Elbogen nahm eine neue Wahl für die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt vor und wählte den Schriftsteller Heinrich Laube aus Preussisch-Schlesien.

Die provisorische Regierung zu Schleswig-Holstein hat allen Aemtern befohlen, in allen amtlichen Siegeln die dänische Königskrone durch eine herzogliche zu ersetzen, das Prädikat k ö n i g l i c h in allen darauf bezüglichen Stellen wegzulassen, bei den Schiffen das dänische Wappen sammt der Inschrift: »Dänisches Eigenthum« durch das schleswig-holsteinische Wappen zu ersetzen.

In Bayern bereitet sich gegen die Vorbehaltsgelüste des Ministeriums in Bezug auf die Anordnungen des Reichsparlamentes ein großer Sturm vor. Sieht es nicht bei Zeiten nach, so wird es an dem festen Willen des Volks, das sich nun einmal nicht wieder unter besondere Vormundschaft gestellt wissen will — zerschellen.

Verantwortlicher Herausgeber im Namen des Vereines: **Dr. L. v. Löbner.**

Redaktions-Comité: **Dr. Moritz Kub, Jos. Nauk, Ad. A. W. Schopf, Friedrich Uhl.**

Gedruckt bei Carl Gerold.

Schwarz - Roth - Gold.

Vereinsblatt der Deutschen in Oesterreich.

Freitag,

Nro. 6.

den 28. Juli 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig zwei Mal in der Woche, Dienstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse Nr. 1103, im ersten Stock links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. C. M. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Freiheit und Nationalität. — Verantwortlich oder unverantwortlich. — Kleine politische Standrede. — Kroatien am Reichstag. — Die deutsche Kriegsflotte. — Plenarversammlung am 25. Juli. — Görkau. — Aus dem Reichstag. — Notizen.

Freiheit und Nationalität.

(J. R.) Die große Aehnlichkeit, welche zwischen den Bethätigungen ganzer Völker und einzelner Menschen beobachtet wird, hat kaum zu einer andern Zeit einen bedeutenderen Beleg erhalten, als gerade in unseren Tagen. Die allgemeinen Eigenschaften von Kindheit, Jugend und Alter, die man nach der zu- oder abnehmenden Lebensfähigkeit einem Volke beizulegen pflegte, scheinen zur Bezeichnung einer Völkereigenthümlichkeit lange nicht mehr auszureichen, und man darf nur rechts und links auf die Physiognomie unserer Zeitbewegungen blicken, um die Erfahrung zu machen, daß die Bestrebungen der Einzelnen sich fast mit Porträtähnlichkeit bei den Völkern im Ganzen wiederholen. Dieselben Stimmen werden hier wie dort laut, dieselben Leidenschaften spielen bei Einzelnen wie bei Völkern; wie der Einzelne seine drückenden socialen und politischen Fesseln zu zertrümmern trachtet, so gehen auch die Völker mit wahrer Unbändigkeit hierhin und dorthin für ihre Nationalität in den Kampf, um sich so auf eigene Faust zu befreien, um sich gleichsam im Feuer der eigenen Nationalität erst gründlich zu läutern. Aber indem die Einzelnen wie die Völker sich dem vollen Drange nach Unabhängigkeit hingeben, haben sie auch in den Mitteln, die Freiheit festzuhalten und zu organisiren, ihre Aehnlichkeit fortgesetzt, und zwar vielfach dadurch, daß sie nach den Mitteln zu weit ausgriffen und meinten: die Freiheit könne hier nur durch eine bestimmte Staatsform, die Republik, dort durch das strengste Abschließen von jeder andern Nationalität festgehalten und organisirt werden. Man war also bald mit der Freiheit als Freiheit nicht mehr zufrieden, wenn sie ihre Früchte hier nicht auf der goldenen Schale republikanischer Staatsform, dort im Schimmer nationaler Beherrschung darreichen sollte. Beide Irrthümer sind gleich groß. Wahr ist es, daß die Republik dort, wo die Menschen für sie reif geworden sind, die rechte und einzige Staatsform ist, die im Interesse der Freiheit Heil bringen kann; wahr ist es, daß ein freies Volk um so erfreulicher aufblühen kann, wenn es seine Nationalität unangetastet erhalten hat: aber man kann auch frei sein, ohne Republikaner zu sein, und man kann frei sein, ohne sich der Nationalität halber von einem andern Volke abzusondern, mit dem man durch tausenderlei Wurzeln und Aeste verwachsen ist. Es ist daher unverständener Republikanismus, den man über oder früher als die Freiheit setzt, und schlecht begriffene Liebe für seine Nationalität, wenn man ein Volk um seiner Abstammung willen außer der nöthigen, lebenbedingenden Verbindung mit einer nachbarlichen, weit überwiegenden Nation bringen wollte. Hecker und die Kämpfe in Böhmen liefern die Beispiele für diese Ansicht. Unglückselige Schwärmerei oder Schauspielerehrgeiz nur konnten

diese beiden Muster in's Leben rufen, und wir haben hier die Porträtähnlichkeit zwischen einer Person und einem Volke vor Augen, wie wir sie am Eingange des Aufsages vorläufig erwähnten.

Hecker und die Czechen haben sich gegen Deutschland erhoben; im Interesse der Republik der erstere, die letzteren im Interesse ihrer Nationalität. Worin aber liegt der Grund, daß beide Feinde gegen das große Deutschland keinen Erfolg erringen mochten? Der Grund ist kein anderer, als weil Hecker wie die Czechen die Sache der Freiheit und der Nationalität nicht richtig aufgefaßt haben. Hätte Hecker die Zeit und sein Volk recht gekannt und weniger Lust zu einer großen Rolle gehabt, so hätte er der Republik für später Hoffnungen gemacht; hätten die Czechen sich begnügt, für die Erhaltung ihrer Nationalität zu sorgen und nicht zugleich eine große Rolle spielen zu wollen, wie sie jetzt nur ein Volk von etwa 20 Millionen zu spielen im Stande ist, so hätten sie sich auf die Frankfurter Garantien hin nur inniger mit Deutschland verbunden. Das ist's aber: Völker wie Einzelne wollen frei sein und große Rollen spielen, und bedenken nicht, wenn sich auch die Gestaltung der Völkerverhältnisse früher oder später dahin abrunden wird, daß große Staaten auf immer eine überwiegend große Hauptnation zum Mittel- und Schwerpunkt haben werden, doch immer Parzellen fremder Völkerschaften in großen Staaten aufgehen werden und müssen, wenn sie wie das deutsche Elsaß in Frankreich angefügt oder der Czechenthail von Böhmen in Deutschland eingefügt sind. Diese Völkerparzellen werden frei und stark bleiben mit dem freien starken Reiche, dem sie angehören, nie aber werden diese Anspruch machen können, Beherrscher zu spielen, und ihre wahre Größe liegt in ihrer freien, notionellen Entfaltung und ihrer Theilnahme am großen Ganzen.

Verantwortlich oder unverantwortlich.

M. K. In Mitte des allgemeinen Jubels, der über den ersten großen Akt des deutschen Parlamentes, über die Wahl des Reichsoberhauptes sich erhebt, wird auch der grelle Miston von Protesten gegen die Unverantwortlichkeit desselben an vielen Orten laut. Ueber eine allgemeine deutsche Sache von so hoher Wichtigkeit fühlen auch wir uns verpflichtet, unsere Meinung auszusprechen! Diese Proteste sollen das demokratische Prinzip wahren, man glaubt in der Unverantwortlichkeit eine Gefahr für die Freiheit Deutschlands, eine Verläugnung der Souveränität des Volkes zu sehen: wir, die wir doch auch auf demokratischem Boden stehen, hegen eine ganz entgegengesetzte Ueberzeugung. Wenn erst Deutschland dahin gelangt sein wird, daß aus der Wahl des ganzen Volkes das zeitweilige Oberhaupt hervorgehen wird, dann mag es an der Zeit sein, ihn ohne Gefahr für die Freiheit verantwortlich zu machen, und eben dadurch ihm die große Macht anzuvertrauen, die Geschicke der ganzen Nation zu leiten. Der Präsident der vereinigten Staaten von Nordamerika ist verantwortlich, jedoch auch nur, nachdem er aus dem Amte getreten; so lange er aber in Wirksamkeit

ist, concentrirt sich in ihm allein der größte Theil der exekutiven Gewalt; die Minister sinken zu untergeordneten Beamten herab, und alle Akte der Regierung tragen den Stempel seines Geistes und seiner Ueberzeugung. Neben ihm aber steht der Senat und das Haus der Repräsentanten als Wächter der Freiheit; steht seine eigene Partei, durch die er gehoben und getragen wird; steht vor allem andern der Sinn für Gesetz und Recht, der im ganzen Volke lebt und der feste fertige Bau einer Verfassung, der durch die Mißgriffe oder den Ehrgeiz Eines Mannes nicht erschüttert werden kann. Hätten wir aber in diesem Augenblicke einen verantwortlichen Reichsverweser gewählt, wo die Macht der Nationalversammlung noch nicht befestigt, die Rechte des Volks noch nicht festgestellt, ein Gesetz über die Verantwortlichkeit noch nicht gegeben ist, so würden wir einen Diktator über Deutschland gesetzt haben, der dem Namen nach bloß verantwortlich wäre. Die Minister würden in den meisten Angelegenheiten dem Gewichte einer solchen Macht weichen müssen, und wir hätten keine Garantie unserer Freiheit, als in dem guten Willen des Diktators. So sehr wir alle Ursache haben, den Charakter des jetzigen Reichsverwesers hochzustellen, so müßte doch jeder Freund der Freiheit Anstand nehmen, ihm eine solche Gewalt zu übertragen — nicht obgleich, sondern weil er ein Fürst ist.

Kleine politische Standrede.

2.

Die Neugestaltung Deutschlands und Oesterreichs.

F. U. Es ist ein alter Fehler der Deutschen, daß sie den Blick voll Hoffnung und froher Zuversicht in die Zukunft richten — ihren Träumen nachhängen mit weitgeöffneten Armen und glutherhitzten Wangen die Gebilde ihrer Phantasie, ihres Herzens innigste Wünsche, zu umfassen wähnen — während sie des Tages gegebene Aufgabe vergessen, vergessen das erste Geldstück in die einst zu füllende Truhe zu legen — den ersten Baum zu pflanzen auf dem leeren Plane — der bestimmt ist ein wonnebietender Garten zu werden.

Uns kann man dieses Fehlers in dem gegenwärtigen Augenblicke nicht zu sehr zeihen. Man könnte uns beinahe den Vorwurf machen, — daß wir zu sehr dem Tage — den Ergebnissen der Stunde lebten. Immerhin. Schritt für Schritt — Sprosse für Sprosse auf der wirklichen Bahn vorwärts geschritten — das Ziel — der Morgen voll Sonnenglanz und Röthe wird erreicht werden.

Das Ziel! Das eben ist es, Freunde, worüber ich einige Worte mit euch wechseln will. Denn ich zweifle nicht, daß wir es alle gleich feurig liebend erstreben; aber ich habe bemerkt — daß einige von euch sich mit zu weiten, leichtblütigen Hoffnungen eines mitteleuropäischen Reiches tragen — dessen Realisirung allerdings vielleicht der fernen Zukunft vorbehalten scheint — andere sich keinen klaren Begriff ihrer Wünsche noch festgestellt haben — die übrigen endlich in übertriebenem Streben, den rein demokratischen kosmopolitischen Theorien Genüge zu leisten, unsere Brüder selbst in Nachtheil bringen wollen. In der Politik ist Egoismus erster Grundsatz.

Wenn es gilt, Länder von verschiedenen Stämmen, verschiedenen Nationalitäten bewohnt, zu einem Reiche zu vereinigen — so ist das Bindemittel entweder Despotie — oder der größtmöglichst zu erwartende Vortheil, welcher die Völker an einander — das kleinere schwächere Land an das größere knüpft. Freiheit aber ist eben der Vortheil in höchster Instanz. Nachdem die Despotie in Oesterreich gestürzt — kann also nur die Freiheit die Provinzen bei dem deutsch-österreichischen Mutterlande gefesselt halten — mit einem Worte sie müssen bei innerer freier Verfassung — Selbstregierung — mit Oesterreich bloß in eine Föderation treten. Galizien und Dalmatien muß — wenn auch nicht so lose wie Ungarn nebst dessen Kronländern es jetzt ist — in einem derartigen Verhältnisse zu Oesterreich in Zukunft stehen.

Die übrigen deutschen Provinzen aber werden einen einigen untheilbaren Staat bilden. Die Provinzialschranken müssen fallen — eine Kreiseintheilung mit freier Communalverfassung eingeführt werden. Die deutsch-österreichischen Erbländer müssen einen einzigen Staat bilden, um wieder als Einzel-Föderativstaat einen Bestandtheil der deutschen vereinigten Staaten zu bilden.

So nur kann Oesterreich seine wahre Aufgabe erfüllen. Seine Sendung holt es aus Deutschland, und ist der Träger der Bildung und Gesittung in die östlichen Länder — ist der Apostel der Freiheit einst innerhalb der Grenzen von Rußland.

Die Segnungen, das Bild der künftigen deutschen vereinigten Staaten — ihr Brüder erlaubt mir — nachdem ich nun euch den Grundriß gezeichnet — künftighin in lebhafteren Farben zu schildern.

Kroatien am Reichstag?

(L. K.) Es gewinnt immer mehr den Anschein, als sollten wir unseres kaum gewonnenen Deutschthums noch lange nicht so recht froh werden. Das schwarz-roth-goldene Band — breit und flammend, wie es auf der Brust getragen wird, bedeckt sie nicht dergestalt, daß man die darunter blutende Herzwunde bemerken konnte, und Arndt's Lied vom deutschen Vaterlande klingt nicht laut und brausend genug, um das unheimliche Slava zu über-täuben. Eine neue Wolke thürmt sich an unserem Horizonte auf; aus dem Süden kommt sie gezogen, wo im Momente kroatisches »Zivio« und magyarisches »Ejjen« die blutigen Würfel des Bürgerkrieges werfen, und wieder ist es Deutschland, wieder das deutsche Oesterreich, das seinen weiten Schooß aufthun muß, damit sich die Wolke häuslich niederlassen könne.

Es ist kein Geheimniß mehr. Kroatien will in die Reichsverbände unserer Constitution aufgenommen werden und der geometrischen Progression des slavischen Elementes soll ein neues Glied zuwachsen, ein Glied der Kette, geschmiedet, um dem Anschlusse an Deutschland die ausgestreckten Arme zu binden.

Was sagt das deutsche Oesterreich zu dieser Nachricht? Heute, morgen, kann es im Fremdenblatte heißen: Zellachich ist angekommen; übermorgen: Kroatien trägt seine Sympathien an und will Vertreter seines Nationalwillens hieher senden, und dann freue dich, deutsches Wien; in kurzer Zeit steht das slavische »Mene Zefel« lesbar und klar vor deinen Augen, die Wände deines Reichstagsssaales sind damit bedeckt, und du — du kannst slavisch studiren, wenn du Lust hast!

Es liegt ein schönes Stück »Politik« in diesem beabsichtigten, vielleicht erst leise ausgesprochenen Anschlusse Kroatiens an unsere Constitution! — Wenn man doch nur nicht so feine Augen besäße, die da sehr gut sehen, daß die Fäden hiezu nicht in Wien gesponnen wurden! Also: hinc inde furor? Daher die an's Grauenhafte potenzierte und aufgestachelte Kampflust der südslavischen Bevölkerung? Daher dieses Heraufbeschwören blutdürstender Geister? Ungarns, schloß man, wollen und können sie nimmer werden, aber in Wien hat das deutsche Element die Fahne des Widerstandes ergriffen; hängen wir ihm Gewicht an Gewicht an, zerreißen wir Ungarns Recht und Besitz und lassen die Dinge bis zu einem Punkte gedeihen, der den Süd-slaven keinen andern Ausweg läßt, als sich in den Schooß des österreichischen Conventionsverbandes zu retten.

Das ist so klar — daß es selbst ein Kind begreifen könnte! Aber wird man auf die Kinder Deutschlands hören? Ungarn, wird man uns vorpredigen, hat sein verschanztes Lager gegen uns aufgerichtet; faktisch gehört es uns nicht; der Goldreif einer Krone (und wie gebrechlich ist sie!) ist das einzige Bindungsglied; schwächen wir daher diesen Separatismus, stärken wir uns selbst und stellen wir diesem stolzen Magyarenthum eine Phalanx entgegen, daran es sich brechen und bessern möge!

Der Himmel bewahre uns, daß wir einer solchen mehr als machiavellistischen Politik je Gehör geben. Mag Kossuth in seiner bekannten Rede

immerhin sich wohl der Sympathien für Italiens Selbständigkeit bewußt, aber nicht bemüht finden, sie thätig auszuüben, weil er dadurch in ihrer Nuganwendung auf Kroatien sich ins eigene Fleisch schneiden würde — wir können dies um so eher thun. Eine Begünstigung Kroatiens von unserer Seite, ein Wunsch nach dessen Anschluß an unsere Constitution, mithin ein faktisches Verlezen des historischen ungarischen Rechtes, auf das Deutschland in Bezug auf Böhmen doch ebenfalls sich stützt, ist eine gefährliche Lockungsspeise für czechische Gelüste. Mögen wir das keinen Augenblick vergessen!

Gerecht sein, schließt noch nicht aus, auch klug zu sein! Sein wir Beides in Bezug auf das Herannahen dieser neuen südslavischen Wolke! Das hätte uns noch gefehlt, daß der blutige Ausgang des Bürgerkrieges, wie er da unten an der Donau stattfindet, im Schooße unserer Reichsversammlung und zu unserem offenbaren Nachtheil sich entscheide. Soll das Deutschthum immer und ewig der Bock Hazael sein, auf dessen Haupt die Sünden anderer Nationen geladen werden? Genug, genug fürwahr der Last!

Mögen die Anträge Zellachich einen Protest unsererseits finden, der kurzgesagt nicht kroatisch, — aber durch und durch deutsch sei.

Die deutsche Kriegsflotte.

L. B. Die Weltgeschichte zeigt uns klar und deutlich, daß wie unter Einzelnen, so auch unter Völkern die Wechselwirkung, der Verkehr der alleinige Hebel zur Bildung und Gesittung ist, daß nur in ihm die Sicherung des geistigen Fortschrittes, das Mittel zur Hebung des materiellen Wohles eines Volkes, zum Aufschwung seines Ackerbaues, der Industrie, des Gewerbes und Handels liege. Die Völker des Alterthums, wie der Neuzeit, welche, begünstigt durch die Lage ihres Wohnsitzes frühzeitig mit den Nachbarvölkern verkehrten, wurden durch diesen Austausch geistiger und materieller Produkte reich und blühend.

Und Deutschland nach der Bildung seines Volkes das erste der Welt, seiner geographischen Lage nach das Herz von Europa, von der Nordsee reichend bis zum adriatischen Meere — Deutschland sollte nicht berufen sein, sich Geltung zu verschaffen bei allen Völkern der Erde? — Wie sich Triest jetzt zu einer bedeutenden Seestadt emporschwingt, so war einst die deutsche Hanse geachtet; aber auch gefürchtet. Und darin liegt das Geheimniß. So wie in der alten Zeit Griechenland und Rom, Spanien, Venedig und Genua die Herren des Meeres waren, so sind es jetzt Frankreich, England und Nordamerika, und was gab ihnen diese Macht? Ihr Handel, ihre Küsten sind geschützt, ihre Stärke liegt in der Kriegsflotte. Der Kaufmann bedarf des Schutzes auf dem Meere, wie auf dem Lande.

Soll Deutschland mächtig sein zur See, sollen seine Schiffe in allen Häfen der Welt gefannt und geachtet sein, muß es eine Flotte besitzen, die sich auf der großen Weltstraße würdig jener von England an die Seite stellen kann.

Wir haben dies Bedürfniß nie mehr gefühlt, als gerade jetzt, wo unsere Südküste von italischen, unsere Nordküste von skandinavischen Völkern bedroht ist. —

Das Parlament zu Frankfurt a. M. hat die Errichtung einer deutschen Kriegsflotte schon lange beschlossen und zur freiwilligen Besteuerung hiezu alle Bewohner deutschen Bodens aufgefordert, wenn ihnen das Wohl ihres Vaterlandes am Herzen liegt. Diesem Rufe folgten mit Freude nicht nur die Brüder in Deutschland, sondern auch jene, die in Nordamerika und England wohnen.

Oestreich kann und wird hierin nicht zurückbleiben. Es sind bereits in Wien mehrere Sammlungen veranstaltet worden und namentlich war der Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien der erste, welcher eine solche hervorrief und nicht bloß in Wien, sondern auch in ihrer Heimath zum Beitrag aufforderte.

Beiträge zur Kriegsflotte werden in der Vereinskasse (Stadt, Spiegelgasse Nr. 1103, Stiege links 1. Stock) gegen Uebernahmsbescheinigung und Eintragung in das Verzeichniß der Besteuernden in Empfang genommen.

Vereinsangelegenheiten.

Plenarversammlung am 25. Juli.

Die schwach besuchte Sitzung bot nichts destoweniger heut ein sehr belebtes Bild, durch den Antrag des Hrn. Ed. Strache eine Deputation an den Minister des Innern zu senden, welche um Nichtaufnahme der kroatischen Abgeordneten beim Reichstage zu ersuchen hätte. Diesem Antrag widersetzte sich Dd. Schick, indem er zu wiederholtem Male auf das perfide Benehmen der Magarn hinwies. Die von den Hrn. Dr. Kuh, Uhl, Strache, Dr. Rapp, Schopf vertheidigte Ansicht, die Aufnahme Kroatiens in den Verband der österreichischen Erbländer wäre der Tod des deutschen Elements, drang durch, und es wurden die Hrn. Strache und Dr. Rapp als Mitglieder dieser Deputation bezeichnet.

Korrespondenz des Vereins.

Wir theilen eine weitere Zuschrift hinsichtlich des Anschlusses an den Zollverein mit.

In Folge der Aufforderung des deutschen Vereins in Wien versammelten sich heute die Unterzeichneten, um sich darüber zu besprechen, in wiefern eine Zollverbindung Oestreichs mit Deutschland im Interesse der Industrie wünschenswerth sei oder nicht.

Man war im Allgemeinen der Meinung, daß von unserm Standpunkt aus eine Benachtheiligung nicht zu fürchten sei, in sofern die dortigen Zollsätze in der Art, wie sie von den süddeutschen Staaten schon längst aber ohne Erfolg in Vorschlag gebracht worden sind, bei einer Vereinigung mit Oestreich umgeändert werden, dagegen glaubt man, daß bei der Befürchtung des Austritts aus dem Zollverband der italienischen Provinzen es jedenfalls für die Industrie den Vortheil haben müsse, andere Absatzwege anzubahnen. Bei der großen Wichtigkeit der Frage, will man sich übrigens kein komplettes Urtheil über solche Zweige der Industrie anmaßen, die außerhalb des Saazer Kreises betrieben werden, womit diese Angelegenheit für erledigt erachtet wurde.

Görkau, den 19. Mai 1848.

(Folgen die Unterschriften.)

Aus dem Reichstage.

E. St. Es ist vielen sonderbar aufgefallen, daß es der Reichsversammlung gefiel, die Thronrede statt durch eine gehörig debattirte Adresse nur durch eine Ansprache ihres Präsidenten erwiedern zu lassen, und daß der diesfällige Beschluß ganz ohne Discussion auf die einfache Frage des Dr. Fischhofs hin gefaßt wurde. Wir selbst vermiffen eine solche Adresse ungern, da diese Gelegenheit zu einer Debatte gibt, aus der man nicht nur die Stärke der Parteien, sondern auch die Qualification der Sprecher zu beurtheilen vermag. — Das Rechtlichkeitsgefühl der einzelnen Abgeordneten,

die dem Lande nicht 4 Wochen Zeit und Hunderttausend Gulden rauben wollen, und die Scheu anderer durch eine Discussion solcher Art zu früh ernste Principienfragen heraufzubeschwören, deren versuchte Lösung leicht die Lösung der Versammlung zu Folge haben kann, sind Gründe, die den Beschluß vollkommen rechtfertigen.

In den ersten 3 Sitzungen nach der Eröffnung wurde die Geschäftsordnung bis zum §. 32 beraten. Zur vollständigen Erledigung dieser so nothwendigen Vorarbeit werden noch 3 bis 4 Tage erforderlich sein, da der Reichstag bei der Menge von Anträgen kaum die Hälfte seiner Zeit der Geschäftsordnung widmen kann.

Die Tzehen scheinen durch tägliche Interpellationen über die Ereignisse der Prager Pfingstwoche das Ministerium und die Kammer zu Tode hegen zu wollen. Sie betrachten diese Interpellationen als eine willkommene Gelegenheit die Propagande, die sie Betreffs der Prager Vorfälle im vereinigten Ausschuss begonnen, im Reichstage fortzusetzen, indem sie Apologien auf diese Ereignisse und die deshalb verhafteten Führer unter der Form einer Anfrage ans Ministerium halten und so der deutschen Partei jede Gelegenheit abschneiden, ihren lügenhaften Berichten entgegenzutreten.

Das Ministerium benimmt sich gut, alle seine Erklärungen enthalten die freisinnigsten Versicherungen und erfreuen sich des ungetheilten Beifalls der Kammer und der Gallerien, es ist nur schade, daß der Minister Doblhof ein so schwaches Organ und überhaupt wenig Rednergabe besitzt.

Von Dr. Löhner und Dr. Rudlich liegen Anträge vor, die sehr tief in das Staatsleben eingreifen und bei deren Discussion wir erfahren müssen, wie weit die Kammer, wie weit das Ministerium in ihrem Liberalismus gehen wollen. Es dürften diese Anträge, so wie die heut erfolgende Debattirung der §. 33 und 34 der Geschäftsordnung die erste Gelegenheit zur Erprobung der Parteistärke geben, da es sich in einem dieser Anträge so wie in einem zu obigen Paragraphen zu stellenden Amendement um nichts weniger als die Ausscheidung Galiziens von dem Reichstage und dessen selbstständiger Constituirung handelt. Wir hoffen das Resultat der Abstimmung am Schluß mittheilen zu können.

Notizen.

Die hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat das Dampfschiff *Leeds*, welches für die deutsche Flotte eingerichtet wird, umgetauft und ihm den Namen *Bremen* gegeben. Da zu gleichem Zwecke zwei andere Dampfer, *Hamburg* und *Lübeck*, verwendet werden, so sind die drei ersten Dampfer der deutschen Flotte nach den drei Hansestädten benannt. Auch die Fregatte *Cesar Godefroy* wird unter der Leitung eines ausgezeichneten Offiziers der englischen Marine für die deutsche Flotte eingerichtet und ihr der Name *Deutschland* gegeben. Unter der Leitung desselben Offiziers werden in *St. Pauli* und *Altona* Kanonenboote gebaut.

In *Kiel* werden Kanonenboote gebaut zur Küstenvertheidigung. Am 15. Juli lief das erste vom Stapel.

Die 9te Reichstagssection, welche Dr. Löhner's Wahl zu prüfen hatte, schrieb zwei Bogen Bedenken nichtigen Inhaltes, so daß natürlich die Wahl legitimirt werden mußte. Als aber die auffallende Erscheinung zur Sprache kam, daß dieselben Bedenken bereits in einer Prager Zeitung abgedruckt seien (also mußte ein Mitglied der Section offenbar Mißbrauch mit den Akten getrieben haben) — forderte Herr Trojan den Beweis. Dr. Nadler sagt, die Zeitung liege im Lesezimmer der Deputirten auf, er werde sie ho-

len. Doch dort sagte der Diener, daß dieses Blatt morgens noch vorhanden, vor Kurzem verschwunden sei! Merkwürdiger Weise wurde an demselben Tage dasselbe Blatt auch in Daum's Kaffeehause gestohlen.

Dr. Löhner hatte am 19. d. M. dem Herrn Alterspräsidenten einige Anträge überreicht. Am 24. d. M. überreichte ein slavischer Abgeordneter Anträge ähnlichen Inhaltes, und da waren die frühern plötzlich nicht zu finden. Erst als Dr. Löhner mit einer Beschwerde gegen den Alterspräsidenten und das provisorische Sekretariat drohte, kamen sie wieder zum Vorschein.

Die in obigem Berichte »aus dem Reichstage« erwähnte Abstimmung über ein Amendement zu dem §. 33. der Geschäftsordnung hat in der Weise stattgefunden, daß der polnische Deputirte Smolka einen Antrag auf Zusammensetzung der Abtheilungen durch Wahl statt durch das Loos stellte, die deutsche Partei des Amendement bestritt die slavische, dasselbe unterstützte, die letztere aber in einer Minorität von 137 gegen 180 bis 190 blieb. Wir werden den detaillirten Bericht im nächsten Blatte liefern.

Von Tag zu Tag wird die südslavische Bewegung wichtiger. Von der *Unna* bis zu den *Karpathen* hin hat das Volk zu den Waffen gegriffen, um seine Ansprüche gegen die *Magyaren* geltend zu machen. Die *Serben* sind über die Grenze geschritten und stehen in drei großen Lagern den *Magyaren* gegenüber; nicht fern von ihnen steht eine organisirte russische Armee, die in diesem Augenblicke *Bukarest* besetzt haben mag und in wenigen Tagen mit denselben sich verbinden kann. Die ganze Bewegung hat eine zu große Aehnlichkeit mit den Kriegen der *Russen* im vorigen Jahrhundert und im Jahre 1828, als daß wir nicht dieselben Triebsfedern voraussetzen sollten. Auch damals ging dem Einschreiten der *Russen* eine Erhebung der *Hellenen* und *Slaven* voraus, die von der feinen *Petersburger* Diplomatie lange Zeit früher genährt und unterstützt worden war. Freilich wurden dann später die Völker selbst ein Opfer der Staatskunst, aber *Rußland* schob seine Grenzen von dem *Dnieper* bis an die Mündung der *Donau* vor.

Unser Wunsch, der in Nr. 3 dieses Blattes von einem unserer Correspondenten ausgesprochen wurde, ist in Erfüllung gegangen. Königin *Isabella* von *Spanien* ist von *Oestreich* anerkannt. Möge unser Handelsminister, Herr *Hornbostel*, die Gelegenheit benützen, einen günstigen Handelsvertrag mit *Spanien* abzuschließen, der besonders der *Leinwandindustrie* aufhelfen könnte. Dadurch würde der Noth unserer Brüder im *Erzgebirge* für immer abgeholfen werden.

Vor einem oder zwei Jahren wurde in *Prag* ein Maskenball gehalten. Auf demselben erschien Redakteur *Hawlitshkef* als Matrose gekleidet, behangen mit einer Menge luftgefüllter Blasen, auf denen die Aufschrift: *deutsche Flotte* zu lesen war. Herr *Hawlitshkef* dürfte sich bald überzeugen, daß diese Flotte kein Hirngespinnst ist, wozu sie die *Engländer* aus eigen-nützigen Ursachen, Herr *Hawlitshkef* aus deutschfreundlicher Gesinnung machen wollte.

General *Wrangel*, Commandant in *Schleswig-Holstein*, hat den Befehl erhalten, einen Waffenstillstand nur unter solchen Bedingungen einzugehen, daß er der Genehmigung durch den Reichsverweser sicher sein könne.

Zu *Brixen* in *Tirol* hat sich ein deutscher Verein gebildet. Wir werden uns nächstens mit ihm in Verbindung setzen.

Für den 23. Juli war auf dem Plateau des *Bärenstein*, nahe bei *Weipert*, eine Volksversammlung aus *Deutschböhmen* und *Sachsen* angesagt.

Verantwortlicher Herausgeber im Namen des Vereines: **Dr. L. v. Löhner.**

Redaktions-Comité: **Dr. Moriz Kuh, Jos. Nauk, Ad. A. W. Schopf, Friedrich Uhl.**

Schwarz - Roth - Gold.

Vereinsblatt der Deutschen in Oestreich.

Dinstag,

Nro. 7.

den 1. August 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig zwei Mal in der Woche, Dinstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse N^o 1103, im ersten Stock links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. C. M. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Föderativverfassung in den deutsch-österreichischen Provinzen. — Programm. — Aus dem Reichstag. — Teschen. — Steinschönau. — Wien. — Notizen.

Ist eine Föderativverfassung in den deutsch-österreichischen Provinzen möglich?

E. St. Eine mächtige Partei in der konstituierenden Reichsversammlung bemüht sich Anhänger für eine föderative Verfassung Oestreichs zu werben. Sie besteht aus Slaven, die in den Provinzen, in welchen sie die Mehrzahl bilden ihr Element zu dem herrschenden machen, und so den ihnen so unliebsamen Anschluß an Deutschland hintertreiben wollen, und aus jenen unlauteren Theilen der österreichischen Partei, die nach dem alten Princip divide et impera zuerst die freien Völker theilen wollen, um dann mit ihrer Freiheit desto leichter fertig werden zu können.

Man begründet die Nothwendigkeit einer Föderativverfassung mit dem Ausspruche, nur in dieser wäre die selbstständige Entwicklung der einzelnen Nationalitäten möglich, nur durch diese fänden die divergirenden Interessen der einzelnen Provinzen ihren Schutz, ihre Anerkennung.

Wohnte in jeder einzelnen Provinz ein selbstständiger Volksstamm, so wären wir die ersten, die eine Föderativverfassung als Auskunftsmittel bezeichneten, um aus dem unseligen Nationalitätszwiste herauszukommen. So aber hieße Oestreich eine Föderativverfassung nach seinen Provinzen geben, den großen Kampf in viele kleine zerspalten, die eben, weil jedes vermittelnde Element abgeht um, desto blutiger werden müßten. Die Deutschen in Böhmen werden sich nie gutwillig einer Regierung unterwerfen, die immer ein ebenbürtiger Nachkomme des Nationalcomités mit seiner provisorischen Regierung sein würde. In Mähren ist ein solcher Kampf fürs erste wohl noch nicht zu fürchten, hier ist das geistige slavische Leben noch schwach, das Landvolk noch nicht ausgewühlt, das deutsche Element obwohl an Zahl gering doch allgemein geachtet. Dagegen glauben sich in Tyrol, Steiermark und Illyrien die Minoritäten der Italiener und Slaven von der deutschen Majorität bedroht und verlangen Trennung und Anschluß an verwandte Staaten.

So wenig die Provinzen Nationalitäten repräsentiren, so wenig sind in Ihnen die materiellen Interessen gleichartig. Industrie und Handel benötigen andere Geseze als Ackerbau. Dem an die Scholle gebundenen Bauer kann es gleichgültig sein, wie groß sein Land ist, wie weit dessen Geseze gelten, der Kaufmann und der Fabrikant bedürfen großer Territorien als Markt, auf welchem sie sich frei, von Mauthschranken unbeengt bewegen können. Ein gleiches Handels- und Wechselgesez muß ihren Verkehr auf diesem großen Markte regeln, gleiche Münzen, Maße und Gewichte müssen diesen Verkehr erleichtern. Nur ein großes mächtiges Vaterland sichert durch Handelsverträge, Kriegsmarine und Consulate den Handel, den sie zum Vortheil des Ganzen mit fernen Ländern treiben. Frankreich und

Großbritannien bieten uns lebendige Beispiele des materiellen und industriellen Fortschritts in centralisirten Staaten, so wie das zerstückelte Italien und das föderirte ehemalige Deutschland uns zeigen, wie sehr auch Handel und Industrie der Einheit bedarf.

Man will ferner die Vorzüge einer Föderativverfassung durch das Beispiel der Nordamerikanischen Freistaaten und der Schweiz beweisen. Wir bestreiten nicht, daß in Republiken das Föderativsystem der sicherste Schutz vor einer Diktatur, vor dem Despotismus ist, auf Monarchien aber angewendet, zeigt uns die Geschichte des Mittelalters, daß es nie und nirgend der Freiheit dauernden Bürgschaft gewährte, sie wurde entweder die Beute der Centralisationsgelüste einzelner starker Herrscher, oder das föderative Element machte die Centralgewalt zu einem Schatten. Frankreich möge für das eine, Deutschland für das andere als Beispiel dienen.

Zu was aber in der Vergangenheit suchen, worüber uns die Gegenwart so treffend belehrt. Ungarn bietet in seinem Verhältniß zu Kroatien und Oestreich das doppelte lebendige Bild eines Kampfes zwischen beabsichtigter Centralisation und versuchter Vernichtung der Centralgewalt. Sollen wir uns diese Lehre nicht zu Herzen nehmen, sollen wir die andern Provinzen des schönen Oestreichs in dieselbe Alternative versetzen, ihre Freiheit entweder unterjocht zu sehen, oder als getrennte nicht lebensfähige Theile zu vergehen.

Verfolgen wir das Bild eines föderativen österreichischen Staates. Das deutsche Oestreich wird in 10 Provinzen zerfallen, nämlich Böhmen, Schlesien, Mähren, Oberösterreich mit Salzburg, Niederösterreich, Steiermark, Kärnthen, Krain mit Istrien und Tyrol. Geben wir jeder dieser Provinzen einen Gouverneur, verantwortliche Minister des Innern, des Cultus, der Justiz, des Handels, der öffentlichen Arbeiter, geben wir ihnen Provinzialstände mit Autonomie. Es entsteht nun die Frage, wem sollen die Centralministerien des Auswärtigen, des Kriegs, der Finanzen verantwortlich sein; jeder einzelnen Kammer? Das Centralministerium wird sich mit Rücksichten entschuldigen, die es dem Ganzen, die es einzelnen Theilen schuldig ist. Immer wird es solche Theile finden, die einzelne Maßregeln, so sehr sie zum Schaden des Ganzen reichen, unterstützen, die Verantwortlichkeit, die Ueberwachung wird illusorisch sein. Oder sollen Centralstände diese Ueberwachung des Centralministeriums übernehmen, Stände ohne gesetzgebende Kraft, vielleicht ohne Steuerbewilligungsrecht. Sie wären eine Anomalie, eine Mißgeburt, die den Tod der Langenweile sterben müßte. Wie wäre es endlich möglich, daß so ein Centralministerium den entgegengesetzten Wünschen sämmtlicher Provinzialstände Rechnung tragen könnte. Wie lange würde es dauern, so wären die gefügigen Provinzen die Bevorzugten, die ohnedem spröden erst in die Bahn der Opposition, dann in die der Rebellion gedrängt, vielleicht eben um Gelegenheit zu ihrer Unterjochung zu haben. Die Eifersüchteleien der einzelnen Provinzen sind dabei willkommene Bundesgenossen, und nach einem Jahrhundert schon wäre unser schönes freies Oestreich das treue Spiegelbild des Oestreichs unter Maria Theresia, Leopold und Franz.

Man wirft uns vielleicht ein, daß was wir für Oestreich verwerfen, wir in Deutschland anstreben. Man vergesse aber nicht, daß Deutschland nie eine erbliche Centralgewalt haben wird, daher keine Person an einem Uebergreif dieser Centralgewalt ein Interesse haben kann. Deutschland ist hier in der Stellung einer Republik, in deren Staaten erbliche Fürsten die Funktionen der Präsidenten versehen. Der Reichsverweser wird als Repräsentant der Idee eines einigen Deutschland die Rechte des Ganzen vor den Uebergreifen der Einzelnen zu schützen haben, und es wird so das Gleichgewicht zwischen Centralisation und Föderation hergestellt, das allein großen Republiken den Fortbestand sichert.

Dagegen bietet uns nur Einheit und Centralisation die nöthigen Garantien, daß die Freiheit in einer constitutionellen Monarchie unangetastet bleibt. Hier sind Krone und Parlament die Pole, die in ewiger Wechselwirkung die Bewegung der Staatsmaschine hervorrufen, und indem sie sich gegenseitig beschränken, gleichzeitig als Regulatoren zur Sicherung des ordnungsgemäßen Ganges der Maschine dienen.

Wenn wir aber Centralisation wollen, so ist es nicht jene Centralisation des modernen Frankreichs, als deren einziges Ziel äußere Kraft erscheint, nein es ist jene Centralisation, die auf einer möglichst freien Gemeindeverfassung basiert, auch den Sonderinteressen in zu schaffenden Kreisräthen den nöthigen Spielraum gewährt, und nur dort ein Gleiches, ein Ganzes anstrebt, wo es das Wohl des Gesamtstaates fordert.

Oestreich ist gegenwärtig in der beneidenswerthen Lage sich eine solche Centralisation zu geben. Es wird an seinen Vertretern liegen, sie so zu organisiren, daß sie der Freiheit und dem Gesetz zum Schutz gereicht und als Förderin des materiellen Wohles der Staatsbürger erscheint.

Programm

der sogenannten österreichischen Partei unter Anführung der Abgeordneten Stadion und Neumann.

1. Wir wollen die constitutionelle Monarchie in ihrer vollsten Ausbildung mit allen ihren Consequenzen. Wir wollen an sämtlichen Errungenschaften des Volkes fest halten, sie gegen jeglichen Angriff, von welcher Seite er kommen mag, kräftigst schützen, und zu ihrer vollkommensten Entwicklung bringen.

2. Als die erste und wesentlichste Consequenz und Grundlage der constitutionellen Monarchie betrachten wir ein volksthümliches Zweikammersystem, d. h. die Repräsentation des Volkes in zwei volksthümlich gewählten Kammern.

3. Die künftige Gliederung Oestreichs wird bestehen:

- a) in der autonomen Gemeinde;
- b) in der Provinz mit eigener volksthümlicher nicht feudaler Vertretung und Verwaltung für Gegenstände, die rein provinzieller Natur sind, für Adaptirung der reichstäglichen Beschlüsse nach den localen Verhältnissen;
- c) in dem Reichstage und der verantwortlichen Centralregierung für die großen Gesamtinteressen, d. i. des Krieges, der Finanzen, der allgemeinen Gesetzgebung u. s. w.

Als Krone und Spitze des ganzen Staatsgebäudes der constitutionellen Kaiser.

4. Vollkommene gleichberechtigte Stellung aller Provinzen und Nationalitäten. In Schule, Commune und Gericht nationale Sprache. Keine nationale Suprematie irgend einer Art.

5. Integrität und Souveränität des österreichischen Gesamtstaates. Wir wollen, daß alle Provinzen gleich frei, gleich berechtigt an dem großen Gesamtstaate Antheil nehmen.

Unsere Aufgabe ist Oestreich durch freie Institutionen stark und glücklich im Innern, ehrfurchtgebietend nach Außen zu machen.

6. Inniger, dauernder Anschluß an Deutschland. Dieser Anschluß ist uns eine Lebensfrage, und zwar eine politische Frage. Wir fürchten für die deutsche Nationalität so wenig als für irgend eine andere im österreichischen Staate, und wir wollen keine, also auch keine deutsche nationale Suprematie. Die Einheit Oestreichs ist unsere erste, die Einheit Deutschlands unsere zweitnächste, nicht minder wichtige Frage, Oestreich soll durch den Anschluß an Deutschland Vortheil, nicht Nachtheil erlangen, stark, nicht schwach werden, und es liegt in Deutschlands Interesse, Oestreich stark und groß zu sehen.

Hieraus folgte, daß

1. Oestreich wohl einzelne materielle Rechte aufgeben kann, um den innigen Anschluß an Deutschland zu realisiren, daß es aber deshalb seine Souveränität um so weniger aufzugeben braucht, als es durch diesen Anschluß an Macht und politischer Bedeutung nur gewinnen soll.

2) Daß nicht nur der deutsche Oestreicher, sondern jeder Oestreicher das Programm des Anschlusses an Deutschland freudig unterschreiben wird, weil der Gesamtstaat dadurch stärker und mächtiger wird.

Oestreich wird fortan mit Deutschland nur Eine Politik haben, weil es mit ihm gemeinsame Interessen nach Osten und Westen hat, es wird nur gemeinsame Kriege mit ihm führen, denn wer Oestreich angreift, der greift Deutschland an, und umgekehrt. Ein Post- und ein Eisenbahnsystem, ein Münz- Maß- und Gewichtssystem u. s. w. mit Deutschland und allmählicher Anschluß an das deutsche Zollsystem mit gebührender Berücksichtigung der österreichischen industriellen Interessen.

7. Die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses begründet keinen Unterschied der politischen und bürgerlichen Rechte.

8. Vollkommen unabhängig und selbstständig in unserer Haltung werden wir die Regierung nur in sofern unterstützen, als sie die obigen Grundsätze zu den ihrigen macht, im entgegengesetzten Falle wird sie an uns die entschiedensten Gegner finden.

Wir werden uns im nächsten Blatte einige Bemerkungen erlauben, um die eigentliche Tendenz dieses Programms zu beleuchten.

A. d. R.

Aus dem Reichstage.

(E. St.) 31. Juli. Der 29. und 30. Juli werden in der Geschichte Oestreichs, in der Geschichte aller Parlamente ewig denkwürdige Tage bleiben. Wenn Oestreichs Völker je bewiesen haben, daß sie reif zur Freiheit sind, so thaten sie es durch ihre Vertreter an diesen Tagen. Nichts von nationalen Eifersüchteleien, nichts von kleinlichen Parteiwitten war zu sehen; einmüthig boten Deutsche und Tschechen, Polen und Italiener dem gemeinschaftlichen Feinde die Stirn. — Und wer war der Feind, der furchtbar genug ist, so heterogene Elemente zu einem Ganzen zu vereinen? Es war die so oft geläugnete Reaction, die Camarilla, die mit keckem Uebermuth dem gesammten österreichischen Volke den Handschuh hinwirft, indem sie Se. kaiserl. Majestät schon früher dem Volke entführte, ihn nun dem Rathe, der dringenden Bitte seiner verantwortlichen Rathgeber zuwider noch länger von seiner Residenz, von dem Sitze seiner Regierung und der constituirenden Reichsversammlung fern hält.

Ich will mir eine gedrängte Erzählung des Vorganges dieser Sitzung erlauben. Am 29., nachdem der Kriegsminister den glänzenden Sieg der kaiserlichen Armee über Carlo Alberto bei Pistoja gemeldet, betrat Minister Doblhoff die Tribune und las als Antwort auf die dringende Bitte des Ministeriums an Se. Majestät, sich doch ja bald in seine Residenz zur Uebernahme der Regierungsgeschäfte zu verfügen, ein Handbillet, worin Seine Majestät dem Ministerium erklärt, daß Se. Majestät Ihre Anwesenheit so lange nicht für nöthig halte, bis der Reichstag seine Gesetze fertig habe und der Beweis geliefert sei, daß der Reichstag frei tage und frei berathe. Se.

Majestät fügten ferner eine etwas dunkel gehaltene Bemerkung bei, aus der Viele einen Vorbehalt der Anerkennung der Beschlüsse des Reichstages herauslesen wollten.

Der Minister erklärte, daß das Ministerium nur dann am Ruder bleiben werde, wenn der Reichstag eine Adresse an Sr. Majestät erläßt, in der die Versicherung der vollkommenen Freiheit der Berathungen und des Handelns der Reichsversammlung gegeben und die Nothwendigkeit der Rückkehr Sr. Majestät dargethan wird.

Die Versammlung erklärte einstimmig diesen Antrag des Ministers für angenommen und schritt sogleich zur Berathung der Modalitäten; eine Berathung, die jedem Anwesenden ewig im Gedächtniß bleiben wird. Es ist uns nicht der Raum gegönnt, die schönen, freiheitsglühenden Worte der Abgeordneten Claudi, Löhrner, Fischhof, Goldmark, Borrosch und Brestl wiederzugeben, wir wollen nur bemerken, daß Graf Stadion allein das undankbare Geschäft übernahm, das Treiben der fluchwürdigen Camarilla in Innsbruck zu bemänteln. Gleichzeitig erlaubte er sich aber Ausfälle auf das gewesene und bestehende Ministerium und den Sicherheitsauschuß, welche ihm die derbsten Zurechtweisungen von Seite mehrerer Mitglieder des letzteren zuzogen. Der Entwurf der Adresse wurde einer Commission übertragen, fiel aber so matt aus, daß er Niemanden befriedigte und erst am andern Tage gänzlich umgearbeitet, einstimmig angenommen wurde.

Da diese Adresse unter allen Umständen eine denkwürdige Urkunde bleiben wird, erlauben wir uns, sie nachstehend unserem Blatte einzuverleiben.

Adresse des konstituierenden Reichstages an den Kaiser.
Euer Majestät!

Der von Euer Majestät zur Constituirung des Vaterlandes berufene Reichstag hat, im Vorschritt zu seinen nächsten Aufgaben begriffen, durch das Ministerium die höchst betrübende Mittheilung empfangen, daß Euer Majestät Ihre oder die Gegenwart eines Stellvertreters in Wien nicht für nothwendig erachten, insolange nicht der Reichstag seine Gesetze festgestellt habe, und daß Sie vor Allem die Ueberzeugung von der Sicherung des freien Handelns der gesetzgebenden Versammlung zu gewinnen wünschten, weil Euer Majestät diesen Beweis väterlicher Vorsorge und Liebe Ihren Völkern schuldig zu sein glauben.

Eine solche Darlegung aus dem Munde des constitutionellen Monarchen in dem Augenblicke, da alle Augen der österreichischen Völker in ernster Erwartung hierher gerichtet sind, muß die Vertreter Oesterreichs mit den bangsten Besorgnissen für das Wohl, ja für den Bestand des Kaiserstaates erfüllen, und sie fühlen sich in der Ausübung ihrer unverbrüchlichen Pflicht, wenn sie Euer Majestät die Ueberzeugung aussprechen, daß die geheiligte Person des Staatsoberhauptes nicht länger mehr im Schwerpunkte der constitutionellen Monarchie, am Sitze der Reichsversammlung, an der Spitze der Staatsgeschäfte entbehrt werden kann. Aus welchem Beweggrunde auch sich Euer Majestät zu der Entfernung aus Ihrer Residenz bestimmt haben mögen; jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo alle Interessen des Reiches und der Krone in der einen Nothwendigkeit Ihrer Rückkehr zusammenfließen, Ihrer Rückkehr an den Ort, wo die von Euer Majestät selbst berufenen Vertreter des einigen Volkes in dem Aufbau des neuen constitutionellen, österreichischen Kaiserstaates begriffen sind, — an den Ort, wo die einzig gesetzlichen Rathgeber Euer Majestät, die verantwortlichen Minister, diesen Aufbau mitwirkend fördern. Diese Eintracht des Zusammenwirkens möge Euer Majestät auch Bürgschaft für dessen Freiheit sein.

Im Angesichte Oesterreichs, im Angesichte Deutschlands, ja im Angesichte Europas spricht es die Reichsversammlung einhellig aus, daß sie im vollen Bewußtsein der Freiheit die Constituirung des Vaterlandes berathe.

Die Männer Oesterreichs, die das Vertrauen des freien Volkes hieher gesendet hat, sie würden es als einen Verrath an den Rechten desselben ansehen, wenn sie an einem Orte verblieben, wo sie nicht der vollsten Freiheit der Berathung und des Handelns gewiß wären. Daß aber die Reichsver-

sammlung tagt und aus ihrer Mitte Abgeordnete aller Landesgebiete an Euer Majestät zu dem Ende sendet, daß der constitutionelle Kaiser dem ruhmvoll begonnenen Verfassungswerke jene Weihe gebe, die des Volkes treue Pietät aus seiner unmittelbaren Gegenwart abzuleiten bereit ist; dies, Euer Majestät, ist der sicherste Beweis, die unbestreitbare Garantie, daß das freie Handeln der gesetzgebenden Versammlung in jeder Hinsicht gesichert ist. Den Dank hierfür zuerkennt die Reichsversammlung vor Allem der bewundernswerthen Mäßigung, Ordnungsliebe und Loyalität der Bevölkerung Wiens, so wie der aufopfernden Hingebung der Nationalgarde. Unter diesen sichersten aller Garantien fordern die Völker Oesterreichs durch ihre in Wien versammelten Vertreter, als den von Euer Majestät zugesicherten Beweis väterlicher Vorsorge und Liebe, die ungesäumte Rückkehr Eurer Majestät in Ihre treue Residenz, indem Sie nunmehr der bestimmten und lichen, Erfüllung der bei so vielfachen Anlässen wiederholten Versprechungen zuversichtlich entgegen sehen, denn nur dadurch, daß sich Euer Majestät persönlich an den Sitz des Reichstages und in die Mitte Ihres verantwortlichen Ministeriums begeben, kann jenen Gefahren des Mißtrauens, der Verführung und Anarchie vorgebeugt werden, welche die Krone und die Dynastie Euer Majestät zu bedrohen vermöchten — nur dadurch können die Segnungen, welche das Vaterland Euer Majestät Ihren Völkern zugebracht hat, im Strahle des Friedens und der Freiheit zur Reife kommen. Wir beschwören Euer Majestät, hören Sie nicht den Rath falscher Rathgeber, hören Sie die Stimme, die Forderungen Ihrer treuen Völker!

Im Namen des constituierenden Reichstages.

(Hier sollen die Unterschriften sämmtlicher Deputirten folgen.)

Korrespondenz des Vereins.

Teschen, 26. Juli.

Die Nationalgarde in Teschen hat sich nun entschieden für die deutsche Sache erklärt. Da das Ministerium die Wahl der Farbe der Entscheidung der Nationalgarde durch Stimmenmehrheit überließ, so versammelte sich solche am 23. d. M.; der nunmehrige Kreishauptmann Pokorny war zum Leiter der Versammlung ernannt. Kaum geschah der Vortrag, als sich sämmtliche Garden für die rothe Farbe erklärten, jede Sonderung verwarfen, und die Uniformirung wird genau nach jener in Wien verfertigt. Nur drei Garden stimmten für die gelbe, slavische Sympathien ausdrückende Farbe. Also wäre die Sache abgethan und alle Orte des Teschner Kreises nahmen den in Teschen gefaßten Beschluß an. Möge nur unsere Nationalgarde auch, von dem Geiste des Fortschrittes durchdrungen, an allen Errungenschaften festhalten. Jedenfalls hat die deutsche Sache bei uns durch diesen anscheinend geringfügigen Gegenstand einen bedeutenden Sieg errungen. Oeffentlich wurden die gegenseitigen Kräfte gemessen; wir sind durch und durch erstarkt. An Wühlereien wird es nicht fehlen, die Slaven sind nicht so leicht bekämpft!

Die Pressklage des Dr. Klucki gegen Uhl erregt hier allgemeine Indignation. Es ist doch stadtkundig, daß derselbe bei dem unlauteren Sinne der Wiener, wie er sich ausdrückte, eine provisorische Regierung in Teschen zu errichten Willens gewesen.

Vom constitutionellen Verein zu Steinschönau, dem Centralplage der bedeutenden Glasindustrie des Leitmeritzer Kreises in Böhmen, gelangte am 27. I. M. auf die Aufforderung unseres Vereines, einige Data rücksichtlich des engsten Anschlusses an Deutschland in kommerzieller Hinsicht zu liefern, ein Brief an denselben, dem zugleich eine Abschrift einer Petition beilag, welche eine allgemeine Versammlung aller daselbst bei der Glasindustrie Be-

theiligsten abgefaßt und ihrem Deputirten zur Ueberreichung an den hohen Reichstag zugesendet hat.

Da die Glasindustrie eine der wichtigsten in Böhmen ist, seit Errichtung des Zollvereines aber durch die schwere Zollbelastung täglich mehr und mehr gefährdet wird, so halten wir es für wichtig und nöthig, diese Petition, wenn wir sie ihres Umfanges halber auch nicht ganz wiedergeben können, doch in einem erschöpfenden Auszuge mitzutheilen.

Nach einigen einleitenden Sätzen über die Hoffnungen, die Oestreichs Bewohner vom Reichstage hegen, wird darauf hingewiesen, daß die Hebung des Wohlstandes durch Beförderung von Handel und Industrie eine seiner wichtigsten Aufgaben, und daß die Glasindustrie in den östereichischen Staaten, insbesondere in Böhmen, von besonderer Wichtigkeit sei, bisher sich aber keinerlei Berücksichtigung von Seiten der Regierung zu erfreuen gehabt habe, daher auch täglich mehr sinke und eine große Anzahl ihrer Arbeiter unbeschäftigt lasse. Die unterzeichneten Fabrikanten, Handelsleute und Arbeiter von Steinschönau, Hayda, Böhmisches Kamnig, Kreibitz, Langenau, Blattendorf, Arnsdorf, Pargen, Schelten, Meistersdorf, Ullrichsthal, Preschkau, Hilleühle, Falkenau, Sonueberg, Wolfersdorf und Neuhütte sehen sich daher veranlaßt, vom hohen Reichstage auf's Dringlichste einen innigen Anschluß Oestreichs an das gesammte Deutschland, als das einzige radikale Heilmittel für ihre dahinstreichende Industrie, zu erbitten.

Das böhmische Glasgeschäft ist uralt; es bestand schon zur Zeit der Entdeckung Amerikas und war stets gewinnbringend. Böhmisches Glaswaaren waren und sind ein Artikel des Welthandels, denn noch jetzt bestehen Commanditen und Etablissements in Hamburg, Bremen, Lübeck, Amsterdam, Rotterdam, in Triest, Italien, der Levante, Spanien, Portugal, in Nord- und Südamerika und in Aegypten, so wie auch nach dem übrigen Afrika, Ostindien und Australien böhmische Glaswaaren gingen und noch gehen. Allein der Absatz nach fremden Welttheilen und nicht deutschen europäischen Ländern hat und hatte nie den Umfang, wie der nach Deutschland. Dieses als Markt offen zu behalten, ist daher die Lebensfrage für die böhmische Glasindustrie. Seit Bildung des Zollvereins ist er aber halb gesperrt und wird noch unzugänglicher werden, wenn bei der Vereinigung aller deutschen Länder zu einem großen Ganzen die Hanseestädte Hamburg, Bremen, Lübeck, so wie die Länder Mecklenburg, Holstein, Hannover, Oldenburg &c. ebenfalls in die Zollvereinslinie fallen und der Eingangszoll dorthin ebenfalls 3, 4 $\frac{1}{2}$, 6 und 10 Rthlr. pr. Centner (circa 90 Pfd. Wiener Gew.) betragen wird. Unter dem Schutze dieses enormen Zolles und bei der freien Ausfuhr der Materialien zur Glasbereitung aus Böhmen haben sich daher in vielen Gegenden Deutschlands Glasfabriken etablirt, die bei diesen Verhältnissen allerdings mit den böhmischen konkurriren und sie zu Grunde richten können, die sich aber bei der Billigkeit und Schönheit der Arbeit, bei dem Ueberflusse des besten Rohmaterials in Böhmen nicht behaupten werden, wenn die böhmische Waare nicht mit einem solchen Zoll belastet ist. Ohne innigsten Anschluß an Deutschland muß die Glasindustrie Böhmens auf ein Minimum herabsinken und Tausende von Familien, denen in den rauhen Gebirgen andere Nahrungsquellen nicht zu Gebote stehen, werden, wie es leider schon theilweise geschehen ist, dem schauerlichsten Proletariat anheimfallen.

Auch den Fabriken in Seide, Wolle, selbst Baumwolle, Leder, Leinwand, Zwirn, Galanteriewaaren, Eisen- und andern Metallwaaren in Oestreich dürfte der Anschluß an Deutschland zum größten Theil nur wünschenswerth sein, indem sie günstiger Ortsverhältnisse halber bei einiger Bemühung mit Deutschland ganz wohl konkurriren können. Einige hart an den Landesgrenzen liegenden Fabriken, denen ihre bisherigen Manipula-

tionen gerade der Zollverhältnisse wegen großen indirekten Gewinn brachten, werden freilich eifrigst dagegen stimmen. Zur Hebung des Handels mit dem Ausland weisen die Petenten auf Abschließung vortheilhafter Handelsverträge mit Spanien, Portugal, Holland, der Türkei &c. hin.

Zum Schluß wird noch gebeten, die Holzfeuerung auf den k. k. Staats-eisenbahnen abzuschaffen, da sie das zu einigen Fabrikationen, besonders zur Glasfabrikation, unentbehrliche Holz unnöthigerweise sehr vertheuere.

(Folgen die Unterschriften.)

Wien, den 31. Juli.

(E. St.) Unsere Residenz bot in den letzten Tagen auch außer dem Reichstage ein bewegtes Bild. Die ernste Todtenfeier am 28. Juli für die Gefallenen der Märztag hatte eine tiefe Bedeutung, indem das Ministerium und der Reichstag sich durch ihre Anwesenheit als Kinder der Revolution erklärten und ihr so die gesegnete Weihe ertheilten.

Der Besuch des Ban Jellachich, dem Vernehmen nach erfolglos für die Schlichtung der ungarisch-kroatischen Wirren, bot einem Theil der Garnison und den slavischen Studirenden willkommene und billige Gelegenheit zu einer Demonstration, in einem Fackelzuge bestehend, der aber bald Anlaß zu Ruhestörungen gegeben hätte, da es einigen Deutschen nicht gefallen wollte, daß man in unserer deutschen Stadt Wien einem anerkannten Führer der Slavenpartei und der überdies einer Verbindung mit der Innsbrucker Camarilla verdächtig ist, eine derartige Ovation brachte. Eine Truppe zog vor das Fenster und sang so lange Arndt's deutsches Lied, bis es dem Ban gefiel, dem gesammten Deutschland ein Hoch zu bringen. Erzherzog Johann verläßt uns zu unser Allen Bedauern heute schon. Ein Lebewohl dem Biedermanne! Möge er in Frankfurt seiner Deutschen in Oestreich nicht vergessen; bald vielleicht brauchen wir seinen Schutz, seine Hilfe.

Notizen.

Kossuth's (des ungarischen Finanzministers) Zeitung macht in ihrer 17. Nummer vom 20. Juli l. J. unter der Rubrik »Neuigkeiten aus der Hauptstadt« — worunter Pesth gemeint wird — eine Mittheilung, welche wortgetreu übersetzt also lautet: »Aber es gibt in Pesth einen gefährlichen Club, den deutschen Club, welcher für deutsche Interessen in der Hauptstadt des Magyarenlandes fortwährend Versammlungen hält, — ja sogar seinem eingestandenem politischen Glaubensbekenntnisse gemäß sich bestrebt, die deutsche Nationalität und die Theilnahme dafür in diesem Lande zu verbreiten, um seiner Zeit dem Magyarenthum opponiren zu können. Das Haupt dieses Clubs ist Beyse, der gewesene Ingenieur bei der Eisenbahn, und unter den Gliedern desselben gibt es auch deutsche Schauspieler. Dem Beyse ist die Abhaltung von Versammlungen und jede Wirksamkeit für die vorbezeichneten Interessen amtlich untersagt worden, jedoch, wie es scheint, ohne Erfolg.« —

In derselben Zeitungsnummer findet sich in einem vom 12. Juli datirten Referate über eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten (Gemeindeausschusses) in Ofen folgende Schlußstelle: »Uebrigens hat in dieser Versammlung von den Gliedern des Magistrats nur Einer in magyarischer Sprache gesprochen, wenn wir seinen Namen gut gehört haben. Nun hat also der Magistratsrath Feley, welcher bereits jüngst feierlich gelobt hatte, daß er nicht mehr deutsch sprechen werde, heute gleich bei der ersten Gelegenheit sein Wort gebrochen.« —

Verantwortliches Redaktions-Comité: Dr. Moriz Kub, Jos. Hanf, Dd. A. W. Schopf, Friedrich Uhl.

Schwarz - Roth - Gold.

Vereinsblatt der Deutschen in Oestreich.

Freitag,

Nro. 8.

den 4. August 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig zwei Mal in der Woche, Dienstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse N 1103, im ersten Stock links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. C. M. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Oestreich als centralisirter Staat. — Programm der Parthie Stadion - Neumann. —
Kleine politische Standreden. — Eger. — Frankfurt. — Wien. — Notizen.

Das deutsche Oestreich als centralisirter Staat.

E. St. Wie wichtig die Frage ist, ob die Verfassung Oestreichs eine föderative oder centrale sein soll, ergibt sich aus dem, daß der constituirende Reichstag bereits in der Geschäftsordnung Veranlassung fand, diese Frage zu erörtern. Wir freuen uns, daß viele der Gründe, die wir in Nr. 3 und 7 unserer Zeitung für die Dringlichkeit einer Aufhebung der Provinzialtheilung aufstellten, dabei ihre Würdigung fanden, und es dürften die Reden Böhner's und Borrosch manchen Schwankenden von den Vortheilen eines Centralsystems überzeugt haben. Der Föderativstaat wurde vielseitig, aber mit sehr schwachen Gründen vertheidigt; trotz allem dem sind wir aber weit entfernt, zu glauben, daß sich jetzt schon eine Majorität für unsere Ansicht gebildet, im Gegentheil, wir finden, daß sich Nationalität und Furcht vor Neuerungen mit Vorurtheilen und Lostrennungsgelüsten verbinden, um eine Lösung der Frage im föderativen Sinne herbeizuführen.

Wir halten es deßhalb für unsere Pflicht, in die Idee einer centralen Constituirung Oestreichs näher einzugehen und eine Skizze zu entwerfen, wie wir uns den neuen Organismus denken.

Wir nennen Centralisation nicht die Unterdrückung der Einzelinteressen, nicht das Alles regieren wollen, wie es sich in Frankreich ausgebildet; uns ist sie der einheitliche Gedanke, der das Ganze durchdringt; uns ist sie die natürliche Gliederung der Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Staat, die dem Rechte des Einzelnen Schutz gewährt, ihn aber auch darauf hinweist, daß dieser Schutz nur dann gesichert ist, wenn der Staat mächtig nach Außen und nach Innen dasteht.

Der Staat wird aber mächtig dastehen, wenn seine Regierung der Ausdruck des Gesamtwillens des Volkes ist, nicht wenn sie aus einem Compromiß zwischen Einzelinteressen hervorgegangen.

Die sicherste Grundlage eines freien Staates ist eine freie Gemeindeverfassung. Dem freien Staatsbürger, dem durch die Wahl eines Abgeordneten die Fähigkeit zugetraut wird, über Gesetzgebung ein Urtheil zu fällen, muß auch die Fähigkeit zugetraut werden, aus seinen Mitbürgern einen Gemeinderath zu wählen, dem die Gemeindeverwaltung übertragen werden kann, ohne daß eine Bevormundung durch Behörden nothwendig wäre. Eine freie Gemeindeverfassung weckt und wahrt den Sinn für Freiheit und Gemeinwohl.

Alle in einer Ortschaft befindlichen Einwohner bilden eine Gemeinde; jeder unabhängige großjährige Mann, der seit wenigstens zwei Jahren im Orte domicilirt, ist Bürger. Alle Bürger wählen aus sich einen aus 20 bis

100 Mitgliedern bestehenden Gemeinderath, der aus seiner Mitte einen Bürgermeister oder Vorsteher ernennt.

Die Gemeinde besorgt durch ihren Gemeinderath

- a) die Gebahrung ihres Gemeindevermögens. Ist der Ertrag desselben zur Bestreitung ihrer Ausgaben nicht ausreichend, so wird das Fehlende durch Aufschlag auf die direkten Steuern ersetzt;
- b) die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit innerhalb ihres Gebietes;
- c) die Einhebung und Abfuhr aller direkten Steuern;
- d) das Hypothekenwesen, indem die Grundbücher dem Gesetze gemäß in jeder Gemeinde geführt werden;
- e) die Unterrichtsangelegenheiten, durch Ernennung und Besoldung der nöthigen Lehrer und durch Erhaltung der Schulgebäude, so wie durch Ueberwachung des Unterrichtes;
- f) die Beschaffung der materiellen Bedürfnisse des Cultus, durch Erbauung und Erhaltung der Kirchen, Besoldung der angestellten Geistlichkeit und Dienerschaft. Dagegen wird das Kirchenvermögen an die betreffenden Gemeinden übergeben.

Bezüglich der drei letztgenannten Punkte unterliegt die Gemeindeverwaltung der Controle des Kreisrathes.

Behufs der Jurisdiction werden eine Anzahl Gemeinden in einen Bezirk vereinigt, in welchem ein Bezirksgericht als erste Instanz für Civilprozesse und leichte Polizeivergehen seinen Sitz hat. Diese Bezirksgerichte haben für Preßvergehen, schwere Polizeiübertretungen und Verbrechen die Voruntersuchung einzuleiten und zum Spruch für die Geschwornengerichte in den Kreisorten vorzubereiten.

Zum Zwecke der politischen und finanziellen Verwaltung wird aus einer gewissen Anzahl Bezirke ein Kreis gebildet, an dessen Spitze ein Kreishauptmann steht, der dem Ministerium verantwortlich, die Befehle und Anordnungen desselben ins Werk setzt. In jedem Kreisorte befindet sich ein Kreis schwurgericht zur Aburtheilung von Preß- und schweren Polizeivergehen und Criminalverbrechen; ein Militärkommando leitet die Militärangelegenheiten des Kreises.

Innerhalb gewisser, durch das Gesetz festbestimmter Fristen versammeln sich im Kreisorte die Kreisräthe, die aus den Gemeinden zu wählen sind.

Die Kreisräthe berathen und beschließen über allgemeine Kreisangelegenheiten; insbesondere gebührt ihnen:

- a) die Aufsicht über die Ausführung gemeinnütziger, öffentlicher Bauten, über das Straßenbauwesen und Flusregulirungen;
- b) die Leitung des Schulwesens im Allgemeinen und die der mittleren Unterrichtsanstalten, wie Haupt- und Gewerbeschulen, Gymnasial- und Realschulen insbesondere;
- c) die Controle über das Hypotheken- und Kirchenwesen der einzelnen Gemeinden;

- d) die Ernennung eines Beschwerdeausschusses, der alle über die Kreis- und Gemeindeverwaltung einlaufenden Beschwerden zu prüfen und auf Abstellung der gefundenen Gebrechen zu dringen hat;
- e) die Errichtung und Leitung von Kreis-, Spar- und Hypothekbanken. Diese Banken empfangen von den Gemeinden alle Waisen- und Depositengelder, die Einlagen aller Filialsparkassen und verzinsen sie, verleihen die eingelaufenen Gelder gegen Pupillarhypothek und andere Sicherheiten. Dem Handel und der Industrie leisten sie unter Garantie der betreffenden Gemeinden Vorschüsse, so wie alle ihre Operationen unter Haftung des gesammten Gemeindevermögens des Kreises geschehen.

Die Kreise sind unabhängig von der zeitherigen Provinzeinteilung mit Rücksichtnahme auch Sprach- und Nationalitätsgrenzen zu bestimmen und nach dem Kreiseorte zu benennen. Bei Vertheilung der höhern Unterrichtsanstalten und der Appellhöfe sind die zeitherigen Provinzhauptstädte besonders zu berücksichtigen.

Indem wir die Rechte der Centralgewalt, aus den Ministerien und der Reichsversammlung bestehend, als bekannt voraussetzen, glauben wir, daß eine Organisation Oestreichs, nach diesen Grundsätzen consequent durchgeführt, seine Völker glücklich im Innern und stark nach Außen machen müßte. Das Gesetz, dieser Angelpunkt menschlicher Gesellschaft, ist für Alle gleich; die Verwaltung schmiegt sich den Bedürfnissen der Einzelnen an.

Das Programm der Parthie Stadion-Neumann.

E. St. Man sieht es diesem Machwerk auf den ersten Blick an, daß seine Verfasser zwei Minister in Spe waren, so viel versprechend — so nichts sagend ist es. Die gewöhnlichen wohlfeilen Phrasen von Errungenschaften des Volkes, Gleichberechtigung der Nationalitäten, starkes Oestreich, inniger Anschluß an Deutschland durften dem Programm natürlich nicht fehlen, doch lohnt es wohl der Mühe, nachzusehen wie diese schönen Sachen alle erreicht werden sollen. Hören wir:

§. 1. „Wir wollen die constitutionelle Monarchie in ihrer vollsten Ausbildung mit allen ihren Consequenzen.“

Ganz Louis Philipps — „Die Charte muß eine Wahrheit werden“ — wir erlauben uns nur die Frage: gehören Betos, Ausnahmsgesetze, geheime Fonds, Dotationsgesetze u. s. w. auch zu den Consequenzen der Stadion-Neumannischen constitutionellen Monarchie?

§. 2. „Als erste und wesentliche Consequenz und Grundlage der constitutionellen Monarchie betrachten wir ein volksthümliches Zweikammersystem.“

So viel uns bekannt gehört zu den Errungenschaften des Volkes eine Kammer, dasselbe wird aber das großmüthige Geschenk einer zweiten aus den Händen der Herren Stadion-Neumann mit tiefgefühltem Dank anzunehmen unterthänigst bereit sein.

§. 3 prophezeit uns ein Oestreich mit autonomischer Gemeinde, volksthümlicher Provinzvertretung für Adaptirung der reichstäglichen Beschlüsse und endlich einen Reichstag der (behufs der Adaptirung) Beschlüsse für die großen Gesammtinteressen fassen soll.

Also einen Reichstag, der Gesetze macht, wie er will, einen Landtag, der aus dem Gesetze macht, was er will, und endlich Gemeinden, die sich gar nichts aus dem Gesetze machen. Uns ist das zu rund — wir müssen zu Gunsten des Stadion-Neumannischen Verstandes glauben, daß es ihnen nicht ganz Ernst mit diesem Einschachtelungssystem ist. Ihr prophetischer Blick sah weiter, er sah, den Reichstag müde unglückliche Gesetze zu machen, aufgelöst, er sah die Idee eines Stadion-Neumannischen jungen Oestreichs realisirt, will sagen eines Oestreichs, wie es in seiner Jugendzeit war unter Ferdinand dem Ersten. Der Stadion-Neumannische prophetische Blick dringt in noch weitere Fernen; er sieht auf diesen ersten Ferdinand den zweiten und

dritten folgen und wiederkehren die schönen Zeiten, des Oestreichs unter Maria Theresia, Leopold und Franz.

§. 4 will Gleichberechtigung der Nationalitäten. Viele vor ihm haben das schon gewollt — wie es nur kommen mag, daß alle die gleichberechtigten Nationalitäten am Reichstag das dumme Deutsch anzuhören gezwungen sind, — und Stadion-Neumann duldet das?

§. 5. Zu der Conferenz, welche sie behufs der Gleichberechtigung sämtlicher Provinzen der Gesammtmonarchie mit Herrn Kossuth abzuhalten haben werden, erbittet sich ein Entrébillet — der Verfasser.

§. 6. Neufferst naiv — „Oestreich soll durch seinen Anschluß Vortheil nicht Nachtheil erlangen“ — soll wohl heißen:

In Triest brauchen wir die deutsche Flagge als Vogelscheuche gegen die sardinischen und venetianischen Seemöven, in Tyrol die deutschen Gränzpfähle als Krautmänner gegen piemontesische Hasen. Aber der Schleswig-Holsteinische Krieg — nein der geht uns nichts an, da ist Triest wieder schwarzgelb und Oestreichs Flagge rothweiß. Es ist sehr bequem, wenn man Rechte erlangen kann, ohne Pflichten. — Doch sind wir nicht unbillig, unser Zwillingsspaar tritt dem deutschen Reiche auch Rechte ab, und zwar — materielle. Es thut uns nur leid, daß es diese Rechte näher zu bezeichnen nicht der Mühe werth hält. Dagegen wird, um Deutschlands Armuth an Systemen auszugleichen, eine ganze Schaar von ihnen abgetreten als ein Postsystem, ein Eisenbahnsystem, ein Münzsystem, ein Maßsystem, ein Gewichtssystem und wenn sich Deutschland aufs Warten versteht — auch ein Zollsystem.

Herr Stadion-Neumann zweifelt mit Recht nicht daran: „daß einen solchen Anschluß jeder Oestreicher freudig unterschreiben wird,“ wir gehen noch weiter, wir verbürgen uns sogar für die Unterschrift Ebersbergs, doch müssen wir gestehen, daß es uns etwas schwierig dünkt, Leute wie Gagern, Raveaux, Blum und wie sie alle heißen, für die Sache zu gewinnen.

§. 7. Nicht mehr als billig.

§. 8. Für die der Regierung angebotene Hülfe, sagen wir im Namen des Ministeriums den tiefgefühltesten Dank und hoffen, daß dasselbe nie in die Lage kommen wird, sich der Unterstützung der k. k. östreichischen Parthie zu erfreuen.

Kleine politische Standreden.

3.

Der 6. August.

F. U. Mit der Betrübniß eines unglückahnenden Herzens spreche ich heute zu euch, meine Freunde. Meine Brust ist beengt — vor den Augen schweben Gewitterwolken — deren im Augenblicke veränderte Formen nicht zu erkennen sind. Schwül ist die Luft — bleiben — flüchten — wohin? Ueberall tritt uns das Gespenst entgegen — im Norden Deutschland — wie im Süden. Ja es ist da — das alte Gespenst: „der Deutschen Zwietracht.“ Nur ein Gedanke könnte noch Trost zu geben — der Glaube, daß es bloß die Fürsten sind, — welche Trennungsgelüste hegen. Doch nein — auch der Gedanke muß weichen, vor dem Elend der traurigen Wirklichkeit. Bei uns — wie in Preußen gibt es auch im Volke Männer. . . .

Laßt mich abbrechen. Ich kann nicht weiter, denn Wuth und krampfhaftes Bangen halten mir die Worte in der Kehle zurück, — mit welchen ich die Schmach unserer Mitbürger aufdecken sollte. —

Der 6. August soll zeigen — ob es den Deutschen wirklich Ernst sei mit der deutschen Einheit — ob die Deutschen — wirklich Deutsche — oder bloß schwarzweiße Preußen — schwarzgelbe Oestreicher sind. Die Preußen weigerten sich bereits — dem Reichsverweser — die Huldigung zu leisten. Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, mußte den Deutschen befehlen — deutsch zu sein, mußte dem Heere befehlen dem Reichs-

verwerfer das dreimalige Hoch zu rufen. Wir werden sehen — mit welchem Jubel das Militär dieses Hoch ausbringen wird — ich glaube ganz Europa wird davon erschüttert werden.

Ach dieses Hoch ist mir so unleidlich. Und der Reichsverwerfer? — Er sprach zu den süddeutschen Fürsten: „Drängt mich nicht zu früh in die Fußstapfen des Bundestages.“

Das Wort „zu spät“ scheint aus der Mode gekommen zu sein — sonst hätte das „zu früh“ den deutschen Johann daran erinnern müssen. —

Was wird bei uns am 6. August geschehen? Dumpfe Gerüchte huschen um die Straßenecken, bis jetzt weiß man noch gar nichts. Der Kriegsminister schweigt — das Militär schweigt — die interpellationslustigen Kammermitglieder schweigen — die Presse schweigt — was soll das werden? Warum nicht gerade heraus die Frage dem Heere ins Antlitz geschleudert, damit dem Bangen, der peinlichen Erwartung ein Ende gemacht werde? —

„Deutsche Einheit, schöner Traum,
Wunderbares Märchen“

wann wirst du endlich verwirklicht werden? Wann wirst du deine göttlichen Segnungen nieder thauen lassen auf die Herzen Aller, deren Morgen- und Abendgebet nach dir seufzt? Was der Verwirklichung dieser unserer Lebensaufgabe entgegensteht — ist der Egoismus der einzelnen Menschen — wie der einzelnen Staaten. 30 Jahre hindurch hat sie Lug und Trug versteinert — schlecht gemacht. Sie stecken im Sumpfe der Erbärmlichkeit — Tagesinteressen halten sie ab — elende Feigheit Opfer zu bringen — läßt sie nicht zu dem Muthe gelangen, ernstlich zu wollen. Wie viele Herzen brauchen schon an dem Wehe — Deutschlands Unglück zu sehr erkannt zu haben — und wie viele werden noch verbluten.

Auf deutsche Männer — glaubt ihr bereits auf den Vorbeern ausruhen zu dürfen — glaubt ihr bereits genug gethan zu haben um von dreißigjährigen Sünden — dreißigjährigem Nichtsthun euch gereinigt zu haben? Sprecht mir nicht immer von eurer weltgeschichtlichen Mission! Wenn ihr sie habt — so müßt ihr sie jetzt tragen über den Weltball.

Jetzt gilt es zu zeigen, daß ihr Deutsche seid — daß ihr es zu sein verdient.

Sinkt ihr zurück in euer schlaftrunkenes kraftloses Sichgehenlassen — nun wohl so geschehe — was kommen soll — was kommen wird — was ich sogar wünsche. Lasset die Slaven und Russen Deutschland überfluthen — vielleicht ist dies das letzte und einzige Mittel — Deutschland zu retten — es zur Eintracht und zur Erreichung des höchsten Zieles zu bringen.

Korrespondenz des Vereins.

Eger, 26. Juli.

Mit lebhafter Freude begrüßte der deutsche Verein in Eger die Zuschrift des Wiener Vereins vom 14. d. M. Wir wissen sehr wohl, wie eure Wirksamkeit stets im Steigen begriffen ist, welch reiches, kräftiges Leben eure Thätigkeit beseelt, welche hohe, wichtige Aufgabe Euch bei der Wirksamkeit des Reichstages gestellt ist. Wir haben nur einen Willen, eine Thätigkeit, ein Interesse mit Euch; wir hängen mit Euch zusammen wie die Wurzeln und Aeste eines Baumes mit seiner Krone.

Die Macht der Ultrazechen ist zwar für jetzt durch die Kraft der Armee zerbrochen, der Hort der Aufrührer gegen alles positive und natürliche Recht

zerstört, ihre Uebergriffe für eine Zeit zurückgewiesen; dessen ungeachtet werden sie mit gesteigerter Energie und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der List und des Betruges ihre Separationspläne gegenüber Deutschland und Oestreich fortzusetzen trachten. Welcher Gefahr dabei unsere deutsche Nationalität für jetzt und die Zukunft ausgesetzt ist, wißt Ihr so wohl wie wir. Diese Gefahr hat nur einen festen Boden gewonnen, da die Wortführer der czechischen Partei beim Wiener Reichstage Sig und Stimme haben und eine slavische Majorität sich entschieden herausstellt. Der Erlaß vom 8. April ist ein Giftschwamm, der bereits unser Blut zu vergiften anfängt. Wir erwähnen einer Appellationsverordnung vom 30. Mai d. J., wornach alle Gerichtsbehörden verpflichtet werden, alle Protokolle und Verhandlungen in jener Landessprache aufzunehmen und hinauszugeben, welcher die Partei mächtig ist, daher der böhmischen Partei böhmisch und der deutschen deutsch. Dadurch sind unsere Beamten, welche nicht czechisch können, von ihrer Wirksamkeit ausgeschlossen, und die Mittelbehörden in Prag werden bei einer neuen Organisation der Gerichte ihre Leute zu finden wissen und uns zusenden. Unsere Bürger werden sie geradezu davonjagen. Proteste gegen eine solche Gleichberechtigung, die uns den Nerv des deutschen Lebens abschneidet, sind bereits nach Wien abgegangen.

Die Grundsätze, welche die Nationalversammlung zu Frankfurt ausgesprochen, die sichere Bahn, die sie eingeschlagen, die Wahl Johann's von Oestreich als unverantwortlichen Reichsverwerfer geben uns eine feste Bürgschaft, auf welcher Grundlage Deutschland die Verfassung des gemeinsamen Vaterlandes gestellt wissen will. Wir erkennen darin den deutschen Geist der Freiheit, den verjüngten Genius des deutschen Vaterlandes, der sich mit lebendiger Kraft aus dem Todeschlummer erhebt und alle deutschen Brüderstämme zur einigen, wirksamen That aufruft.

Wir, als die Bewohner der waldigen Grenzmarken des Böhmerlandes, kennen unsere Pflicht und unser Recht; wir werden mit Aufopferung und Energie gegen eine Partei handeln, welche den Wurzeln der deutschen Eiche die Lebenskraft entziehen will. Wir erkennen die Beschlüsse der Nationalversammlung vollkommen. Der 23. d. M. war ein lebendiger Zeuge von der Tüchtigkeit unserer Bürger und Bauern. Es war eine Feier wegen der Wahl des Erzherzogs. Den Bericht darüber, die Festreden werden wir dem Vereine zusenden. Der goldene Faden, welcher Alles durchdrang, war Deutschlands Glück und Heil; die Souveränität der deutschen Nation war das Schlagwort. Johann von Oestreich wurde in tausend Hoch gefeiert. Ein Mitglied des Leipziger Vereins, Dr. Stephani, brachte uns deutschen Gruß und Handschlag.

Die Wirksamkeit unseres Vereines besteht darin, die deutschen Interessen in Schrift und Rede mehr zum Bewußtsein des Volkes zu bringen. Unsere Versammlungen sind zahlreich besucht. Wir stehen in guter Freundschaft mit dem Fichtelgebirge; dort sind tüchtige Männer. Wir haben nur eine Gesinnung. Im Utscher Bezirke leben gleiche Grundsätze. Das Bürgercomité in Utsch hat gute Vertreter. Wir machen den verehrten Verein darauf aufmerksam. Falkenau ist sehr unterwühlt; wir wollen einen Monstrebesuch dort machen. Die Wahl Heinrich Laube's in Elbogen für Frankfurt hat uns sehr freudig berührt, eben so die Wahl Dr. Ebners für Rumburg, obwohl wir in ihm die größte deutsche Stütze im Reichstage haben.

„Schwarz-Roth-Gold“ begrüßen wir wie die Frühlingssonne.

Der Verein gibt sich die Ehre, dem verehrten Wiener Vereine einen Bericht über die Plenarversammlung am 12. d. M., einige Blätter des Egerer Wochenblattes zu übersenden.

Wir senden allen deutschen Brüdern unsern Gruß und Handschlag und ersuchen, uns recht bald wieder Kunde von eurem Leben zu geben.

Der deutsche Verein in Eger.

Frankfurt.

Heute ist hier die endliche Bildung des Ministeriums bekannt. Ist das Unterrichtswesen vielleicht doch für Palacky aufbewahrt? Das vernünftigste wäre immer, wenn man einen tüchtigen Mann von hier nehme, z. B. eben W. Mohl, denn täuschen wir uns nicht — namentlich in dieser Sache fehlt es in Oestreich an genügenden Erfahrungen und Kenntnissen. Alle bisher genannten sind der ungeheuern Aufgabe nicht gewachsen. Und man wird zur Erkenntniß kommen, daß man überhaupt für das Schulwesen — namentlich das höhere — die rechten Männer nur aus den nichtösterreichischen Deutschland werde nehmen müssen. — Ein ungemein wichtiges Moment für die Entwicklung unsers Volkes zu einem organischen Ganzen wird in der Universitätsfreizügigkeit liegen — und die österreichischen Universitäten werden, bei nur erträglicher Besetzung, wie sie freilich mit Ausnahme der Medicin nicht einmal derzeitig ist — von Nichtösterreichern überströmt werden. — Die ersten Talente würden sich ausgezeichnet fühlen nach Oestreich berufen zu werden. — In unserer Wissenschaft, in unserm Geistesleben liegt der Haupthebel unserer ethnischen Ausdehnung und hier sind wir des Sieges gewiß gegen jedes Volksthum. Darum konnten wir hier mit Beruhigung den Grundsatz aussprechen, den kein andres Volk hinzustellen wagte, gleiche Berechtigung jeder fremden Nationalität auf deutschen Boden; natürlich bis auf eigene staatliche Entwicklung. Darum wäre ein Palacky als Unterrichtsminister der größte Schlag, der die deutsche Sache in Oestreich treffen könnte, und darum muß dagegen mit allen Waffen gekämpft werden. — Unter den hiesigen Oestreichern werdet Ihr bis jetzt Eure Minister nicht finden. Und wenn gar demokratische Gesinnung zur Ministerfähigkeit für Wien nöthig, dann wäre selbst die Auswahl ungemein beschränkt. Wäre Schuselka, der jedoch einer mehr gemäßigten Richtung angehört eine thatkräftigere Natur, so hätte er noch zumeist die Befähigung. Wie er aber eben nun ist — wäre seine Stellung ohne Zweifel am geeignetsten an der Seite des Ministers des Auswärtigen, und seine Feder und seine Gedanken würden der Politik Oestreichs den Schwung geben, der jetzt nothwendig wäre, um das zerfallende Reich zusammen zu halten. — Aber man wird eben in der alten Weise mit einigen neuen Worten unsere Demuthspolitik fortsetzen und es damit zu einem seligen Ende bringen.

Hoffen wir, daß das Auftreten des Reichsverwesers auch hier von jener Wirkung sein wird, die es ohne Zweifel hier hatte. Ein sicherer Gang des Reichstages — selbst ein gewisser Schwung, namentlich in den Verhältnissen gegen das Ausland — kurz, ein bestimmteres Bewußtsein der eigenen Bedeutung ist im Vergleich mit dem früheren Auftreten nicht zu verkennen. — Man vertraut dem gewählten Reichsverweser; möge man es auch in Wien und nicht preussische oder hannoveranische Wege gehen.

Wien.

Unsere ehrwürdige deutsche Metropole, welche im Beginne des Monats Zeuge einer der begeisterungsvollsten Demonstrationen deutscher Richtung war, mußte am 28. v. M. eine Tragikomödie seltsamer Natur erleben. Unsere Schwarzgelben ließen sich bereitwilligst zur Verherrlichung des südslawischen Czars ins Schlepptau nehmen. Zivio und Slava wurde in provocirendem Tone von den slavischen Exaltados gebrüllt, ja man entblödete sich, unser kernig-deutsches Vaterlandslied zu verspotten, und hätte die wackere akademische Legion nicht hinreichenden Ernst entwickelt, so wären die Prager Barrikadenhelden in ihr Psühenlied: „Schuselka nám pise“ gerathen. Unsere tapfere Volkswehr war so deutsch, die gegendemonstrierenden Akade-

mifer und Garden mit Bajonnet und blankem Säbel zu bewillkommen. — Heil einem Volksinstitute, welches mit gleichem Eifer den deutschen Volksmännern und dem kroatischen Leo Thun Huldigungen bringt, welches in seinem schwarzgelben Zelotismus sich zum ordinärsten Polizeischergen, was es durch Fahnen und Insultationen von andersmeinenden Akademikern bezugte, entwürdigt!

Man ist nun alles Ernstes gestimmt, die Verschmelzung Oestreichs und Kroatiens als unsern Interessen gedeilich zu preisen! Glück auf zu solcher Doktrin, welche uns ein namenloses Uebergewicht der slavischen Nationalität, aber auch des slavischen Terrorismus und der slavischen Ränke zur Morgengabe bringen will! Lassen wir nur hier nicht das banal gewordene »Zu spät« sich zur Wahrheit und Existenz gestalten.

Noch einmal: die Verschmelzung Oestreichs und Kroatiens ist gefährlich für unser Volksgefühl, für unsere Freiheit. Ein Volk, das sich an Rußland stützt, bringt uns keinen Gewinn!

Dr. Max. Neumann.

Notizen.

Das Ministerium des Reiches ist vollständig gebildet; auch die Gesandten werden nächstens an die Höfe von London, Paris und Petersburg abgeschickt werden. Sollen aber neben ihnen die Gesandten der vielen Höfe Deutschlands fortbestehen?

Der deutsche Theil Posen wurde nach Beschluß der Reichsversammlung dem deutschen Reich einverleibt, zugleich aber der preussischen Regierung die Pflicht auferlegt, für die Deutschen in polnischen Landestheilen Sorge zu tragen, daß sie in ihrer Nationalität nicht beeinträchtigt werden.

Großartige Lüge. Die „Bohemia“ vom 21. Juli meldet den Volksauflauf gegen Kieger mit dem Beisatz, daß in der Reichsversammlung vom 19. zugestanden wurde, daß der Reichstag von Wien weg verlegt werden müßte, wenn die Wiener Behörden sich als machtlos bewiesen, solche Zügellosigkeit zu bestrafen. — Davon weiß die hohe Reichsversammlung eben so wenig, als die „Bohemia“ von der freundlichen Intervention des Dr. Goldmark.

Wir erhalten Briefe aus Tirol, die mit düstern Farben den Zustand des Landes schildern. Allen Befehlen des constitutionellen Kaisers zum Troh, unter den Augen des Hofes selbst lebt und wirkt der Jesuitenorden fort, und die Anwesenheit seines Generals, Paters Rothaan, wie der berüchtigten Jesuitenführer Siegwart Müller und Amman geben ihm eine größere Energie und erhöhte Zuversicht. Brandis stellt die Freiheitskämpfer, die aus Italien zurückgekehrt sind, unter polizeiliche und priesterliche Aufsicht, so daß diese edelsten Söhne Tirols sich gezwungen sehen, aus ihrer Heimath zu flüchten, um der Verfolgung zu entgehen. Die Seelsorger, meist Italiener, wagen es, die Bauern von der Landesverteidigung abzuhalten, unter dem Vorwande, daß der Kampf ein unchristlicher sei. Ja, um jeden andern nichtpriesterlichen Einfluß aufzuheben, wird das Vertrauen des Volkes zu den Ärzten untergraben, damit der Priester durch Ausübung auch der ärztlichen Pflege den ganzen Menschen in seiner Hand habe.

Der heutigen Nummer liegt bei: „Denkschrift der sächsischen Nation in Siebenbürgen über die Bedingungen ihrer Vereinigung mit dem Königreiche Ungarn.“

Schwarz - Roth - Gold.

Bereinsblatt der Deutschen in Oestreich.

Dinstag,

N^{ro.} 9.

den 8. August 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig zwei Mal in der Woche, Dinstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse N^{o.} 1103, im ersten Stock links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. C. M. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Anschluß an Deutschland und an den Zollverband. — Slavische Zeitung und czechische Konsequenz. — Kossuth's Rede wegen Ungarns Allianz mit Deutschland. — Plenarversammlung. — Frankfurt. — Wien. — Notizen.

Anschluß an Deutschland auch Anschluß an den Zollverband.

(Von einem Vaterlandsfreunde.)

E. St. Vor einigen Tagen wurde eine Broschüre mit obigem Titel an die Reichstagsdeputirten vertheilt, die nichts weniger als geeignet sein dürfte, Aufklärung über diese hochwichtige Lebensfrage zu verbreiten, da sie weder auf Daten gegründete Raisonnements enthält, noch überhaupt tiefer ins Detail eingeht, sondern sich auf Redensarten und einseitige Parallelen beschränkt, von denen man nicht sagen kann, ob Nichtkenntniß ob Eigenuß sie diktierten. —

Gleich im Eingange beweist der Verfasser wie wenig er über die Materie, die er behandelt nachgedacht, da er Ungarns Stellung zu Oestreich als Beispiel aufstellt, wie politisch innig verbundene Länder kommerziell getrennt sein können. Ungarns Verhältniß zu Oestreich war seit Jahrhunderten das einer Colonie zum Mutterlande; Ungarn war politisch unabhängiger von Oestreich als es in kommerzieller Beziehung der Fall war, seine Dreißigstölle sind Zusatzzölle auf Waaren, die in Oestreich bereits besteuert waren. Nur Unkenntniß der eigenen Kraft, nur eine aristokratische, dem Ackerbau huldigende Regierung konnte auf die Dauer ein Verhältniß dieser Art ertragen, die Ereignisse der letzten Jahre beweisen, daß eben die kommerzielle Trennung es war, die eine politische provozierte.

Wir wissen nicht, ob bei politischen und staatsökonomischen Fragen sehr auf den Wohlklang der Worte gesehen wird, sind aber im Gegensatz mit dem Verfasser der Meinung, daß sich das poetische „Heil im Anschlusse an Deutschland“ eben so gut mit dem prosaischen „Anschluß an den Zollverein“ wird vertragen müssen, wie sich im Körper „Herz und Magen“ vertragen. Es sind Organe desselben Körpers, die getrennt nicht bestehen können. — Beide sind Theile der großen Einheit.

Der Verfasser jener Broschüre entwirft ein munteres Bild von Oestreichs materiellem Wohl, man sieht seiner Schilderung die Fleischlöpfe Wiens an, er sah nicht die abgeehrte Wange unseres Industrieproletariats im böhmischen und schlesischen Gebirge, er weiß nicht, daß dort Hunderttausende einer Fabriksbevölkerung wegen Arbeitslosigkeit im wahren Sinne des Wor-

tes hungern; er weiß nicht, daß man sich dort glücklich schätzt, mit Frau und Kindern einen Gulden die Woche zu verdienen, und daß dieser Gulden Wohnung, Nahrung und Kleidung bezahlen soll.

Es mögen sich die Fabriksbevölkerungen in Deutschland in einigen Gegenden auch nicht der blühendsten Verhältnisse erfreuen, ein elenderes, dürftigeres Leben führen sie aber dort nicht; wir haben das Elend dort gesehen, wir haben ihm in Oestreich unsere Theilnahme gewidmet. Ueberall, wo wir eine auf die Spitze getriebene Produktion treffen, werden uns diese Scenen begegnen; sie zu beseitigen, liegt nur dann in der Macht des Gesetzgebers, wenn er Erzeugung mit Gesuch in Uebereinstimmung zu bringen vermag. Auf welchem Wege dies möglich ist, werden wir später einmal erörtern; das Heilmittel, das uns der Verfasser anrath, „alles beim Alten zu lassen,“ thuts gewiß nicht.

Unser Vaterlandsfreund hält es nicht für der Mühe werth, näher nachzuweisen, in welchen Industriezweigen wir denn wirklich so weit hinter dem Zollverein zurückgeblieben. Nur beispielsweise führt er Rothfärbereien und Baumwollspinnereien an. Wie überall, so ist er auch hier in der Wahl der Beispiele höchst unglücklich. Es ist wahr, es gibt im Wuppertal 20 Rothfärbereien, aber erlogen, daß wir in Oestreich genug solcher Färbereien besitzen, so lange erlogen, so lange sich östreichische Rothfärbereien ein Geschäft daraus machen, Elberfelder Rothgarne zu schmuggeln, und als eigen Erzeugniß zu verkaufen. Die Rothfärbereien von Karl Herzog in Reichenberg und von der Haidenschafters Spinnerei beweisen, daß Oestreichische Etablissements der Art recht gut mit den im Wuppertal concurriren können, da der Schutzzoll eben durch die Operationen ihrer östreichischen Concurrenten illusorisch ist.

Wegen der östreichischen Baumwollspinnereien möge sich der besorgte Vaterlandsfreund beruhigen. Man soll nicht katholischer als der Papst sein, d. h. fürchten sich die Baumwollspinner nicht vor der deutschen Concurrenz, so steht diese Furcht andern übel an. Die eigenhändigen Erklärungen einer großen Zahl von Spinnereien liegen vor uns, es sind darunter, Herzog in Reichenberg, Jos. Pfeiffer u. Comp. in Gablonz, Kühn und Teßner in Graßlig u. a. m. Alle besagen, daß sie, vorausgesetzt der Zoll auf englische Garne werde im Zollverein erhöht, recht gern dem Zollverein beitreten, da ihnen Deutschland einen ausgedehnten Markt bietet, der sie von den Fluctuationen des östreichischen unabhängiger macht.

Viele Seiten des Büchleins nehmen Darstellungen des schrecklichen Elends ein, das über uns hereinbrechen wird, wenn erst das Proletariat Deutschlands, wenn erst die Erzeugnisse einer übermäßig in die Höhe getriebenen Fabrikation uns übersfluthen. Vor dem ersteren ist uns nicht bang, das Fabriksproletariat ist nicht auswanderungslüchsig, wir sehen es an unserer Grenzbevölkerung, die trotz der drückenden Regierungsmaßregeln, trotz der lockenden Einladungen Ungarns nicht zu bewegen ist, die Heimath dauernd zu verlassen.

Zu Betreff der Ueberproduktion beliebe uns doch der Verfasser aufzuklären, was denn Deutschland seither mit derselben gemacht hat. Es muß Alles verbrannt worden sein, da die Ausfuhr von Baumwollwaaren im Zollverein geringer ist, als es die versteuerte Einfuhr war, und uns es bis jetzt nicht gelang, jene ungeheuren Lager zu entdecken, die sich nach einer langjährigen Mehrerzeugung angehäuften und die uns nun wie eine Sündfluth überschütten sollen.

Wir sind nicht Willens den weitem Declamationen unseres Vaterlandsfreundes zu folgen, wir wollen es in staatsökonomischen Fragen mit Daten, nicht mit Phrasen zu thun haben. Das ganze Heft ist mit solch einseitigem halbverdauten Geschwätz gefüllt, und wir müssen bedauern, daß Leute in dieser hochwichtigen Frage ihre Meinung ausdrängen wollen, die entweder aus Beschränktheit oder Eigennutz dieselben aus einem ganz schiefen Standpunkt betrachten. Wir haben so manchen Bericht Industrieller über die Anschlußfrage gebracht, die von den verschiedensten Standpunkten aus die Dringlichkeit und Nützlichkeit des Ausschusses darthaten. Sie vertraten Industriezweige, die zu den wichtigsten Oestreichs gehören, wenn also auch unsere Ansicht für bestochen durch unsere Sympathien mit Deutschland gelten könnte, den Betheiligten müssen wir Glauben schenken.

Darum politischer und kommerzieller Anschluß an Deutschland, nicht überstürzt, nein, mit möglichster Berücksichtigung der abweichenden Interessen; aber ohne Zollanschluß ist keine wahre innige und dauernde Verbindung mit Deutschland denkbar, und ohne diese Verbindung sind Oestreichs deutsche Völker ein Opfer der slavischen Majorität.

Die slavische Zeitung und die czechische Konsequenz.

Mit heiterster Empfindung durchflog ich Nr. 9 dieses Blattes. Unter einem versöhnlichen Programme und des emphatischen Motto: »Demokratie — Föderation freier Völker vorausposaunend sollte und würde jeder Unbefangene ein wahres Eldorado von harmonischem Zueinanderfließen der buntschekigsten Nationalitäten folgemäßig erwarten. Doch kaum sind die ersten Zeilen von Brüderlichkeit und dergleichen verrienen Stereotypausdrücken verklungen, als plötzlich die weiß-roth-hellblaue Swornostjacke des ingrimmigen Deutschenhasses in aller Breite hervorblickt. In einem Artikel: »die Nationalitäten-Wühler,« ergießt sich das Blatt in den kecksten inspidesten Tiraden gegen uns Deutsche. Es wird uns verübelt, daß ihr Charakter, Name, Aussprache uns Gegenstand der erbärmlichsten Witzeleien war. Solche Ausfälle fallen keinem gebildeten Manne zur Last, und wenn sie unter der vormärzlichen Herrschaft, unter der untersten Hefe Mode gewesen, nun so findet sie unter der Masse kleiner verrotteter czechischer Beamten (gewiß die selbstsüchtigsten von Allen), mit welchen wir heuschreckenartig heimgesucht wurden, theilweise in dem böhmischen Dienstpersonale, der Masse von czechischen Arbeitern, vornehmlich in dem früher schon ekelhaften separatistischen Hervordrängen und Selbstlobhudeln ihre fattsame Begreiflichkeit. Der Autor imputirt uns, die panslavische hellglänzende Tricolore wäre bespöttelt worden, während unsere Nationalfarbe, wegen der schwarzgelben Weißfärbung, nicht so zierlich ist. Wahrlich, ein Witzbold! Uebrigens wozu dieses Erzürnen gegen das Schwarz-Gelbe, haben denn die Czechen nicht stets Anhänglichkeit, Treue, Ergebenheit, Gehorsam, Unterworfenheit, Pietät u. s. w. gegen die österreichische Monarchie und ihren Kaiser, also auch gegen das k. k. schwarzgelbe Band vorgefahelt, ohne schärfer zu sprechen, vorgeheuchelt. Schließlich ist der Herr Verfasser so geistreich, uns aus vollem Halse Reactionäre zu schelten, weil wir Zoll für Zoll deutsch in Ewigkeit verbleiben, und keine Suprematie des Slavismus, welcher uns weder durch seine Humanität, noch durch Kunst und

Wissenschaftsschätze ködert, sondern sich lediglich auf das wahrscheinlich radikale Princip der Ueberzahl stemmt, uns anwünschen, weil wir das deutsche Parlament und nicht die Hofmarktmesse beschickten, Arndt's Lied singen und nicht Slava heulen. Doch, dieser Artikel steht trotz seiner barocken Seiten noch ziemlich consequent. In einem folgenden Artikel wird siegreich demonstriert, und zwar auf Palacky's und Boczek's Grundlage, daß Mähren ein kern-urslavisches Land sei, und daß sich Deutsche erst später eingenistet haben. (Die Quaden scheinen auch, als slavischen Ursprungs, Schuselka nám pyse gesungen zu haben — vielleicht waren auch die Karolingerkönige unterworfenen Wojewoden des Swatopluk'schen Großreichs?) Wahrlich, eine überherrliche Logik! Wo man mit dem Grundsatz homogener Nationalität nicht ausreicht, wird der delfische Dreifuß Palacky konsultirt; sollte auch dieser verstummen, so gilt das historische Recht im Allgemeinen oder die Minorität. Wie reimt sich dies mit der, zum Thron erhobenen Demokratie! Wie zauberschoön wäre nicht der ehrsame Schenkewirth Fister oder der äteri'sche Knutenanbeter Hawliczek als Herzog des böhmisch-mährischen Reichs! Die par Millionen Deutsche müßten natürlich von den czecho-hanako-, slo-wako-, moravo-, wasserpolatischen Demokraten überflügelt, um Weibehaltung ihrer Sprache, in welcher unglücklicherweise die höchsten Kapacitäten der Erde geschrieben, betteln müssen. Noch weiter! In einem folgenden Artikel wird unser gesinnungsvollster Dichter Laube als Angeber gescholten! Dies allein dürfte der schlagendste Beweis sein, wie wenig Keife, Humanität und Ehrlichkeit der czechischen Literatur innewohnt, daß sie vor einer solchen schmachvoll dreisten Entehrung einer so respectablen Persönlichkeit, vor einer solchen infamen Schändung der künstlerisch-ethischen Weihe nicht zurückbebt! Endlich ergeht man sich bei der Betrachtung der Motion unseres wackern Dr. Winiwarter in Frankfurt, bei Gefährdung der deutschen Nation durch Czechen deutsches Militär requiriren zu können, und fügt ironisch bei, es ließe sich erwarten — er sei ja Deputirter in Frankfurt!

Wahrlich, es thut den Czechen Noth, über deutsche Uebergriffe wehzuklagen! Wer hat vielleicht mehr Anlaß zu gerechter Erbitterung, etwa der Deutsche, der in seiner ruhmwürdigen Metropole ruhig dem schönen Treiben einiger trivialer Prager Studenten und Swornostmänner zublickte und gemächlich die Huldigungen der Slaven an den südslavischen Satrapen ertrug, oder der Slave, der sich erkühnt, tausendfache Pereats den Deutschen zu bellen, die deutsche Tricolore zu höhnen, welcher den Prager Deutschen-Verein mit bestialischer Rohheit zu sprengen sich erdreistete, unsere Brüder in Neufaz mekelte, und unsere gesinnungstüchtigen Vaterlandsfreunde mit dem Unflath einer entarteten sittenlosen Dichterei zu besudeln bemüht ist?

Rehret vor eurer Thür!

Dr. Max Neumann.

Auszug aus der Rede Kossuths wegen Ungarns Allianz mit Deutschland.

In Wien sind diejenigen die besten und treuesten Unterthanen ihres Monarchen, die festesten Stützen der Dynastie, welche es einsehen, daß Oestreich sich Deutschland anschließen, im deutschen Bunde aufgehen müsse. Das Wiener Ministerium sträubt sich hingegen, weil es weiß, daß dann aller Coquetterie mit dem ungarischen Kriegs- und Finanzministerium ein Ende gemacht wird.

Die Reaction ist diesem Verbande entgegen, weil sie weiß, daß die vereinigte deutsche Macht ihr Haupt niemals unter's Joch tragen werde. Die Slaven sind dagegen, weil sie glauben, auf diese Weise ihrer slavischen Monarchie Lebewohl sagen zu müssen.

Ich hielt es nicht für überflüssig, einige Worte über die gegenwärtige Lage Oestreichs zu sagen, und indem ich auf diese Weise classificirte, wer gegen den Bund von Frankfurt ist und wer dafür, glaube ich, daß eben diese Classification die Sachlage am besten erkläre, das heißt, alle, welche gegen Oestreichs und Deutschlands Vereinigung thätig sind, zugleich Werkzeuge zur völligen Annullirung der östreichischen Freiheit und Constitutionalität sind, zum Theile mit Berechnung, wie die Reaction, zum Theile wegen nicht gehöriger Auffassung, wie das Ministerium.

Und hier muß ich noch hinzufügen, daß in dieser Beziehung selbst das slavische Element in ungeheurem Irrthum ist; denn wenn auch die slavischen Agitationen Erfolg hätten, würde daraus doch nur Zerstäubung der Monarchie folgen. Jene Zerstäubung, deren Ende oder eigentlich deren mittlere Phase das Versinken in eine große nordische Macht wäre, welche aber, eben weil sie auf Sklaverei, auf einem unnatürlichen Grunde beruht, weder der Zukunft, noch der Freiheit, noch dem Glauben Garantie bieten konnte, ja ich wage es sogar zu behaupten, daß nicht einmal seine Nationalitäten gesichert wären.

Indem ich Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen will, spreche ich meinen herzlichsten Dank von Seite des Ministeriums aus, daß das Haus die Schritte des ungarischen Ministeriums in Frankfurt nicht nur billigte, sondern zugleich auch für die Zukunft diese Richtung bestätigte. Das Ministerium wird daher auf diesem Wege fortfahren und hofft erfreulicheren Resultaten entgegenzusehen zu dürfen.

Ich wollte bloß beistimmend den Rednern vor mir — darthun, wie es die Zukunft der östreichischen Dynastie selbst erheische, daß Oestreich mit Deutschland verschmelze; denn wenn dem nicht so sein wird, dann dürften die Machinationen der Reaction noch lange nicht aufhören. Die östreichische Dynastie kann aber nichts so sehr gefährden, als eben die Reaction; denn ich gestehe es offen, daß, wenn diese auch nur für einen Augenblick siegte, wenn Oestreich nicht eins wird mit Deutschland, dann verschwindet die östreichische Dynastie aus den Reihen der europäischen Dynastien. Demnach kann nichts so sehr die Macht der Reaction vernichten, als Oestreichs Anschluß an Deutschland, weil diese Vereinigung die Garantie der Freiheit und der Civilisation in sich trägt. Andererseits aber legt unser König zum Theile — ich sage zum Theile, denn größtentheils legen wir selber — in Ungarn den Grund der zukünftigen Existenz der Dynastie.

Die Einigkeit Deutschlands ist daher im Interesse des östreichischen Hauses und selbst der östreichischen Monarchie, denn wenn diese nicht zu Stande kommt, so zerstäubt die Monarchie oder — muß ihr Haupt dem Slavenjoch beugen. — Wir werden keinen Theil an dieser Sklaverei haben. Die Reaction, das Ministerium, das Slaventhum rechnen vergebens darauf, daß die Ungarn — wenn es ihnen auch gelang, die Leidenschaften aller Völker gegen uns aufzubringen, was ihnen nicht gelingen wird, denn im Volke wohnt ein gewisser gesunder Sinn, den keine Intriguen der Welt für immer austrotten können, — doch wenn es ihnen gelinge, sage ich — deren Millionen entschlossen sind — so wie ich fest überzeugt bin, daß sie es seien, von mir auf andere schließend — nicht anders Leben zu wollen, als wie als Mitglieder einer freien, selbstständigen Nation. Meine Herren! Eine solche Nation kann nichts auf dieser Welt vernichten, eine solche Nation, in so lange sie diese Gefühle behält, verbirgt Gottes Verhängniß ein ewiges Leben.

Darum möge man in unserer Nachbarschaft die Interessen gehörig erwägen, und mögen sie es dann erfahren, daß, wenn man aus Sehnsucht nach Wiedereroberung Ungarns sich gegen Deutschland äußerte, die Folge hiervon nicht wäre, daß man uns wieder unterjochte, denn hieraus wird, ich schwöre es bei Gott und der Ehre dieser Nation, niemals, ja niemals etwas; aber wohl hätte es zur Folge, daß sie selber kurzschichtigerweise über ihre Freiheit den Stab der Sklaverei brechen würden.

In Folge dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede wurde der von Goro ve gestellte und von Nyari amendirte Antrag einstimmig angenommen; er lautet:

Indem das Repräsentantenhaus jene Verfahrungsweise des Ministeriums gutheißt, die es dem Frankfurter deutschen Parlament gegenüber verfolgt, erklärt es zugleich, daß es die Einheit des deutschen Volkes mit der einer selbstständigen würdigen Sympathie begrüßt hat, mit dem deutschen Elemente in innigster Freundschaft und engstem Bündnisse leben will, und daher vom Ministerium erwartet, daß es, die begonnene Politik fortsetzend, das mit der vereinten deutschen Nation zu knüpfende Bündniß einem erwünschten Resultate entgegenführen wird.

Ferner hat der Präsident im Namen der ungarischen Nation erklärt, daß, im Falle die östreichische Wiener Regierung mit der Frankfurter deutschen Centralgewalt wegen der Frage der deutschen Einheit sich in einen Krieg verwickeln sollte, es auf Ungarns Beistand gegen Frankfurt nicht zu rechnen habe.

Vereinsangelegenheiten.

Plenarversammlung am 5. August,

unter Vorsitz des Obmannes Dr. L. Löhner.

Das statutengemäß ausscheidende Drittel des Ausschusses wurde aufgelöst und eine neue Wahl vorgenommen. Statt der austretenden Herren Brunner, Harum, Kuranda, Felder und Höchsmann wurden die Herren Prof. Schmitt, Dr. Wagner, Dr. Würth, L. Kompert und Schaffer zu Ausschussmitgliedern gewählt.

Eine wegen der am 6. August von dem deutsch-östreichischen Militär dem Reichsverweser zu bringenden Huldigung, zum Minister Doblhof gesandte Deputation des Vereins berichtete: daß die in der Reichstagsitzung von dem Kriegsminister gegebene Antwort des Kriegsministers Privatansicht sei, und von dem Gesamtministerium nicht gebilligt werde, daß am 6. August das Militär austrücken, die Fahnen mit deutschen Bändern geschmückt und das vorgeschriebene Hoch ausgebracht werde.

An der Tagesordnung war die Berathung der von Dr. Schnaubelt entworfenen Adresse an die Reichsversammlung wegen Reconstitution Galiziens. —

Dr. Löhner referirte über die geringe Aussicht auf Erfolg, den sein deshalb gestellter Antrag in der Kammer habe. Die Polen hoffen, daß sich für die Föderativ-Verfassung Oestreichs eine Majorität sowohl im Verfassungsausschusse, als auch in der Versammlung selbst herausstellen werde, und daß dann eine Reconstitution Polens in der Weise möglich sei, daß Polen auch am Wiener Reichstage Sitz und Stimme habe. Der Vorgang im Frankfurter Parlament habe Polen mißtrauischer gemacht, als sie je waren. —

Dr. Heinrich, Abgeordneter Paul und Hr. Pokorny äußerten sich für Ablehnung der Adresse zum Theil ihrer Fassung, zum Theil der veränderten Verhältnisse halber.

Dr. Schick griff das Princip der Adresse an, und wollte von keiner Gefahr wissen, die den Deutschen von den Slaven drohe, diesem und einen Ausfall auf die Zeitungs-Redaction entgegenete Hr. F. Uhl und Ed. Strache.

Es wurde beschlossen, diese Adresse nicht abzusenden.

Korrespondenz des Vereins.

Frankfurt, den 4. August 1848.

Die Trennungsfrage Böhmens von Deutschland erscheint der Mehrzahl der Nationalversammlung keineswegs so dringend, als man wohl glauben sollte. Man würde dieser Majorität aber sehr Unrecht thun, wenn man annehmen wollte, daß diese aus Mangel an Theilnahme für die Deutschen in Böhmen entstehe, sondern der Grund ist ein ganz anderer. Man kann sich nämlich hier noch immer nicht daran gewöhnen, zu glauben, daß es wirklich eine politische Partei in Böhmen gebe, die fanatisch genug sei, das deutsche Böhmen aus dem Gesamtvaterlande (Deutschland) herauszuschneiden zu wollen, um es zum Kerne eines neu zu bildenden Staates zu machen. Die Ultraczechen haben allerdings direkt diesen Plan nicht, sondern sie rechnen auf Mähren und Schlesien, und wollen nebenbei auch mit Oestreich gehen, so lange es ihr Vortheil ist; aber hier sieht man nur das innere Böhmen für abtrünnig an, und das wohl mit Recht, denn die übrigen deutsch-österreichischen Länder hegen keine solchen sonderbündlerischen Gelüste. — Sollte es aber einmal Ernst werden, woran ich nicht zweifle, so können die Deutschen im ganzen deutschen Oestreich auf die entschiedenste Hilfe der Nationalversammlung rechnen, und da in dieser das souveräne Volk vertreten ist, auch auf die thätige Hilfe des deutschen Volkes. In der Limburger Frage hat die Nationalversammlung bewiesen, daß sie nicht Willens ist, einen Fußbreit deutscher Erde aufzugeben, und in der Schleswig-Holsteinischen wie in der Posner Angelegenheit hat sie gezeigt, daß sie neben dem nationalen auch den territorialen Standpunkt fest zu halten entschlossen ist. In der Posner Frage zeigte sich eine Minorität gegen die sogleiche Anerkennung der Demarcationslinie; aber diese Minorität wurde theils von den Sympathien für die ritterliche Polen-Nation bewegt, für die jeder Deutsche lebhaft fühlt oder doch gefühlt hat (ehe die Posner Scenen den Enthusiasmus einigermaßen abkühlten); — theils wurden einige Humanitarier durch das Freiheitsstreben der Polen bestochen; — wenn aber die Trennungsfrage Böhmens zur Sprache kömmt, dann glaube ich, wird es gar keine Minorität geben, sondern die Männer, die durch das Vertrauen des Volkes berufen, in Frankfurt tagen, werden einstimmig erklären: Böhmen ist deutscher Boden, und wir können, wir dürfen, wir wollen es nicht aufgeben; ja wir würden es selbst dann nicht aufgeben, wenn es nicht 1,800,000 Deutsche zu Bewohnern hätte, wenn auch Handel, Kultur, Industrie und Sitte nicht deutsch wären.

Schleswig und Posen waren neu in den Bundesstaat aufzunehmen — Böhmen aber, das von deutschen Ländern rings umgeben ist, kann nicht ausgeschieden werden. Ueberdies wollen ja noch die industriellen Deutschen in Böhmen, der gebildete Theil der gesammten Bewohnerschaft Böhmens

entschieden zu Deutschland gehören, und die sollen ihr Vertrauen auf die Nationalversammlung glänzend gerechtfertigt finden.

Groß.

Wien, den 7. August 1848.

Endlich ist die erfreuliche Nachricht aus Innsbruck eingelaufen, daß der Kaiser den Forderungen des Reichstages nachgebe und in seine treue Residenzstadt sich begeben wolle. Wie viel Verwirrung, wie viel Kummer und Sorge hätte die Camarilla dem ganzen Lande und sich selbst wie viel Demüthigung ersparen können, wenn sie jene unglückselige Entführung unterlassen hätte. Wohl gab es auch damals hyperfluge Politiker, welche jenen Schritt im Interesse der Dynastie als höchste Weisheit preisen wollten. Zum Glück der Völker gilt keine Weisheit ohne Ehrlichkeit, und der offene gerade Weg ist zwischen Völkern und Fürsten so wie der einfachste, so auch der beste. Wir hoffen es noch zu erleben, daß der letzte Diplomat begraben und zwischen den Völkern selbst jeder Rechtshandel statt in Kabinetten, vor einem Völker-Areopag bei offener Thüre geschlichtet werde.

Der 6. August wurde auch bei uns gefeiert; von Seite der Nationalgarde und der akademischen Legion mit dem Bewußtsein und dem Stolze, dem deutschen Reiche anzugehören, — von Seite des Militärs leider mit einer Schüchternheit, als schämte man sich, deutsch genannt zu werden. Die Fahnen wurden wohl mit deutschen Bändern geschmückt, aber die Kokarden nicht aufgesteckt, und nirgends sah ich, daß man das Manifest des Reichsverwesers vorgelesen, wie es ausdrücklicher Befehl des Kriegsministers Peuker war.

Die Reichstags-Sitzungen entbehrten in letzter Zeit sehr des allgemeinen Interesses, da die Geschäftsordnung berathen und zum Schluß gebracht wurde. Auch die Interpellationen betrafen untergeordnete Gegenstände. Die einzige Ausnahme machte die Vorlage eines Finanzgesetzes, oder vielmehr das Verlangen eines Vertrauensvotums von Seite des Finanzministers Krauß. Es gab ihm dies Veranlassung, die Principien darzulegen, nach denen er die Finanzverwaltung in Zukunft zu leiten gedenke. Betreffs des Zollwesens erklärte er sich gegen das Prohibitivsystem und führte unter anderen Gründen den an, daß nur durch Aufgeben dieses Systems ein Anschluß an Deutschland ermöglicht werde.

Notizen.

Der 6. August wurde in Preußen von Seite des Militärs nicht gefeiert. In Breslau hingegen, wie in Köln bereitet die deutsche Partei eine großartige Demonstration vor. Die Bürgerwehr soll ausrücken, in allen Kirchen der Gehorsam gegen den Reichsverweser gepredigt werden, den Tag über alle Geschäfte und Gewerbe ruhen und zum Schlusse die Stadt glänzend beleuchtet werden. Traurig, daß man in einem deutschen Staate von einer deutschen Partei spricht; wahrhaftig, es könnte kein größerer Hohn auf die deutsche Einheit ausgesprochen werden! Was würden die Franzosen sagen, wenn man von einer französischen Partei in Lyon oder Nantes sprechen würde? Und dennoch ist die deutsche Sache schon so stark, daß man von ihr sagen kann, was Dahlmann von der Freiheit sagt: Wer sie nicht sehen will und blindlings gegen sie anrennt, wird seinen Kopf zerschellen.

Verantwortliches Redaktions-Comité: Dr. Moriz Kub, Jos. Rauf, Ad. A. W. Schopf, Friedrich Uhl.

Schwarz - Roth - Gold.

Vereinsblatt der Deutschen in Oestreich.

Freitag,

Nro. 10.

den 11. August 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig zwei Mal in der Woche, Dienstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse Nr. 1103, im ersten Stock links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. C. M. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Kroatische Wirren. — Grundrechte des deutschen Volkes. — Aus dem Reichstage. — Literarisches. — Verzeichniß der Vereine. — Frankfurt. — Notizen.

Die kroatischen Wirren vom deutschen Standpunkt betrachtet.

(L. K.) Also Jellachich fort — und Bathyani ebenfalls, und ihr tête-à-tête, sagt man, soll eben nicht auf die erfreulichste Weise ausgefallen sein. Ihre Verhandlungen müssen da ganz eigenthümlicher Art gewesen sein; jeder das Schwert in der Hand, bereit, es in die Wagschalen zu werfen, wenn sich das Zünglein nicht zu seinen Gunsten neigte, auf eines jeden Lippe das verhängnißvolle: Vae victis!! Wozu sind denn die Herren doch zusammen gekommen? Sich etwa darüber zu verständigen, ob das ungarische Kriegsmi- nisterium in Ofen oder in Wien seinen Sitz haben, oder ob eines überhaupt existiren und ob es getrennte Finanzen geben solle? Deshalb griff man doch nicht zu den blutigen Würfeln des Bürgerkriegs! Fragen so untergeordneter Natur konnten doch eher auf der Rednerbühne des Pester Reichstages, als auf den Schlachtfeldern der südlichen Donau ausgekämpft werden? Nein, und tausendmal nein! Der Anschluß Kroatiens an uns, die faktische Trennung von Ungarn stand im Hintergrunde, jede andere Frage war nur palliativ, und deshalb mußte jede Unterhandlung den Keim der Fruchtlosigkeit in sich tragen. —

Wir stehen nicht an, in dieser für uns so bedeutungsvollen Angelegenheit offen unsere Sympathien für Ungarn auszusprechen. In diesem Geständniß lassen wir uns keineswegs weder durch Kossuth's ministerielle Gegensprüche, noch durch die seither stereotyp gewordenen Declamationen gegen das „treulose Ungarn“ beirren. Ließen wir uns nicht überhaupt durch sanguinische Momente bestimmen — wir, die doch auf völlig deutschem Standpunkt stehen, sollten mit dem „treulosen Ungarn“ nicht so verschwenderisch herumwerfen, wir sollten mit einem Beinamen, der das Verächtlichste und Entwürdigendste, was Individuen wie Völkern beigelegt werden kann, umfaßt, nicht so mit vollen Händen einer Nation in das Antlitz schlagen, die bestimmt ist, in Leid und Freud neben uns zu stehen.

Ungarn muß Deutschlands Bundesgenosse sein. Laßt die politische Weisheit seiner jetzigen Wortführer verrauschen und sich abnützen, laßt seine eigentlich nationale Politik in objektiver Ruhe sich entfalten, wir meinen in jener Ruhe des Bewußtseins, das sich durch Unklarheit und Ungewißheit gewaltig durchringt, und ihr werdet sehen, wie sich sein Schwerpunkt dorthin

neigen wird, von wo er durch einige Augenblicke eines zu entschuldigenden Egoismus verrückt ward — nämlich nach Deutschland. Freilich muß diese Freundschaft zweier Nationen nicht mit dem Maßstabe dynastischer oder Zollvereinsinteressen gemessen werden, sondern mit dem Auge des Propheten, des Historikers, des erfahrenen, in die Geschichte der Völkerfamilien tief eingeweihten Forschers, der die Zeit, da Ungarn und Deutschland zu einander stehen werden, nicht nach Momenten sanguinischer Erregtheit, nicht nach den Eifersüchteleien ministerieller Systeme, aber nach dem ewigen Gesetze, das die Fäden der Menschheit lenkt, auf weite Fernen hinaus erfaßt und vorhersagt. —

Einer heuchlerischen Politik wäre es vielleicht vorbehalten gewesen, mit Ungarn selbst ein treuloses Spiel zu spielen; eine heuchlerische Politik würde in Ungarns Schwächung und Zerrüttung, in seinen nie endigenden Sprach- und Nationalitätskämpfen, zu denen sie stets neues Brennholz hinzutragen könnte, eine vortreffliche Mauer finden. — Deutschlands Politik, und es ist im Beginne, sie erst zu erhalten, wird sich nie in die Fußstapfen eines solchen Handelns hineindrängen lassen.

Ein starkes, kräftiges Ungarn! ist einer der ersten Lehrsätze deutscher Politik, und dieser Lehrsatz kann nicht falsch sein, weil er aus dem natürlichen Bedürfniß zweier Nationen hervorgegangen ist, aus einer Art Wahlverwandtschaft, die man politisch wohl nachweisen und begründen, deren eigentliches Gesetz wie bei den chemischen, tiefer und unergründlicher liegt, als man vermuthet — in dem Gemüthe beider Nationen.

Es gibt eine Art Freundschaft, die man Individuen wie Völkern gleichsam aufdrängen muß. Es sind Individuen, es sind Völker, die zu stolz, um nach Freundschaft suchen zu gehen, und zu schwach, um dieselbe entbehren zu können, in nutzloser Selbstein sich verzehren würden, käme nicht ein Stärkerer, Edlerer, und trüge halb aus Mitleid, halb aus Sympathie, Volk und Individuen sich als Genossen an. In einem solchen Falle befinden wir uns Ungarn gegenüber. Und auch das geschieht, daß Volk und Individuen jene Freundschaft, weil sie eben von einem Stärkeren ihm angetragen wird, mit Mißtrauen empfängt und zurückweist, ja in einem Augenblicke forcirter Anstrengung sich kräftiger zeigen will, als es ist. Warum will Ungarn diese Wahrheit nicht zugeben? Deutschlands Sympathien sind ihm dadurch gewiß, unsere Freundschaft wird durch die Declamationen vom „treulosen, abgefallenen Ungarn“ nicht erschüttert, weil wir uns in die eigenthümliche Lage dieses Landes hineinzudenken vermögen. Noch drückt und beängstigt es unsere Freundschaft; es sieht darin mehr einen Schutz, denn eine Gleichheit sich entgegenneigender Gefühle — aber Zeit, Sturm und Wetter dürften Ungarn belehren, daß, wenn es von seiner Seite mißverständener Stolz war, der die Freundschaftshand zurückwies, unserseits das Mitleid und der Edelmutz blick.

Dies unsere Ansichten vom allgemeinen deutschen Standpunkt, warum wir in den kroatisch-magyarischen Wirren, die ein Labyrinth von Innsbrucker Intriguen, Nationalitätsbestrebungen, panslavistischer Ideen und aristokratischer, absolutistischer Bemühungen sind, für Ungarn Partei nehmen. Wir behalten uns vor, in einem nächsten Artikel die „demokratischen Tendenzen Ungarns“ als die für das deutsche Oestreich bestimmenden Sympathiemotive näher zu betrachten.

Grundrechte

des deutschen Volkes, welche bisher durch das Frankfurter Parlament festgesetzt worden sind.

Jeder Deutsche hat das allgemeine deutsche Reichsbürgerrecht.

Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben.

Ueber das Recht zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz.

Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebiets seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jenen Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen.

Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt.

Bis zur Erlassung der betreffenden Reichsgesetze steht die Ausübung der gedachten Rechte jedem Deutschen in jedem einzelnen Staate Deutschlands unter denselben Bedingungen wie den Angehörigen dieses Staates zu.

Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und den Angehörigen eines andern deutschen Staates in civilrechtlicher, strafrechtlicher und prozessualischer Hinsicht einen die letzteren als „Ausländer“ zurücksetzenden Unterschied machen.

Die Aufnahme in das Staatsbürgertum eines deutschen Staates darf an keine andern Bedingungen geknüpft werden, als welche sich auf die Unbescholtenheit und den genügenden Unterhalt des Aufzunehmenden für sich und seine Familie beziehen.

Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden und die rechtlichen Wirkungen desselben sollen da, wo sie eingetreten sind, aufhören, soweit dadurch nicht Privatrechte gekränkt werden.

Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Standesprivilegien finden nicht statt.

Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

Das Waffenrecht und die Wehrpflicht ist für alle gleich; Stellvertretung bei letzterer findet nicht statt.

Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind abgeschafft.

Die Freiheit der Person ist unverleßlich.

Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmengerichte sollen nie stattfinden.

Die Verhaftung einer Person soll — außer im Fall der Ergreifung auf frischer That — nur geschehen, in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblick der Verhaftung oder spätestens innerhalb 24 Stunden den Verhafteten vorgewiesen werden.

Die Todesstrafe, die Strafe des Prangers, der Brandmarkung und körperlichen Züchtigung sind aufgehoben.

Aus dem Reichstage.

E. St. Die letzten Sitzungen des Reichstages waren keine müßigen; es sollte die erste Ernte an dem Baume der Freiheit gehalten werden, der uns im März erblühte und von dem bisher nur unreife Früchte genascht wurden. — Den Varias der zeitlichen Gesellschaft, den Bauern war der Ertrag dieser Ernte gewidmet.

Wir erwarteten die Eröffnung des Reichstages mit Bangen, wir sahen in ihm einen Gärtner, der das Bäumchen der Freiheit zu einer chinesischen Figur zustoßen wird; wir täuschten uns — die Adresse an den Kaiser, die Debatte der letzten Tage, lassen uns hoffen, der Gärtner werde mit kräftiger Hand nur Wildreiser ausschneiden, um den Baum zum Fruchttreten zu zwingen.

Aufhebung des Unterthanenverbandes, Befreiung von der an die Feudalzeiten erinnernden Robot, von Zehent, Laudemium, Mortuarium, Bergrechten und wie alle die historischen Ungethüme heißen mögen, war die erste Forderung der jungen Freiheit an ihre Hüter — Hans Kudlich, der beredte Dollmetsch, der das Fallen der Freiheit in derbes Deutsch übersezte.

Noch tönen die kräftigen Worte in uns nach; noch glauben wir zu hören, wie er der begeisterten Kammer zuruft „der Beschluß meines heutigen Antrags ist die Thronrede des souveränen österreichischen Volks;“ noch hallt der Jubel in unseren Ohren, der den jugendlichen Redner begrüßte, als er die Tribune verließ.

Wie in allen jungen Parlamenten klammerten sich an den einfachen Antrag ein ganzer Schweif von Amendements; mancher der Abgeordneten will seinem Wähler sagen können: auch ich habe Theil genommen an Deiner Menschwerdung; andere verstecken hinter der Sorgfalt, daß doch ja keiner der Wünsche des Volkes vergessen werden möchte, die Hoffnung, es könnte die Realisirung aller dieser mißliebigen Forderungen so am leichtesten hinausgeschoben werden; endlich gibt es eine Partei, die auch hiebei ihr Steckpferd den Föderalismus reiten will, indem sie den Reichstag für unfähig und incompetent erklärt, in dieser Lebensfrage der Freiheit ein Urtheil zu fällen. Durchsieht man die Liste der Amendements, so fällt es auf, daß alle von Slaven gemachten Anträge mannigfach varirt eine Vertagung der Frage bezwecken, während die Deutschen eine schnelle ins Einzelne gehende Lösung derselben beabsichtigen. Die Kammer wäre der Wucht so vieler Amendements (heut waren schon 141 angemeldet) erlegen, hätte nicht Bresl mit gewandter sicherer Hand die Lenkung der Debatte auf die gerade Straße übernommen, eine Aufgabe, in der er von Böhner in der gewohnten beredten Weise gegen die Bemühungen Trojans, Claudis und einiger andern Slaven kräftig unterstützt wurde.

Die weitere Discussion wurde auf morgen vertagt, doch erwartet man noch keinen Schluß.

Literarisches.

Die Slaven im Kaiserthume Oestreich. Von Albrecht Tebel di. Wien, Verlag von Tandler und Comp. 1848.

In dieser Broschüre — die neben Beachtenswerthem auch einiges Unrichtige enthält — wie z. B. der Satz, daß die Eintheilung der deutsch-österreichischen Provinzen in Departements nachtheilig wäre, wovon jedoch bereits frühere Artikel unseres Blattes das Gegentheil bewiesen, kommt Folgendes vor:

„Die Deutschen in den östereichisch-slawischen Provinzen sind keine Partei. Sie müßten eine Partei werden. Sie müssen einen deutschen Klubb formen, der aus sich heraus einen Filialklubb nach dem andern errichtet, bis das Land mit Klubbs überdeckt ist. Durch mit einem ersten Klubb innig verbundene Filialklubbs und durch sie allein wird ihnen möglich sein, eng zusammen zu halten, energisch nach Außen zu wirken, eine feste Richtung nach einem Punkt im Auge zu fassen und im Auge zu behalten.

Die Klubbs werden die Fußstapfen der Regierung zu verfolgen haben. Sie werden zu sehen haben, daß nach Ungarn hin eine vernünftiger Politik eingeschlagen werde, als lang der Fall war, wo man die Slawen begünstigte, um die Ungarn zu schwächen. Sie werden Galizien, sie werden die äußere Politik im Auge zu behalten haben.

Die Klubbs werden einander und die einzelnen Männer ihrer Partei zu überwachen haben. — Nicht so bald wird Einer wagen, seine Fahne zu verlassen, wenn er erst wissen wird, sein Verrath werde öffentlich gerichtet werden. —

Die Klubbs werden sich gegenseitig zu unterstützen haben. Sie werden sich auf alle Weise zu bemühen haben, auch die Privatinteressen der Personen zu befördern, die ihnen angehören. — Die Zeit eines enthusiastischen Festhaltens ist nicht die unsere. Je mehr die Philosophie idealisirt, um so praktischer wird der Sinn für das Leben des gemeinen Tages. Die Mehrzahl der Talente in Böhmen, Mähren und Illyrien wird der slawischen Bewegungspartei so lange zugekehrt bleiben, als sie die Partei sein wird, die Ruhm und Fortkommen in der Hand hält.

Die Klubbs werden Journale zu gründen haben, welche das Deutschthum zu vertreten haben werden. Die Journale werden die unbedeutenden Erzeugnisse der slawischen Literatur nach Verdienst zu würdigen haben. Ihre Sache wird sein, die anarchischen Bestrebungen der Czechenpartei hervorzuheben. Sie werden die Geschichte der deutsch-slawischen Länder zu beleuchten haben. Sie werden für das Uebergewicht des deutschen Elementes unendlich viel thun, wenn sie die Verdienste der Deutschen um die Slawen und die Wichtigkeit der Deutschen für die Slawenländer statistisch sicherstellen. Endlich sehe ich in Tagblättern das wirksamste Mittel der Umgehung der Gesetze, welche zu Gunsten der Deutschen da sind, kräftig zu begegnen und Parteilichkeiten in Verleihung von Anstellungen zu verhindern.

Die Klubbs werden die deutschen Richtungen in die Gesellschaft einzuführen haben. — Die Slawen haben die Salons nicht einen Augenblick außer Acht gelassen. Die Deutschen sind so vorübergegangen. Darum reichten die Slawen nach Wien. Dagegen die Deutschen — wohin ich sehe — eine unselige Isolirung der Stände, eine Kofetterie mit kosmopolitischen Grundsätzen, die irrtümlich für modisch gehalten werden. Dazu kommt die kleinliche Furcht, hier oder da anzustoßen, mißverständener Liberalismus, Bequemlichkeit. Das sind die Steine, über die unser Interesse stolpert, und wenn es nicht zeitig aufgefangan wird, fällt.

Das Deutschthum muß in das böhmische, in das mährische Volk hineingebaut werden, wenn es eine Zukunft haben soll.“

Der Verfasser scheint von der Existenz unseres Vereins wie unserer Filialvereine in Böhmen, Mähren, Schlesien, Oestreich, Steiermark, Tirol keine Kenntniß zu haben — und somit wäre seinem Wunsche abgeholfen.

Verzeichniß

jener Vereine, mit denen der Verein der Deutschen in Oestreich in Verbindung steht, theils unmittelbar, theils durch die Central-Vereine.

In Böhmen.

Central-Vereine:

Eger: Deutscher Verein. — Obmann Loimann.
 Karlsbad: „ „
 Saaz: „ „
 Leitmeritz: „ „ „ Dr. Stradal.
 Rumburg: „ „
 Reichenberg: constitutioneller Verein:

Neben-Vereine:

Utsch:
 Schönfeld:
 Falkenau:
 Elbogen: constitutioneller Verein: — Obmann Glückselig.
 Raaden: deutscher Verein. „ Schwarzenfeld
 Komotau: Bürger-Comité.
 Górkau: „ „
 Brüx: „ „
 Außig: deutscher Verein.
 Böhm. Leipa: Bürger-Comité.
 Haide: Wahl-Comité.
 Mirdorf: „ „
 Bilin:
 Dux:
 Tetschen:
 Schönlinde: Wahl-Comité.
 Schluckenau: Bürger-Comité.
 Georgenthal: Wahl-Comité.
 Georgswalde: „ „
 Grund: „ „
 Rannitz: Bürger-Comité.
 Hainspach: „ „
 Steinschönau: constitutioneller Verein.
 Tepliz: „ „
 Lewin: „ „
 Reichstadt: „ „
 Gablonz: „ „
 Tannenwald: „ „
 Landskron: Bürger-Comité.
 Prag: constitutioneller Verein.

In Mähren.

Iglau: deutsch-constitutioneller Verein.
 Olmütz: constitutioneller Verein:
 Brünn: politischer Verein.
 Schönberg: politischer Leseverein.
 Trübau: Bürger-Comité.

In Schlesien.

Troppau: Lese-Verein.
 Teschen: „ „

In den übrigen deutschen Provinzen in Oestreich.

Salzburg: Verein Juvavia.

Graz: deutscher Verein.

Steier:

Linz:

Kadfersburg:

Marburg:

Brixen.

Im übrigen Deutschland.

Leipzig: deutscher Verein.

Frankfurt.

Korrespondenz des Vereins.

Frankfurt, den 4. August 1848.

Vor Allem unsere Minister-Liste, welche gestern Nachmittags nach Ankunft unseres Reichsverwesers gezeichnet wurde:

Reichsminister des Aeußern: Fürst Leiningen, früher Präsident der bairischen Reichskammer, — ein Mann, der durch tüchtige Schriften über standesherrliche Verhältnisse bekannt wurde; er ist Stiefbruder der Königin von England.

Erster Unterstaatssekretär: Max v. Gagern, früher Legationsrath in Wiesbaden; Bruder unseres Präsidenten der Reichsversammlung.

Zweiter Unterstaatssekretär: Meoissen aus Köln, ein tüchtiges Mitglied der preussischen Kammer. —

Reichsminister des Innern: v. Schmerling aus Wien.

Erster Unterstaatssekretär: Wassermann, der badische Oppositionsmann, dessen parlamentarische Leichtigkeit und Bildung wohl kaum in Zweifel gezogen werden kann.

Zweiter Unterstaatssekretär: Dr. Joseph v. Würth aus Wien. —

Reichsminister des Handels: Dukwig, Kaufmann und Senator in Bremen, — bekannt aus dem Vorparlament. Mehrere Schriften über das Zollwesen lenkten schon früher die Aufmerksamkeit auf ihn.

Erster Unterstaatssekretär: (unbesetzt.)

Zweiter Unterstaatssekretär: Kampf aus Berlin, ein junger Mann; uns Frankfurtern noch nicht näher bekannt. —

Reichsminister des Krieges: Peuker, ein preussischer General, dessen Energie und militärische Begabtheit uns von preussischen Collegen oftmals rühmend hervorgehoben wird.

Erster Unterstaatssekretär: der preussische General Brand. —

Reichsminister der Finanzen: v. Bekerath, früher Kaufmann in Köln.

Erster Staatssekretär: Mathy, ein Mann, dessen politische Gesinnung seinen nähern Freunden immer Achtung, ja Verehrung einflößte, der jedoch durch die neuesten Ereignisse in Baden von einer großen Zahl der Versammlung einen Grad von Verdächtigung erfuhr, welche durch seine Aufnahme in's Ministerium höchst bedenklichen Conflict herbeiführen wird.

Die Bildung des Reichsministeriums und dessen Vervollständigung hatte große Schwierigkeiten und erfolgte erst nach einem langen Verkehr der politischen Fractionen. Ich will Ihnen in meinem nächsten Schreiben ein umständliches Bild des innern Lebens und Verkehrs unserer politischen Färbungen mittheilen. — Jedenfalls ist das nunmehrige Ministerium aus dem rechten Centrum der Versammlung hervorgegangen, einer Fraction, welche in sich selbst keine rechte Kraft mehr fühlt und oftmal eine Annäherung der gemäßigten Linken zu suchte. Der Versuch nun, das Ministerium aus Mitgliedern letzterer Fraction zu vervollständigen, und so auch in diesem kräftigen Theile des Hauses eine Stütze zu haben, mißlang vollständig.

Man trat mit Robert Mohl in Verhandlung. — Auch der bairische Ministerialrath v. Hermann aus München und Professor Fallati aus Tübingen sollten in's Ministerium kommen. Uebereinstimmend weigerten diese Männer, gewiß die hervorragendsten Talente der Versammlung, die Annahme des Postens. Man wollte sie mit Unterstaatssekretärs-Posten abfertigen, und es konnte nur im Interesse der Partei sein, daß sie sich weigerten, diese anzunehmen.

Der morgige Tag, der oft besprochene 6. August, wird für Deutschlands Zukunft nicht ohne Bedeutung bleiben; darüber noch Umständlicheres.

Notizen.

(Böhmen, Mähren und Schlesien.) Je weiter gegen Westen, um so unhaltbarer ist die Stellung der österreichischen Slawen. Die deutschen Kreise Böhmens: Elbogen, Saaz und Leitmeritz, lehnen fest an deutschem Land. Nirgends unterbricht sie slawisches Gebiet. Eben so umschlingen deutsche Einwohner den Böhmerwald hinab an den Grenzen Oestreichs und Mährens hin das slawische Böhmen. Die festen Plätze Böhmens sind in deutschen Händen. Böhmens erster Strom fließt nach Deutschland. Seine Haupt-eisenbahnlinie geht nach Deutschland. Die Deutschen sind im Besitze der Grenzen, der Gebirge, der Straßenzüge. In den gesammten böhmischen Kronländern sind sie im ausschließlichen Besitze der Industrieanstalten und des Handels. Die Slawen befinden sich in der Mitte des Landes, in einer von deutschen Stämmen eingegürtelten, völlig unhaltbaren Ebene. Diese Ebene selbst unterbrechen die deutschen Städte und deutsche Ansiedlungen nach divergirenden Richtungen.

Der Mährer haßt den Czechen. Er haßt ihn unverföhnlich. Weder der mährische Bauer noch der mährische Städter lassen eine Gelegenheit vorübergehen, diesen Haß unverholten auszusprechen. Es hat im slawischen Mähren Gegenden, wo der Bauer den Namen Czeche nicht ausspricht: ohne einen Fluch damit zu vergesellschaften. Der mährische Städter nennt den Böhmen tückisch, habfüchtig, anmaßend, er vermeidet gerne, mit ihm in Berührung zu kommen. Der Haß zwischen Mähren und Böhmen ist übrigens nicht von heute und gestern. Er wurzelt tief in der Geschichte der Kronländer. — Neuerlich haben die mährischen Landstände und ungefähr zwanzig in Brünn ansäßige Parteimänner gewagt, an eine Vereinigung Mährens mit Böhmen zu denken. Das Volk hat daraus Gelegenheit genommen, seine entschiedene Mißbilligung eines solchen Attentats mehrfach zu bekrunden. — Schlesien ist völlig in deutscher Richtung. Eben so sind seine mehrsten Bewohner Deutsche.

In Elbogen und Steinschönau bei Kamnitz in Böhmen haben sich Vereine zur Wahrung des Deutschthums und der constitutionellen Freiheit gebildet.

Schwarz - Roth - Gold.

Bereinsblatt der Deutschen in Oestreich.

Dinstag,

Nro. 11.

den 15. August 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig zwei Mal in der Woche, Dinstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse Nr. 1103, im ersten Stock links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. C. M. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Gefahr für unsere Freiheit. — Einiges zu den Bauernverhältnissen. — Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung. — Correspondenz. — Notizen. — Geschäftsordnung für den Verein der Deutschen in Oestreich.

Die größte Gefahr für unsere Freiheit.

(Ein wohlgemeinter Rath an die Reichstagdeputirten.)

(M. K.) Wer der vorgestrigen Sitzung beigewohnt, dessen Herz mußte mit banger Furcht und mit Trauer erfüllt werden. Ist das dieselbe Versammlung, die ihrer hohen Sendung sich bewußt, am 29. jene stolze, würdige Sprache geführt hat? Damals mußte man mit Cyneas ausrufen: Wahrlich, einen Senat von Königen habe ich gesehen! Und heute? Ein schwarzer Schatten lagerte sich über die ganze Versammlung; Gott verhüte, daß es nicht der Schatten künftiger Ereignisse gewesen ist. Dieses Mäkeln, wenn es sich um die ersten, heiligsten Ansprüche des Volkes handelt, dieses Deuteln und Klügeln über Rechte, wenn man nur vom Rechte sprechen sollte, — dieses Hinausschieben, Erwägen und Zaudern, wenn man mit einem großen, kühnen Schritte den Boden der Wirklichkeit betreten und die erste freie, nachhaltige That verüben sollte. Ist schon in so kurzer Zeit die demokratische Kraft des Reichstages erschöpft, sollte er schon so frühzeitig altflug und lahm zur That geworden sein? Und wir stehen erst am Anfange des Werkes, eine ungeheure Aufgabe ist noch zu vollenden; was soll geschehen, wenn der Reichstag schon bei Tagesanbruch ermattet? — Und immer und ewig der nationale Gegensatz. Erklären die meisten Deutschen sich für ein rasches Handeln, so steht zu befürchten, daß die Tschechen und Polen entgegengelegter Ansicht sind, und auch umgekehrt. Und das ist es, was uns wahrhaft bange macht. Der Politik, der es gelungen ist, durch fleißiges Schüren des Nationalhasses in Ungarn den Bürgerkrieg zu entflammen, der kann es um so leichter werden, in jede Berathung, die die Rechte und Freiheiten des Volkes bestimmen soll, das Gift des Ragenhasses zu bringen, jede große und schöne Erhebung der Versammlung durch Intrigue niederzudrücken und die reine belebende Liebe zur Freiheit durch den unreinen, ertödtenden Nationalhaß zu beschmutzen.

Und doch, was ist es, was die Nationen auseinander hält? Warum denn nicht ein Versuch der Vermittlung, nicht ein Schritt der Versöhnung. Stumm lagern sich die Parteien gegenüber; jede ist zu stolz, den ersten Schritt zur Versöhnung zu thun, und jede zu gewissenhaft, den ersten Schritt zum Kampf zu wagen.

Wer hat nicht schon im Leben ähnliche traurige Erfahrung gemacht?

Zwei Menschen geschaffen sich zu lieben und zu achten, wandeln stillschweigend neben einander her, verschmähen es aus Stolz und Vorurtheil,

sich zu vereinen; doch haben sie nur ein Ziel im Sinne und ein Ideal im Herzen. Sie feinden sich an und hemmen sich gegenseitig. Wohl ihnen, wenn sie den Irrthum noch frühzeitig bemerken, wenn sie sich weinend um den Hals fallen und vereint dem einen großen Ziele zustreben. So gehen oft zwei tüchtige Völker, durch Leidenschaften und altüberlieferte Vorurtheile getrennt, verschiedene Wege, hassen und bekämpfen sich, bis sie beide an ihren selbst geschlagenen Wunden verbluten.

Wehe uns! wenn wir nicht frühzeitig erkennen, daß die Edlen unter den Slaven und unter den Deutschen nur die Freiheit wollen, und nichts als die Freiheit, und daß auf dem Boden der Freiheit eine Verbrüderung nicht nur allein möglich, sondern auch nothwendig ist. Wer gewänne bei diesem unseligen Kampfe, als jene, die wie die Raubthiere nur ausziehen, wenn es Nacht geworden ist, die lauernd im Hintergrunde liegen, um ihre alte Herrschaft wieder zu gewinnen.

Kann der Deutsche, der wahrhaft freie, den Tschechen in seiner volksthümlichen Entwicklung je beeinträchtigen? Und kann wieder der frei gewordene Tscheche seine deutschen Brüder in ihren heiligsten Rechten kränken wollen? Verschmäht es der Franzose in Louisiana, der Deutsche in Ohio und Pennsylvanien, einem freien Bundesstaate anzugehören, weil die Mehrzahl der Einwohner englisch spricht? Kann unsere Freiheit je gedeihen, als im Bunde mit einem starken Deutschland? Denn gestehen wir es nur offen, unsere Institutionen gehen weit über den eigentlichen Bildungsstand unseres Volkes hinaus; der Nationalitäten-Kampf würde bald der Freiheit ihr Grab graben, wenn nicht das große Deutschland in unserem Rücken der Hüter und Schirm der Freiheit wäre.

Um noch einmal statt stumm und voll Ingrimm in zwei feindliche Lager getheilt, euch gegenüber zu liegen, suchet euch auf und tauscht eure Gedanken und Ansichten aus; zur Ehre der Menschheit und zur Ehre der Völker Oestreichs wollen wir hoffen, daß im Interesse der Freiheit eine Vermittlung noch möglich ist.

Einiges zu den Bauernverhältnissen.

(Von M. D.)

So wie vor 1900 Jahren Egypten, so ist jetzt Europa das Land der Wunder. Gleich Moses, welcher mit seinem Stabe zur Labung und Erquickung des israelitischen Volkes dem Felsen Wasser entlockte, haben die gemüthlichen, biederen Bürger Wiens, angeregt und unterstützt durch die heldenmüthige akademische Jugend, dem durch veraltete Regierungsformen und den eisernen Willen despotisch handelnder, hoch und nieder gestellter Machthaber verdorrten Lebensbaume Oestreichs durch die blutig errungene Pressfreiheit neues Leben, neue Kraft abgewonnen. Allein nicht nur die Pressfreiheit,

sondern auch die Ertheilung einer dem Bedürfnisse des Volkes und der Zeit angemessenen constitutionellen Verfassung, dieser wahren und einzigen Gewährleistung für Wohlfahrt des Staates und der Staatsbürger, wußten sie zu erringen; — sie haben nicht nur Oestreichs Völker, sie haben auch ihren heißgeliebten Landesfürsten befreit, der, umgeben von eigennütigen, auf willkürliche Herrschaft eifersüchtigen Rathgebern, nie die rührende Stimme des Volkes, nie seine Noth, seine Drangsale, seine Bedrückungen, seine wahren Bedürfnisse hören konnte. In der constitutionellen Landesverfassung und der Pressfreiheit grünt ein Hoffungsbaum, der, mit weiser Besonnenheit gepflegt, die herrlichsten Früchte tragen wird. Geist, Vernunft haben weites, offenes Feld; Gewerbe, Industrie, Handel und schöne Künste freiere Bahn, und durch die Wechselwirkung intellektueller und materieller Wohlfahrt des Einzelnen zum Ganzen kann es nicht fehlen, daß auch der auf niederer Stufe stehende Ackerbau sich heben, der Landmann von den ihn darniederdrückenden Urbarialverhältnissen auf eine für ihn leicht erschwingliche Weise befreit, und der Art Oestreich blühen und gedeihen werde. —

Metternich ist gefallen! — Dieses war eine natürliche Folge der jüngsten Ereignisse, oder vielmehr eine Bedingung zur Erreichung der eben so gemäßigten als vernünftigen Volkswünsche und Volksbedürfnisse. Allein Metternich ist eine vielköpfige Hydra, Metternich ist in vielen Staatsbeamten, insbesondere aber in den Patrimonialgerichtsbeamten, dann den Syndici kleiner Landstädte würdig repräsentirt; diese Tyrannen des armen, in Folge herrschaftlicher Robot, Zehent und sonstiger Siebigkeiten im Staube zu ihren Füßen sich krümmenden Bauers und des bedrängten schlichten, bürgerlichen Gewerbmannes sind im kleineren Maßstabe das, was Metternich im Großen war. Die unbedeutendsten Vergehen, ja ein oftmals in wirklichen häuslichen Verhinderungen begründetes Nicht- oder späteres Erscheinen zur herrschaftlichen Robot werden mit Verkürzung in Abschreibung der verrichteten Robotschuldigkeit, — mit Arrest in Eisen oder bei Wasser und Brod, — mit öffentlicher Arbeit, — ja, zur Schande sei es gesagt, auch mit Stockstreichen bestraft, — und gegen diese arbiträren Strafen kann der Leidende nach dem Unterthans-Strafpatente vom 1. September 1781 vor Vollzug der Strafe keinen Rekurs ergreifen, — und selbst dieser würde ihnen in seltenen Fällen nützen, denn „eine Lethargie sondergleichen hat sich der zum Schutze des Bauers gegen Anmaßungen und Bedrückungen seiner Grundobrigkeit berufenen Behörden“ bemächtigt; — mit tiefer Behmuth heftet der Zeuge solcher menschenentwürdigenden Scenen seine Augen auf das von dem großen Kaiser Joseph II. im Jahre 1785 erschienene, „die Erinnerung an Staatsbeamte“ betreffende Patent, wo so schön, so kräftig die hohen Pflichten eines Staatsbeamten geschildert sind! — Allein wer wagte laut zu sprechen, ohne Rath und Strafe zu fürchten? Nur frei zu denken war erlaubt.

Der Stock ist der mächtige Hebel, mittelst dessen der geist- und herzlose Patrimonialgerichts-Beamte, dieses willenlose Werkzeug der gutsobrigkeitlichen Autorität, die Anliegenheiten und Streitigkeiten der seinen Argusaugen anvertrauten Gemeinde, und für sich selbst Gehorsam und knechtische Unterwürfigkeit im Gleichgewichte zu erhalten weiß; er kann sich des Stockes um so sicherer bedienen, als er für derlei Mißgriffe nach dem Wortlaute eines Hofdekretes keine infamirende Strafe, keine Entsetzung vom Amte zu erwarten hat, vorausgesetzt, daß er überhaupt befugt war, über seinen Schüßling-Unterthan eine Strafe milderer Art zu verhängen. Vereitelt ist dadurch die Erklärung des Strafgesetzes 2. Theils, daß die Züchtigung in den benannten besonderen Fällen nur an dem Dienstgesinde und den Handwerksgefelln vollzogen werden dürfe, — vereitelt ist dadurch so manches Weise, — und sind schon an und für sich große Lücken und Mängel im östreichischen Strafgesetzsyste, so ist jenes Hofdekret das Privilegium des Patrimonialgerichts-Beamten zur Handhabung der entehrenden Strafe des Stockes zu nennen. —

Robot und Patrimonialgerichts-Beamte! — zwei Schreckensworte für den armen Bauer; sie sind der Vampyr, der an seinem Lebensmark nagt; sie sind die immer wiederkehrende Heuschrecke, die seine Nahrungs-

quelle, den Ackerbau, immer mehr versiegen macht. Der Beamte geht dem Bauer nicht nur hart an den Leib, er schmiegt sich auch an seine magere Geldbörse an und übt über dieselbe magnetische Gewalt aus; er liebt Bankgeschäfte, gibt zwar keine Banknoten, desto emsiger aber Tarnoten aus, und weiß denselben zwar nicht wie die ehemalige französische Republik ihre Assignaten durch Todesstrafen, wohl aber durch Executionsarrest Credit zu verschaffen. Die verschiedenen Nuancen dieses Notenspielles zu erörtern, würde zu Weitläufigkeiten führen. Was der Patrimonialgerichtsbeamte etwa übersieht, das entgeht dem habfüchtigen Späherblicke seiner Schreiber nicht, und diese halten dann eine nicht uneinträgliche Nachlese. Kommt der geplagte Landmann Sonntags in die Wirthsstube, um seinen arbeitsmüden Körper mit einem Glase Bier zu stärken, zugleich auch der Gemeindeversammlung beizuwohnen, da schallt ihm der Schreckensruf des Ortsrichters entgegen: Repartitionsmäßig sind zu zahlen an Conscriptions-, Rekrutierungs-, Schüßlingsbeförderungs-, Katastralschätzungs- und mehr ähnlichen Kosten, die durch Kollekte gedeckt werden müssen und die sich bei geregelter Gemeindeverfassung vereinfachen, zum Theile aufheben ließen. Hierunter ist auch der jährlich steigende, schlesisch-sländische Domestikalfondsbeitrag. Ueber die Verwendung dieser Gelder herrscht noch mystisches Dunkel, und von dem Bekannten dient nicht Alles zur Beruhigung. So werden auch davon Kindvieh- und Pferdezuchtprämien bestritten, — eine zwecklose Ausgabe! Ist der Bauer von den Urbariallasten befreit, wird sein Ackerbau blühen, er somit edleres Vieh ziehen, was ohnehin in seinem Interesse liegt und wozu er keine Aufmunterung durch Prämien bedarf. Daß bei der oberwähnten Gemeindeversammlung auch noch zur Gemeinde- und Straßenarbeit und zu unentgeltlichen oder auch entgeltlichen Worspannleistungen angesagt wird, welche letztere von der Regierung unverhältnißmäßig gering vergütet werden, versteht sich von selbst; in die Wohnung schleicht dem Bauer der obrigkeitliche Schaffer nach, um ihm Robot anzufagen, Zinsgetreide, Hühner, Gänse und Eier von ihm zu fordern; hinten nach kommt der Pfarrer mit seiner Getreideforderung nve. Decem; kurz, der Bauer fand bis jetzt nur im Gotteshause und seiner Zeit auf dem Gottesacker Ruhe, — und Dank sei es seiner Frömmigkeit und seiner Ergebung in den göttlichen Willen, daß er bisher duldet, hungerte und — ruhig blieb! — Wohl denkt er auch, es könne nie anders sein; er entbehrt der Aufklärung, wozu die mangelhaften Landschulen und beziehungsweise der oft nachtheilige Einfluß des obrigkeitlichen Schulpatronatsrechtes Vieles beitragen.

In der Regel ist der Patrimonialbeamte auch obrigkeitlicher Patronats-Representant; er nimmt mit oder ohne Einnengung der Grundobrigkeit, unter thätiger Mitwirkung der Geistlichkeit auf die Anstellung der Landschullehrer entscheidenden Einfluß, und so wie jener nur zu oft sich durch Parteilichkeit oder andere Absichten bei der Wahl der Kandidaten leiten läßt, sieht diese mehr auf Frömmigkeit, als auf Sachkenntnisse; die Folge davon ist, daß wir viele fromme, ja bigotte, von der Geistlichkeit geknechtete, desto weniger aber vernünftige, ihrem Fache gewachsene Schulmänner haben. Mit seltenen Ausnahmen kümmert sich der Patrimonialbeamte um den Schulunterricht nur insofern, als er strenge darauf sieht, daß dem Unterthanskinde eine an Abgötterei gränzende Verehrung für die gutobrigkeitliche Autorität eingeimpft werde; im Uebrigen denkt er, daß, was an Belehrung, Ermahnung und nöthigenfalls Züchtigung, der Lehrer versäumt, durch den Stock des Amtsdieners nachgeholt und bewiesen werden könne; unbedingter Gehorsam und stille Duldung seien die ersten Pflichten und höchsten Tugenden eines Unterthans. Unwissend verläßt der Unterthanssohn die Schule, und war er als Waise so glücklich, in der übelgewählten Bestellung seines Vormundes und in der mangelhaften Verwendung seines Waisenvermögens durch die Patrimonialgerichtsbarkeit keinen Schaden zu leiden und die unerheblichen Vorfällenheiten von der Strafe des Stockes verschont zu bleiben, so fangen seine Lebensleiden mit dem 19. Lebensjahre an. Hat er unterlassen, sich den Ortsrichter zum besonderen Gönner zu machen, hatte er das Unglück in eine Correctionsstrafe zu verfallen, hat er sich gar erstreckt, vor

dem gestrengen Herrn Amtmann den Hut nur um einen halben Zoll weniger zu lüften, oder hat er den Fehler arm zu sein, dann ist er als Unruhiger, als Poltron, als Flegel, der »Mores« lernen müsse, für die Militärdienste ohne Rücksicht auf wirthschaftliche oder Familienverhältnisse proskribirt, der in der Assentliste den ruhigen, gehorsamen, wohlhabenden Unterthansföhnen vorangeseht wird, — um diese zu schützen, wird er geopfert. Dieser Arme entbehrt der herzerhebenden Beruhigung, aus reiner Unterthanenpflicht Soldat geworden zu sein: in seiner Heimath verläßt er hilflose oft hochbetagte Eltern, Anverwandte, Geschwister, er sieht den Militärstand nicht als seinen nunmehrigen Beruf, er sieht ihn als eine durch Umtriebe hervorgerufene strafende Maßregel an, — Bitterkeit, Groll, Abneigung haben im Gefolge Dienstesvernachlässigung und diese — Strafe; er bleibt Gemeiner, weil er in der Schule keine angemessene Ausbildung erlangt hat, und so wird der Unterthan in den meisten Fällen zur Unzufriedenheit gereizt, ihm das Leben vergällt. Die Rekrutirung mit dem, seit 1827 noch immer provisorisch bestehenden nicht mehr zeitgemäßen Rekrutirungsgesetze ist in den Händen der Patrimonialgerichte ein mächtiges Mittel, die militärpflichtigen Unterthanen vom 19. bis zum 40 Lebensjahre, natürlich auch ihre Angehörigen, in steter ängstlichen Spannung und Besorgniß zu erhalten und sie am Gängelbände der Willkür zu leiten. Man kann ohne Uebertreibung sagen, der Unterthan werde von Kindesbeinen an bis zur Bahre auf verschiedene Weise in seinem öffentlichen und Familienleben von den Patrimonialgerichten bevormundet und sein Unwille durch Terrorismus im Schach gehalten. (Schluß folgt.)

Vereinsangelegenheiten.

Der Verein hat folgende Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung abgesandt:

Hohe, verfassunggebende Nationalversammlung!

Zur Verwirklichung des Bewußtseins nationaler Freiheit und Einheit unter der stehenden Landeskriegsmacht aller deutschen Gauen, wie auch zur Erzielung eines kräftigen Bindemittels zwischen dem deutschen Volke und Heere sollte am 6. August d. J. die Feier der Wiedergeburt unseres glorreichen Gesamtvaterlandes nach Verfügung des Reichskriegsministeriums von den Besatzungen aller deutschen Städte einmüthig und gleichzeitig begangen werden.

Doch im grellen Widerspruche mit der freudigen Voraussicht der Wiener Bevölkerung, wie auch aller deutsch gesinnten Oestreicher wurde das Aufstecken der Nationalkofarde bei den deutschen Truppen gänzlich außer Acht gelassen; die Feierlichkeit blieb auf eine Huldigung des Reichsverwesers und eine Feldmesse, während welcher das dreifarbiges Band an den Bannern der deutschen Truppenkörper flatterte, beschränkt. Am folgenden Tage wurden die Bänder wieder herabgenommen.

Der Verein der Deutschen in Oestreich, welchem während seines Bestehens die hochwichtige Aufgabe vorschwebte, das deutsche Interesse vor Uebergriffen der Slawen und bedauerlichen Kundgebungen von Trennungsgelüsten zu schirmen, glaubt sich vor Allem berufen, gegen diese eigenmächtige Umgehung des Reichsministerial-Beschlusses feierlichst und mit Nachdruck Protest einzulegen.

In zuversichtlicher Erwartung, daß diese Halbheit der Pflichterfüllung von Seite des k. k. Landesministeriums keineswegs die Zustimmung der souveränen Versammlung gewinnen könne, glaubt der gefertigte Verein um die neuerliche, ungesäumte Vollstreckung der Reichsministerial-Verfügung in ihrem Gesamtumfang und um die nöthigen Weisungen an das östreichische Ministerium berufsgemäß bitten zu müssen.

Wien, am 8. August 1848.

Korrespondenz des Vereins.

Verehrte Redaction!

Ich habe mehrere Sammlungen für die deutsche Flotte eingeleitet. Nachdem ich die erste Sammlung abgeschlossen hatte, habe ich den gesammelten Betrag von 32 fl. 36 kr. C. M. mittelst des beiliegenden Briefes (dlo. Schwadorf 23. Juni 1848, nebst dem Verzeichnisse der Beitragenden) an Herrn Ernst von Schwarzer, damaligen Redacteur der »allg. östr. Zeitung« zur Verlautbarung in dessen Zeitung übersendet.

Herr Schwarzer macht weder die Sammlung kund, noch schickt er mir den eingesendeten Betrag zurück, noch auch setzt er mich in Kenntniß, was er mit den erhaltenen Flottengeldern verfügt habe.

Ich ersuche daher die verehrte Redaction, mein gegenwärtiges Schreiben sammt den obigen zwei Beilagen veröffentlichen zu wollen.

Zugleich lege ich 62 fl. 20 kr. C. M. — das Ergebnis von Sammlungen zu Enzersdorf an der Fische, Moosbrunn und Schwadorf — sammt drei Originalverzeichnissen *) bei und bitte, diese Beträge an den Präsidenten unserer Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. einzusenden.

Wien, den 12. August 1848.

Bock.

Mein Herr!

Am 27. Mai habe ich Ihnen versprochen, die Beträge, die ich in Schwadorf und Umgebung für die deutsche Flotte sammeln werde, Ihnen zur Verlautbarung in Ihrer Zeitschrift zu übersenden.

Eine von den eingeleiteten Sammlungen ist abgeschlossen, und Sie erhalten hiermit den gesammelten Betrag von zwei und dreißig Gulden 36 kr. C. M., nebst dem Verzeichnisse der Beitragenden.

Ich überschiere Ihnen diese patriotische Gabe, weil ich es Ihnen zusagte und weil ich ein Deutscher bin, — daher mein Wort halten, daher treu bleiben muß. Es fällt mir aber schwer, die Verlautbarung dieser Sammlung durch Ihre Zeitschrift zu bewirken, da Ihr Blatt früher gut deutsch, jetzt aber — wie die letzten leitenden Artikel, z. B. Czechophobie, es klar aussprechen — ein czechisches und slawisches geworden ist **).

*) Diese Verzeichnisse folgen im nächsten Blatte.

A. d. R.

**) Man bittet das Datum des Briefes zu berücksichtigen. Allerdings fiel die plötzliche damalige Gesinnungsänderung der »allg. östr. Ztg.« damals allgemein auf, aber diese czechische Periode derselben dauerte nur kurz.

A. d. R.

Klingt es auch wie Hohn und bittere Ironie, die Gaben deutscher Männer und Frauen durch das Blatt einer so gesinnungs- und charakterlosen Redaction den Deutschen kund zu geben, so bin ich hiezu doch durch meine obige Zusage verpflichtet; muß Sie jedoch, damit mich nicht wegen dieser Kundmachung in Ihrer Zeitung der Vorwurf der Kurzsichtigkeit oder des Blödsinnes treffe, höflichst bitten, zugleich mit dem beifolgenden ersten Verzeichnisse, dem bald mehrere folgen werden, auch den ganzen Inhalt dieses meines Briefes wortgetreu zu veröffentlichen.

Schwadorf, den 23. Juni 1848.

Wingenz Bock,
Garde in der 4. Compagnie des
Juristen-Corps.

Notizen.

In Braunschweig zwang das gesammte Volk den Herzog, von seinem dem König von Preußen gegebenen Worte, die Huldigungsfeier nicht vorzunehmen, abzustehen und die Feier nach der Vorschrift des Reichskriegsministers vorzunehmen.

Hannover scheint im Sonderbunde mit Preußen zu beharren.

Der alte Bundestag soll wieder auferstehen. Die Regierungen wollen nach dem Vorschlage Preußens ihre Bevollmächtigten nach Frankfurt schicken, die dort tagen und berathen sollten, um jedem mißliebigen Beschluß der Centralgewalt hemmend entgegen zu treten. Sollst du wieder zum dritten Mal betrogen werden, armes deutsches Volk! Doch wir verzweifeln nicht. Es scheinen die Geschiede sich erfüllen zu wollen; zehn Plagen schickte Gott über Pharaon, Gott aber verstockte das Herz des Pharaon; da kam die zehnte Plage: die Erstgeborenen starben und das Volk ward frei!

Auf den 28. August ist eine große Versammlung aus allen deutschen Städten und Gemeinden Böhmens nach Tepliz ausgeschrieben. Die Lebensfragen der Deutschen in Böhmen werden dort zur Berathung kommen. Eine ähnliche Versammlung soll später in Marienbad Statt finden.

Alle Central- und Filialvereine werden aufgefordert, ihre Abgeordneten zu diesem Congresse zu senden und sie mit gehörigen Instructionen zu versehen, damit sie im Namen und Auftrage der Vereine handeln können.

Auf Befehl des Reichskriegsministers müssen nun auch Oestreich, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau Contingente zum deutschen Heer in Schleswig-Holstein stoßen lassen. Von Oestreich gehen 4 Regimenter Infanterie, 8 Eskadrons Kavallerie und mehre Raketenbatterien.

Deutschland wird bald an allen seinen Grenzen in Krieg verwickelt sein; auch mit Holland steht ein Kampf in Aussicht. Zum Troß allen Beschlüssen der Nationalversammlung in Frankfurt rückten am 31. Juli holländische Truppen in's Limburgische ein und verlangten, daß alle deutschen Fahnen abgerissen würden; umsonst widersetzte sich das Landvolk.

Geschäftsordnung für den Verein der Deutschen in Oestreich.

A. In den Plenarversammlungen.

§. 1. Der Obmann oder dessen Stellvertreter führt den Vorsitz in den Versammlungen des Vereines; er eröffnet und schließt die Sitzung, leitet die Verhandlungen, ertheilt das Wort, stellt die Fragen zur Abstimmung und spricht das Ergebnis derselben aus.

§. 2. Der Schriftführer nimmt alle zur Verhandlung gekommenen Anträge, die zur Abstimmung gebrachten Fragen und die gefaßten Beschlüsse in das Sitzungsprotokoll auf.

Vom Beimann oder dessen Stellvertreter werden die Namen derjenigen, welche das Wort verlangen, in der Reihenfolge, als sie sich melden, verzeichnet und vom Obmanne durch Namensaufruf zum Sprechen aufgefordert.

§. 3. Zur Berathung, Beschlußfassung und Bekanntgebung sind zuerst die Gegenstände zu bringen, welche vom Ausschusse auf die Tagesordnung gesetzt wurden. — Nach Erledigung dieser kommen die von den einzelnen Mitgliedern gestellten Anträge oder Mittheilungen zur Verhandlung.

Der Gesellschaft bleibt jedoch das Recht vorbehalten, die Reihenfolge der zu verhandelnden Anträge zu ändern, worüber ohne Debatte abzustimmen ist. Nach Eröffnung der Sitzung wird das Protokoll der letzten Versammlung und die Tagesordnung verlesen.

§. 4. Anträge werden nur dann in die Verhandlung genommen, wenn sie von wenigstens drei Mitgliedern unterstützt werden. — Jeder Antragsteller hat über seinen Antrag das erste und das letzte Wort.

§. 5. Das Mitglied, welches das Wort erhalten hat, darf nicht unterbrochen werden; doch hat der Vorsitzende das Recht, den Redner bei Abschweifungen vom Gegenstande zur Sache, bei beleidigenden Persönlichkeiten zur Ordnung und bei bloßen Wiederholungen zum Schlusse zu verweisen.

§. 6. Sobald der Schluß der Verhandlung von drei Mitgliedern begehrt wird, muß darüber abgestimmt werden, ob die Debatte geschlossen werden soll.

§. 7. Die Art der Abstimmung wird dem Ermessen des Vorstandes überlassen; doch soll die Abstimmung nie durch Zuruf (Acclamation) erfolgen. Die Wahl von Deputationen und Ausschussmitgliedern erfolgt immer durch Abgabe von Wahlzetteln.

§. 8. Jedes Mitglied hat das Recht, den Ausschuss über die Vollziehung gefaßter Beschlüsse zu befragen.

B. In den Ausschussversammlungen.

§. 9. Den Vorsitz führt der Obmann oder dessen Stellvertreter. Im Verhinderungsfalle beider erwählt der Ausschuss den Vorsitzenden.

§. 10. Der Schriftführer führt das Protokoll und legt auf die Tagesordnung alle in der Zwischenzeit eingelaufenen Zuschriften und Mittheilungen. Nach diesen Gegenständen kommen die Anträge der einzelnen Ausschussglieder zur Verhandlung.

§. 11. Jedes Vereinsmitglied kann auch im Ausschuss Anträge stellen und das Wort begehren, es hat jedoch keine Stimme abzugeben.

§. 12. Zu den fortlaufenden Geschäften des Ausschusses, welche derselbe ohne Genehmigung der Plenarversammlungen versieht, gehört lediglich die Besorgung der Correspondenz.

§. 13. Die Ausschussmitglieder verbinden sich, die ihnen zur Bearbeitung übergebenen Stücke in der Regel nach drei Tagen zu erledigen und der Ausschussversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

§. 14. Adressen und Briefe des Vereines werden vom Obmann, dessen Stellvertretern und wenigstens drei Ausschussmitgliedern gefertigt und mit dem Siegel des Vereines versehen.

Schwarz - Roth - Gold.

Bereitsblatt der Deutschen in Oestreich.

Freitag,

N^{ro}. 12.

den 18. August 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig zwei Mal in der Woche, Dienstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse N^o 1103, im ersten Stock links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. E. M. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Einiges zu den Bauernverhältnissen. — Entweder, Oder! — Ein Wort über eine offenkundige Schmach. — Deutschland und Frankreich. — Correspondenz. — Notizen. — Für die deutsche Flotte.

Einiges zu den Bauernverhältnissen.

(Schluß.)

Bei dem bestehenden Kriminal-Inquisitionsprozesse ist die unparteiische, umsichtige und umfassende Erhebung des Thatbestandes im Interesse der Unschuld, minderen oder höheren Schuld des Beanzigten vom hochwichtigen, auf die ordentliche Untersuchung maßgebend einwirkendem Belange, es ist dies der wichtigste Theil unserer Kriminalgerichtspflege. Für diesen hochwichtigen Akt sollten nur Männer des Vertrauens, umfassender Bildung, Leidenschaftlosigkeit, vor Allem aber Geschäftsbefähigung berufen sein. Die Kriminalgerichte sind auf dem flachen Lande vermöge des ihnen zugewiesenen wenigen Personals und großer Ausdehnung ihres Gerichtsbezirkes in den wenigsten Fällen in der Lage, die Thatbestanderhebungen selbst pflegen zu können; wir sehen daher dieses Geschäft in den Händen der Patrimonial-Gerichtsbeamten, die, — sollte man es in einem civilisirten Staate im 19. Jahrhundert glauben — aus dem Kriminalstrafgesetze nicht geprüft, dafür nicht beeidiget, und doch zu dieser Amtshandlung gesetzlich berufen sind. Diese Inkonsequenz liefert auch die traurigsten Resultate. Eigenmächtige, nach Willkür in die Länge andauernde Verhaftnehmungen in engen, finstern, feuchten, wenig oder gar nicht beheizten Lokalitäten in schweren Eisen, gesetzwidrige Erpressung des Geständnisses oft vermutheter, unterschobenen Verbrechen unbekannter Thäter durch Hunger, Stockschläge oder andere Mißhandlungen, zu welchem Ende die Patrimonialbeamten bei Aufnahme des vorgeschriebenen Summen-Verhöres in ein artikulirtes Verhör übergehen, erinnern schauernd an die finsternen Zeiten der Tortur. Und dieses Alles geschieht in dem freien Oestreich, wo die russische Knute so sprichwörtlich geworden. Die Stimme dieser mit den Gesetzen unbekanntem Gemarterten ist zu schwach, um den, den Patrimonialgerichtsbeamten umgebenden Nimbus erheuchelter und listig geltend gemachter Gesetzhelderei zu durchdringen.

Und wie benehmen sich die Kreisbehörden bei diesen Vorgängen? — Leider nur zu passiv und gewohnter Weise lethargisch! — Der Kreis wird selten bereift, und bei solchen Gelegenheiten finden es die Herren viel behaglicher, beim Patrimonialgerichtsbeamten ein leckeres Mahl einzunehmen, sich von ihm huldigen zu lassen, als sich inmitten der Unterthanen mit nicht lohnenden, lästigen Geschäften abzugeben. — Werden diese Herren in

die klaren, leuchtenden Ideen eines konstitutionellen Staates eingehen? — Die Routrollirung der Patrimonialgerichte schrumpft daher auf das sich als zwecklos bewiesene, abgenützte Tabellen- und Berichtenwesen zusammen; weiß da der Patrimonialbeamte guten Rath, nun, da kann er ruhig schlafen, wenn ihn nicht der Alp, (das eigene Gewissen) drückt.

Allerdings gibt es auch edle, rechtliche und gutgesinnte Patrimonialbeamte, wahre Beschützer und Leiter des Unterthans, — für diese Braven alle Hochachtung; — allein ihre Zahl ist klein und sie sind denn doch immer von ihren Obrigkeiten abhängige Beamte, die oft gegen ihre bessere Uebersetzung zu handeln genöthigt sind; — und wie kann es auch anders sein, sie haben die Interessen ihrer sie besoldenden Grundobrigkeit zu wahren, sie haben aber auch den Unterthan gegen seine und ihre Grundobrigkeit zu schützen! —

Das kaiserliche Wort verheißt dem Bauer Enthebung von den Urbarialleistungen — ein gewichtiges, hochherziges Wort, — wir sind am Geburtsfeste Sr. Majestät mit der ewig denkwürdigen Konstitutionsakte *) beglückt werden. — Oestreichs Völker sind frei, sie jubeln, — nur der Bauer, diese stark überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung ist noch und bleibt, trotz aller freien Institutionen, insolange die Patrimonialgerichtsbarkeit nicht aufgehoben, das Schul- und Gemeinwesen regulirt, und die Kreisbehörde zur energischen Thätigkeit angehalten sein wird, zwar nicht dem Worte, aber der That nach, leibeigen!

Entweder, Oder! **)

Einer jeden Nation steht unstreitig das Recht zu, unter gewissen Umständen Reformen in ihren inneren Zuständen, selbst durch gewaltsame Mittel, das heißt auf dem Wege der Revolution vorzunehmen. — Welches diese Umstände sind, oder wann der Zeitpunkt eintritt, wo eine Nation von solchem Rechte Gebrauch machen soll, oder darf, ist zu erörtern nicht der Gegenstand dieser Zeilen, eben so wenig ob jene Umstände und jener Zeitpunkt für Deutschland eingetreten waren, als es vor Kurzem von diesem Rechte Gebrauch machte. Hier genügt die Thatsache, daß es wirklich geschehen ist. Der Zweck der deutschen Revolution war Begründung bürgerlicher und religiöser Freiheit, dann Herstellung eines einigen Deutschlands. Nachdem die Nation

*) Diese Urkunde mußte freilich dem Willen des Volkes gemäß annullirt und durch Berufung einer verfassungsgebenden Versammlung ersetzt werden. A. d. R.

**) Wir theilen diesen Aufsatz, der bereits in mehreren Zeitungen erschien, unsern Lesern mit; theils weil derselbe die jetzige Lage Deutschlands so klar und wahr darstellt; theils weil derselbe um so wichtiger ist, da der Verfasser desselben jetzt Präsident des deutschen Reichsministeriums wurde. A. d. R.

in ihrer großen Majorität diesen ihren Willen auf das Unzweideutigste durch theilweisen oder gänzlichen Umsturz des Bestehenden kund gegeben hatte, war und mußte der zweite Schritt sein: das Errungene zu ordnen und zu befestigen und, so weit es lediglich noch Theorie oder Idee war, in die Wirklichkeit einzuführen. So wie die Revolution ein Ausbruch des Gesamtwillens der Nation war, so mußte consequenter Weise dieselbe sich auch ausschließlich die Herstellung der neuen Ordnung der Dinge vorbehalten. Die Nation übertrug daher einer durch sie gewählten Nationalversammlung hierzu die Vollmacht. Indem die Regierungen der einzelnen Staaten, d. h. die Fürsten mit ihren Ständen, die Wahl zu diesem constituirenden Reichstage auf bisher geföhlichem Wege vornehmen ließen, haben dieselben thatsächlich die Revolution anerkannt. Die Aufgabe der so gewählten Reichsversammlung war es nun, den Willen der Nation in Vollzug zu setzen, d. h. Freiheit und Einheit in einer neuen Ordnung der Dinge zu begründen. Der bereits etwas ungeduldig werdende Mandatar sah endlich am 28. Juni die erste Frucht reifen. Die Reichsversammlung ernannte, und zwar wiederum ganz consequenter Weise, aus eigener Machtvollkommenheit den provisorischen Reichsverweser, sammt einer Central-Regierung; der deutsche Bund löste sich auf und legte seine Gewalt in die Hände der Reichsgewalt nieder. Ein großes Ereigniß! — Nicht nur, daß statt des bisherigen Staatenbundes ein deutsches Reich decretirt worden war, sondern die deutsche Nation wird nun hierdurch auch in die Lage versetzt, durch die Thaten zu zeigen, ob sie wirklich wahre Freiheit will, oder ob sie sich lediglich von einer Anzahl Demagogen hat leiten lassen, in trauriger Nachäffung dessen, was im Nachbarstaate vor sich gegangen ist. — Ferner, und ganz vorzüglich, wird die Nation darüber aber sich entscheiden müssen, ob sie wirklich ein einiges und mächtiges Deutschland haben will. Es ist von der allergrößten Wichtigkeit, daß sie über diese Frage mit sich selbst ins Klare komme und dann ihren Willen feststelle. — So wie es nur eine wahre Freiheit gibt, welche auf Gesetz und Ordnung beruht, so gibt es auch nur eine Einheit, eine thatsächliche Vereinigung aller Theile eines Ganzen, und zwar auf eine solche Weise, daß ein Streit oder ein Kampf zwischen dem Ganzen und den Theilen nicht mehr Statt finden kann. Verföhrt man anders, so wird nicht Einheit und Einigkeit, sondern Trennung und Zwietracht begründet werden. Will also die deutsche Nation Einheit, dann muß sie nicht nur auch die Mittel hierzu wollen, sondern auch die Consequenzen davon adoptiren. Von baierischen, preussischen, sächsischen und andern Interessen im Gegensatz zu deutschen kann keine Rede mehr sein; denn erstere müßten in letzteren ihre Erledigung finden. Eifersucht zwischen einzelnen Staaten, oder gar Schmähungen des Südens gegen den Norden, oder umgekehrt, sind alsdann frevelhafte Usurpatäten. Widerspruch oder Ungehorsam gegen die Reichsgewalt oder die Nationalversammlung aber, ein Verbrechen gegen die Nation selbst; Verath am Vaterlande, welchem die Strafe auf dem Fuße folgen müßte. Die dynastischen Interessen, soweit solche sich auf die Regierungsgewalt beziehen, können, so die Nation Einigkeit will, nicht in Betracht kommen; denn die Fürsten haben diesem Willen sich eben so gut zu fügen, wie jeder andere Deutsche. Will also die Nation das Wort zur That werden lassen, so muß sie die Reichsgewalt, d. h. Nationalversammlung und Centralregierung anhalten, ohne Nebenrückfichten, rasch und entschieden alle jene Maßregeln zu ergreifen, welche dem Zwecke, ein freies und einiges Deutschland herzustellen, entsprechen, und sie aber auch in dieser Arbeit kräftig unterstützen. — Das Zusammenberufen von Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen, wenn ihr Zweck ein anderer wäre als etwa den geschäftlichen Uebergang vom Alten zum Neuen zu erleichtern, wäre höchst überflüssig und schädlich. Sollen dieselben vielleicht mit der Reichsgewalt negociiren? Dann müßte die Nationalversammlung ihre eigenen Beschlüsse wieder schlucken, und die Kraft und das Ansehen der Reichsregierung wäre in der Geburt erstickt. Föhlt jedoch die Nation jetzt, wo sie sich entscheiden muß, daß ihre baierischen, oder hannoverschen, oder preussischen, oder andere Reminiscenzen und Sympathien, so wie manche damit zusammenhängende Interessen zu vorwiegend sind, um

dieselben deutscher Einheit zum Opfer zu bringen; regt sich der alte Geist der Zwietracht und der Absonderung noch zu lebhaft; föhlt sich die Eifersucht zwischen den Stämmen, zwischen Norden und Süden noch zu kräftig — wohl an, dann überzeuge die Nation sich selbst davon, kehre zurück zum Staatenbunde, überlasse es den einzelnen Staaten sich zu constituiren, rufe die allgemeine constituirende Versammlung zurück und verabschiede eben so Reichsverweser als Reichsregierung. — Ein solcher Staatenbund, an und für sich, schließt die Möglichkeit nicht aus, wenn auch nicht ein freies und einiges Deutschland, doch frei, in ihrem Bunde, nach außen Ansehen gebietende deutsche Länder herzustellen. Allein ein neues Reich zu construiren und gleichzeitig unvermeidlichen Kampf um die Herrschaft mit den Einzelstaaten, Uneinigkeit, statt Einigkeit, Schwäche statt Macht förmlich zu organisiren; ein Reich zu gründen, welches alle die Mängel des Alten in erhöhtem Maße in sich schloße, weil nun, nicht nur wie ehemals, Fürsten mit dem Kaiser und Fürsten unter sich streiten und kämpfen würden, sondern auch Ständeversammlungen mit dem Reichsparlament, Ständeversammlungen mit Ständeversammlungen, Associationen mit Associationen, Volksversammlungen mit Volksversammlungen, Clubs mit Clubs: das wäre denn doch ein zu unerhörtes Resultat einer Revolution, welche mit großen Opfern und Gefahren unternommen worden ist, um ein freies und einiges Deutschland herzustellen! — Die Nation muß um so ernstlicher diese Frage erwägen, weil sie sonst leicht in den Fall kommen könnte, sich für immer lächerlich zu machen, indem sie deutsche Einheit und Macht in die Welt posaunt und in der That bald das Gegentheil darstellen würde. Es ist eine Pflicht der Nation, sich bestimmt darüber klar zu werden, was sie will. Sie allein hat zu entscheiden! Da indeß heutzutage jedermann, berufen oder unberufen, seine Ansicht aussprechen zu dürfen glaubt, so wird dies wohl auch dem Verfasser dieser Zeilen vergönnt sein? Derselbe ist der Ueberzeugung, daß die deutsche Nation nunmehr auf dem betretenen Wege voranschreiten muß, um ein einiges, starkes Deutschland im vollsten Gegensatz zu einem uneinigen, schwachen Bundesstaate herzustellen. Es ist Pflicht und Ehrensache; Interesse und Klugheit erheischen es. Der Rückschritt zum Staatenbunde, oder die Gründung eines schwachen Bundesstaats durch starke ausgeprägte Selbstständigkeit der Einzelstaaten würde nur eine traurige Uebergangsperiode zu neuen Katastrophen und neuen Revolutionen bilden. Große Ideen, wie jetzt sich der Deutschen bemächtigt haben, können wohl für einige Zeit wieder schlummern, kommen aber demungeachtet wieder von neuem und mit erneuter Kraft zum Durchbruch. Die Gefahr, revolutionäre Zustände oder vielleicht Bürgerkrieg in Deutschland für eine Reihe von Jahren einheimisch zu machen, ist für dieses, für ganz Europa, ja selbst für die Civilisation zu groß, als daß nicht Alles aufgeboten werden müßte, um sie abzuwenden.

Für die Reichsgewalt, d. h. Reichsregierung und Nationalversammlung, wird es, getragen von dem Willen der Nation, zur ersten Pflicht, mit Muth und Entschiedenheit die große Aufgabe zu lösen. Die Reichsgewalt muß, so weit es hierzu nöthig ist, die Souveränität der einzelnen Staaten an sich ziehen; sie muß die hierzu nöthige Organisation Deutschlands gesäumt vornehmen; sie muß, indem sie den Reichs-Regierungs-Organismus einrichtet, jenen der einzelnen Staaten reduciren. Eine vollständig eingerichtete Centralgewalt, in welche wiederum eben so vollständig eingerichtete größere und kleinere Staaten eingeschachtelt werden, wäre wirklich ein Uebersinn, dabei so kostspielig, daß die Nation es nicht ertragen würde. Auch dürfte die Erfahrung bald lehren, daß die Souveränität sich nicht theilen läßt. Die Reichsgewalt muß namentlich den diplomatischen Verkehr der Einzelstaaten nach außen und im Innern alsbald aufheben und in ihren Händen concentriren. „Es ist dies eine Lebensfrage!“ Sie wird und muß die Interessen eines jeden Theiles von Deutschland gleich würdigen und vertreten. Sie muß sich die unbedingte Disposition der Streitkräfte aneignen und nach Gutdünken darüber verfügen. Sie muß die Zolllinie an Deutschlands Gränze rücken. Sie darf nicht dulden, daß neben ihr Regierungen oder constituirende Ständeversammlungen in einzelnen Staaten sich mit dem be-

schäftigen, was der Nationalversammlung allein obliegt. Wird aber der Gehorsam versagt, dann müßte sie die Strafe auf dem Fuße folgen lassen. Sie müßte ungehorsame Minister, Generale, oder sonstige Beamte vor ihre Schranken fordern und zur Rechenschaft ziehen. Sie müßte Ständeversammlungen und Truppencorps auflösen, wo sich dieselben ihren Befehlen widersetzen. Nur so allein wird die Reichsgewalt den Willen der Nation, ein freies und einiges Deutschland herzustellen, vollziehen, vorausgesetzt, daß dieses wirklich der Wille der letzteren auch ist. Nur so wird sie die Kraft erlangen, um im Innern Ordnung und Ruhe, und damit den Wohlstand wieder einzuführen; nur so, und hierdurch die Möglichkeit finden, jene socialen Fragen befriedigend zu lösen, welche weder Worte noch der Donner der Kanonen für immer zu beseitigen mehr im Stande sind. So endlich würde Deutschland dem Auslande gegenüber eine Achtung gebietende Haltung einnehmen können, ohne, wie bis jetzt, nur mit leeren Drohungen zu reizen. Jeder andere Weg, welchen die neue Reichsgewalt einschlagen würde, müßte entweder zu einem uneinigen schwachen Deutschland führen (weil man den Saamen der Zwietracht von vornherein wieder in den Boden legte), oder sie wird allmählig Deutschland zu dem alten Staatenbund zurückbringen. Es wäre wirklich einer großen Nation und ihrer Vertreter nicht würdig, wollte sie sich selbst täuschen, das Eine aussprechen, das Andere wollen. Also: Entweder, Oder!

Frankfurt a. M., im Juli 1848.

F. Karl Fürst Leiningen.

Ein Wort über eine offenkundige Schmach.

(F. F.) Die Wölfer kennen keine Rachelust; sie vergessen gerne das an ihnen verübte Unrecht, sie reichen die starke Hand, es wieder gut zu machen. Sie haben es bewiesen, als sie bei der Staatsumwälzung, welche im März an verschiedenen Stellen Deutschlands zum Ausbruch gekommen, die Fürstenthümer schonten, und nach so vielen Unterdrückungen und Wortbrüchen, welche von den Machthabern Jahre hindurch ausgegangen, den einfachen Versprechungen derselben kindlichen Glauben schenkten.

Die Bevölkerung Wiens hat dies am glänzendsten gezeigt, als sie am 12. August den rückkehrenden Landesfürsten mit verschwenderischen Zeichen liebevollen Vertrauens empfing. Wir wollen es auseinander zu setzen unterlassen, welche Stimmen des Schmerzes, der Kränkung und des Unmuths das Volk an diesem Tage schweigen ließ; wir wollen darauf verzichten, die weit ausge dehnte Grenze dieser edelmüthig aufgeopferten Gefühle zu umschreiben.

Das Volk vergißt gerne, aber man läßt es nicht dazu kommen. Dessen bietet sich uns ein besonderes Beispiel dar. Das Volk hat die Rückschritts- und Schreckensmänner der Zeit vom 18. bis zum 26. Mai der Vergessenheit übergeben; es hat dazu geschwiegen, daß die Untersuchung gegen die sogenannten Urheber des 26. Mai ausgesetzt wurde; es hat um der Sicherheit des Staates willen der Leitung eines Ministers, der dem Ansinnen der Volksfeinde gehorchte, überlange sich gefügt, bis seine unerträgliche und der öffentlichen Moral hohnsprechende Zweideutigkeit ihn endlich stürzte; es duldet, daß Männer, welche von dem Verdachte, der seit jenen Tagen auf ihnen lastet, sich noch nicht öffentlich gereinigt haben, theils in seiner Mitte unangefochten umherwandeln, theils sogar in dem dermaligen Ministerrathe ihren Sitz einnehmen konnten.

Dieser Großmuth des Volkes steht die Unverschämtheit derer gegenüber, welche selbst jetzt noch immer nur sich und weiß Gott was für veraltete Ansprüche im Auge haben. Ist es nicht Unverschämtheit, wenn, um nur das zu berühren, was unserem besonderen Falle angehört, wenn Montecuccoli in Italien an der Spitze der bürgerlichen Staatsregierung sich befindet? —

Es ist Unverschämtheit, beleidigende Unverschämtheit. Es ist in den Augen des Volkes, die man ja gewaltsam aufzureißen bemüht ist, dasselbe, was das einträchtige Nebeneinander- und Zusammenwirken eines Leo Thun mit Windischgrätz in denselben war. Das Volk muß staunen, wenn es seinen Widerwillen, der auch dann, wenn er sich im Irrthum befände, Achtung verdient, auf eine so grelle Weise verhöhnt sieht.

Montecuccoli ist durch die Annahme dieser Stellung, welche er etwa nur in ihrer Beziehung „nach Oben hin“ begreifen will, mitschuldig an dieser Unverschämtheit. Mag sein, daß er sich durch seine an den Reichstag eingeebene Denkschrift, womit er zum Ueberflusse die Aufmerksamkeit des Volkes auf sich zieht, so vollkommen gerechtfertigt fühlt, daß er seinem Thätendurst keine weitere Hemmung anlegen zu müssen glaubte. Dann aber übersieht er die letzten Gründe des Makels, der auf ihm haftet, und übersieht die Schwäche seiner Verteidigung. Wir wollen es glauben, daß er nur der Ausfertiger eines aus anderer und höherer Quelle gestoffenen Befehles gewesen, daß er um die brutalen Mittel, welche man anzuwenden gesonnen war, um die schändliche Gewalt, welche man zur dummen und feigen List zu gesellen unternahm, nicht gewußt habe und nicht habe wissen wollen. Wenn das Volk in der Aufregung jener Tage ihn auch dieser Feindseligkeiten zieh, so hat er es der Rolle, welche er seit dem 18. Mai spielte, hat er es jener Androhung des Standrechtes, welche er einer besonnenen, allem Frevelmuth abholden Bevölkerung bot, zuzuschreiben. Das Volk, dem von Stunde zu Stunde, bis zur Bekanntwerdung des Innsbrucker Manifestes die Bedeutung der improvisirten Flucht des Landesfürsten immer vollkommener einleuchtete, verabscheute die Einschüchterung, die Bevormundung, die Augendienerei, welche einem erst angelegten Plane der Hofspartei zum vollen Siege verhelfen wollte. Eben das anscheinend unschuldige, gleichsam sich von selbst verstehende Einverständnis mit der von den Ministern beschlossenen Auflösung der akademischen Legion, über welches der Graf in seiner Denkschrift so leicht hinweggeht, ist der Irrthum und die Schuld Montecuccoli's zugleich; denn dieser Irrthum war in seinen — vielleicht unbewußten — Gründen und in seinen — vielleicht nicht klar vorhergesehenen — Folgen: Volksverrath.

Darauf mußten wir hinweisen. Man rückt uns das, was das Volk mit einem Schleier bedecken möchte, weil es nur ungern rächt und straft, muthwillig unter die Augen; doch hüte man sich auch, daß das Volk nicht herausgefordert von Neuem und strenger zu Gerichte sitzt, als es bisher gethan. Wir wollen von der Forderung der Gerechtigkeit hier absehen und begnügen uns, nur dies nochmals auszusprechen, daß das Volk, dessen Handlungen und Ansprüche offen zu Tage liegen, über die Verfertigung der verrätherischen Umtriebe jener Woche bis jetzt unaufgeklärt geblieben. Es ist möglich und es hindert nicht, daß die Aufklärung gänzlich ausbleibt, die Vergeltung aber, wenn auch spät, wenn das volle Maß übergeht, nachfolgt.

Frankreich und Deutschland.

Fas est, et ab hoste doceri.

Unsere schwarzgelbe Partei, die seit der Eroberung der Lombardei mehr als je fanatisirt ist, und von einem großen mächtigen Oestreich ohne Deutschland träumt, möge hier aus einem französischen Blatte lernen, welchen großen Dienst das deutsche Parlament uns geleistet hat.

Der „Spectateur Republicain“, Bastide's und nicht selten Cavaignac's Privatorgan, rechtfertigt die bisherige Unthätigkeit Frankreichs in einem langen Artikel, überschrieben: „Question italienne“. Nachdem er das egoistische Streben des Hauses Savoyen seit Jahrhunderten enthüllt und dargestellt hat, wie Karl Albert an der venetianischen Grenzscheide zu lange auf das Resultat der Stimmzettel gewartet habe, heißt es: „Es scheint, man

(die italienischen Fürsten?) dachte den Franzosen keine andere Rolle zu, als eine Reservearmee des Königs von Piemont zu bilden. Die Unabhängigkeit Italiens ist eine heilige Sache und Frankreich wird nicht dulden, daß sie untergehe. Aber man verständige sich über die eigentliche Bedeutung der Frage. Handelte es sich bisher um die unterdrückte italienische Unabhängigkeit, oder handelte es sich nicht vielmehr um den Schutz und die Vergrößerungsucht des Hauses Savoyen? Durfte Frankreich sich mit Deutschland eines dynastischen Interesses halber überwerfen und es zu einer neuen heiligen Allianz stoßen? Ein Krieg mit Deutschland würde eine Allianz Deutschlands mit Rußland, und dann mit England wieder gegen uns zur Folge haben. Die Haltung der Frankfurter Nationalversammlung in der Schleswiger und Triester Blokadefrage hat uns den entschiedenen Charakter der deutschen Politik hinlänglich bewiesen. Welche Verbündeten blieben uns wohl noch, wenn Deutschland, Rußland und England uns feindlich gegenüber ständen?" Schließlich drückt das Blatt die Hoffnung aus, daß die Mediation ihre Früchte tragen und den Weltfrieden sichern werde.

der Gelegenheit äußerte sich Dr. Claudy gegen den Hrn. F. M. L. Grafen Wallmoden, in Gegenwart vieler Anwesenden, die es gleichfalls jederzeit bezeugen können: „Es war ja nur ein Mißverständniß, es hätte ja erst Dienstag losbrechen sollen, wir wären dann ja auch mehr gerüstet gewesen.“

Am Dinstag früh erschien derselbe wieder mit einer Deputation, die sich zu Sr. Durchlaucht dem kommandirenden Hrn. General begab. Er selbst blieb jedoch im Vorzimmer zurück, wo er ganz laut, in Gegenwart Sr. Excellenz des Hrn. F. M. L. Grafen Rhevenhüller äußerte: „Wenn der Fürst nicht nachgibt, so bedaure ich den Grafen Leo Thun, denn er wird im Clementinum aufgehängt; der Galgen ist für ihn schon aufgerichtet.“

Ersteres geschah, wie bekannt, aus guten Gründen nicht; — das Letztere hat sich als Lüge erwiesen. —

Wir überlassen es dem Publikum, über diesen Menschen das Urtheil zu fällen. Cerini.

Herr Joseph Rauf, Mitglied unseres Vereins und Redactionscomités, wurde im Bischofssteiner Wahlbezirke vor einigen Tagen zum Abgeordneten für die deutsche National-Versammlung zu Frankfurt gewählt, und reist in Folge dessen nächster Tage ab.

Korrespondenz des Vereins.

Geehrte Herren!

Ich glaube Ihnen für den Fall, als Sie hievon noch keine Kunde erhielten, die Neuigkeit mittheilen zu können, daß sich die ungarischen Comitats: der Neutraer und Trencschiner, in vollem Aufstande befinden und beabsichtigen, sich an Mähren anzuschließen.

Das Regiment Ceccopieri ist auf Wägen eiligst von Preßburg dahin gesendet worden, und wenn ich diesfalls von Sympathien sprechen darf, so hat sie das Regiment mehr für die Slowaken, als für die Magyaren.

Wien, am 18. August 1848.

Notizen.

Wir stellen den Declamationen des Dr. Claudi im Reichstage über die Prager Juni-Ereignisse folgende Notiz aus Nr. 37 der „Prager Zeitung“ entgegen.

Zur Würdigung des Dr. Karl Leopold Claudy.

Am 12. Juni zur Mittagsstunde waren von den durch den Dr. Claudy vielfach aufgeregten und irregeleiteten Studenten aus dem Carolinum die ersten Schüsse auf das Militär gefallen, das seiner Pflicht gemäß die dortigen Barrikaden wegräumen wollte. In Folge dessen wurde das Carolinum erstürmt und eine Menge Studenten mit und ohne Waffen zu Gefangenen gemacht.

Dr. Claudy erschien hierauf im Generalkommandogebäude, um die Auslieferung der Gefangenen gegen Abtragung der Barrikaden zu erwirken. Bei

Für die deutsche Flotte.

Wir geben hier die zwei ersten der im vorigen Blatte erwähnten Verzeichnisse der uns überlieferten Beiträge deutscher Männer und Frauen.

1.	
Schwadorf.	
Fellner	3 fl. — fr.
Lefner	2 » — »
Kiedl, Theresia,	2 » — »
Eckel, Karoline,	2 » — »
Eisl, »	— » 20 »
Flad, Christine,	— » 20 »
Baumer	— » 40 »
Donnerer	— » 40 »
	11 fl. — fr.

2.	
Enzersdorf an der Fischa.	
G. B. jun.	20 fl. — fr.
Ef. Konz, Pf. v. E.	2 » — »
Gottl	— » 40 »
Stahl	— » 20 »
J. N.	— » 20 »
Wolk, Sebastian,	4 » — »
Wolk, Amalie,	2 » — »
Wolk, Josephine und Marie,	1 » — »
Grundacker	1 » — »
	31 fl. 20 fr.

Verantwortliches Redaktions-Comité: Dr. Moritz Kuh, Jos. Rauf, Dd. A. W. Schopf, Friedrich Uhl.

Schwarz - Roth - Gold.

Bereinsblatt der Deutschen in Oestreich.

Dinstag,

N^{ro.} 13.

den 22. August 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig zwei Mal in der Woche, Dinstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse N^{o.} 1103, im ersten Stock links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. E. W. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Unser Ministerium und Deutschland. — Was gehört vor Allen in unsere Volksschulen. — Deutschland und der östliche Staatenbund. — Aus dem Reichstage. — Correspondenz. — Notizen.

Unser Ministerium und Deutschland.

[G. F.] Draußen in Frankfurt haben sie nun bald den Plan des deutschen Einheitsbaues beendet, aber bei all der Dekonomie und rücksichtsvollen Gewissenhaftigkeit, die man in der projektierten Verwendung auch der alten Elemente zu demselben kund gegeben, hat es den Anschein, als wenn er auf einige Zeit noch hinausgeschoben werden müßte. Die fürstlichen Kontrahenten haben indeß die Sache sich überlegt und bei dem Umstande veränderter Nothwendigkeitsgründe ihre Versprechungen über die zu leistenden Materialien entweder zurückgezogen, oder denselben doch eine sehr einschränkende Auslegung gegeben. Wir brauchen hier wohl nicht erst auf Preußen, Hannover und Braunschweig hinzuweisen, wir können vor unser eigenen Thüre kehren. Welches sind die deutschen Thaten unseres Ministeriums? Vielleicht jene vom Weltgeiste diktirte Erklärung, daß wer deutsch sich heißen wolle, unbedingt ein ehrlicher Narr sein müsse, die es Angesichts der Welt, d. h. der von diesen Eigenschaften wohl hinlänglich überzeugten Tschechen abgab? Oder das nach gewichtiger Ministerialberathung anbefohlene schleunigste Herabreißen jener deutschen Bänder von den militärischen Fahnen, die man ohnedieß schon wahrscheinlich der blendenden Eigenschaft wegen in mikroskopischem Format gewählt hatte? Oder jene warme patriotische Versicherung, daß man dies vom Reichsministerium zur Unterstützung in der Schleswigschen Angelegenheit abverlangte Truppenkontingent dann absenden werde, wenn man es für nöthig halten werde, was jetzt, wo man auf Abschließung eines Friedens hoffen könne, nicht der Fall sei? So weit lauten die offenen deutschen Aeußerungen unseres Ministeriums, welches die Quelle sei, der dieselben entspringen, kann wohl leicht entnommen werden. Hoffentlich wird diese fernigte Gesinnung in der Organisationsfrage der Monarchie noch mehr hervortreten und in Bezug auf diese wollen wir uns eine kurze Betrachtung erlauben. Es scheint nämlich bei dem gegenwärtigen Ansehen der österreichischen Provinzen, wo die Lombardei durch das Schwert erobert, Kroatien, Slavonien, Syrien und Ungarn gegenseitig in Schach gehalten sind, wo Böhmen von seinen wahnwitzigen Ausbrüche erwachend vor dem Doppelpaar in in Thränen wieder kniet und die deutschen Provinzen in ihrer Anhänglichkeit um den Habsburger Thron sich lagern, ein sehr einfaches Mittel, ohne freilich erst nur mit Mühe nach einer der Natur der Verhältnisse entsprechenden Form zu suchen, diejenige zu adoptiren, wobei ohne alle oder ohne gehörige Rücksichtnahme auf Deutschland, als dem Gravitationspunkte Oestreichs, das gekittet wird, was zu kitten geht. Wir wollen nun hier dem Ministerium noch ein Memento futuri zurufen! Die gegenwärtigen Verhältnisse Deutsch-

lands sind freilich für den Augenblick so gestellt, daß ihm gegenüber wieder die souveräne Stellung einzunehmen und dessen Forderungen zu widersprechen gewagt werden kann.

Aber fragen wir uns, fragen wir das Ministerium, ist der Sache Oestreichs auf diese Weise bleibend genügt? Gibt es nicht wahrscheinliche politische Eventualitäten, die man im Vorhinein in die Rechnung zu ziehen wissen müsse? Oder ist vielleicht anzunehmen, daß die Idee der deutschen Einheit, einmal schwellend in das Volksbewußtsein gedrungen, sich wieder zurückdämmen lassen werde? Oder wird es den Fürsten vielleicht möglich sein, mittelst ihrer separatistischen Pläne eine dauerhafte Consolidation solcher zwitterhaften gegenwärtigen Zustände zu erzielen? Wir sind ungerecht in unseren Vorwürfen, wird man sagen, wir fordern ohne Einsicht Unmögliches? Wir geben zu, daß Oestreich wohl als derjenige Körper angesehen werden müßte, bei dem die Idee auf natürliche große Widerstände werde stoßen müssen. Desungeachtet ist aber ein Loszagen und ein egoistisches Einziehen seiner Glieder, unter die alte, wenn auch mit der Freiheit dekorirte Decke nicht zu entschuldigen. Schwierig ist nicht unmöglich und es läßt sich allerdings noch ein derartiges Verhältniß der österreichischen Provinzen herausfinden, wo bei der Integrität der Gesamtmonarchie die zum deutschen Bunde gehörigen Gebietsheile allen von der Centralgewalt auferlegten Pflichten vollkommene Rechnung tragen können. Wird aus einem Bequemlichkeitsgeföhle oder mehr aus dem Grunde der Unfähigkeit jener vermittelnde Pfad verlassen, wir sprechen es heute, so ist Oestreich auf schwachen Füßen gebaut. Es ist nicht zu erwarten, daß Baden, Rheinpreußen, Pfalz und Württemberg, die ihre Verfassungsänderungen nur dem Gedanken eines monarchischen einheitlichen Deutschlands geopfert, auf die Länge sich der Ruhe befleißigen werden und was dann, wenn sie kräftig organisiert, woran sie nicht gehindert werden können, als ein an Frankreich gestützter Kopf an den übrigen deutschen Massen elektrisch rütteln werden, um eine Form in ihnen erstehen zu machen! Werden da die österreichischen deutschen Provinzen bei dem Umstande wo eine deutsche Bewegung eine slavische zu Folge haben muß, und die Nationalitätenfrage nur noch heftiger auftreten wird, lange widerstreben? Und wer hat sich die Schuld seines Nachtheils zuzuschreiben, die Regierungen sich selbst. Darunter wird dann unser gegenwärtiges Ministerium sein. — Wir glauben gerade jetzt werden die Würfel des künftigen Geschickes Oestreichs geworfen. —

Was gehört vor Allem in unsere Volksschulen?

Dies betrauern wir, daß die Masse des Volkes von der Liebe zum deutschen Vaterlande noch so wenig durchdrungen ist. Der größere Theil der österreichischen Bauern weiß noch kaum, daß es ein Deutschland gibt, und das dieses sein Vaterland sei. Wie sollte also die heilige Vaterlandsliebe im

Volke erwachen, da es sein Vaterland noch gar nicht kennt? Die Volksschule war bisher noch ganz verwahrloset. Die deutschen Kinder lernten wohl die jüdische Geschichte, lernten die Helden der Juden kennen, aber unsere Helden, unsere mit Ruhm gekrönten Männer der Vorzeit und der Gegenwart blieben ihnen unbekannt. Das bisherige Verdummungssystem wollte kein einiges Vaterland, da es nur in der Zersplitterung der Völker bestehen konnte, es wollte und konnte nicht die freien Männer unserer Vorfahren den Kindern zum Vorbilde aufstellen, sollte es nicht aus seiner Rolle geworfen werden. Nun soll es aber mit Gottes Hilfe besser kommen. Die Schule muß sich zur wahren Bildungsanstalt umgestalten, in ihr muß der Same der Vaterlandsiebe in das weiche Herz der Kinder gelegt werden, daß sie heranwache in der pochenden Brust der deutschen Jünglinge und Jungfrauen und erstärke in der Seele des deutschen Mannes, des deutschen Weibes. —

Darum möge in Zukunft in allen deutschen Volksschulen statt der hebräischen Geschichte, die Geschichte der Deutschen gelehrt werden, sie weist Männer auf, die hoch über den Männern der Bibel stehen, und unseren Kindern als die herrlichsten Vorbilder aufgestellt werden können. Man lehre sie die Geschichte, aber nicht nach einem regierungsmäßigen mit obligaten Fürstenlobe durchwirkten Zuschnitte, sondern in nackter Wahrheit. Man lehre sie die deutsche Länder- und Völkerkunde, damit der Oestreicher seine deutschen Brüder in der Steiermark und Tyrol, am Rheine und der Elbe, an der Nord- und Südsee kennen und lieben lerne.

Damit aber unsere herrliche deutsche Geschichte, so recht zum Herzen der Kinder dringe und ihr Gemüthsleben mit Tausend und Tausend der schönsten Bilder aus schmücke und bereichere, muß sie mit Liebe aus ganzer Seele vorgetragen werden, denn nur was vom Herzen kommt, geht wieder zum Herzen, mit Einem sie muß aus deutscher Brust vom deutschen Manne vorgetragen werden. Daher in Zukunft die Lehrer an den deutschen Volksschulen nur Deutsche sein sollen, weil weder der Slave, noch der Romane, noch der Ungar für unser Vaterland erglücken können. Zu den Volkslehrern gehören auch unsere Priester!

Also deutsche Priester in unsere Kirchen, und deutsche Lehrer in unsere Volksschulen!

Prinzendorf im August 1848.

von M ö r l,
Amtmann.

Deutschland und der östliche Staatenbund.

[Dr. W. M.] Aus den verschiedenen Antworten unseres Ministeriums auf die gestellten Interpellationen und aus seinen Maßregeln geht hervor, daß es noch immer nicht die Stellung Oestreichs zu Deutschland begreift. Ein souveränes Oestreich und ein souveränes Deutschland können neben einander nicht bestehen; das eine oder das andere muß übergeordnet sein. Daß sich nun Deutschland von dem bereits in zwei Theile gespaltenen Oestreich nicht wird beherrschen und regieren lassen, versteht sich wohl von selbst, und es hat es auch noch Niemand, außer einigen Urschwarzgelben, verlangt. Bei einem Staatenbunde wäre ein Nebeneinanderstehen von Deutschland und Oestreich möglich; bei einer Vereinigung beider ist aber ein gleichberechtigtes Nebeneinandersein beider unmöglich; da nun aber seine Verschmelzung im Interesse der Freiheit von jedem Deutschen in Oestreich gewünscht und angestrebt werden muß, so bleibt kein anderer Ausweg übrig, um nicht unserem großen Vaterlande namenlose Verwickelungen und Bürgerkriege von nie geahnter Furchterlichkeit vorzubereiten, als daß unsere östreichische Regierung der deutschen Centralgewalt unbedingte Folge leiste. Ihre Stellung ist eine untergeordnete und wird es noch mehr werden, wenn die fremdartigen Elemente unserer Monarchie eine consolidirte Stellung

werden gewonnen haben, daß sie geeignet sein werden, mit ihren eigenen Kräften sich zu regieren und zu verwalten. Staaten von verschiedenen Nationalitäten können neben einander recht wohl in der Form eines gleichberechtigten Bündnisses existiren und sich fort entwickeln; deßhalb wird es auch noch kommen, daß Polen, Ruthenien und Kroatien zu uns in ein ähnliches Verhältniß wie Ungarn treten werden. Eine Herrschaft eines Volkes über das andere ist ungerecht und undemokratisch. Sind mehrere kleinere Völkerschaften ohne Selbstständigkeit neben einander, so mögen sie sich in einen größern Bund mit einer Centralgewalt vereinigen; das Innere eines jeden Landes bleibe aber seine eigene Aufgabe. Zu einem solchen Staatenbunde sollten sich die östlichen Völkerschaften Oestreichs und der Donauländer vereinigen, dessen Centralpunkt Pest wäre, woselbst auch unsere Dynastie für die Zukunft den Schwerpunkt finden würde.

Aus dem Reichstage.

Als vor einiger Zeit der Abgeordnete Rieger in Wien durch Pöbel — wir wissen nicht, auf Veranlassung, welcher Partei — beleidigt wurde, erhob sich der ganze Reichstag, Deutsche wie Slaven, diesen Vorgang zu mißbilligen; sprach die sämmtliche Presse ihren Tadel aus. Etwas ähnliches, nur in bei weitem größerem Maßstabe, ereignete sich vor einigen Tagen zu Kollin in Böhmen. Herr Kuranda, (für Teplitz) Mitglied der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt, wurde daselbst von einem Volkshaufen öffentlich beschimpft und sogar thätlich so bedroht, daß er nur durch Flucht den ärgsten Mißhandlungen entgehen konnte. Am 18. I. M. interpellirte Herr Schuselka den Herrn Justizminister darüber, ob er einen Gesetzesvorschlag zum Schutze der Vertreter der deutschen Nation, die zu Frankfurt tagen, machen wolle; derselbe gab eine verneinende Antwort, aus der wir nur hervorheben, daß er glaube, dies sei ein einzelner Exceß, den die edle czechische Nation gewiß mißbillige. Diesem deutschen Ministerium wollen wir verzeihen, daß es nicht nöthig fand, die Vertreter der deutschen Nation zu schützen; wir kennen seit dem 6. und 7. August bereits, wie dasselbe den in der Thronrede ausgesprochenen innigen Anschluß an das übrige Deutschland versteht. Was thaten aber die czechischen Deputirten, als der Minister die Hoffnung aussprach, die czechische Nation werde den Exceß mißbilligen? Erhoben sie sich auch wie Ein Mann, um diesem Ausspruche beizustimmen? Erwiderten sie die Achtung, welche damals die deutsche Nation gegen die ihrige ausgesprochen? — Nein! — sie lachten und zischten. Das dürfte uns ein Fingerzeig sein, wie dieselben Herren die Gleichberechtigung in andern Fällen verstehen werden. — Sapienti sat.

Korrespondenz des Vereins.

Biala.

Ihre höchst erfreuliche Zuschrift vom 20. v. M. blieb von Seite der Gefertigten deshalb so lange ohne Erwiderung, weil der Adressat abwesend war, und seine, erst vor Kurzem erfolgte Heimkehr zu dieser dankbaren Entgegnung abgewartet werden mußte.

Keinesfalls war etwa Mangel an wärmster Sympathie für die uns heilige deutsche Sache in Oestreich, an deren Befestigung auch hier nicht ohne Erfolg gearbeitet wird, an dieser Verzögerung schuld; die Gefertigten in Verein mit vielen ihrer durch und durch deutsch gesinnten Mitbürger haben

keine Gelegenheit vorüber gehen lassen, in ihrer patriotisch-deutschen Gesinnung sich wechselseitig zu kräftigen, und zum Theil auch in diesem Zwecke schon vor Empfang Ihrer ehrenvollen Aufforderung einen Verein gegründet, der, wenn ihm auch vorläufig nur der Name eines Lesevereins beigelegt wurde, doch wesentlich ein deutscher Verein ist, dessen Mitglieder fast ohne alle Ausnahme unzweifelhaft deutscher Gesinnung sind, und es bietet sich in diesem Verein ein geeignetes constituirtes Organ dar, mit welchem Ihr Verein bei allen Vorfällen sich in's Einvernehmen setzen kann. Die unsern Schwesterstädten schon erwiesene Theilnahme läßt uns wünschen, daß Sie recht bald und oft, unter Adresse von Einem der Gefertigten, hiezu Veranlassung finden mögen, so wie wir unsererseits nicht ermangeln werden, uns persönlich bei Ihrem Verein, dessen Tendenz und Programm wir vollen Herzens zu dem unsern machen, zu betheiligen, und für die Verbreitung des Vereinsblattes, was bereits für uns bestellt wurde, thätig zu sein.

Die Förderung deutschen Sinnes in hiesiger Gegend hat bei der höchst erfreulichen einmüthigen Gesinnung von Vielen nur Einen, aber leider überaus schwierigen Zielpunkt: Wiedererweckung und Stärkung deutschen Elements in Biala. Ein großer Theil dieser galizischen, in dem, freilich nur nach historischem Recht, zum deutschen Bunde gehörigen Herzogthum (polnisch Oswiecim) gelegenen sprachlich ganz deutschen Stadt, ist aus zum Theil irrigen, zum Theil ganz niedrigen und verwerflichen Beweggründen, deutschem Sinn entfremdet. Ein neues selbständiges Polen mit den Gränzen von 1772 sagt diesen Bialern, obschon sie allesammt deutscher Abstammung, von deutscher Sprache, Sitte und Gewohnheit sind, — so daß erst neulich ein in polnischer Sprache abgefaßter Erlaß des National-Garden-Obercommandos in Lemberg durch einen Nichteinheimischen übersetzt werden mußte, weil kein einziger Eingeborner ausreichende Sprachkenntniß hatte — zumeist aus dem Grunde zu, weil sie mit der Theilnahme an diesem neuen Polen überschwängliches Aufblühen ihrer Industrie, gewinnbringenden Schutz ihrer Gewerbsinteressen, Aufhören aller lästigen Concurrenz und derartigen materiellen Vortheil für sich zu erlangen die Hoffnung haben, und es hat bis jetzt nicht viel gefruchtet, wenn man diesen Bialern gegenüber, die Verächtlichkeit ihres Standpunktes in Beurtheilung rein nationaler Frage bei Seite lassend, auf ihrem eigenen Terrain des materiellen Vortheils die grundhaltigere Ansicht vertheidigt hat: daß das mindestens noch sehr problematische neue selbständige Polen doch jedenfalls ein Agrikulturstaat sein, und seiner natürlichen Mission folgend auf lange Zeit hinaus bleiben, mithin nothwendig dem Freihandels-System huldigen müßte, daß des selbständigen Polens staatswirtschaftliche Aufgabe unmöglich Schutz einer nicht vorhandenen einheimischen Industrie sein könne &c.

Es wäre diese schmachvolle Zähigkeit als offenbar widernatürlich kaum zu erklären, wüßte man nicht, daß die örtlichen Stimmführer der antinationalen Parthei den gewaltigen Hebel der confessionellen Bornirtheit anzusetzen, jede Annäherung an Deutschland als der rechtgläubigen Kirche gefährlich darzustellen, und in dieser Richtung zu agitiren sich nicht entblödet haben. So weit geht die Schamlosigkeit dieser Herren freilich nicht, daß sie sich zur Urheberchaft dieses Jesuitenstückchens und zu dem offen bekennen, was sie im Geheimen anzuschüren nicht unterlassen; ihr Lügner kann uns aber nicht beirren: schon bei der Deputirtenwahl nach Frankfurt, welche vorzüglich durch Anstrengung und den wohlfeilen Success dieser Partei vereitelt wurde, haben ungeschlachte Handlanger und übereifrige Vorposten die Parole ihrer Führer geistlichen und weltlichen Standes wortdeutlich verrathen. Partei und Personen sind bis zum heutigen Tage dieselben geblieben.

Es soll jedoch mit dem Vorstehenden nicht gesagt sein, daß nicht trotz der bezeichneten, sehr beklagenswerthen Gesinnung der Mehrzahl — so scheint es wenigstens — in Biala auch eine gute Anzahl von Männern sind, auf deren unererschütterlich am deutschen Vaterlande hängenden Sinn zu zählen ist; allein es fehlt an durchgreifenden und zulänglichen Mitteln, die große Zahl derjenigen Einwohner zu thätiger Antheilnahme an der Förderung der deutschen Sache zu bewegen, welche aus ihrer nationalen und politischen

Gleichgiltigkeit als „gute, getreue Unterthanen“ nur mit Hilfe der „Obrigkeit“ zu bringen scheinen. Gelänge es, das gerüchtweise schon wiederholt angekündigte Vorhaben der Regierung, die zum deutschen Bunde gehörigen Herzogthümer Ausschwiz und Sator, welche seit 1773 mit Galizien administrativ vereinigt blieben, mit Schlesien wirklich zu vereinigen, oder dem Ausspruch der Frankfurter Nationalversammlung, daß auch nicht der kleinste Theil des deutschen Bundesgebiets freigegeben werde, hier irgendwie faktische Anwendung zu geben, so wäre die antideutsche Faction in Biala, innerlich an sich nicht bedeutend und nur durch unverzeihliche Schwäche der Deutschen gefährlich, entschieden vernichtet.

Wer anders, als Ihr patriotischer Verein, der die „Wahrung der deutschen Nationalität und der deutschen Interessen“ sich zur Aufgabe gesetzt hat, kann zur Erreichung dieses von allen deutschgesinnten Männern der hiesigen Gegend heißersehnten Zieles die hilfebringende Hand reichen; wer an geeigneter Stelle mit gleichem Gewichte des Wortes anregen und wirken? Darum, edle deutsche Männer, reichen Sie uns die Bruderhand, und es kann mehr und Besseres gelingen, als wir bis jetzt zu hoffen Anlaß haben!

Notizen.

Da auf die in Nr. 136 der Beilage zur „Bohemia“ vorkommende Aufforderung zur Veröffentlichung des Verwendungs-Ausweises über jene 33,058 fl. 21 kr. C. M., welche das wohlthätige Publikum „für Beschäftigung der Arbeiter“ gewidmet und dem sogenannten „Bürgercomité“ anvertraut hat, bisher nichts erfolgt ist; so werden aus dem dießfälligen Ausweise ein stweilen folgende Probbchen zum Besten gegeben.

1.

30. März.

An Herrn J. Ed. Krug für Unkosten der Prager Bürger-Deputation auf der Reise nach Wien und zurück, und zwar:

Nachtlager in Olmütz und Trinkgelder	65 fl. — kr.
Rechnung im Matschakerhof	1550 „ 12 „
„ der Lohndiener	27 „ — „
Trinkgeld dem Portier	5 „ — „
Diverse Fahrten und Wiener Zeitungen	14 „ — „
Zahlung an Herrn Trojan	5 „ — „
Nachtquartier in Wildenschwert	400 „ — „
Honorar an das Bahnpersonale	200 „ — „
	2266 fl. 12 kr.

2.

22. April.

An Herrn Wanka an Auslagen:

An Lenhardt 12 $\frac{1}{4}$ Ell. Kreuzband	8 fl. 10 fr.
„ Merz und Sohn 14 $\frac{1}{2}$ Ell. Ordensband	9 „ 40 „
„ Hospodar 30 St. Rippsbinden	18 „ — „
„ Lieger 17 $\frac{7}{8}$ roth } 8 $\frac{1}{4}$ weiß } Moireband	19 „ 55 „
„ Klezanda 5 Duß. Handschuhe	40 „ — „
„ Schwab Kokarden, Ordensbänder	58 „ 25 „
„ F. A. Stöhr für Rosen, weiße und rothe Bänder	61 „ 40 „

215 fl. 50 fr.

Julius.

(„Prager Zeitung.“)

Bei dem großen Dombaufeste in Cöln, hielt Heinrich Gagern, an der Spitze vieler Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung, folgende Anrede an den König von Preußen:

„Königliche Majestät!

Der Dombaueverein von Cöln hat die deutsche Nationalversammlung eingeladen, einem bedeutungsvollen Feste beizuwohnen. Diese hat solcher Einladung entsprochen, und die hier anwesenden Mitglieder konnten sich überzeugen, daß es für den Bau auch dieses herrlichen Werkes der nationalen Einheit bedarf. Das Streben nach Einheit auch in diesem Werke ist durch Eure Majestät neu erweckt worden. Die Reichsversammlung vertraut fest auf die Unterstützung Eurer Majestät bei dem Baue der Einheit, der unternommen ist und den die Nation ausführen wird.“ — Der König bemerkte: „Die Einheit Deutschlands liegt mir am Herzen; sie ist ein Erbtheil meiner Mutter.“ Gagern: „Wir wissen, daß Eure Majestät der Pfleger dieses Gedankens sind.“ Der König: „Meine Herrn! Um recht gute Freunde zu sein, ist es nothwendig, daß man sich von Angesicht zu Angesicht kenne; deshalb freut es mich wahrhaft, Sie hier gesehen zu haben. Mit vollem Herzen wünsche ich Ihrer wichtigen Aufgabe ein segensreiches Gedeihen. Seien Sie überzeugt, daß ich nie vergessen werde, welch ein großes Werk zu gründen Sie berufen sind, wie ich überzeugt bin, daß Sie nie vergessen werden, daß es in Deutschland Fürsten gibt und ich zu diesen gehöre. Ich wünsche Ihnen zu Ihrem schwierigen und großen Berufe allen Segen und alles Gedeihen von ganzem Herzen.“

Wir glauben, daß diese Ermahnung des Königs an die Nationalversammlung: ja nicht zu vergessen, daß Deutschland Fürsten habe, oder vielmehr, daß die Fürsten Deutschland haben, eine überflüssige war. Versäumen doch die Fürsten keine Gelegenheit, die Reichsversammlung bei jedem Schritte, den sie zur Vollendung ihres großen Werkes thun will, unsanft daran zu erinnern. Wir aber hoffen ebenfalls, daß die Männer in Frankfurt nicht vergessen werden, daß es in Deutschland Fürsten gibt.

Zu Hannover wurde, wie bekannt, die für den 6. August l. J. vom Reichskriegsminister Peucker vorgeschriebene Feier zu Ehren des Reichsverwesers von Seite des Militärs auf Befehl des Königs nicht vollzogen. Von allen Seiten des Königreichs liefen dagegen die lebhaftesten Proteste und Aufforderungen ein, dem Befehle zu gehorchen. Der König, auf diese Weise gedrängt, glaubte in etwas nachgeben zu müssen, um so dem für ihn eigentlich Verhassten, der Huldigung für den Reichsverweser, zu entgehen, und erließ daher am 12. August einen neuen Armeebefehl, in dem er gebot, an den militärischen Fahnen deutsche Bänder aufzustecken, so wie auch, daß die einzelnen Soldaten die deutschen Farben auf eine erst näher zu bestimmende Weise zu tragen haben. Diese halbe Erfüllung des Reichsbefehls konnte natürlich dem hannoverschen Volke nicht genügen. Deshalb wurde am 13. August zu Hannover eine große Volksversammlung abgehalten, zu dem Zwecke, nochmals Protest einzulegen und an die deutsche Centralgewalt eine Adresse zu erlassen, worin die dem Verfahren des Königs entgegengesetzte Ansicht des Volkes mitgetheilt und die Centralgewalt aufgefordert werde, ihrem Befehle Achtung zu verschaffen. Den Ansichten der Stadt Hannover schlossen sich durch Zuschriften die Städte Göttingen, Osnabrück, Lüneburg, Celle, Hildesheim und Stade an. Die Adresse wurde mit sehr zahlreichen Unterschriften nach Frankfurt abgesandt.

Da in Gera (Fürstenthum Reuß) durch Straßenarbeiter Unruhen ausgebrochen waren, welche die Landesbehörden nicht mehr beherrschen konnten,

ernannte das Reichsministerium den sächsischen Minister Oberländer zum Reichskommissär, um die Sachlage zu untersuchen und nöthigen Falles sächsisches Militär als Reichstruppen einmarschiren zu lassen. Der sächsische Minister kam diesem Auftrage pünktlich nach und erließ am 13. August zu Gera eine darauf bezügliche Proclamation.

Zu Hamburg befinden sich dermalen als Anfang der deutschen Flotte: 3 Kriegsdampfschiffe, 2 Segelschiffe (zu Fregatten eingerichtet), 1 Kanonenboot. Zu Stralsund ging am 10. August das erste, von Preußen gebaute deutsche Kanonenboot (unter dem Namen Strela-Sund) vom Stapel. Außerdem werden Kanonenboote zu Kiel und Altona gebaut.

Wir erinnern an Nr. 12 unseres Blattes, worin der Plan Preußens mitgetheilt wurde, an die Seite des Reichsverwesers gleichsam einen kleinen Bundestag zu stellen, der aus 7 Regierungsgesandten bestehen sollte, wovon der östreichische und preussische je 3 Stimmen, von den 5 für die übrigen deutschen Staaten aufgestellten jeder 1 Stimme haben sollten. Diese Versammlung sollte über die Befehle der Reichsregierung erst berathen und nach Stimmenmehrheit Beschlüsse fassen. Abgesehen davon, daß nach dieser Einrichtung Preußen und Oestreich, wenn sie über einen Beschluß sich verständigt hätten, die sämmtlichen übrigen Staaten jedesmal überstimmen würden, streitet dieser Plan gegen das von der Nationalversammlung gegebene Gesetz über die Centralgewalt, ist also durchaus nichtig. Die Regierungen mochten wohl einsehen, daß ihnen die Ausführung des Planes von der Reichsregierung nie gestattet würde, und scheinen ihn aufgegeben zu haben. Wenigstens erklärte ein sächsischer Minister in der dortigen zweiten Kammer auf eine Interpellation, daß sich die Regierungen (ob alle?) dem Plane der preussischen nicht angeschlossen haben, und diese selbst darauf verzichtet zu haben scheine.

Die Reichsregierung schickte den Unterstaatssekretär Max Gagern als Commissär nach Schleswig-Holstein, um einen Waffenstillstand mit den Dänen zu vermitteln.

Nach einer Nachricht vom 13. August aus Frankfurt a. M. will die Reichsregierung Hrn. Andrian als deutschen Reichsgesandten nach Paris und von da nach London schicken, um den dortigen Regierungen mitzutheilen, daß die Reichsregierung zur Wahrung deutscher Interessen sich an der Vermittlungsfrage in Italien betheiligen werde. Zugleich überbringt der Gesandte die Anerkennung der französischen Republik von Seite der Reichsregierung.

Viele Wochen sind verfloßen, daß die Nationalversammlung in Frankfurt eine neue Ausschreibung der rückständigen Wahlen in Oestreich beschloßen hat. Unser Ministerium jedoch, obwohl vielseitig von Deutschen deshalb angegangen und an seine Pflicht erinnert, hat die Wahlen noch immer nicht ausgeschrieben; der zweite Fall, der, wie die unvollständige Huldigung am 6. August es beweist, wie unser Ministerium die innige Verbindung mit Deutschland versteht. Hin und wieder wird aus besonderer Gnade einzelner Wahlbezirke, die es eigens verlangen, erlaubt, eine Wahl vorzunehmen; aber halb verstoßener Weise, indem die amtlichen Zeitungen die Wahlauschreibung nicht publiciren.

Schwarz - Roth - Gold.

Bereinsblatt der Deutschen in Oestreich.

Freitag,

Nro. 14.

den 25. August 1848.

Das Blatt erscheint vorläufig zwei Mal in der Woche, Dienstag und Freitag. Man pränumerirt für Wien im Redaktions-Lokale, Stadt, Spiegelgasse Nr 1103, im ersten Stock links, mit 4 fl. ganzjährig, 2 fl. halbjährig, 1 fl. C. M. vierteljährig, und um denselben Preis mit Aufschlag der Postgebühren bei allen Postämtern.

Inhalt:

Bereinsangelegenheiten -- Correspondenzen. -- Notizen.

Der Verein hat an die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt folgende Adresse erlassen.

Hoch National-Versammlung!

Was in jüngster Zeit über die Bedingungen eines Waffenstillstandes mit den Dänen bekannt geworden ist, muß in jedem deutschen Manne Gefühle des Unwillens und der Sorge erregen, und diese Gefühle haben auch in der Nationalversammlung ihren Ausdruck und ihre Würdigung gefunden. — Wir beklagen die Nothwendigkeit des Krieges mit den Dänen um so mehr, als einige Theile unseres Vaterlandes unverhältnißmäßig schwer die Lasten desselben zu tragen haben, und wir sind bereit, jeden Antheil an dieser Last und Gefahr, der uns auferlegt werden kann, freudig zu übernehmen. Die Ueberzeugung aber steht in uns, steht gewiß in allen Deutschen unwandelbar fest, daß der Krieg nur mit dem Siege der deutschen Waffen endigen darf, und wir hegen die feste Hoffnung, daß der erste Friede, welchen der deutsche Reichsverweser und die deutsche Nationalversammlung schließen, Deutschlands Ehre und Macht wahren werde. In der Uebereinstimmung mit dem tiefbegründeten Willen des Volkes beruht die Kraft der Nationalversammlung, darum erachten wir es für Pflicht in einer so wichtigen Angelegenheit offen auszusprechen, was wir als Deutschlands Recht erkannt haben.

Als unerläßliche Bedingungen eines Friedens mit Dänemark betrachten wir aber:

1) die Einverleibung des selbstständigen ungetheilten Schleswig-Holsteins in das deutsche Reich. Dänemark hat kein Recht auf Schleswig, Deutschland ein unbestreitbares, das sowohl in der staatlichen und nationalen Verbindung Holsteins mit Schleswig, als in dem durch das gesetzliche Organ, die Ständeversammlung, ausgesprochenen Willen Schleswigs begründet und durch die Aufnahme der Schleswig'schen Abgeordneten von der Nationalversammlung anerkannt ist. Eine Theilung Schleswigs würde ein Akt der Willkür und praktisch unausführbar sein, weil es nur Ein Schleswig gibt und sich keine Grenze zwischen den deutsch und den dänischredenden Schleswigern ziehen läßt. — Bei der Abtrennung Schleswig-Holsteins von Dänemark ist zwischen beiden Staaten vollständige Abrechnung zu halten, namentlich muß der Theil der Flotte, welcher Schleswig-Holstein rechtlich zukommt, sofort ausgeliefert werden.

2) Die Aufhebung der Personalunion zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark, das einzige Recht, welches Dänemark besaß, daß sein Herrscher bis zum Erlöschen des Mannsstammes auch Fürst in Schleswig-Holstein sei, ist verwirkt durch den despotischen Akt der Regierung, welche

Schleswig-Holsteins Rechte mit Füßen getreten, Schleswig für incorporirt in Dänemark erklärt hat. Für das Volk Schleswig-Holsteins ist es eine moralische Unmöglichkeit, sich wieder unter die dänische Herrschaft zu fügen; für Deutschland ist es eine unabweisliche Pflicht, in diesem Kriege, den es nicht begonnen, seine Selbstständigkeit gegen jeden Angriff sicher zu stellen.

3) Die Revision des Sundzolles, welche, wenn dessen völlige Aufhebung ohne Ungerechtigkeit nicht gefordert werden kann, ihn jedenfalls auf ein billiges Maß zurückzuführen hat, damit auch hier nicht blos Dänemarks, sondern auch Deutschlands Vortheil gewahrt werde.

Indem wir diese unsere Ueberzeugung einer hohen Nationalversammlung vorlegen, sprechen wir die ehrerbietige Bitte aus: es möge dieselbe den von uns berührten Punkten eine geneigte Berücksichtigung schenken.

Wien am 23. August 1848.

Der constitutionelle Verein zu Teplitz hat hinsichtlich der von uns bereits angekündigten deutschen Versammlung zu Teplitz am 28. August l. J. folgende Adresse erlassen.

Deutsche Brüder!

Der Reichenberger Central-Verein hat, wie Euch, theure Landsleute, sowohl aus dessen Zuschriften, als auch aus den öffentlichen Blättern bekannt sein wird, über Antrag einiger anderer Vereine eine Zusammenkunft von gehörig instruirten Vertrauensmännern der constitutionellen Vereine deutscher Städte und Gemeinde Böhmens, auf den 28. August d. J. in Teplitz ausgeschrieben.

Die bei dieser Zusammenkunft pflegenden Berathungen werden hauptsächlich die Stellung der Deutsch-Böhmen — die künftige Gestaltung der Landtage — den Anschluß an Deutschland sowohl in politischer, als auch insbesondere in kommerzieller und industrieller Beziehung — die Gründung und innige Verbindung deutscher constitutioneller Vereine — die Beseitigung der Hindernisse, welche dem Entstehen einer, die deutschen Interessen unsers Vaterlandes vertretenden Zeitung in Prag bisher entgegenstanden, so wie mehrere andere, uns Deutschböhmen berührende Lebensfragen zum Gegenstande haben, um darnach als einen wahren Gesinnungsausdruck der deutschen Bevölkerung Böhmens sowohl dem Reichstage in Wien, als auch der Frankfurter Nationalversammlung eine umfassende motivirte Petition zu überreichen.

Bei der in Reichenberg deshalb am 14. d. M. abgehaltenen Vorberathung wurde beschlossen: daß die Berathung hier in Teplitz, am 28., 29. und 30. d. M. täglich Vormittags von 10 bis 1 Uhr im fürstlichen Gartensaale öffentlich stattfinden sollen, und der 31. d. M. ist zu einem im Freien abzuhaltenden Verbrüderungsfeste zwischen böhmischen und sächsischen Grenz-nachbarn bestimmt worden, wie dies schon in Ausig, Kommutau und Marienbad der Fall war.

Der gefertigte Verein hat mit Freuden die Verpflichtung übernommen, alle Voranstalten zu treffen, damit diese Beratungen mit der nöthigen Ordnung, Feierlichkeit und zugleich auch Bequemlichkeit aller Theilnehmer vor sich gehe.

Zu diesem Zwecke wurde auch aus unserer Mitte ein besonderes Comité gewählt, welches für alle nöthigen Arrangements, besonders für den Empfang der hieher kommenden Vertrauensmänner, namentlich auch für die Besorgung billiger Wohnungen die Sorge übernommen und in letzter Beziehung bereits mit mehreren Hotels- und Hausbesitzern das nöthige Uebereinkommen getroffen hat.

Diesjenigen, welche am 28., 29. und 30. d. M. hier an den Beratungen der Versammlung als Vertrauensmänner deutscher Vereine, Städte und Gemeinden Antheil zu nehmen gedenken, wollen sich bei ihrem Eintreffen in Teplitz in der Kanzlei des beid. Landesadvokaten und k. k. öffentlichen Notars, Dr. Franz Stradal — Königsstraße, zum rothen Krebs, 1. Stock — sogleich melden, wo sie die nöthigen Eintrittskarten und sonstigen Anweisungen erhalten werden.

Briefliche Anfragen und Aufträge wegen Wohnungsbestellungen sind an das Comité des konstitutionellen Teplitzer Vereins zu richten.

Indem wir zu dem Besuche dieser Veranlassung Euch brüderlich einladen, bitten wir, Ihr wolleet auch in Eurer Umgebung dazu auffordern, und nicht etwa durch böswillige Verdächtigungen des Zweckes dieser Zusammenkunft Euch davon abhalten lassen.

Unser Handeln ist offen, unsere Beratungen öffentlich, und wir stehen auf dem heiligen Boden des Gesetzes, wenn wir, deutsche Söhne Böhmens, ernst und brüderlich, ohne Groll oder feindselige Absicht gegen unsere czechischen Landesgenossen zusammentreten, um unser deutsches Bewußtsein zu stärken und das zu berathen, was wir als Deutschböhmen, als getreue Anhänger unsers großen Vaterlandes Oestreich für uns nothwendig erachten.

Wir müssen handeln, ehe es zu spät ist.

Deutschen Gruß und Handschlag bietet Euch

der constitutionelle Verein in Teplitz.

Am 19. August 1848.

Der Berliner constitutionelle Club hat zu Gunsten der Deutschen in Siebenbürgen an die Nationalversammlung zu Frankfurt folgende Adresse gerichtet:

Hohe Versammlung!

In Betracht, daß die Würde und Ehre des großen deutschen Volkes erheischt, sich auch der entfernter lebenden Brüder mit Begeisterung und Liebe anzunehmen, in Erwägung ferner, daß die Achtung der deutschen Sympathien die erste Grundbedingung eines aufrichtigen Bündnisses zwischen dem deutschen Volke und anderen Volksstämmen bilden muß, erlaubt sich der unterzeichnete Club an die hohe Versammlung die Bitte zu stellen, die nachfolgenden Thatsachen einer ernstern Berathung zu unterziehen.

Das Volk der Siebenbürger-Sachsen, durch Abstammung und Sprache die Ureigenheit deutschen Wesens und Strebens bekundend, durch seine 700jährige, trotz aller Angriffe und Kämpfe in aller Reinheit bewährte Nationaleigenthümlichkeit der Theilnahme von ganz Europa werth, ist durch die neuesten Ereignisse, namentlich durch die am 30. Mai in Klausenburg ausgesprochene Union Ungarns und Siebenbürgens, in seinen heiligsten Rechten bedroht.

Zwar haben die ungarischen und szeckler Abgeordneten auf dem siebenbürgischen Landtage den vollkommen gleichberechtigten, aber seit Aufhebung des Curiatvotums stets in der Minderheit verbliebenen 22 Abgeordneten der 11 sächsischen Stühle, die Versicherung warmer Fürsprache bei der in Pesth auf dem allgemeinen Reichstage stattfindenden Verhandlungen der Vereinigungspunkte zugesagt, allein theils haben sich durch die Erfahrung

von Jahrhunderten solche Versicherungen als wenig beruhigend erwiesen, theils kann es den Siebenbürger-Sachsen nicht darauf ankommen, durch Fürsprache nicht bevorrechteter Nationen Vergünstigungen zu erhalten, wo sie ein Recht haben, dieselben fordernd entgegenzunehmen. Es wird sonach, wie sicher vorauszu sehen, ein Kampf widerstreitender Meinungen sich herausstellen, der nur durch ein Abgehen von magyarischen Ausgleichstendenzen einerseits und ein Aufgeben allzustarrer und strenger Absonderung andererseits beschwichtigt wird.

Hohe Versammlung! Ungarn in seinem innersten Wesen durch den Geist der, seine eigene Bevölkerung weit überwiegenden slavischen und walachischen Bevölkerung in harte Bedrängniß gerathen, muß sich wohlweislich nach einem Bruderverbände umsehen; — wie es das große Deutschland zu solchem Zwecke erkoren, ist ein aus der Sendung Pazmandy's, sowie aus den in allen ungarischen Blättern zu lesenden erkünstelten oder ungetünfelten deutschen Sympathien ersichtliches Faktum. Wenn aber das deutsche Volk allerdings, gleich den Ungarn, die Zurechtweisung slavischer Uebergriffe zur Aufgabe hat, so ist ihm, dem großen Volke, eine solche Aufgabe eine Nebenfrage, während sie bei den Ungarn zu einer Lebensfrage sich gestaltet. Soll nun das große deutsche Volk das ungarische als Bundesgenossen zu Schutz und Trutz aufnehmen, so kann es mit Recht von der kleineren Nation verlangen, daß es den Werth dieses Bündnisses auch in seinem inneren dem Deutschtume gleichartigen Elemente ehre und somit namentlich und hauptsächlich aller Magyarisirungstendenzen sich enthalte. In dieser Gewährleistung allein sieht der unterzeichnete Club die Möglichkeit eines aufrichtigen Bündnisses mit einem Volke, dessen früheres Auftreten keineswegs den deutschen Bestrebungen so unbedingt günstig sich zeigte.

Möge die hohe Versammlung bis dahin, wo sie zu einem solchen Bündnisse aufgefordert die angedeuteten Bedingungen stellen kann, schon jetzt der Sache der Siebenbürger Deutschen die gehörige Aufmerksamkeit schenken, damit diesen Stammgenossen des großen deutschen Volks der Schutz, den sie mit Recht beanspruchen dürfen, nicht entgehe.

Berlin, den 17. Juli 1848.

Der Reichenberger Gewerbsverein, welcher die böhmische Industrie mehr vertritt, als der in Sprachstreitigkeiten sich verlierende Prager, hat an das k. k. Ministerium folgende Adresse übersandt:

Hohes k. k. Ministerium des Handels!

Auf die an den Reichenberger Gewerbsverein am 25. Juli l. J. ergangene Aufforderung des hohen Ministeriums, die Behelfe, welche zur Erörterung der Frage der Zollvereinigung Oestreichs mit den übrigen Staaten des deutschen Reichs im Allgemeinen und die Tarifsfrage insbesondere etwa schon gesammelt wurden, mitzutheilen, oder wenigstens die Ansichten, Wünsche und Hoffnungen der Industriellen und des Gewerbsvereines, bezüglich dieser wichtigen Frage, dem hohen Ministerium zur Kenntniß zu bringen, beehrt sich derselbe, Nachstehendes zu berichten.

Die Beratungen über die Vor- und Nachteile des Anschlusses Böhmens und überhaupt Oestreichs an das deutsche Reich in Hinsicht auf Zollvereinigung haben nach den verschiedenen Hauptzweigen der hiesigen Industrie Statt gefunden.

Die Gewerbsthätigkeit Reichenbergs und der Umgegend umfaßt hauptsächlich die Erzeugung

- a) von Tüchern,
- b) von wollenen und halbwollenen Waaren,
- c) von Baumwollengarn und derlei Waaren,
- d) von Glas und Glaswaaren.

Ad a) Die Tuchmacherzunft und die Tuchfabrikanten haben sich in ihrer Versammlung am 22. Juli l. J. für die Zollvereinigung mit dem deutschen Reiche ausgesprochen, unter der Bedingung:

1. daß sich das Zollgebiet über alle Staaten des neuen Reichsbundes ausdehne,
2. daß der neue Zolltarif durch angemessene Schutzzölle die Konkurrenz nicht deutscher Tuchmanufakturen beseitige,
3. daß für die zur Fabrikation nöthigen Rohstoffe, für Oel, Farbaaren u. s. w., die möglichst billigen Eingangszölle festgesetzt würden.

Ad b) Die Fabrikanten von wollenen und halbwollenen Waaren, nämlich von Thibet, von thibet-ähnlichen Stoffen, von Merinos aller Gattung, von gemischten, aus Baumwollen- und Kämmgarn erzeugten Stoffen haben sich ebenfalls für die Zolleinigung unter der Bedingung erklärt:

1. daß der neue Zollverein alle Staaten des deutschen Reiches umschließe,
2. daß der jetzt in den Zollvereinsstaaten bestehende Zolltarif einem neuen, mehr auf staatswirthschaftlichen Prinzipien beruhenden Tarife Platz mache,
3. daß für die österreichischen Fabrikanten eine Uebergangsperiode von 12 — 18 Monaten Statt finden müsse, damit sie das zur Erzeugung erforderliche rohe Material vom Auslande zu gleichen Zollsätzen beziehen könnten, wie sie in den übrigen zollvereinigen deutschen Staaten bestehen werden,
4. daß der definitive Anschluß erst nach 5 Jahren ausgesprochen, bis dahin aber nur provisorisch betrachtet werde.

Nebstbei halten es diese Fabrikanten für sehr wichtig und zuträglich, daß ihren Fabrikaten angemessene Rückzölle bei der Ausfuhr gewährt würden.

Ad c) Die Industriellen der verschiedenen Baumwoll-Branchen des Bunzlauer und Leitmeritzer Kreises haben ihre Meinungen nach den verschiedenen Zweigen ihrer Gewerthätigkeit gesondert.

Die Baumwollspinner besorgen bei einem verhältnißmäßigen, die englische Konkurrenz paralysirenden Schutzzolle durchaus keine Nachteile aus einer Zolleinigung mit Deutschland, erwarten vielmehr einen viel gesichteren Abzug ihres Fabrikats, indem nach den letzten statistischen Ausweisen von 1845 der deutsche Zollverein kaum $\frac{1}{5}$ seines Baumwollgarnverbrauchs selbst produziert hat.

Für eine Zolleinigung spricht sich diese Branche aber nur dann aus:

1. Wenn die politische Einigung der zum deutschen Bunde bisher gehörigen österreichischen Provinzen mit Deutschland wirklich zu Stande kommt und vorangeht;
2. wenn ein zweckmäßiges, den Erfordernissen und Zuständen angemessenes Schutzollsystem für alle Zweige der Baumwollindustrie durchgeführt und aufrecht erhalten wird;
3. wenn alle Binnenzölle, namentlich die Flußschiffahrtszölle, unbedingt aufgehoben werden;
4. wenn der Eingangszoll für rohe Baumwolle auf das Minimum der Controle herabgesetzt wird, z. B. $2\frac{1}{2}$ Sgr. pr. Centner;
5. wenn der Eingangszoll für einfache rohe Baumwollgarne wenigstens auf 4 — 6 Thaler pr. Ctr. festgestellt, geschlichtete angelegte Ketten oder Zettel, ferner doublirte oder gezwirnte Garne mit einem circa 20 Prozent höheren Eingangszolle belegt werden;
6. wenn auf feinere Nummern über Nr. 60 ein dem größeren Werthe, dem vermehrten Kosten- und Arbeitsaufwande entsprechender höherer Schutz Zoll bestimmt wird;
7. wenn, um der Weberei jede Konkurrenz im Auslande zu ermöglichen, für ausgehende Baumwollwaaren ein im Verhältniß zum Garnzoll stehender Rückzoll oder Ausfuhrprämie festgestellt wird;
8. wenn als Uebergangsperiode kein längerer Zeitraum, als es der Ausgleich der relativen Interessen unumgänglich erfordert, angenommen wird;
9. wenn als Versuchsperiode für die Zolleinigung ein Zeitraum von 3 Jahren bestimmt wird. Doch könnten auch während dieser

Zeit nach constatirtem Erforderniß einzelne Tarifs-Änderungen Statt finden.

Von den Färbern wurde die Herabsetzung der Eingangszölle auf das Minimum der Controle für sämtliche zur Färberei nöthige Rohstoffe und jene Färb- und chemischen Materialien, die das Inland entweder gar nicht oder nicht in gehöriger Qualität zu liefern vermag;

ferner die Erhöhung des Eingangszolles um wenigstens 50 Prozent auf gefärbte Garne gegenüber den rohen, so daß, wenn die rohen 6 Thaler pr. Centner zahlen, für gefärbte wenigstens 9 Thaler im Eingange entrichtet werden müßten — als Bedingung für die Zolleinigung aufgestellt; im Uebrigen schlossen sie sich den Bedingungen der Baumwollspinner an.

Die Weber entwickelten divergirende Ansichten. Die Erzeuger von farbigen Hosen- und Rockstoffen wünschten Alles in statu quo; dafür haltend, daß die benachbarte sächsische und schlesische, dann auch die entfernte rheinländische Konkurrenz auf die hierländige Fabrikation nachtheilig einwirken werde, indem ein Absatz dahin von hier kaum möglich, eine Ueberfluthung von dort aber sehr wahrscheinlich sei. Doch waren auch einige Fabrikanten der Meinung, daß bei gleicher Stellung und gleichen Verhältnissen Oesterreich mit dem übrigen Deutschland keine Konkurrenz zu scheuen sei. Diese stimmten daher für die Zolleinigung.

Die Besitzer von Webereien in glatten einfachen Baumwollstoffen, z. B. Kattunen u. s. w., welche Branche wohl den Hauptzweig der Baumwollindustrie bildet, sind der Meinung, daß man bei Gleichstellung der Eingangszölle für rohe Garne sich ohne große Besorgniß mit dem übrigen Deutschland in Konkurrenz setzen könne.

(Schluß folgt.)

Korrespondenz des Vereins.

Prag, den 18. August 1848.

(E. St.) Die hiesigen Zustände fand ich sehr ernst — überall finstere unglückschwängere Gesichter, jeder fühlt, er stehe auf dem Boden eines Vulkans, dessen zeitweise Erschütterungen einen nahen Ausbruch befürchten lassen. Gott verhüte ihn, denn dieser Ausbruch wäre bei der gegenseitigen Erbitterung des Militärs und der Prager Bevölkerung, bei dem Zwiste, der zwischen den einzelnen Schichten dieser Bevölkerung besteht, fürchterlich.

Gestern war eine große Versammlung patriotischer Damen, die unter anderen das Wohl des Vaterlandes befördernden Beschlüssen auch den faßte, keine Köchin zu behalten, die eines jener verruchten Wesen — Wellington-Grenadiere genannt — zum Liebhaber hätte. Diese Censur des edelsten Gefühls in der Brust eines weiblichen Wesens erbitterte die freiheitsglühenden Gemüther besagten Wellington-Grenadiere. Entschlossen sich keine der Errungenschaften der Junitage nehmen zu lassen, beschloßen sie, sich in ächt constitutioneller Weise zu rächen. Acht-hundert Grenadiere arrangirten eine jenem Damenverein zu bringende Kagenmusik — Grenadiere und Kagenmusik, welche Phantasie wäre kühn genug gewesen, diesen Traum zu träumen; da sage man noch bei uns wäre das ächt constitutionelle Wesen noch nicht in die Massen gedrungen.

Der Belagerungszustand ist aufgehoben — wer's nicht glauben will, der sehe mit eignen Augen, wie Tausende von Soldaten in den Anlagen des Volksgartens lustwandeln, wie Herden von Cavalleriepferden gemüthlich auf

der Marienschanze und beim Invalidenhanse weiden, wie hunderte von Kanonenmündungen aus langer Weile vom Grabschinn auf die Alt- und Neustadt herabgähnen, wie hängende Allarmkörbe dem mit brennender Lunte wachenden Kanonier signalisiren die Stadt wäre ruhig; nur ein Claudi kann Angesichts dieser Thatfachen an der factischen Aufhebung des Belagerungszustandes von Prag zweifeln. Zu was wäre er auch nöthig, da die Prager Bevölkerung täglich hunderte von Beweisen ihres Vertrauens und ihrer Liebe zum Militär und zu dessen Führer liefert. Jeder Schusterjunge grüßt den ihm begegnenden Soldaten — mit einem Steinwurfe, jeder Bürger bezeigt den an ihn vorbeigehenden Offizier seine Achtung — durch Ausspucken und Schimpfworte.

Das Militär kann natürlich so vielen Darlegungen der herzlichen Zu- neigung nicht widerstehen, es sehnt sich in der Alt- und Neustadt eindring- liche Beweise der tiefsten Hochachtung zu liefern, Offiziere entwerfen Pläne wie sie recht geschwind, trotz Barricaden in die Arme ihrer Prager Freunde eilen können, Canaille ist die vertrauliche Bezeichnung, mit der sie von der Prager Bürgerschaft sprechen.

Kurz meine alte Freundin die schöne Praga hat mich durch ihre reizende Physionomie bezaubert aus purer Furcht, daß sie mein Herz dauernd fesseln würde, entfloß ich bereits nach 18 Stunden ihren Armen.

Teschen.

Die Feier der Neugeburt Deutschlands und der Wahl des deutschen Reichsverwesers wurde in Bielitz recht festlich begangen; die Nationalgarde mit der deutschen Cocarde, die für immer beibehalten wurde, geziert, rückte im schönsten Waffenschmucke zu einem Gottesdienst in das Freie aus, der Commandant Wilhelm Häusler, ferner Dr. van der Straß, Deputirter vom Frankfurter Parlamente rückgekehrt, so wie Gustav Fritsche, Dr. Schwarz hielten gesinnungstüchtige Reden, so wie auch Pastor Schimko eine Predigt hielt, wo ich im Herzen gedacht, es hätte solche ganz Deutschland gehört; auf der Schießstätte wurde am Nachmittag ein Verbrüderungsfest mit den Bewohnern der Nachbarstadt Biala, wo sich die Deutschen kräftig erheben, und die Panславistischen Hezer entlarvten, gefeiert; preußische und östreichische Offiziere wurden mit dem deutschen Bande geschmückt. Ohne Aufforderung, ohne einen Impuls von irgendwo, nur durchdrungen von ihren Sympathien für Deutschland, als wahre Deutsche begingen sie das Fest. — Meine Herren, ich mache Sie darauf aufmerksam, mit Dr. van der Straß, Gustav Fritsche, Dr. Schwarz und Wilhelm Häusler in Verbindung zu treten, es sind dieses Ehrenmänner im wahren Sinne des Wortes. Bielitz und die ganze Umgebung dieser Stadt ist rein deutsch.

Notizen.

Noch ein Beitrag zur Würdigung des J. U. D. Karl Leopold Claudy.

Von einem ehrenhaften Manne und Mitgliede jenes Theils der Nationalgarde, der seiner Pflicht getreu sich an die Spitze der Truppen stellte, um gegen den Aufruhr zu kämpfen, wurde mir mitgetheilt, das Dr. Claudy, mit welchem er am 19. Juni d. J. zufällig zusammen kam, sich verächtlich gegen ihn äußerte: „Ihr seid saubere Helden, habt es mit den Soldaten gehalten, und Euch nicht auf den Barricaden sehen lassen!“ — Als der Angeredete erwiderte: „er sei stolz darauf, nicht auf den Barricaden gestanden zu sein,“ fuhr Dr. Claudy fort: „Wir haben nur eine Dummheit ge-

macht, nämlich, daß wir nicht auf die Kleinseite und auf den Lorenzberg dachten; wären wir dem Militär zuvorgekommen, und hätten diese Theile besetzt, dann wären wir die Sieger.“

Der gefällige Mittheiler ist bereit, auf Verlangen des Herrn Dr. Claudy seinen Namen öffentlich zu nennen.

(Prager Zeitung.)

Cerrini.

Wir begreifen es wohl: dem Ministerium könnten durch ein offenes Auftreten einige czechische Stimmen entgegen, die Rechte könnte mit Beifalls- rufen und Klatschen weniger verschwenderisch sein, und das wäre für unser zartfühlendes Ministerium eine zu harte Probe. Die Deutschen aber ver- langen, daß das Ministerium nicht ewig den Weltgeist regieren lassen solle, der freilich weder slavisch noch deutsch ist; sondern mit einer festen Meinung hervortrete, wie es Männern geziemt, die nicht um ihres Amtes willen, son- dern um ihre innere Ueberzeugung zur Wahrheit zu bringen, Lenker eines Staates sein wollen. So aber wird mit diesem Ministerium bald keiner Partei gedient sein.

Nach dem Beispiele der Stadt und mehrerer Gemeinden des Kreises Roveredo haben nun auch im Trienter Kreise mehrere Gemeinden des Land- gerichtes Mezzolombardo, nämlich die Gemeinden Mezzo-tesesco, Novere della Luna, Spormaggiore, Molveno, Sporminore, Cavedago, Cover, Campodeno, Termon, Molar, Dardina, Denno, Vigo, Nas, Zambona, Grumo, Nave, S. Rocco durch die am 4. Juli l. J. in Deutschmetz zusam- mengetretenen Repräsentanten ihre ausdrückliche Erklärung gegen die Los- trennung vom deutschen Reiche abgegeben. — Die Frankfurter National- versammlung hat bereits entschieden, daß Bälshyrol von Deutschland nicht getrennt werden darf, den Bewohnern aber, wie schon früher im Allgemei- nen allen nichtdeutschen Nationen, die nationale Entwicklung unverküm- mert sein soll.

Das hiesige Ministerium soll den gegen die Ungarn kämpfenden Süd- slaven Waffen geschickt haben, denen auch Munition und eine Partie Raketen beigelegt haben soll. Wir wünschten sehr, daß ein Deputirter am hie- sigen Reichstage den Kriegsminister über die Wahrheit oder Unwahrheit die- ses Gerüchtes interpellire; denn dieser Schritt wäre von den bedeutend- sten Folgen. —

Zu Neunkirchen in Unterösterreich wurde am 24. l. M. Herr Alfred Arneht, Official im Ministerium des Aeußern, Sohn des Custos im k. k. Antikencabinet, zum Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt erwählt.

Der Prager Gewerbsverein hat ein Comité niedergesetzt, welches über den Anschluß Böhmens an den Zollverein ein Gutachten abgeben soll. Dieses Comité besteht aber beinahe durchgängig aus eifrigen Czechen; darum sind wir begierig, ob das Urtheil derselben mit dem Gutachten des die eigentlichen Industriegegenden vertretenden Reichenberger Gewerbsvereins, der sich günstig für den Anschluß ausspricht, übereinstimmen wird.

Im Dorfe Treuben in Sachsen-Altenburg besteht ein Mädchenverein für weibliche Handarbeiten, deren Erträgniß der deutschen Flotte gewidmet wird.

Verantwortliches Redaktions-Comité: Dr. Moritz Kub, Jos. Hanf, Dd. A. W. Schopf, Friedrich Uhl.